4. Jahrgang 1956 2. Heft / April

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ANTON HOCH
Der Luftangriff auf Freiburg 1940

HANS MEIER-WELCKER
Zur Entstehung des Reichswehrministeriums

HERMANN HAMMER
Die Fassungen von Hitlers „Mein Kampf"

DOKUMENTATION
Das Ende der alten Sozialdemokratie

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel, Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:
DR. HELMUT KRAUSNICK
München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Anton Hoch . . . . . Der Luftangriff auf Freiburg am 10. Mai 1940 115

Hans Meier-Welcker . Die Stellung des Chefs der Heeresleitung in den Anfängen der Republik 145

Hermann Hammer . . Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf" 161

DOKUMENTATION

Der Untergang der Sozialdemokratie 1933 (*Erich Matthias*) 179

BIBLIOGRAPHIE *91*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 74851/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92352 – Preis des Einzelheftes DM 6.–; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.– zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
4. Jahrgang 1956 2. Heft/April

ANTON HOCH

DER LUFTANGRIFF AUF FREIBURG AM 10. MAI 1940

I.

Der Luftangriff auf Freiburg am 10. Mai 1940 – der erste größere Luftangriff des zweiten Weltkrieges – ist bereits zweimal Gegenstand einer offiziellen deutschen Berichterstattung gewesen. Das erste Mal – unmittelbar nach dem Ereignis – wurde er als eine Tat feindlicher Flieger bezeichnet[1]. Man sprach von einem völkerrechtswidrigen Vorgehen und drohte mit Vergeltung. Das zweite Mal, im Dezember 1947, erklärte die Badische Staatskanzlei im „Interesse der Wahrheit und der Besserung der Beziehungen zwischen den ehemals gegnerischen Völkern", daß der Luftangriff auf Freiburg von deutschen Flugzeugen ausgeführt worden sei und auf einen perfiden Befehl Hitlers zurückgehe[2]. Dieser Verlautbarung lag eine „subjektive Meinungsäußerung" zugrunde, die ungeprüft, allein weil sie von „einem zuverlässigen und kraft seines Amtes berufenen Zeugen" stammte, der Öffentlichkeit als amtliche Verlautbarung übergeben wurde. Es entsprach nicht dem Sachverhalt, wenn in ihr eingangs gesagt wurde, das Staatsarchiv Freiburg i. Br. habe „die für die einwandfreie Feststellung der Richtigkeit erforderlichen Erhebungen angestellt"[3]. Mit Recht distanzierte sich daher das Stadtarchiv von dieser Verlautbarung der Badischen Staatskanzlei. Generaloberst a. D. Halder als der Zeuge, auf den man sich berief, hatte in seinem Schreiben vom 27. Dezember 1947 nämlich unmißverständlich erklärt, seine Ausführungen stellten eine persönliche Auskunft gegenüber einer zur Anfrage berechtigt erscheinenden Dienststelle dar und erfolgten unter der ausdrücklich gegebenen Zusicherung, daß davon „kein publizistischer oder sonst unpassender Gebrauch" gemacht werde[4].

---

[1] Völk. Beobachter, Mü. Ausg., 11. 5. 40 und OKW-Bericht v. 11. 5. 40 (Völk. Beobachter, Mü. Ausg., 12. 5. 40).

[2] Badische Zeitung, 2. 12. 47 (vollst. Text). Von der übrigen Presse wurde der Inhalt meist in gekürzter Form wiedergegeben. Siehe u. a. Neue Zürcher Zeitung, 4. 12. 47, New York Herald Tribune, 4. 12. 47, Neue Zeitung, 5. 12. 47, Time (Chicago), 15. 12. 47, Südd. Zeitung, 6. 12. 47 und Frankfurter Hefte 1948, Heft 2, S. 102 f.

[3] S. dazu: a) Badische Staatskanzlei, Generalia XIX, Militär- und Kriegssachen, Fliegerangriff auf Freiburg i. Br. (jetzt im Reg.-Präs. Südbaden) im folgenden kurz: Badische Staatskanzlei. – b) Städt. Hauptverwaltung Freiburg i. Br., 00–073–2. Betr. Luftangriff am 10. 5. 40, Heft 2, im folgenden kurz: Städt. Hauptverwaltung.

[4] Die Auskunft Halders erfolgte auf Grund einer Anfrage des Freiburger Archivbeamten Dr. Zwölfer v. 2. 10. 47 und des Archivdirektors Dr. Hefele v. 24. 10. 47 mit Schreiben

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 4. Oktober 1954 wurde dem Institut für Zeitgeschichte München vom Staatsministerium Baden-Württemberg die Untersuchung des Vorfalls aufgetragen. Bereits ein flüchtiges Studium der Akte ließ erkennen, daß der von der Badischen Staatskanzlei verlautbarte Sachverhalt keineswegs bereits als erwiesen gelten konnte, sondern in verschiedenen Zuschriften und Zeitungsartikeln entschieden bestritten wurde. Im Verlauf der Arbeit zeigte sich bald eine Vielfalt von Möglichkeiten, die die sachlichen und quellenmäßigen Schwierigkeiten deutlich machte, mit denen gerechnet werden mußte. Weder in der Originalakte des Bürgermeisteramtes Freiburg i. Br.[5] noch in dem Kriegstagebuch des örtlichen Luftschutzleiters 1939–1945[6] konnte eine direkte Angabe gefunden werden. Ähnliches gilt für das durch einen glücklichen Umstand in Abschrift erhalten gebliebene Kriegstagebuch der III. Gruppe des damals im südwestdeutschen Raum eingesetzten Kampfgeschwaders 51, das sich noch in privater Hand befindet. Unsere Bemühungen, Dokumente über den Luftangriff in den deutschen Aktenbeständen in London und Washington aufzuspüren, blieben ebenfalls ohne Erfolg. Der aus London beschaffte Lagebericht Nr. 248 vom 10./11. Mai 1940 des Ob. d. L., Führungsstab Ic, beschränkte sich auf die bekannte offizielle Version des Wehrmachtberichts. Erst nach Abschluß unserer Untersuchungen gelang es, von privater Seite einige wenige, aber wichtige Originaldokumente zu beschaffen, die den ermittelten Sachverhalt vollends klarstellen dürften. Solange also die Originaldokumente – die primären Quellen des Historikers – versagten, mußte versucht werden, auf möglichst breiter Basis einen Kreis von Zeugen anzusprechen, die in der Lage, aber auch bereit sein würden, aus direkter oder indirekter Zeugenschaft zur Sache auszusagen. Das nachfolgende Verzeichnis vermag einen Eindruck zu vermitteln von dem Umfang der Untersuchungen, die allein in unserem Falle, bei dem es sich doch um ein zeitlich und örtlich eng begrenztes Ereignis handelt, notwendig waren. Folgende Zeugen aus den in Frage kommenden Dienststellen und Einheiten wurden angeschrieben:

Führerhauptquartier:

Die Adjutanten des Heeres, der Luftwaffe, der Kriegsmarine und der Verbindungsoffizier der Waffen-SS.

OKW, Amt Ausland/Abwehr:

Leiter der Abt. I und III und zwei weitere höhere Offiziere aus der Umgebung von Admiral Canaris.

Oberkommando der LW und Reichsluftfahrtministerium:

Chef Ic im HQu. d. Ob. d. L. und drei weitere Offiziere dieser Abteilung, Chef des Stabes b. Generalluftzeugmeister, Chef des Ministeramtes, Chef des Stabsamtes und Adjutant des Reichsmarschalls, Chef des Nachrichtenver-

v. 7. und 27. 10. 47. Siehe Städt. Hauptverwaltung, Heft 2, Bl. 1–4. Fotokopien von den beiden letzteren Schreiben im Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum (künftig zitiert: IFZ, ZS) 240 III, S. 6–9.

[5] Städt. Hauptverwaltung, Heft 1.

[6] Im Stadtarchiv Freiburg i. Br. verwahrt. Die betr. Teile des KTB in Fotokopie in: Archiv IfZ, ZS/A–5 Anhang.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bindungswesens und dessen Gruppenleiter der Flugmeldegruppe, Abt.Chef im Technischen Amt des Reichsluftfahrtministeriums, Gruppenleiter der Luftinspektion 13 (Luftschutz).

Heeresgruppe C:

Chef des Stabes.

Luftflotte 3:

Chefrichter, Adjutant des Höh. Nachrichtenführers, IIa, Kommandant des HQu., Ia-Schreiber.

AOK 7:

OQu., IIa.

Luftgau VII:

Chef des Stabes, Ia, Quartiermeister, Lageoffizier beim Ic, Ia op 2 (Flak), Ia op 3 (Luftschutz).

XXXIII. A. K.:

Chef des Stabes.

Kampfgeschwader 51:

Kommodore, Kommandeur III. Gruppe und 20 weitere Offiziere des Geschwaders.

Flak:

Kommandeur und Ia der Flakgruppe Schwarzwald, Kommandeur und Abt.-Arzt der schw. Flak I/491 (mot.).

Flugmelde- und Luftwarndienst:

Kommandeur des Flugmeldedienstes im Luftgau VII und zwei weitere Offz. der Abt., die Kommandeure des Fluko in Donaueschingen und Stuttgart, Führer des Flugwachzuges in Freiburg, Führer und Beobachter der Fluwa Lorettoberg b. Freiburg, Führer, Stellvertreter und zwei Gruppenführer und Auswerter der Luftschutzwarnzentrale Freiburg i. Br.

Luftmunitionsanstalten (= Luftmuna):

Leiter der Luftmuna Haid.

Verschiedene andere militärische Stäbe und Einheiten:

Bodenst. Artl. Offz. Freiburg i. Br. – Nord und dessen Adjutant, Bodenst. Artl. Offz. Freiburg – Süd, Wehrbezirkskommandeur in Freiburg, Adjutant des Festungspionierstabes, Zensuroffizier des Stellv. Gen. Kdo V. AK beim Propagandaamt Baden.

Zivile Dienststellen:

Badischer Landeskommissär, Bürgermeister, zwei Beigeordnete und ein Ratsherr der Stadt Freiburg, Polizeipräsident und Luftschutzoffizier im Polizeipräsidium Freiburg.

Außerdem standen uns noch die Aussagen von 21 Personen zur Verfügung, die entweder selbst Augenzeugen des Vorfalls waren oder von Dritten Nachrichten erhalten hatten. Sie gelangten zum Teil durch Vermittlung des „Freiburger Wochenberichts" oder der „Badischen Zeitung" an das Institut, zum Teil wurden sie uns direkt übersandt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unsere Bemühungen gingen nun dahin, den Vorfall in den Perspektiven aller nur irgendwie beteiligten Zeugen kennenzulernen. Erst wenn die Berichte von da und dort übereinstimmend über die einzelnen Vorgänge aussagten, konnte mit einem einwandfreien Ergebnis gerechnet werden. Ein Moment spielte bei unseren Untersuchungen eine besondere Rolle. Es war die Annahme der Möglichkeit, daß damals Maßnahmen ergriffen wurden, um den wirklichen Sachverhalt aus irgendwelchen Gründen zu verdunkeln. Es zeigte sich daher, daß in einem Fall wie dem vorliegenden eine „mittlere" Zeugenschicht von besonderer Bedeutung ist. Wir meinen jene Zeugen, die nicht Träger der Verantwortung und nicht eigentlich Handelnde waren, von denen aber angenommen werden konnte, daß sie kraft ihrer damaligen Stellung genauere Kenntnis von diesem oder jenem Vorgang haben mußten.

In sachlicher Hinsicht waren dabei folgende Möglichkeiten zu überprüfen:

1. Handelt es sich um einen Angriff deutscher Flugzeuge auf Befehl Hitlers, der für einen uneingeschränkten Luftkrieg die Hände frei haben wollte?
2. Haben sich deutsche Flugzeuge vielleicht verflogen und die Bomben irrtümlich auf Freiburg geworfen? Oder ist es ein Notwurf deutscher Flugzeuge gewesen?
3. Haben feindliche Flugzeuge ein planmäßiges Bombardement gegen die Zivilbevölkerung oder gegen militärische Objekte durchgeführt, und zwar in einem offenen oder einem getarnten Angriff, der vielleicht im optischen Schutz der deutschen Flugzeuge erfolgt ist?
4. Haben feindliche Flieger in deutschen Flugzeugen gesessen oder von feindlichen Flugzeugen aus deutsche Bomben abgeworfen?
5. Besteht nicht auch die Möglichkeit eines Fehlabwurfs durch feindliche Flugzeuge?

Das Ergebnis unserer Untersuchungen legen wir hiermit vor. Wenn wir dies in aller Ausführlichkeit tun, so deswegen, weil wir darin die beste Möglichkeit sehen, die in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen zu einem Abschluß zu bringen. Wir werden uns bei unserer Darstellung zunächst der Luftlage im Freiburger Raum am 10. Mai zuwenden, dann den Feststellungen nachgehen, die damals über die Herkunft der abgeworfenen Bomben getroffen wurden, und in einem weiteren Abschnitt prüfen, ob und was gegebenenfalls von den fliegenden Verbänden zur Klärung des Vorfalls beigetragen werden kann. In einem abschließenden Kapitel werden wir darauf eingehen, wie die oberste Führung des Reiches und auf ihre Weisung die deutsche Propaganda den Vorfall behandelt hat, woraus eine weitere Bestätigung für das Ergebnis unserer Untersuchung zu entnehmen ist.

II.

Welche Originaldokumente stehen heute noch zur Verfügung, die zur Luftlage am Nachmittag des 10. Mai 1940 etwas aussagen? Im Kriegstagebuch des örtlichen Luftschutzleiters Freiburg i. Br. heißt es (S. 4): „Die feindlichen Flieger näherten sich der Stadt aus westlicher Richtung im Schutze einer ausgedehnten Gewitterwolke, aus der sie im Augenblick des Bombenabwurfs überraschend hervorstießen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Anzahl und Nationalität der Flugzeuge war nicht zu erkennen. Offenbar handelte es sich um französische Flugzeuge." Und der von der Stadt mit der Führung der „Tagebuchmäßigen Aufzeichnungen des Kriegsgeschehens"[7] betraute Schriftsteller K. W. Straub schreibt, die Meinungen darüber, aus welcher Richtung der Angriff erfolgte und wieviel Flugzeuge es waren, seien geteilt gewesen. In seinem Schreiben vom 5. Juni 1955[8] weist er darauf hin, daß sich in diesen Tagen kein Mensch in Freiburg über die Urheberschaft Gedanken gemacht habe, denn jeder sei davon überzeugt gewesen, daß es sich nur um feindliche Flugzeuge handeln könne. Er habe daher auch keine Veranlassung gesehen, sich bei militärischen Dienststellen über den Sachverhalt zu erkundigen.

Welcher Aussagewert kann den beiden Tagebüchern zugesprochen werden? Hatten ihre Verfasser Kenntnis von den bei den militärischen Stellen eingegangenen Meldungen und bekamen sie Nachricht über das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchungen? Nach Mitteilungen des Bürgermeisters[9] und des städtischen Verwaltungsdirektors[10] von Freiburg wurde die Stadt weder an den Untersuchungen beteiligt noch erhielt sie Kenntnis von deren Ergebnis. Der Luftschutzoffizier im Polizeipräsidium hatte vielmehr den Eindruck, daß die Wehrmacht auf die Wahrung ihrer alleinigen Zuständigkeit sehr bedacht sei. Sein Vorgesetzter, der Polizeipräsident von Freiburg, habe ihn mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß er sich um die Sache nicht kümmern solle, sie sei nicht die Aufgabe seines Ressorts[11]. Selbstverständlich konnten die Wehrmachtsdienststellen hierfür ihre guten Gründe haben: etwa weil die Luftwarnung „versagt" hatte, oder auch weil die Flak nicht in Tätigkeit getreten war. Als General Dollmann, der Oberbefehlshaber der für Freiburg zuständigen 7. Armee, am Tage nach dem Angriff im Bürgermeisteramt erschien, um der Stadt die Anteilnahme der Wehrmacht auszusprechen, wurde er vom Bürgermeister gefragt, wieso denn der Angriff überhaupt möglich gewesen sei. Dollmann beschränkte sich darauf, auf das bei der Luftwarnung bestehende umständliche Meldesystem hinzuweisen[12]. Der ehemalige Polizeipräsident schließlich berichtet, er habe weder von Dollmann noch vom damaligen Kommandierenden General des Luftgaues VII, General Zenetti, die ihn beide damals aufsuchten, etwas erfahren, was zu Zweifeln hätte Anlaß geben können[13]. So liegt die Vermutung nahe, daß die Wehrmacht bestrebt war, über die Angelegenheit zu schweigen.

Darin liegen auch die Grenzen des Aussagewertes der beiden Quellen. Es bleibt daher zu prüfen, ob Berichte von Augenzeugen vielleicht mehr auszusagen vermögen. Die einen – meist handelt es sich um ehemalige Angehörige der in oder um Freiburg eingesetzten Flugmelde-, Luftwarnstellen und Flakeinheiten – stimmen

---

[7] Städt. Hauptverwaltung, Heft 1 (1940/43), S. 7.
[8] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 97.
[9] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 43.
[10] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 113.
[11] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 112.
[12] S. Anm. [9] und [10].
[13] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 114.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darin überein, daß zur Zeit des Angriffs keine feindlichen Flugzeuge über dem Luftraum gesichtet wurden. Die anderen aber behaupten, feindliche Flugzeuge gesehen zu haben[14]. Die Beobachtungen beider Gruppen über An- und Abflug, Anzahl, Flug- und Abwurfhöhe der Flugzeuge sind uneinheitlich und widerspruchsvoll. Die einen berichten von einem Angriff im Tiefflug[15], die anderen von einem Abwurf der Bomben aus großer Höhe[16]. Einmal werden 18[17], das andere Mal sechs[18], drei[19] oder zwei[20] Flugzeuge gesehen, zwei Zeugen wiederum behaupten, das Bombardement sei durch nur ein Flugzeug ausgeführt worden[21]. Als Anflugrichtungen werden Süden, Südwesten, Westen und Osten genannt. Ebenso verhält es sich mit dem Abflug, wenn auch hier die Mehrzahl den Westen bevorzugt.

Zu einem Teil gehen die Widersprüche in den Berichten sicherlich auf die seinerzeitigen Wetterverhältnisse zurück, die allerdings ebenfalls in den Aussagen umstritten sind. Glücklicherweise sind jedoch die Originalmeldungen der Wetterstation erhalten geblieben, so daß über diesen Punkt Klarheit besteht. Wir zitieren sie in Transskription, die uns vom Deutschen Wetterdienst zur Verfügung gestellt wurde[22].

Danach meldeten am 10. Mai 1940:

Die Klimastation Freiburg i. Br. (Botanischer Garten):

14^{30}: Temperatur 19,8° C, Dampfdruck 9,6 mm, Relative Feuchtigkeit 56%, Nordwestwindstärke 4, 5/10 der Himmelsfläche mit Wolken bedeckt, Sonnenschein, kein Niederschlag seit 7^{30}.

Die Wetterwarte Flughafen Freiburg:

14^{30}: Dunstig, Sichtweite 10–20 km, NW Wind Stärke 2, 4/10–6/10 der Him-

---

[14] Ein Teil der Berichte ist ganz oder im Auszug abgedruckt im Freiburger Wochenbericht v. 10./11. 6. 54 und 10./11. 2. 55 und in der Badischen Zeitung v. 8. u. 22. 12. 54. Diese Zuschriften wurden uns von den beiden Redaktionen freundlicherweise im Original zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Weitere Berichte gingen uns direkt oder durch deren Vermittlung zu. In unserer Quellensammlung sind Aussagen, die einen feindlichen Angriff vertreten, unter den folgenden Nrn. zu finden: Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 1, 4, 22, 28 (s. a. Nation Europa 1954, Heft 4), 29, 35, 42, 49, 51, 63, 76, 84, 103, 105, 106. Von deutschen Flugzeugen wird berichtet in: Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 3, 19, 38, 39, 56, 94, 108 und ZS 610.

[15] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 19, 49, 94, 105, 106.

[16] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 51, 63.

[17] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 42.

[18] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 40.

[19] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 4, 35, 38, 106.

[20] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 29.

[21] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 23 u. 49. Nicht als charakteristisch, sondern als Kuriosum sei folgender Bericht im Auszug wiedergegeben: „Dieser (d. i. der Flieger) neigte sich nach rechts und blickte auf den Boden, als suche er etwas. Als er den Kopf hob, starrte er mich an, und ich sah in ein düsteres längliches Gesicht, schwarzer ungepflegter Schnurrbart, der über die Lippen herunterhing. Für mich war das kein Deutscher, sondern ein Zigeuner oder Südländer . . . Dieses Mördergesicht habe ich mir so eingeprägt, daß ich es noch heute erkennen würde."

[22] Archiv IfZ, ZS/A–5, Anhang.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

melsfläche mit Cumulonimbus bedeckt, Wolkenuntergrenze 1500–2000 m über dem Meeresgrund.

15^{00} wie um 14^{30}.

15^{30} wie um 14^{30}.

16^{00}: Dunstig, Sichtweite 10–20 km, Ostwindstärke 1, 7/10-8/10 der Himmelsfläche mit Cumulus, Stratocumulus, Altocumulus bedeckt, Wolkenuntergrenze 1500–2000 m über Grund.

Wenn nun der Himmel zu 7/10-8/10 mit Wolken bedeckt war und die Wolkenuntergrenze bei 1500–2000 m über Grund lag, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die anfliegenden Flugzeuge, die sich nach Ansicht der Mehrzahl der Zeugen in einer Höhe von ungefähr 2000 m oder mehr befanden[23], nur durch gelegentliche Luftlöcher gesichtet werden konnten. Das verursachte ein Moment der Überraschung, das leicht zu ungenügender und falscher Beobachtung führen kann. Dies gilt in besonderem Maße für die zufälligen, die zivilen Augenzeugen, die nicht im Flugzeugerkennungsdienst ausgebildet waren. Die normale Einstellung, beim Fallen von Bomben selbstverständlich an feindliche Flugzeuge zu denken, darf ferner nicht außer acht gelassen werden. Rechnet man schließlich hinzu, daß seit dem Ereignis anderthalb Jahrzehnte vergangen sind, so ist es verständlich, daß die Berichte der Augenzeugen nicht unterschiedslos für die Untersuchung verwertet werden konnten.

Mehr Gewicht dagegen haben zweifellos die Aussagen der Zeugen, deren besondere Aufgabe es war, auf Grund ihrer Ausbildung den Luftraum auf feindliche Flugzeuge hin zu beobachten und über die jeweilige Luftlage Meldungen durchzugeben oder aufzunehmen. Dies um so mehr, wenn sie Gelegenheit hatten, die Reaktionen und Maßnahmen kennenzulernen, die der Vorfall bei der Führung auslöste. Zu berücksichtigen sind vor allem die ehemaligen Angehörigen der Flugwache (Fluwa) auf dem Lorettoberg bei Freiburg und der in der Stadt befindlichen Luftwarnzentrale, die miteinander durch eine direkte Fernsprechleitung verbunden waren, wie auch des Flugwachkommandos (Fluko) in Donaueschingen, bei dem auch Meldungen von anderen Flugwachen eingingen[24]. Wegen der zahlreichen Querverbindungen im Flugmeldenetz versuchten wir außerdem, mit ehemaligen Angehörigen benachbarter Fluwas und Flukos in Verbindung zu treten. Die eingeholten Erkundungen geben ausreichend Gewißheit, daß keine maßgeblichen Stimmen unbeachtet blieben.

Jedenfalls sagen die von uns befragten Zeugen einheitlich aus, daß sich zur Zeit des Angriffs keine feindlichen Flugzeuge über Freiburg befanden. Der diensttuende Flugmeldeposten auf dem Lorettoberg berichtet im einzelnen folgendermaßen[25]:

„Wir haben dauernd Flugzeuggeräusche gehört. Im Süden von Freiburg waren Gewitterwolken. Wir haben die Geräuschmeldungen laufend durchgegeben . . .

[23] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 13, 22, 35, 59, 51 u. 106.

[24] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 26.

[25] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 39. Die Angaben werden von dem damaligen Führer der Flugwache als richtig bescheinigt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Plötzlich wurden in Richtung West, also Ihringen-Breisach, drei He 111 als solche erkannt und auch die deutschen Nationalitätsabzeichen festgestellt. Die Flughöhe dieser Flugzeuge bewegte sich zwischen 1500–2000 m. Sie kamen im Kettenkeil auf Freiburg und setzten sich etwa ab der Mitte zwischen Breisach und Freiburg hintereinander . . . Plötzlich sahen wir entsprechend der Flugroute dieser Flugzeuge drei detonierende Bomben . . . Ich alarmierte sofort den auf der Flugwache anwesenden Flugwachführer S., der mit mir weiter beobachtete. Wir sahen dann gemeinsam die Detonation von einer Reihe weiterer Bomben entlang der Breisach-Freiburger Bahnlinie an der Artilleriekaserne bis zum Hauptbahnhof. Die Flugzeuge flogen dann in Richtung Kandel, in welcher Gegend sie wendeten und im Kettenkeil wieder in Richtung etwas nördlich von Breisach flogen."

Vom seinerzeitigen stellvertretenden Kommandoführer der Luftwarnzentrale Freiburg wird – bereits in einer Erklärung vom 11. November 1947 – bestätigt, daß die Fluwa Lorettoberg, auch auf Nachfrage, deutsche und keine feindlichen Flugzeuge meldete[26].

Einen Beweis dafür, daß die bei den Flugmeldestellen und in der Luftwarnzentrale damals vorliegenden schriftlichen Meldungen nur von deutschen und nicht von feindlichen Flugzeugen sprachen, liefert uns die Flak. Ihr hatte die Bevölkerung vor allem den Vorwurf gemacht, daß sie ihre Pflichten gröblichst verletzt habe. Wenn auch in der Flakgruppe Schwarzwald bereits unmittelbar nach dem Angriff Meldungen eingingen, nach denen die Bomben aus deutschen Flugzeugen abgeworfen wurden, so hielt es ihr Kommandeur wie auch der ihm unterstellte Kommandeur der schw. Flak Abt. 491 doch für richtig, die Sachlage im einzelnen zu überprüfen. Die Durchsicht ergab, daß nur eigener Flugverkehr festgestellt worden war[27]. Das gleiche berichtet uns der Kommandoführer der Luftwarnzentrale, der sich nach Rückkehr von seinem Urlaub alle an diesem Tage eingegangenen Meldungen hatte vorlegen lassen[28].

Es bleibt daher nur die Frage, ob vielleicht die von der Fluwa Lorettoberg durchgegebenen Meldungen unzutreffend waren und ob vielleicht beim Flugwachkommando in Donaueschingen auch andere Nachrichten vorlagen. Warum wurde von hier aus bei der Fluwa zurückgefragt, ob ihre Meldung richtig sei, da „man von deutschen Flugzeugen nichts wisse"[29]? Hierzu berichtete uns ein Freiburger Rechtsanwalt, der die in Donaueschingen diensttuenden Wehrmachtsangehörigen persön-

[26] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 38. – Der zur Zeit des Angriffs diensttuende Gruppenführer und Auswerter glaubt sich sogar an folgende Meldung zu erinnern: „Drei He 111 über die Fluwa im Abflug in Richtung auf den Flugplatz werfen Bomben auf den Hauptbahnhof." (ZS/A–5, Nr. 3). Daß die abwerfenden Flugzeuge als deutsche erkannt wurden, berichtet auch der Führer des Flugwachzuges, der nach seiner Erinnerung zufällig zur Kontrolle auf dem Lorettoberg war. Er beobachtete, wie nach vorangegangener Flugmeldung: „Flugzeuggeräusch in Richtung Freiburg" deutsche Flugzeuge durch die Wolken hervorstießen und nach dem Abwurf „so still in den Wolken verschwanden", wie sie gekommen waren (ZS/A–5, Nr. 56).

[27] Archiv IfZ, ZS 610, S. 4 u. ZS/A–5, Nr. 108. – Es sei vermerkt, daß alle eingehenden Meldungen gemäß Vorschrift schriftlich niedergelegt wurden.

[28] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 94.

[29] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 39.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich kannte, da er vor dem Kriege den Flugwachzug in Freiburg geführt hatte[30]. Auf seine sofortige Anfrage, was denn los gewesen und was ihnen von den Fluwas gemeldet worden sei, teilte man ihm lediglich die bereits erwähnten Beobachtungen der Fluwa Lorettoberg mit, daß nur deutsche und keine feindlichen Flugzeuge festgestellt wurden.

Über diese Meldungen hinaus stehen jedoch noch zwei Berichte zur Verfügung, denen besondere Bedeutung zukommen dürfte. Einmal, weil sie von Zeugen stammen, die nicht dem Verdacht ausgesetzt sind, daß sie sich rechtfertigen möchten, sodann aber, weil sie zeigen, daß auch bei anderen Stellen des Flugmeldedienstes keine Meldungen von feindlichen Flugzeugen vorlagen. Der Verfasser des einen Berichts war damals Wachoffizier in der Kleinen Luftmeldesammelstelle des Luftgaues XII in Wiesbaden und wurde von seinem Ic und seinem Chef des Stabes gedrängt, genaue Nachrichten über den Vorfall zu beschaffen. Der Verfasser des anderen, ein Freiburger Architekt, war zur Zeit des Angriffs als Fernsprecher eines Flak-Geschützzuges auf der Nürnberger Burg. Beiden wurde – dem ersteren von den Flukos in Stuttgart und Mannheim, dem letzteren aus Ettenheim – die Nachricht durchgegeben, daß es deutsche Flugzeuge gewesen seien[31].

Über die Luftlage könnte demnach eigentlich kein Zweifel mehr bestehen, wäre uns nicht auch ein Bericht des seinerzeitigen Kommandeurs der Flugmeldeabteilung 7 im Luftgau VII zugegangen, der damals nach seinen eigenen Angaben eingehende Untersuchungen angestellt hat und ihr Ergebnis nun folgendermaßen zusammenfaßt[32]:

„Die Flugzeuge (Zahl konnte nicht genau ausgemacht werden) wurden von der Flugwache (Freiburg?) ein paar Minuten vor dem Angriff in den Wolken über den Tunibergen kreisend beobachtet. Da ihre Nationalität und die genaue Zahl infolge häufigen Verschwindens hinter den Wolken nicht ausgemacht werden konnten, wurden sie als feindlich und mehrere (2–3 nach Angabe des Flugmelders) gemeldet. (Dies entspricht dem Reglement[33].) Der Abwurf erfolgte durch ein Flugzeug, das plötzlich aus den Wolken hervorstieß und in direktem Angriff stark drückend angriff und nach dem Abwurf sofort auf Westkurs abdrehte und am Ostfuß der Vogesen landete. Das angreifende Flugzeug wurde als Caudron erkannt und gemeldet. Abwurfhöhe 400–500 m . . .

Über den Verbleib des oder der anderen Flugzeuge über den Tunibergen wurde nichts Weiteres festgestellt . . .

Deutsche Flugzeuge waren zur Zeit des Angriffs im engeren Raum Freiburg nicht in der Luft . . ."

---

[30] Ebenda. – Ein Bericht des ehem. Kdrs d. Fluko Donaueschingen konnte leider trotz wiederholter Bemühungen nicht beigebracht werden.

[31] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 71 u. Nr. 93.

[32] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 76.

[33] Die Richtigkeit dieser Angabe wird bestritten (s. Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 5). Der Gruppenleiter der Flugmeldegruppe beim Chef des Nachr.-Verb.-Wesens der Luftwaffe widerlegt sie durch ein Beispiel, das er uns bei seinen allgemeinen Ausführungen über den Flugmeldedienst gibt: 8.15 Uhr ein unbekanntes Flugzeug. 2–4 tief 8.16. (s. Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 26). – Die in Frage kommende LDv stand uns leider nicht zur Verfügung.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl dieser Bericht den Aussagen sehr gewichtiger Zeugen widerspricht, war es notwendig, seine Angaben zu prüfen, da der Verfasser für den taktischen Einsatz der Flugmeldeeinheiten im Luftgau VII verantwortlich war. Hat er vielleicht Nachrichten erhalten, die sonst unbekannt geblieben sind, und von welchen Stellen gegebenenfalls wurden ihm diese übermittelt[34]?

Bei unseren Überlegungen konnte die in Freiburg auf dem Lorettoberg stationierte Flugwache von vornherein ausscheiden, denn die von ihr vorliegenden Berichte sprechen gegen eine solche Möglichkeit. Vom Fluko Donaueschingen, bei dem auch von anderen Fluwas Meldungen eingingen, liegt eine Aussage vor, nach der die Meldung des Flukos „deutsche Flugzeuge kreisen über Freiburg", und feindliche Flugzeuge seien nicht festgestellt worden, höheren Orts nicht gerügt wurde[35]. Dies wäre aber der Fall gewesen, wenn sich herausgestellt hätte, daß die von ihm durchgegebenen Meldungen unrichtig wären. Wiederholt erfolgten Rückfragen und fanden Vernehmungen statt, wiederholt erschienen Offiziere des Luftgaukommandos in Freiburg und sahen die schriftlichen Unterlagen ein. Kein Zeuge aber berichtete uns von einer Beanstandung. Der Chef des Stabes[36] und der Ia[37] im Luftgaukommando ebenso wie der Chef Ic im HQu Ob.d.L.[38], denen wir den Bericht zur Stellungnahme vorlegten, erklärten übereinstimmend und unabhängig voneinander, daß sie von einem französischen Flugzeug Caudron als Urheber des Angriffs nie etwas gehört haben. Der diensttuende Gruppenleiter in der Luftwarnzentrale Freiburg erwiderte mit Recht, daß ihm doch bei seiner Vernehmung der Bericht, der genau das Gegenteil von dem aussage, was er selbst behauptete[39], hätte entgegengehalten werden müssen. Und der Kommandeur der Flakgruppe Schwarzwald machte geltend, daß bei einem solchen Sachverhalt sowohl die Flak als auch die Flugmeldestellen streng bestraft worden wären. Dies sei aber nicht der Fall gewesen, er sei nicht einmal zu einem Bericht aufgefordert worden[40]. So bleibt also nur die Möglichkeit, daß es sich vielleicht um eine Verwechslung mit einer Potez 63[41] handelt, die in der Gegend des Kaiserstuhls ein- und bei Lahr wieder ausgeflogen war. Der Lageoffizier beim Ic erinnert sich genau, daß dieses französische Aufklärungsflugzeug gleich anfangs aus allen Erwägungen wieder ausschied. Bereits in der

---

[34] Über den Umfang der Untersuchung und die ihr zugrunde liegenden Unterlagen konnten keine Einzelheiten in Erfahrung gebracht werden. Nach Mitteilung des Ia-Sachbearbeiters beim Stabe (Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 46) dürfte es eine nachträgliche Überprüfung der Auswertung der Flugmeldungen gewesen sein, die wahrscheinlich vom Kommandeur direkt vorgenommen wurde. Er selbst habe – wie er sicher wisse – die Untersuchung nicht geführt.

[35] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 59.

[36] Archiv IfZ, ZS 605, S. 6.

[37] Archiv IfZ, ZS 387, Bl. 3.

[38] Archiv IfZ, ZS 140, S. 20.

[39] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 3.

[40] Archiv IfZ, ZS 610, S. 7.

[41] Modernes französ. Mehrzweckflugzeug, das als Jäger, Fernaufklärer und leichter Bomber verwendet wurde. – s. Feuchter, Georg W.: Geschichte des Luftkrieges. Bonn 1954, S. 83.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sondermeldung, die am Nachmittag des 10. Mai vom Ic an den LW-Führungsstab durchgegeben wurde, war daher vermerkt: „zeitlich unmöglich"[42].

An dieser Stelle dürfte es angezeigt sein, auch die Berichte wiederzugeben, welche von französischer und englischer Seite eingeholt werden konnten. Nach der Auskunft des Ministère de la Défense Nationale et des Forces Armées „Guerre", État-Major de l'Armée, 2ème Bureau vom 8. August 1955 hätten französische Bombenflugzeuge vor der Nacht vom 10. zum 11. Mai 1940 deutsches Gebiet nicht angegriffen und Marineflugzeuge nicht vor der Nacht vom 13. zum 14. Mai. Beobachtungsflugzeuge waren den erhaltenen Mitteilungen zufolge an diesem Tag zwar eingesetzt, sie haben jedoch nicht die Gegend des Oberrheins überflogen. Der südlichste Punkt ihres Einsatzraumes war danach Weißenburg im nördlichen Elsaß[43]. Entscheidend für das französische Verhalten sei das Bemühen gewesen, der überlegenen deutschen Luftwaffe keinen Vorwand zu bieten für Vergeltungsmaßnahmen, die sehr gefürchtet wurden. Die deswegen geübte Zurückhaltung wird von den ehemals zuständigen militärischen Persönlichkeiten auf deutscher Seite allgemein bestätigt[44]. Auch der Verfasser der offiziellen Geschichte der „Royal Air Force", Denis Richards, berichtet in diesem Sinne[45]. Sein Zeugnis ist deswegen von Bedeutung, weil er während des Krieges Gelegenheit hatte, für eine Studie über den Verlauf des Luftkrieges im Mai/Juni 1940 die vertraulichen Bulletins der französischen Luftflotten durchzuarbeiten.

Richards' Ausführungen widerlegen aber vor allem die These vom ruchlosen englischen Angriff, indem er auf Grund seiner eingehenden Forschungen feststellt, daß für den 10. Mai keine Operation gegen Freiburg i. Br. befohlen war und daß kein RAF-Flugzeug bemerkt wurde, das aus Versehen die Stadt bombardiert haben könnte. Die vorgeschobenen Kampfverbände der RAF, die ihren Standort in der Gegend von Reims hatten, griffen viermal während des Nachmittags Truppenkolonnen an, die über Echternach nach Luxemburg vordrangen. Von englischen Flughäfen aus erfolgten Angriffe gegen die von deutschen Truppen besetzten Flugplätze Waalhaven und Ypenburg in Holland. Erst in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai operierten neun RAF-Bomber von England aus gegen Verbindungslinien entlang der deutschen Grenze im Umkreis der Städte Geldern, Kleve und Wesel[46]. Fassen wir diese beiden Berichte zusammen, so ergibt sich, daß am 10. Mai 1940 tagsüber weder von englischen noch von französischen Bomberverbänden Orte inner-

[42] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 117. Vgl. unten S. 142 f.

[43] Archiv IfZ, ZS/A–5, Anhang.

[44] Archiv IfZ, ZS 140, S. 19, ZS 610, S. 6, ZS 605, S. 6, ZS 612, S. 28.

[45] Schr. v. 28. 2. 55. – R. ist Vf. von „Royal Air Force 1939–45", London: H. M. Stationery Office.

1. Denis Richards : The fight at odds (1954). XI, 430 S.

2. Denis Richards und Hilary St. George Sounders: The fight avails (1954). IX, 415 S.

[46] Der Bericht Richards' hat dem ehem. Chef Ic im HQu Ob. d. L. zur Stellungnahme vorgelegen. Er bestätigte, daß die dort geschilderten alliierten Luftkriegshandlungen am 10. 5. 40 den ihm erinnerlichen Vorgängen an der Westfront an diesem Tage im wesentlichen entsprechen. S. Archiv IfZ, ZS 140, S. 25.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halb des Reichsgebietes angegriffen wurden. Während Frankreichs Kampfverbände erst in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai tätig wurden, beschränkte sich die RAF auf Angriffe gegen Ziele im Raum Luxemburg und Holland. Aufklärungsflüge französischer Flugzeuge fanden nur im Rhein-Mosel-Gebiet und westlich Karlsruhe statt. Diese Angaben von berufener französischer und englischer Seite stimmen im wesentlichen auch mit dem deutschen Lagebericht Nr. 248 des Ob.d.L., Führungsstab Ic, Nr. 8850/40 geh. vom 10./11. 5. 40 im Teil A, Abschn. I, Abs. a (Kampfhandlungen am 10. 5. und in der Nacht zum 11. 5.) über die Luftlage im Reichsgebiet überein[47]. Gleichwohl erscheint hier noch die Eintragung, daß Freiburg von feindlichen Flugzeugen angegriffen wurde! Es bleibt daher trotz der autoritativen Ausführungen des Service Historique und des Mr. Richards zu prüfen, was es mit dieser Angabe auf sich hat.

Unsere Ausführungen über die Luftlage haben gezeigt, wie weit auf dieser Basis ein Nachweis der Urheberschaft des Angriffs zu führen ist. Können uns vielleicht die in Freiburg aufgefundenen Blindgänger und Bombensplitter weiterhelfen? Schon 1940 wurden entsprechende Untersuchungen durchgeführt. So erhielt der Führer des Flugwachzuges in Freiburg vom Luftgaukommando den Befehl, im Benehmen mit dem Fliegerhorst die Bomben und Bombensplitter auf ihre Herkunft zu überprüfen. Die gemeinsam mit einem technischen Inspektor des Fliegerhorstes durchgeführte Untersuchung ergab, daß es sich um deutsche Bomben handelte. Nach telefonischer Durchgabe dieses Ergebnisses wurde von dem aufnehmenden Offizier befohlen, sämtliche Angehörigen der Fluwa auf strengste Geheimhaltung dieses Sachverhalts zu verpflichten[48]. Unabhängig davon stellten ferner die verantwortlichen Offiziere der im Freiburger Raum eingesetzten Flak Nachforschungen an, um sich die Gewißheit zu verschaffen, daß ihre Einheit kein Verschulden treffe. Sie fanden dann auch das Leitwerk einer Bombe, bei dem sie eindeutig die deutsche Herkunft feststellen konnten[49]. Ob und von welcher Stelle noch weitere Ermittlungen angestellt wurden, ist nicht bekannt. Jedenfalls scheinen am Abend des gleichen Tages bei den zuständigen Sachbearbeitern des Luftgaues keine Zweifel mehr über den Sachverhalt bestanden zu haben. So berichtet der ehemalige Adjutant des Höheren Nachrichtenführers der Luftflotte 3, der spätere Generaloberst Korten – damals Chef des Stabes der Luftflotte –, mit dem er das gleiche Quartier bewohnte, habe ihm am späten Abend des 10. oder 11. Mai[50] erzählt, daß eine Untersuchung der Splitter beim Luftgau München einwandfrei deutsche Bomben festgestellt habe[51].

Als die Sache für den Luftgau eigentlich bereits erledigt schien, kam dann von

[47] Fotokopie des Lageberichtes Nr. 248 im Archiv IfZ, ZS/A–5, Anhang.

[48] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 56. – Der Führer der Fluwa berichtete uns, daß sie ungefähr um 18 Uhr des gleichen Tages in diesem Sinne unterrichtet wurden (Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 39).

[49] Archiv IfZ, ZS 610, S. 5 und ZS/A–5, Nr. 108. Vgl. S. 133.

[50] Nach den uns vorliegenden Berichten ist der 10. Mai anzunehmen.

[51] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 111.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Göring der Befehl, die Angelegenheit eingehend zu untersuchen[52]. Der Leiter der Luftmuna[53] Haid berichtet hierzu, daß er damals vom Kommandeur der Luftzeuggruppe 7, Generalmajor Spruner von Merz, den Befehl erhalten habe, die Untersuchungen durchzuführen. Die Bombenreste seien von Fachleuten an Ort und Stelle gesammelt und ihm unter strengster Geheimhaltungsstufe in einem versiegelten Güterwagen zugeleitet worden. Die angelieferten Splitter gehörten nach seinen Angaben zu etwa 12–16 Bomben. Blindgänger und elektrische Zünder oder Zünderreste seien nicht dabei gewesen. Er kam zu dem Ergebnis, daß die dünnwandigen Bombenkörper anscheinend deutscher Herkunft seien. „Aber trotz reichlich vorhandener Kennzeichen war es unmöglich" – so berichtet er weiter –, „Fertigungsfirma oder Fertigungszeit festzustellen. Sie konnten jedenfalls aus keiner Luftmuna stammen . . ." Da die Bombenkörper offensichtlich recht alten Datums waren, sei die Schlußfolgerung berechtigt gewesen, daß sie aus dem Spanienfeldzug stammten und von dort in „anderen Besitz" übergegangen seien[54].

Dieser Bericht ist aus zweierlei Gründen von Interesse. Vom Chef der Abteilung „Bomben" im Technischen Amt des Reichsluftfahrtministeriums wissen wir nämlich, daß durch die eingeprägten Liefernummern an Bombe und Zünder die deutsche Herkunft sehr wohl festzustellen war[55]. Allerdings wurde ihm damals auch das Foto eines Blindgängers vorgelegt. Der Luftmuna dagegen standen, wie gesagt, für ihre Untersuchung weder Blindgänger noch die für die deutschen Bomben charakteristischen elektrischen Zünder zur Verfügung[56]. Kann man das als einen Zufall bezeichnen, wenn man weiß, daß sich unter den 69 gezählten Bomben, die über Freiburg abgeworfen wurden, nicht weniger als 24 Blindgänger befanden[57]? Es muß doch überraschen, daß gerade die Stücke ausgespart wurden, die für die verlangten Feststellungen offensichtlich von Bedeutung waren. Um so mehr, als es Fachleute gewesen sein sollen, die die Sendung für Haid zusammengestellt haben[58]. Wir sehen hier die gleiche Erscheinung wie bei der Feststellung der Luftlage: Zuerst erscheint die Sachlage klar, später werden Zweifel laut! Während die Zeugen, die über die Vorgänge selbst berichten, beinahe einheitlich von deutschen Flug-

---

[52] Archiv IfZ, ZS 605, S. 4.

[53] Abkürzung für Luftmunitionsausgabestelle.

[54] Leserzuschrift im Metzinger-Uracher Volksblatt v. 11. 2. 55 und Schreiben an Institut v. 23. 4. 55 (Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 107).

[55] Archiv IfZ, ZS 606, S. 3 f. Vgl. auch Anm. [58].

[56] Vgl. dazu den auf S. 133 ff, abgedruckten GKdos-Bericht der Luftzeuggruppe 7 v. 16. 5. 40, Ziffer 4.

[57] Kriegstagebuch des örtlichen Luftschutzleiters Freiburg i. Br. 1939–45, S. 5 mit Anlage 1 a (Übersichtskarte 1 : 10000 über die Bombenabwürfe beim 1. Fliegerangriff am 10. 5. 1940) und Städt. Hauptverwaltung, Heft 1, S. 94.

[58] Archiv IfZ, ZS 611, S. 5: Der Chef des Stabes beim Generalluftzeugmeister spricht von einem nach Freiburg gesandten Sachbearbeiter, der aus Splittern und einem Blindgänger einwandfrei das Vorhandensein deutscher 50-kg-Bomben festgestellt habe. Nicht zu entnehmen ist aus dem Bericht, daß dieser gleichzeitig die Sammlung der Belegstücke dirigiert hat.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugen und deutschen Bomben sprechen, wird in den Berichten über die damaligen Untersuchungsergebnisse die deutsche Urheberschaft entweder verneint oder als nicht nachweisbar bezeichnet.

Es geht aus Zeugenaussagen hervor, daß die technische Untersuchung in den Händen des Generalluftzeugmeisters Udet lag. Er war es, der mit Göring über den Vorfall konferierte. Es ist weiter bekannt, daß die am späten Nachmittag des 10. Mai eingehende Meldung von dem Angriff auf Freiburg bei Göring zunächst heftige Erregung hervorgerufen hat. So soll er gesagt haben: „Dieser Feldzug fängt ja gut an. Die Luftwaffe und ich haben sich schwer blamiert – wie kann man dies vor dem deutschen Volke verantworten?" Unverzüglich ordnete er daher eine kriegsgerichtliche Untersuchung bei den Kampfverbänden im Bereich des V. Fliegerkorps und eine eingehende technische Untersuchung zur Feststellung der Herkunft der Bomben an. Am Abend aber war die Stimmung vollkommen verändert. Der Chef Ic vermerkte das mit Verwunderung, denn er wußte, daß Göring derartige Pannen sonst sehr lange mit sich herumtrug. Als der Rundfunk am späten Abend in seinen Nachrichten von einem Angriff feindlicher Flugzeuge sprach, rieb sich der damalige Generalfeldmarschall hocherfreut die Hände. Im übrigen – so berichtet der ehemalige Chef Ic weiter – war den Tischgesprächen zu entnehmen, daß „die Tatsache fehlenden Nachweises von Bomben- und Zündersplittern auf die Herkunft der in Freiburg geworfenen Bomben die Sprachregelung bzw. Zweckmeldung eines französischen Luftangriffs auf Freiburg zuließ"[59]. Wie ist dieser Stimmungswechsel Görings zu erklären, und wieso konnte überhaupt von einem „fehlenden Nachweis" gesprochen werden? Haben vielleicht inzwischen Besprechungen zwischen Göring und Udet stattgefunden, in denen dieser die Aufgabe übernommen hatte, die Voraussetzungen für eine solche Sprachregelung zu schaffen?

Jedenfalls wurde die Sache auch in den höchsten Führungsstellen sehr geheim behandelt. Es kam hinzu, daß die sich überstürzenden Ereignisse des Westfeldzuges genügend andere und seinerzeit als wichtiger betrachtete Fragen mit sich brachten. Selbst in dem kleinen Kreise um Göring wurde nicht offen darüber gesprochen[60]! Udet verhielt sich – nach dem Bericht seines Chefs des Stabes[61] – sehr schweigsam. In einer streng vertraulichen Unterhaltung mit ihm erwog er einmal die Möglichkeit eines befohlenen Angriffs, die aber von beiden verneint wurde. Und seinem Bombensachverständigen legte er die Fotografie eines in Freiburg gefundenen Blindgängers vor und fragte, ob es möglich sei, daß der Gegner deutsche Bomben verwendet habe. Der betreffende Abteilungschef erwiderte, daß der Reichsverband der Deutschen Luftfahrtindustrie vor dem Kriege deutsche Bomben zusammen mit deutschen Flugzeugen an ausländische Staaten verkauft habe, daß andererseits aus Munitionsmangel ein ganzes deutsches Geschwader mit französischen und tschechischen Bomben ausgerüstet war, die in Polen erbeutet wurden. In dem vorliegenden

[59] Archiv IfZ, ZS 140, S. 10/12, 17 f.

[60] A. a. O.

[61] Archiv IfZ, ZS 611, S. 5.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falle sei aber die Herkunft des Blindgängers leicht an den eingeprägten Liefernummern an Bombe und Zünder festzustellen[62]. Selbstverständlich wurde die Angelegenheit auch bei den anderen mit der Sache befaßten Führungsstellen streng geheimgehalten. So berichtet uns der in der Luftmuna Haid die Untersuchung führende Offizier, daß Generalmajor Spruner von Merz wiederholt von dem negativen Verlauf der Untersuchung sprach. Schließlich habe man angenommen, daß die Bomben aus dem Spanienfeldzug stammten und von fremden Flugzeugen abgeworfen worden seien[63]. Der gleiche General war es aber auch, von dem Halder in seinem Schreiben vom 7. Oktober 1947 an das Stadtarchiv Freiburg berichtet: „Nach meinem Ausscheiden aus dem Amt als Chef des Gen.St. des Heeres wurde ich im Januar 1943 von einem mir persönlich nahe bekannten General der Luftwaffe, der dem Regime des Dritten Reiches mit der inneren Ablehnung des Offiziers alter Schule gegenüberstand, auf den Fall Freiburg angesprochen. Er berichtete mir, daß er in seiner damaligen technischen Dienststellung einen Bericht mit der Feststellung, daß es sich in Freiburg um deutsche Bomben gehandelt habe, in der Hand gehabt und diesen Bericht mit der Bitte um Aufklärung nach oben weitergeleitet habe[64]." Ob auch noch andere Stellen im besonderen Auftrage in dieser Sache tätig gewesen sind, konnte nicht ermittelt werden. Da aber das Untersuchungsergebnis des Generalluftzeugmeisters eine umfangreiche Akte[65] ausmachte, kann dies mit einiger Gewißheit angenommen werden. Nach der sicheren Erinnerung des Chefs Ic im Hauptquartier des Ob.d.L. erbrachte das Ergebnis keine unbedingten Beweise dafür, daß der Luftangriff von deutschen Bombern durchgeführt worden war. Allerdings, so fügt er hinzu, „konnte man aus den Akten schließen, daß es wahrscheinlich deutsche Bomber gewesen waren, die Freiburg angegriffen hatten"[66].

Den gleichen Eindruck gewann unser Zeuge nebenbei auch von dem Ergebnis der Untersuchungen bei den fliegenden Verbänden. Ihnen und den Vorgängen, die sich im Zusammenhang mit dem Freiburger Luftangriff dort abgespielt haben, wollen wir uns nun zuwenden. Zunächst sah es allerdings so aus, als ob unsere Nachforschungen hier zu keinem Erfolge führen würden. Sicher war nur, daß Freiburg im Angriffsstreifen des Kampfgeschwaders 51 lag. Dessen ehemaliger Kommodore hatte aber bereits in seiner Zuschrift an die „Marburger Presse" vom 6. Dezember 1947 erklärt, daß bei den kriegsgerichtlichen Untersuchungen alle Besatzungen ausgesagt hätten, ihre Bomben über den befohlenen Angriffs- oder Ausweichzielen und nicht über Freiburg abgeworfen zu haben. Auch in einer mündlichen Unterhaltung mit ihm am 8. Dezember 1954 war darüber hinaus nichts in Erfahrung zu brin-

---

[62] Archiv IfZ, ZS 606, S. 3 f.

[63] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 107.

[64] Archiv IfZ, ZS 240, III, S. 7. – Bei dem genannten Bericht handelt es sich vermutlich um das auf S. 133 ff. abgedruckte Gkdos-Schreiben v. 16. 5. 40.

[65] Bemühungen, diesen GL-Bericht in den deutschen Luftwaffenakten in London ausfindig zu machen, waren leider erfolglos. Er muß als verloren angesehen werden.

[66] S. Anm. [59].

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen[67]. So konnte es nicht überraschen, daß von 22 ehemaligen Angehörigen des Geschwaders 14 über die Urheberschaft des Angriffs keine Auskunft geben konnten, mehrere von ihnen sogar jede Verbindung ihres Verbandes mit ihm in Abrede stellten.

Nun war aber Ende November 1954 in einer Reihe von südwestdeutschen Zeitungen[68] der Bericht eines ehemaligen Fliegeroffiziers erschienen, nach dem eine Kette des KG 51 die Orientierung verloren und statt Mühlhausen Freiburg angegriffen habe. Eine illustrierte Zeitung griff diese Nachricht auf und setzte sich mit dem betreffenden Gewährsmann und drei von ihm genannten weiteren Zeugen in Verbindung. Das Ergebnis war der sensationell aufgemachte Bildbericht „Bomben, die Europa trafen. Die Tragödie von Freiburg endlich aufgeklärt[69]." Im Zuge unserer Nachforschungen mußten wir aber feststellen, daß das Wissen der drei Zeugen aus dem KG 51 aus zweiter Hand stammte[70] und daher nach wissenschaftlichen Grundsätzen für eine so schwerwiegende Behauptung nicht ausreichte. Auffällig war schon, daß von den betreffenden Fliegeroffizieren für diesen Tag Mühlhausen und nicht – wie im KTB der III. Gruppe – Dijon-Lonvic als Angriffsziel bezeichnet wurde.

Weiter machte es eine Mitteilung der „Deutschen Dienststelle für Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht" wahrscheinlich, daß jener in der Reportage erwähnte S., der angeblich für den Angriff verantwortliche Kettenführer, am 10. Mai 1940 nicht zur III., sondern zur I. Gruppe gehörte[71]. Da aber, wenn es wirklich ein deutscher Fehlabwurf war, nach Aussage des Geschwaderkommodore[72] nur die III. Gruppe in Frage kommt, erschien uns gegenüber diesen Berichten Vorsicht geboten. Es konnte zumindest nicht ausgeschlossen werden, daß die Erinnerung der betreffenden Zeugen auch hinsichtlich der anderen Angaben nicht völlig zutraf.

Inzwischen hatten allerdings mehrere wichtige Zeugen ausgesagt, daß es sich sicher oder wahrscheinlich um einen Fehlabwurf handle. So zitierte z. B. der Chef Ic im HQu des Ob.d.L. aus seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen: „Leider erfolgte während des Frankreichfeldzuges insofern ein Unglücksfall, als eine verirrte eigene Bombergruppe Freiburg mit einem französischen Ort bei schlechtem Wetter verwechselte und auf den dortigen Bahnhof Bomben warf." Außerdem wußte er zu berichten, daß auch Generalfeldmarschall von Greim – zu Beginn des Westfeldzuges Kommandierender General des V. Fliegerkorps – deutsche Flugzeuge als die Ur-

---

[67] Archiv IfZ, ZS 612, S. 15 ff., 30 f. u. 27. – Er ist der Meinung, daß sich die Frage, wer denn die Bomben in Wirklichkeit geworfen habe, nie mit absoluter Sicherheit klären lassen wird.

[68] u. a. Schwäb. Tagblatt 26. 11. 54 und Badische Zeitung 29. 11. 54.

[69] Quick 1955, Nr. 6 (5. Febr.).

[70] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 11, 27 u. Nr. 34.

[71] Diese Mitteilung wurde auf Anfrage bestätigt von ZS/A–5, Nr. 11, 14, 37, 89, 96 u. ZS 613, S. 7. – Sein Name erscheint auch nicht im Kriegstagebuch der III./KG 51.

[72] Archiv IfZ, ZS 612, S. 33.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heber des Angriffes bezeichnet hat[73]. Ähnliches hatte sich der Chef des Stabes der Heeresgruppe C in seinem Tagebuch notiert[74]. Von Generaloberst Korten wiederum wurde der Ausspruch übermittelt: „Es ist eine tolle Sache passiert. Ein Kommandeur sollte die französische Stadt X . . . angreifen, hat sich verflogen und seine Ladung irrtümlich auf Freiburg abgeladen"[75].

Wiederholt hatten wir bei unseren Untersuchungen den Eindruck, als bewegten wir uns im Kreise. Immer kam man wieder an einen Punkt, an dem man schon einmal war und an dem ein großes Fragezeichen stand. Erst nach einer mehr als halbjährigen Korrespondenz gelang es, aus diesem Kreis herauszukommen und Berichte einzuholen, die durch ihre konkreten Angaben sehr wesentlich zur endlichen Klärung des Vorfalls beitrugen. So erhielten wir Verbindung mit dem ehemaligen Kommandeur der III. Gruppe, der u. a. folgendes aussagte:

„Bei der Vernehmung einer der jüngeren Besatzungen, deren Flugzeugkommandant Leutnant S. (im späteren Feldzug gefallen) war, ergab sich sinngemäß das Folgende:

Ltn. S.: ‚Nach dem Start in Landsberg mußte ich verschiedentlich blind fliegen. Ich bin dabei offensichtlich vom Kurs abgekommen. Als ich nach Flugzeitberechnung in der Nähe von Dijon sein mußte, hatte ich zwar streckenweise Bodensicht, fand aber die Orientierung nicht wieder. Ich habe dann verschiedentlich Kurswechsel gemacht, um durch Wolkenlöcher die Bodenorientierung wiederzufinden. Plötzlich tauchte vor mir eine größere Stadt mit einem Flugplatz auf, ich erkannte Dijon und habe um X Uhr meine Bomben auf den Flugplatz abgeworfen. Wirkungsbeobachtung war wegen Sichtbehinderung nicht möglich. Nach Abwurf habe ich Kurs auf Landsberg genommen, zuerst teils wieder Blindflug, dann unter den Wolken mit Bodensicht.'

Die sich aus der Abwurfzeit X und der Landezeit Y ergebende Zeitspanne war so bemessen, daß sie unmöglich zu der direkten Flugstrecke Dijon-Landsberg reichte, wohl aber paßte diese Zeitspanne gut zum Zurücklegen der Strecke Freiburg-Landsberg.

Ein Vergleich von Luftbildern der Flughäfen Dijon und Freiburg ergab zwar eine gewisse grobe Ähnlichkeit, Ltn. S. gab jedoch zu, daß der von ihm angegriffene Flugplatz auch der von Freiburg gewesen sein konnte. Jedenfalls konnte er nicht mit Bestimmtheit sagen, daß es Freiburg nicht gewesen war. Insbesondere aber die Zeitberechnung der Rückflugstrecke vom Bombenwurf an ließen Ltn. S. und mich zu der erschütternden Überzeugung kommen, daß Ltn. S. nach längerem Herumirren und Suchen die plötzlich vor ihm auftauchende Stadt Freiburg fälschlicherweise als die Stadt Dijon angesprochen hatte. Ltn. S. war fassungslos, als ihm diese Tatsache zur Gewißheit wurde"[76].

Der hier genannte Leutnant S.[77] erscheint auch im Kriegstagebuch der III. Gruppe. Es heißt dort: „Eine Kette unter Führung von Leutnant S. hatte über dem

[73] Archiv IfZ, ZS 140, S. 9 u. 19.

[74] Archiv IfZ, ZS 585, S. 4.

[75] S. Anm. [51].

[76] Archiv IfZ, ZS 613, S. 4.

[77] Dieser Ltn. S. ist nicht identisch mit dem oben und in „Quick" erwähnten Obltn. S. – Die Namen sind dem IfZ bekannt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schwarzwald die Verbindung verloren wegen schlechter Sicht. Diese Kette griff selbständig den Flugplatz bei Dôle aus 5000 m Höhe an[78]." Demnach handelte es sich zweifellos um die ganze Kette und nicht, wie man der obigen Darstellung entnehmen möchte, um das Flugzeug des Leutnants S. allein. Dies geht auch eindeutig aus der Aussage des Staffelkapitäns der 8. Staffel hervor, zu der die Kette S. gehörte. „Da wir diesen Nachmittag", so wird dort berichtet, „eine etwa 7/10 starke Bewölkung hatten, mußte die Staffel, um die Wolken zu durchstoßen und die nötige Angriffshöhe zu erreichen, in gelockerter Formation fliegen. Die Folge war, daß der Verband, als er die obere Wolkengrenze über dem Schwarzwald erreichte, durcheinandergeraten war. Nach mehrmaligem Kurven über dem Schwarzwald hatte ich zwei Ketten meiner Staffel zusammen; die dritte Kette unter Führung von Leutnant [. . .] fehlte. Ich schloß mich mit meinen beiden Ketten einer entfernt fliegenden anderen Staffel der Gruppe an und nahm Kurs auf Dijon. Nach Rückkehr vom Feindflug war Leutnant [. . .] mit seiner Kette bereits gelandet und meldete mir, daß er die Staffel nach Durchstoßen der Wolkendecke verpaßt und deshalb mit seiner Kette eines der von der Gruppe befohlenen Ausweichziele angegriffen hätte[79]."

Fassen wir diese drei Berichte zusammen, so ergibt sich, daß die Kette des Leutnants S. infolge schlechter Wetterlage den Anschluß an den übrigen Verband verloren und den Angriff am Nachmittag des 10. Mai allein geflogen hat[80]. Nach Rückkehr auf den Fliegerhorst meldet er seinem Staffelkapitän, daß er statt Dijon das befohlene Ausweichziel, den Flughafen von Dôle-Tavaux, angegriffen habe[81]. Nun scheint aber nach offizieller französischer Auskunft an diesem Tage Dôle-Tavaux nicht angegriffen worden zu sein[82]. Dies war dem vernehmenden Kommandeur damals zwar nicht bekannt, sehr wohl aber die Tatsache, daß die Kette des Leutnants S. früher als die anderen Ketten wieder auf dem Fliegerhorst Landsberg gelandet war. Der Staffelkapitän glaubt sich seiner Erinnerung absolut sicher zu sein, obwohl im Kriegstagebuch der III. Gruppe für die Maschine 9K-CS, die S. flog, die Landezeit 18.17 Uhr, für seine eigene Maschine aber bereits 18.14 Uhr einge-

---

[78] 22. Frankreicheinsatz v. 10. 5. 40, S. 49.

[79] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 89. – Die 8./KG 51 flog den Einsatz mit den Ketten Hptm. Sch., Obltn. St. und Ltn. S., der am 12. 8. 40 beim Angriff auf die Hafenanlagen von Portsmouth gefallen ist. Von den beiden ersten liegen unmittelbar Berichte vor, von dem letzteren die damalige Aussage in der Erinnerung des Kommandeurs und des Staffelkapitäns. Über die hier interessierenden Vorgänge kann daher aus erster Hand berichtet werden.

[80] Der Zeuge Obltn. St. schreibt hierzu allerdings: „Ich konnte mit Sicherheit übersehen, daß keine Bomben gefallen waren und auch keine Flugzeuge von uns ausscherten" (s. Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 96). Da nicht nur die beiden anderen Zeugen, sondern auch das KTB Gegenteiliges berichtet, kann der oben geschilderte Sachverhalt als zutreffend angesehen werden (s. auch Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 109).

[81] Daß in der durch den Kommandeur rekonstruierten Aussage S.'s Dijon als der Ort bezeichnet wird, den er angegriffen hat, wird als Erinnerungsfehler zu bezeichnen sein. Auch das KTB nennt Dôle-Tavaux.

[82] S. Anm. [43].

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragen ist. Es wird wohl richtig 17.17 heißen müssen, da die beiden Maschinen 9K-CS und 9K-HS, die mit ziemlicher Gewißheit zur Kette S. gerechnet werden können, laut Eintragung im KTB um 17.15 Uhr und 17.30 Uhr gelandet sind[83].

Dieses Untersuchungsergebnis, das sich in seinen entscheidenden Teilen ausschließlich auf Befragungen stützt, kann nun aber auch durch zwei Originaldokumente belegt werden, die in unserer Beweisführung die vielen, von Zeugen wiederholt geäußerten Zweifel, ob es überhaupt möglich sein werde, den Vorfall einwandfrei aufzuklären, beseitigen können. Wegen ihrer besonderen Bedeutung bringen wir sie im Wortlaut:

Geheime Kommandosache!

Luftzeuggruppe 7
Az.: 74 b/Gr. IV/B
Nr. 480/40 g. Kdos.
Zu.: Lgkdo. VII Nr. 17071 geh. v. 13. 5. 40 und Ic geh. vom 12. 5. 40.
Betr.: Blindgänger in Freiburg.

München, den 16. Mai 1940
Rechteckiger Stempel:
Luftgaukommando VII
Eing.: 16. Mai 1940
Abtlg.
Nr. 2847 gkdos. [handschr.]
Anlagen

An den Herrn
Chef des Stabes im Luftgaukommando VII
(m. 2 N. A.)

München.

Die im Abdruck anliegende Meldung[84] wurde am 11. 5. 40 unmittelbar mündlich an Ic des Luftgaukommandos durch Major (W) Greiner durchgegeben.

Von der ausgegrabenen Bombe befindet sich der Bombenkörper mit Zünder noch in der Eindringungsstelle, während das zugehörige Leitwerk über Flugabwehrkommando Schwarzwald an die Luftzeuggruppe durch Ic Luftgau eingesandt wurde und sich zurzeit bei Gruppe IV befindet.

Die zwischenzeitlichen Feststellungen ergeben folgendes: Es handelt sich bei der ausgegrabenen Bombe zweifellos um eine deutsche S C 50, die aus der L.Muna

[83] Unsere Annahme wird bestätigt durch die Angabe in der auf S. 135 abgedruckten Ic-Aktennotiz v. 17. 5. 40, daß 3 He 111 in Landsberg um 17.20 Uhr gelandet sind. Für die frühzeitige Rückkehr des Ltn. S. besitzen wir noch einen weiteren Beleg in der Mitteilung eines ehemaligen Fliegeroffiziers, der im Jahre 1944 Ausbilder des Offiziersnachwuchses für Kampfflieger in Neuruppin war und dort im Kasino von zwei an dem Lehrgang teilnehmenden Offizieren erfuhr, was sie über den Fall Freiburg wußten. Er bestätigt in seinem Bericht, daß eine Nachberechnung der Flugzeit direkt auf den Raum Freiburg und nicht auf die entfernter liegenden Ziele (Dijon oder Dôle-Tavaux) hinwies (s. Archiv ZS/A–5, Nr. 30). – Bei den Eintragungen des Kriegstagebuches muß berücksichtigt werden, daß es sich um die Durchschrift einer Zweitschrift handelt, die wegen Verlust (!) des alten KTB auf Befehl der Gruppe nach dem Frankreichfeldzug angefertigt wurde (s. Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 27). Es ist natürlich auffällig, daß gerade an dieser Stelle die Eintragungen unrichtig sind. Auf eine weitere fehlerhafte Eintragung weist der damalige Staffelkapitän der 8. Staffel hin. Er hat nämlich den Einsatz mit 9 und nicht, wie im KTB angegeben, mit 7 Maschinen geflogen. Seine Aussage wird durch die obige Aktennotiz belegt.

[84] Nicht vorhanden.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schwabstadl stammt und auf den Fliegerhorsten Landsberg, Memmingen und Lechfeld ausgegeben wurde.

Nähere Angaben wie folgt:

1. Bombenkörper:

Mittelstück von zylindrischer Form, von etwa 200 mm ⌀; am vorderen Teil ist deutlich sichtbar und fühlbar Wulst vorhanden. Die Länge von der Kopfspitze bis Bodenstück beträgt ca. 680 mm.
Das Mittelstück trägt auf der Mittellinie, Zündermitte und Aufhängeöse etwa 18 cm vom Boden entfernt das Zeichen der Füll-Firma, Monat und Jahr der Füllung (Km. 10. 38) und etwa 15 cm vom Boden entfernt den Abnahmestempel Wa. A. 636. Zwischen Zünder und Aufhängeöse ist die Zahl 14 = eingegossenes Füllpulver 02 eingeschlagen.
Der Zünder ist ein El. A. Z. C. 50 (15) mit folgender Bezeichnung: Rh. S. 1938. 59. c. Diese Zeichen bedeuten: Der Zünder ist — 2 —

— 2 —

1938 bei der Firma Rheinmetall in Sömmerda angefertigt und gehört zur Rate c der 59. Lieferung.
Die Bezeichnungen des Bombenkörpers und des Zünders sind zeichnungsgemäß angebracht (Foto unterwegs).[85]

2. Leitwerk:

Das Leitwerk besteht aus Flußstahl mit 1 mm starken Leitwerksflächen. Der Abnahmestempel (2 Adler mit den Nummern Wa. A. 597 und der Fertigungsfirma 4 K $\frac{u.}{Co.}$ 376 1938) ist nach der Zeichnung richtig eingeschlagen.
Das Pfeifgerät[86] war an je 2 gegenüberliegenden Leitwerksflächen mit Schrauben und Aluminiumnieten angebracht, Nietköpfe und Schrauben sind in den Bohrlöchern noch vorhanden. Da dies eine auffallende Befestigungsweise darstellt, wurde bei den Mun. Anstalten nachgeforscht, wo an ein- und derselben Bombe das Pfeifgerät mit Nieten und Schrauben angebracht wurde. Daraufhin meldete nur die L. Muna Schwabstadl, daß auf den Fliegerhorsten Landsberg, Memmingen und Lechfeld Pfeifen, die ursprünglich alle mit Aluminiumnieten befestigt waren, durch unsachgemäße Behandlungsweise abgedrückt wurden. Diese Pfeifen wurden dann von den vorangeführten Horsten nachträglich mit Schrauben befestigt.

3. Gründe für das Blindgehen:

a) entweder wurde das Zündschaltgerät nicht eingeschaltet (Bedienungsfehler); es konnte deshalb der Zünder nicht aufgeladen werden, oder
b) die Spannung der Batterie war zu nieder; sie genügte deshalb nicht mehr, die Zündvorrichtung des Zünders aufzuladen, oder
c) beim Verladen der Maschine wurde der Ladestecker schräg auf den Zünder aufgesetzt, sodaß der Ladestecker beim Fallenlassen der Bombe die Abwärtsbewegung (22 mm) entweder nicht mitmachte und daher der Zünder nicht aufgeladen wurde, oder der Ladestecker, noch bevor der Strom in den Ladestecker kommt, abriß. In diesem Falle würde es sich um einen Bedienungsfehler beim Aufhängen der Bombe handeln. Wäre dies die Ursache des Blindgehens, so

[85] befindet sich bei dem Aktenvermerk.

[86] auch Jerichogerät genannt, ein zunächst geheimgehaltenes Gerät zur Verstärkung der Heulwirkung fallender Bomben.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müßte dies an der Maschine festzustellen sein (fehlender, verbogener oder beschädigter Ladestecker), oder

d) die Stromzuführungsleitung war durch Beschuß oder sonstige Beschädigung unterbrochen (Materialfehler). Dies müßte von der

— 3 —

— 3 —

technischen Leitung festgestellt worden sein.

Es dürfte sonach notwendig sein festzustellen, welche Maschine möglicherweise die fraglichen Bomben abgeworfen hat.

4. Maßnahmen der Luftzeuggruppe:

Die in Freiburg noch vorhanden gemeldeten Bomben – insgesamt 10–11 Stück, davon 3 am Funkturm – werden am Sonnabend, den 18. 5. 40, 16⁰⁰ Uhr ordnungsgemäß untersucht, ausgegraben und nach Muna Haid zur Aufbewahrung verbracht, sodaß jederzeit eine genauere Untersuchung noch an Ort und Stelle möglich bleibt.

1 Anlage[84] [handschr. gez.:]
(3 N. A. bei Lzgr. 7, IV/B) v. Spruner

Ic München, den 17. 5. 1940.

Aktennotiz.

Nach den Aufzeichnungen der Kl. L. M. S. waren am 10. 5. 1940 in der Zeit zwischen 14.00 und 17.00 Uhr unter anderem folgende Flugzeuge unterwegs, die Freiburg überflogen haben könnten:

1. 9 He 111 der 8./K. G. 51, Start 14,33–14,39 Uhr, von Landsberg nach Frankreich;
davon landeten 3 He 111 in Landsberg um 17,20 Uhr.
Entfernung von Landsberg nach Freiburg: 225 km.

2. 3 He 111 der 5./K. G. 55 aus Neu-Ulm.
Start: 14,45 Uhr, Landung: 16,55 Uhr
Entfernung von Neu-Ulm nach Freiburg: 170 km.

In Memmingen und Lechfeld sind in der fragl. Zeit keine Kampfflugzeuge gestartet.

[handschr.:] m.
[handschr. gez.:]
v. Donat[87]

In dem ersten Dokument finden wir alle für eine Identifizierung der Bomben notwendigen Angaben, die der Offizier, der die Untersuchung in der Luftmuna Haid zu führen hatte, vermißte[88]. In der besonderen Art, mit der das Pfeifgerät an den Leitwerksflächen befestigt war, war ein besonderes Merkmal gegeben, das nach Feststellungen der Luftmuna Schwabstadl eindeutig auf die Fliegerhorste Landsberg, Memmingen und Lechfeld hinwies. Da von den beiden letzteren – wie die Aktennotiz des Ic nachweist – in der fraglichen Zeit keine Kampfflugzeuge gestartet waren, blieb nur mehr Landsberg. Dort aber lag die von uns bereits auf anderem Wege ermittelte 8. Staffel des Kampfgeschwaders 51, die nach den Aufzeichnungen

[87] Obstltn. v. Donat war Ic im Luftgaukommando VII, m = Signum des sachbearbeitenden Lageoffiziers.

[88] S. Anm. 54.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Kleinen Luftmeldesammelstelle zur Zeit des Angriffs Freiburg überflogen haben kann und von der drei Flugzeuge bereits um 17.20 Uhr in Landsberg wieder gelandet waren.

Wie uns der Chef des Stabes im V. Fliegerkorps versicherte[89], war es zu Beginn des Westfeldzuges Aufgabe der deutschen Flieger, die gegnerische Luftwaffe niederzukämpfen. Ein Blick auf die Übersichtskarte, auf der die Einschläge eingezeichnet sind[90], zeigt, daß die angreifenden Flugzeuge ohne Zweifel die Absicht hatten, den Flugplatz und die anschließenden, irrtümlicherweise als Unterkünfte des Flug- und Horstpersonals angesehenen Gebäude mit Bomben zu belegen[91]. Auch diese Tatsache deutet auf die deutsche Urheberschaft hin. Daß die Bomben allerdings zum Teil recht schlecht im Ziel lagen, wird man mit den besonderen Sichtverhältnissen und der begreiflichen Erregung des ersten Feindeinsatzes erklären können. Die Abwürfe auf die Gegend des Funkturms (Gemarkung Lehen) sprechen im besonderen für eine durch solche Umstände bedingte mangelhafte Bedienung der Abwurfeinrichtung. Die Gründe, die möglicherweise das Blindgehen von nicht weniger als 24 Bomben zur Folge gehabt haben, sind in dem GKdos-Bericht der Luftzeuggruppe 7 im einzelnen aufgeführt. Als der wahrscheinlichste erscheint uns der unter a) genannte, da er der besonderen Lage, in der sich die Besatzungen befunden haben, wohl am meisten Rechnung trägt. Es mag für den Laien unverständlich sein, wie dies alles voll ausgebildeten Fliegern passieren konnte. Hören wir dazu den Kommandeur der Gruppe: „Das Erkennen von Erdzielen durch Wolkenlöcher ist auch für einen erfahrenen Flieger oft sehr schwierig. Bei der Wetterlage am Nachmittag des 10. Mai 1940 dürften Leutnant S. vom Sichtbarwerden der ‚großen Stadt' bis zum Bombenwurf nur Bruchteile einer Minute zur Verfügung gestanden haben, in denen sich das Ausmachen des Zieles, das Bedienen des damals noch sehr komplizierten und zeitfordernden Bombenzielgerätes, das Einwinken des Flugzeugführers

---

[89] Archiv IfZ, ZS 609, S. 14. S. auch ZS 612, S. 17.

[90] S. Anm. [57]. – Nach dem KTB des örtl. Luftschutzleiters, S. 5, wurden folgende Örtlichkeiten getroffen:

Gemarkung Lehen (ungefähr 2,3 km WNW vom Flugplatz):
11 Bomben, sämtliche Blindgänger

Gemarkung Freiburg:

a) auf dem Flugplatz:
10 Bomben, sämtliche Blindgänger

b) im Gebiet des Stadtrandes westlich des Flugplatzes:
31 Bomben, darunter 4 Blindgänger

c) im Bereich der Gallwitzkaserne (zwischen b) und d) gelegen):
6 Bomben

d) im Bereich des Hauptbahnhofes (ungef. 1,2 km südl. des Flugplatzes):
11 Bomben.

[91] Auf den Umstand, daß es sich im Falle Freiburg doch um einen Angriff auf militärische Objekte handelte, hat bereits Theodor Zwölfer hingewiesen: Zeittafel zur Geschichte der Stadt Freiburg, in: Amtliches Einwohnerbuch der Stadt Freiburg i. Br., 1950, S. 37. Es kam ihm offensichtlich darauf an, an Hand der Karte der Bombeneinschläge die sachliche Unhaltbarkeit der amtlichen Verlautbarung von 1947 aufzuzeigen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und das Bedienen der Abwurfvorrichtung zusammendrängten. Daß unter diesen Umständen eine Fehlansprache des Ziels und auch ein sehr ungenauer, das Ziel (Flugplatz) verfehlender Bombenwurf erfolgte, ist erklärlich[92]."

Wir haben am Anfang dieses Abschnitts gesehen, daß über das Untersuchungsergebnis beim Kampfgeschwader 51 auch Aussagen vorliegen, die dem soeben geschilderten Sachverhalt widersprechen. Außer dem Kommodore des KG 51 berichtete auch der ehemalige Chef des Stabes vom V. Fliegerkorps, daß die Besatzungen bei den Vernehmungen einen Abwurf auf Freiburg in Abrede stellten[93]. Für die Überlegungen des Chefrichters der Luftflotte 3, der auf Befehl des OKL ein Verfahren wegen „fliegerischen Ungehorsams" durchführen sollte, war gerade wesentlich, daß nach dem ihm vorliegenden Vernehmungsprotokoll die Besatzungen im obigen Sinne ausgesagt hatten[94]. Nach der Erklärung des Adjutanten im FHQu ging aus der Meldung Görings an Hitler sogar hervor, daß „die anscheinend von drei Flugzeugen durchgeführte Bombardierung hinsichtlich der Nationalität der Maschinen ungeklärt geblieben sei. Anhaltspunkte, daß es deutsche Flugzeuge gewesen seien, lägen nicht vor[95]."

Für die Beantwortung der Frage, wie man sich diese Widersprüche in den Aussagen der einzelnen Zeugen zu erklären hat, wird es zweckmäßig sein, sich einmal die Situation zu vergegenwärtigen, die durch den Luftangriff auf Freiburg geschaffen wurde. Zweifellos konnte ein erwiesener Fehlabwurf eigener Flugzeuge, durch den 57 Menschen zu Tode kamen[96], das Vertrauen des Volkes zur Führung und die Zuversicht in die eigenen Waffen gefährden. Am 10. Mai 1940 begann bekanntlich der Westfeldzug. Die Sorge um die Kampfmoral der Truppe kommt hinzu, und zwar sowohl der Truppe, die sich durch Fehlabwürfe bedroht fühlen würde, als derjenigen, welcher ein solches tragisches Versehen auch einmal unterlaufen könnte. Alle diese Überlegungen sachlicher und personeller Art mögen eine Rolle gespielt haben. Die Worte Görings, mit denen er die Meldung von dem Angriff entgegennahm, haben wir bereits zitiert: „Dieser Feldzug fängt ja gut an. Die Luftwaffe und ich haben sich schwer blamiert. Wie kann man dies vor dem deutschen Volke verantworten[97]?" Im Stabe der Luftflotte fürchtete man ebenfalls für das Ansehen

---

[92] Archiv IfZ, ZS 613, S. 5.

[93] Archiv IfZ, ZS 609, S. 1.

[94] Archiv IfZ, ZS 614, S. 3. – Ein ehemaliger Ia-Schreiber der Luftflotte hat 1944 ein Vernehmungsprotokoll in den Akten gesehen, in dem am Schlusse vermerkt war, daß bei der damaligen Wetterlage ein irrtümlicher Abwurf als durchaus möglich anzusehen sei. Die namentlich genannten Angehörigen des Geschwaders hätten aber ansonsten erklärt, daß ihnen nicht bewußt sei, über Freiburg ihre Bomben abgeworfen zu haben (IfZ, ZS/A–5, Nr. 100).

[95] Archiv IfZ, ZS 222, S. 30.

[96] KTB des örtl. Luftschutzleiters, S. 6. – Von den 57 Opfern des Luftangriffs waren 22 Kinder, 13 Frauen, 11 Männer (zivil) und 11 Soldaten. Verletzt wurden 20 Kinder, 34 Frauen, 24 Männer und 23 Soldaten.

[97] Archiv IfZ, ZS 140, S. 10.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Luftwaffe und machte sich zugleich Gedanken, was man für seine „Jungs" tun könne. Sollte es wirklich zu einem kriegsgerichtlichen Verfahren kommen, so war man daher bereit, sie durch die „Kunst der Vernehmung" abzudecken[98]. General von Greim, der Kommandierende General des V. Fliegerkorps, war sehr verärgert über die schnelle Weitergabe der Meldung über den Angriff und soll gesagt haben: „Selbst wenn es so ist [nämlich, daß es deutsche Flugzeuge waren], darf es der Betreffende nicht erfahren[99]." Der Kommodore des Geschwaders wiederum betont, daß seine Einstellung allein durch das Bestreben bestimmt war, für seine Leute, an deren Einsatzbereitschaft er täglich appellierte, einzutreten[100]. Das gleiche tat auch der Gruppenkommandeur, der seine Staffelkapitäne über das Ergebnis der Vernehmungen nicht informierte, sondern ihnen lediglich sagte, daß die Sache erledigt sei. „Es ist naheliegend" – so berichtet er uns –, „daß in der damaligen Situation Interesse daran bestand, diese Tatsache in möglichst engem Kreise zu halten, d. h. daß ich [. . .] gesagt habe, er solle mit niemandem darüber sprechen, . . . und daß ich lediglich den Geschwaderkommodore, Oberst Kammhuber, mündlich über das Ergebnis meiner Nachforschungen unterrichtet habe[101]."

Nach diesen Ausführungen kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß es sich bei dem Luftangriff auf Freiburg um einen Fehlabwurf deutscher Flugzeuge handelt und daß der wirkliche Sachverhalt damals absichtlich verschleiert wurde. Würde es noch eines weiteren Beweises bedürfen, so könnte er in dem folgenden gefunden werden. Wir wissen von der Aufregung, die der Vorfall bei Göring und seiner Umgebung hervorgerufen hat. Auch Hitler, der die erste Meldung, durch einen seiner persönlichen Adjutanten, vom Gauleiter Wagner erhalten hatte, war offensichtlich sehr aufgebracht und machte Göring „wegen der anscheinend nachlässig gehandhabten Luftwarnung" heftige Vorwürfe[102]. Für die Feststellung des Tatbestandes ist es nun von Bedeutung, daß nicht gegen den Flugmelde- oder den Luftwarndienst kriegsgerichtliche Untersuchungen eingeleitet wurden, sondern gegen die fliegenden Verbände. Damit allein ist schon bewiesen, daß die beim Ob. d. L. vorliegenden Meldungen eindeutig für eine deutsche Urheberschaft des Angriffes sprachen. Und es ist weiter bemerkenswert, daß das bei der Luftflotte angeordnete Verfahren gegen die namentlich genannten Angehörigen des Kampfgeschwaders 51 plötzlich eingestellt wurde. Gleichzeitig mit dem Befehl, strengstes Stillschweigen in der Angelegenheit zu bewahren, wurde dem beauftragten Chefrichter mitgeteilt, daß die Propagandamaschine bereits auf vollen Touren laufe und daß Hitler aus Gründen der Staatsraison nicht mehr dementieren könne, weil das Ansehen Deutschlands und der deutschen Luftwaffe auf dem Spiel stehe[103].

---

[98] Archiv IfZ, ZS 614, S. 2 f.

[99] Archiv IfZ, ZS 605, S. 5.

[100] Archiv IfZ, ZS 612, S. 34.

[101] Archiv IfZ, ZS 613, S. 14.

[102] Archiv IfZ, ZS 222, S. 30.

[103] Archiv IfZ, ZS 614, S. 3.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Tatsächlich hat aber die deutsche Propaganda den unglückseligen Irrtum eigener Flieger zu einem beabsichtigten Verbrechen des Gegners gestempelt. So sprach man in der DNB-Meldung von der „offenen Stadt Freiburg i. Br., die völlig außerhalb der eigenen Operationen liegt und keine militärischen Anlagen aufweist", von den getöteten Zivilpersonen und davon, daß die Bomben auf die innere Stadt abgeworfen wurden. Und drohend setzte man hinzu: „Zur Vergeltung dieses völkerrechtswidrigen Vorgehens wird die deutsche Luftwaffe in derselben Weise antworten. Von jetzt ab wird jeder weitere planmäßige feindliche Bombenangriff auf die deutsche Bevölkerung durch die fünffache Anzahl von deutschen Flugzeugen auf eine englische oder französische Stadt erwidert werden[104]." Unter dem Titel „Freiburgs Mütter klagen an" erschien bald darauf eine Flugschrift mit zahlreichen eindrucksvollen Aufnahmen der unglücklichen Opfer, in der es hieß: „Mit Freiburg fing es an. Seitdem bombardieren Nacht für Nacht alliierte Flieger offene deutsche Städte ohne militärische Ziele und verursachen immer neue Opfer unter der Zivilbevölkerung. Das ist kein Krieg. Das ist Mord[105]." Als Kronzeugen zitiert man den Hauptdelegierten der USA für das Rote Kreuz, Mr. Taylor, der damals gerade mit dem Zuge in Freiburg eingetroffen war, als die Flugzeuge wieder abflogen, und der in der „New York Times" vom 13. Mai 1940 angeblich berichtet hat, daß die Stadt Freiburg „trotz ihres unzweifelhaft als offene Stadt geltenden Charakters . . . durch französische Flugzeuge bombardiert" worden sei. Eine Überprüfung ergibt jedoch, daß in diesem unter Anführungszeichen gesetzten, also angeblich wörtlichen Zitat, die entscheidenden drei Worte „durch französische Flugzeuge" in dem Bericht der genannten Zeitung fehlen[106]. Bemerkenswert ist ferner, daß in dieser von amtlicher Seite herausgegebenen Schrift französische Flugzeuge für den Angriff verantwortlich gemacht werden. Auch Hans Fritzsche sprach in seinem Kommentar, den er am 11. Mai um 18.45 Uhr im Deutschlandsender gab, von französischen Flugzeugen[107]. Später nämlich wird die Schuld der Royal Air Force zugeschoben und damit der Vorgang für die Propaganda gegen England, insbesondere gegen Churchill als den Urheber des verantwortungslosen Luftkrieges gegen die Zivilbevölke-

[104] Völk. Beob., Mü. Ausg., 11. 5. 40 und Frankf. Ztg., 12. 5. 40. – Daß sich unter den Opfern auch Soldaten befanden, wird verschwiegen. Auch die Angaben über die Abwurfstellen sind gefärbt. Wir haben bereits gezeigt, daß das Ziel des Angriffs ohne Zweifel der Flugplatz war. Die Drohung aber, „von jetzt ab" zu vergelten, wurde erst wesentlich später in die Tat umgesetzt. Der OKW-Bericht v. 3. 1. 1941 nennt den 8. 8. 40.

[105] Nach einer Mitteilung der Freibg. Univ.-Bibl. v. 10. 12. 54 wurde die Schrift – in mehreren Sprachen – vom Reichspropagandaministerium herausgegeben. In der Orig.-Akte der Städt. Hauptverw., Heft 1, S. 54 f., findet sich allerdings eine Aufzeichnung über eine telefonische Auskunft an die Informationsabt. des Ausw. Amtes v. 14. 5. 40, deren Angaben über die Zahl der Opfer mit der in der Flugschrift (53 „Zivilisten") übereinstimmen. Der Inf. Abt. wurden auf Ersuchen am 14. u. 16. 5. 40 auch Fotos von den Opfern und den Beisetzungsfeierlichkeiten übersandt.

[106] S. auch Habermacher, Gerhard: Reuter fälscht die Luftkriegsschuld. Nbg. 1944, S. 53.

[107] Mitteilung der British Broadcasting Corporation v. 23. 12. 54 an das Institut.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung, verwertet. Hitler bezeichnete in seinen Reden vom 19. Juli vor dem Reichstag und am 10. Dezember 1940 in einem Berliner Rüstungswerk den Luftangriff auf Freiburg als den Beginn des unbeschränkten Luftkrieges durch die Engländer[108]. Goebbels tat ein gleiches sogar in einer Ansprache bei der Trauerfeier für die Opfer des Terrorangriffs auf Wuppertal im Jahre 1943: „Vom Kindermord in Freiburg am 10. Mai 1940 bis zum heutigen Tage zeugt eine lange Kette von Leid und tiefster menschlicher Not in allen durch den britisch-amerikanischen Bombenkrieg heimgesuchten Städten wider England und USA[109]." Im Gegensatz zu den „vorangegangenen Einzelangriffen" wird das Freiburger Bombardement als Beginn der „planmäßigen Überfälle auf offene Städte und Siedlungen" bezeichnet.[110] Im Jahre 1943 erschien dann auch das Weißbuch (Nr. 8) über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, in dem als Beweisdokumente der OKW-Bericht vom 11. Mai 1940 und der betreffende Auszug aus dem Kriegstagebuch der Luftinspektion 13 (Luftschutz) figurieren[111]. Diese wenigen Beispiele zeigen zur Genüge, wie der Vorfall in der deutschen Propaganda behandelt wurde. Man erinnere sich hier, was Hitler über die Kriegspropaganda des ersten Weltkrieges in „Mein Kampf" schreibt. Ausgehend von der Propaganda der Engländer und Amerikaner, die er als psychologisch richtig bezeichnet, vertritt er dort die Meinung, daß es Aufgabe der Propaganda sei, ausschließlich das eigene Recht zu betonen: „Es war grundfalsch, die Schuld am Kriege von dem Standpunkt aus zu erörtern, daß nicht nur Deutschland allein verantwortlich gemacht werden könnte für den Ausbruch dieser Katastrophe, sondern es wäre richtig gewesen, diese Schuld restlos dem Gegner aufzubürden, selbst wenn dies wirklich nicht so dem wahren Hergange entsprochen hätte . . .[112]"

Es liegt auf der Hand, daß von dieser Einstellung nur noch ein kleines Stück Weges ist zu der aufgezeigten Behandlung des Falles Freiburg. Als Parallele bietet sich der Fall des englischen Passagierdampfers „Athenia" an, der am 3. September 1939 irrtümlicherweise von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. 120 Menschen fanden dabei den Tod. Nach Aussage des Großadmirals Raeder im Nürn-

---

108 Völk. Beob., Mü. Ausg., 20. 7. und 11. 12. 1940.

109 Völk. Beob., Mü. Ausg., 19. 6. 1943.

110 „England für den Luftterror voll verantwortlich. Tatsachen widerlegen notorische angloamerikanische Lügen", in: Völk. Beob., Mü. Ausg., 20. 4. 1943.

111 Dokumente über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung. Auswärtiges Amt 1943, Nr. 8, S. 15, 120 und 123. – Der für die Zusammenstellung des Weißbuches verantwortliche Legationsrat des AA wurde damals von einem Beamten des Reichsinnenministeriums zwar auf Gerüchte hingewiesen, daß Freiburg von deutschen Flugzeugen bombardiert wurde. Die Luftinspektion 13, bei der er deswegen anfragen ließ, bestritt diese aber und ließ als Gegenbeweis die entsprechenden Auszüge aus ihrem KTB anfertigen. Der Entwurf des Weißbuches wurde dem Botschafter Gaus, der Kriegswissenschaftl. Abt. der LW und dem Beauftragten des Führers für die Kriegsgeschichtsschreibung zur Überprüfung vorgelegt und zur Veröffentlichung freigegeben (Archiv IfZ, ZS 604).

112 A. a. O., 10. Aufl., München 1942, S. 193 ff. (Zitat: S. 200).

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berger Hauptprozeß[113] ließ damals das Oberkommando der Kriegsmarine die englischen Nachrichten, daß die Torpedierung durch ein deutsches U-Boot erfolgt sei, ihren Unterlagen entsprechend bona fide dementieren. Die deutsche Propaganda benützte den Fall als eine hervorragende Gelegenheit, gegen die englischen „Greuellügen" zu Felde zu ziehen. Die Kampagne wurde auch dann noch fortgesetzt, als spätestens nach Rückkehr von U 30 in den Heimathafen am 27. September der wahre Sachverhalt bekannt wurde. Hitler befahl nämlich dem vortragenden Großadmiral, „daß, nachdem die Sache einmal dementiert worden sei, sie weiter auf das äußerste geheimgehalten werden solle, und zwar nicht nur nach außen hin, sondern auch innerhalb der amtlichen Kreise". So war es möglich, daß einige Zeit später Churchill von der deutschen Propaganda beschuldigt wurde, er habe die Athenia durch Explosion einer Höllenmaschine absichtlich versenken lassen[114].

Leider befinden wir uns im Falle Freiburg nicht in der gleichen Lage wie im Fall „Athenia", da uns der Zeuge, der – wie Raeder – mit Hitler über die Sache gesprochen hat, fehlt. Statt einer solchen Primäraussage liegen uns nur zwei Sekundäraussagen vor, die verschiedene Deutungen zulassen. Nach der einen Aussage erfuhr Hitler erst von dem Sachverhalt, als die Version von einem feindlichen Angriff bereits veröffentlicht war[115]. Hiernach könnte, wenigstens soweit Hitler in Frage kommt, der Fall Freiburg ein Gegenstück zum Fall „Athenia" bilden. Die andere Aussage geht dahin, daß Hitler von Göring lediglich mitgeteilt worden sei, es lägen keine Anhaltspunkte für die Annahme einer deutschen Urheberschaft vor[116]. Hieraus könnte geschlossen werden, daß Göring unabhängig von Hitler die falsche Meldung vom feindlichen Angriff veranlaßt hätte. Möglicherweise wollte Göring jedoch mit jener Mitteilung Hitler nur versichern, daß die ergriffenen Tarnungsmaßnahmen ihren Zweck erfüllen würden. Jedenfalls spricht alle Wahrscheinlichkeit dagegen, daß in einer politisch so wichtigen Angelegenheit Göring oder Goebbels etwas unternahmen, ohne Hitler von dem wahren Sachverhalt unterrichtet zu haben. Es dürfte daher vor allem darauf ankommen, wann die „zuständigen" Stellen in Berlin den wahren Tatbestand erfuhren.

Es ist bezeugt, daß am späten Nachmittag des 10. Mai bereits eine sehr eindeutige Ic-Meldung vom Luftgau an den Chef Ic im HQ. d. ObdL. abging und durch diesen Göring vorgelegt wurde, der sie in großer Erregung aufnahm und eingehende Untersuchungen anordnete[117]. Unter den Dokumenten, die wir nachträglich ausfindig machen konnten, befindet sich der Entwurf der handschriftlich vom Ic

[113] IMT, Bd. XIV, S. 92 ff.

[114] Völk. Beob., Südd. Ausg., 23. 10. 39 (= Nürnb. Dok. PS-3260). – Weitere Dokumente und Aussagen zu dem Fall „Athenia" werden nachgewiesen im IMT, Bd. XXIII/XXIV, S. 145. Für die propagandistische Behandlung s. außer den Presseberichten ab 5. 9. 40 u. a. Adolf Halfeld: Der Athenia-Fall. Berlin 1940. – Nr. 1 der Schriftenreihe „Englands wahres Gesicht". Hrsg. von der Deutschen Publikationsstelle.

[115] Archiv IfZ, ZS 614, S. 3.

[116] Archiv IfZ, ZS 222, S. 50.

[117] Vgl. oben S. 128.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gezeichneten Sondermeldung, die nach der bestimmten Erinnerung des damaligen Lageoffiziers der Ic-Abt. ungefähr um 17 Uhr durchgegeben wurde:

Ic München, den 10. 5. 40

Sondermeldung

an Ob. d. L. Luftwaffenführungsstab Ic
Luftflottenkommando 3 Ic.

Betr.: Bombenabwurf Freiburg.

Sachverhalt ist noch nicht geklärt.
Angerichteter Schaden:

Polizeipräsident Freiburg teilt mit:

25 Tote in der Zivilbevölkerung, darunter 7 Kinder. Außerdem 24 Personen verletzt. Sachschaden noch nicht genau feststellbar. Einige Kraftwagen ausgebrannt, mehrere Pferde verletzt.

Warnzentrale Freiburg meldet:

Gallwitz-Kaserne 4 Tote, 10 Schwerverletzte, mehrere Leichtverletzte. 3 Gebäude dieser Kaserne beschädigt, ebenso 3 Lkw.

Bismarckstraße Bahnüberführung getroffen, Breisacherstraße mehrere Tote in der Zivilbevölkerung. Bomben fielen längs Bahnlinie Freiburg–Breisach. Ferner 2 Einschläge in Siedlung Mooswald.

Es handelt sich vermutlich um eine Potez 63, die bei Lahr um 16.00 Uhr über den Rhein zurückflog.

Bemerkung: Zeitlich unmöglich.

Flughafen Freiburg meldet:

8–10 kleine Löcher im Rollfeld, ohne Bedeutung, kein Sachschaden.

Flugwache 14 Freiburg meldet:

15.40 Uhr drei Eindecker, zweimotorig, hoch, 4–8, He 111, 3–4000 m hoch, einwandfrei als He 111 P erkannt. Mit dem Fernglas war Balkenkreuz deutlich erkennbar.

15.59 Uhr Flugplatz Freiburg bombardiert. Sofort nach Rauchentwicklung am Boden 2 Flugzeuge gesichtet im Reihenflug mit deutschen Hoheitsabzeichen. Balkenkreuz gut sichtbar mit Fernglas. Während Sichtung der Flugzeuge sind Bomben explodiert. Verschwinden Richtung 11–1 in den Wolken. Auf einem Bombensplitter soll ein deutsches Abzeichen erkennbar gewesen sein.

Luftgaukommando VII Ic
[handschr.:] m.
[handschr. gez.:]
v. Donat
Oberstleutnant.

Nicht zu übermitteln:[118]
Verteiler:
Befehlshaber
Chef
Ia
Qu
Nafü
Ic Entwurf.

[118] So im Original!

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Meldung ließ wirklich keinen Zweifel zu und bot keine Möglichkeit mehr, in gutem Glauben von einem feindlichen Angriff zu sprechen. Wenn es eingangs heißt, daß der Sachverhalt noch nicht geklärt sei, kann dies nach den weiteren Angaben nur bedeuten, daß man sich einer verbindlichen Stellungnahme einstweilen enthalten wollte. Die einzige Meldung, die von einem französischen Flugzeug berichtet, wird von dem Ic ausdrücklich als „zeitlich unmöglich" bezeichnet. Bei den deutschen Flugzeugen dagegen heißt es: „einwandfrei erkannt", „deutlich erkennbar" und „gut sichtbar". Die Aufregung Görings bei der Entgegennahme der Meldung ist daher nur zu verständlich.

Sicher ist ferner, daß am Abend desselben Tages beim Luftgau auch über die in Freiburg aufgefundenen Bomben Klarheit bestand. Wir besitzen zwar keine Bestätigung dafür, wann diese Meldung beim Luftwaffenführungsstab eingegangen ist, wir wissen aber, daß alle Meldungen jeweils umgehend nach oben weitergegeben wurden. Außerdem liegt eine Aussage vor, die über diese Frage hinaus von Interesse ist. Sie stammt von dem bereits mehrmals erwähnten Lageoffizier in der Ic-Abteilung des Luftgaukommandos, der Zeuge eines Ferngesprächs war, das sein Chef, Oberstleutant von Donat, an jenem Abend mit dem Reichspropagandaministerium führte. Aus den Antworten Donats sei – wie er betont – einwandfrei zu entnehmen gewesen, daß von seinem Gesprächspartner der Versuch gemacht wurde, ihn „dahin zu beeinflussen, daß [die] Möglichkeit der Bombardierung durch französische Flugzeuge offen bliebe"[119]. Dieses Gespräch fand am Abend des 10. Mai statt. Und in den späten Abendnachrichten des Deutschlandsenders wurde das erste Mal die offizielle Meldung von dem Angriff auf Freiburg durchgegeben![120] – Allerdings führte unser Zeuge das Gespräch nicht selbst und erhielt auch von seinem verschlossenen Vorgesetzten keine Auskunft darüber, mit wem er gesprochen hatte, sondern kann sich bei seiner Aussage allein auf die Teile des Gesprächs stützen, die er selbst gehört hatte[121]. Jedenfalls aber scheint man an offizieller Stelle in Berlin so eindeutig informiert gewesen zu sein, daß man es für erforderlich hielt, mit dem Ic des Luftgaues in dieser Weise zu sprechen. Hält man sich noch die besondere Freude Görings vor Augen, als der Rundfunk die Nachricht von dem feindlichen Angriff durchgab, so wird man kaum davon sprechen können, daß der wirkliche Tatbestand nicht rechtzeitig vor der Veröffentlichung der Meldung bekannt war.

Der Sachverhalt ist damit einwandfrei geklärt: die Bomben auf Freiburg wurden nicht von feindlichen Flugzeugen, wie die nationalsozialistische Propaganda be-

[119] Archiv IfZ, ZS/A–5, Nr. 117.

[120] Schreiben der British Broadcasting Corporation v. 23. 12. 54 an das Institut.

[121] Das Gespräch ist unserem Zeugen jedoch deswegen so deutlich in Erinnerung, weil v. Donat entschieden ablehnte und auf seiner Meldung beharrte. Als er diesem am nächsten Morgen die Pressemeldungen vorlegte, sei er kreidebleich geworden. – Auf Vorhalt räumte er im persönlichen Gespräch allerdings ein, er könne es natürlich nicht als ausgeschlossen bezeichnen, daß es etwa auch eine Stelle des Luftwaffenführungsstabes gewesen sei, die diese Änderung der Meldung gewünscht habe.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hauptete[122], sondern versehentlich von deutschen Flugzeugen geworfen. Damit entfällt die Version eines von Hitler befohlenen Angriffs. Es entfallen zugleich die Behauptungen, die im Sinne der deutschen Zweckmeldung von 1940 den Fall Freiburg mit der Frage der Verantwortlichkeit für den Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung verknüpfen und sich dabei fälschlich und falsch zitierend auf den Principal Assistant Secretary im britischen Luftfahrtministerium, Mr. J. M. Spaight, als Kronzeugen berufen[123].

---

[122] „Das ist so gut gelungen", vermerkt „Nation Europa" (Heft 7, 1955) noch heute offenbar mit Stolz, „daß sogar der bekannte englische Militärhistoriker J. F. C. Fuller annahm, England habe den Angriff auf Freiburg/Br. gestartet."

Im Gegensatz dazu veröffentlicht „Nation Europa" in Heft 2/1956 im Rahmen eines Artikels „Die Schuld am Luftkrieg" zum Thema Freiburg unter der Überschrift „Der ungeklärte Bombenwurf" eine Leserzuschrift an eine andere Wochenzeitung, worin die Behauptung, daß ein deutscher Verband die Bomben auf Freiburg geworfen habe, als „erfunden" bezeichnet wird.

[123] Diese Behauptungen können sich in Wirklichkeit nur auf J. F. C. Fuller berufen, „Der zweite Weltkrieg 1939–45", Wien-Stuttgart 1950, S. 261, welcher in seinem Buche ausführt: „Am 11. Mai [sic!] wurde Freiburg in Baden bombardiert. Mr. J. M. Spaight schreibt darüber folgendes: ‚Wir (die Briten) haben angefangen, Ziele auf dem deutschen Festlande zu bombardieren.'" Die Angaben Fullers werden jedoch dem „autoritativen" Zeugen Spaight zu Unrecht zugeschrieben, denn dieser erwähnt Freiburg in seinem Buche „Bombing Vindicated", London 1944, überhaupt nicht.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS MEIER-WELCKER

DIE STELLUNG DES CHEFS DER HEERESLEITUNG IN DEN ANFÄNGEN DER REPUBLIK

Zur Entstehungsgeschichte des Reichswehrministeriums

Nach der Revolution in Deutschland im November 1918 blieben zunächst die militärischen Kommandobehörden und die vier Kriegsministerien der Länder bestehen. Anfang Januar 1919 wurde Gustav Noske Oberbefehlshaber über die Truppen im Raume um Berlin und erhielt den Auftrag, neue Verbände von Regierungstruppen aufzustellen. Oberst Walther Reinhardt wurde preußischer Kriegsminister. Die Oberste Heeresleitung (OHL) übernahm nach der Rückführung des Westheeres den Befehl über den Grenzschutz-Ost und verlegte hierzu am 12. Februar 1919 ihr Hauptquartier von Kassel nach Kolberg. Am 13. Februar 1919 wurde Noske zum Reichswehrminister ernannt, ohne daß er jedoch zunächst ein Ministerium bilden konnte. Die erste gesetzliche Regelung für „die Bildung einer vorläufigen Reichswehr" gab das Reichsgesetz vom 6. März 1919, durch dessen § 1 der Reichspräsident ermächtigt wurde, „das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht" die Reichsgrenzen schützen, den Anordnungen der Regierung Geltung verschaffen und Ruhe und Ordnung im Innern aufrechterhalten sollte[1]. In der Ausführungsverordnung vom gleichen Tage wurde verfügt: „§ 1. Die Reichswehr steht unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten. § 2. Die Ausübung der Befehlsgewalt wird vorbehaltlich der unmittelbaren Befehlserteilung durch den Reichspräsidenten dem Reichswehrminister und innerhalb seines Kontingents dem preußischen Kriegsminister übertragen. Sie sind dem Reichspräsidenten für die Art ihrer Kommandoführung verantwortlich. Die an die Oberste Heeresleitung zu richtenden Befehle und Anordnungen ergehen im Auftrag des Reichspräsidenten durch den Reichswehrminister und durch den der Reichsregierung als Mitglied angehörenden preußischen Kriegsminister[2]."

Eine übersichtliche Kommandoführung und Verwaltung war nach dieser Regelung jedoch noch nicht gegeben. Mehr als ein Provisorium war so lange nicht zu erreichen, wie die Friedensverhandlungen noch keine Klarheit über die militärischen Bedingungen gaben, die Deutschland auferlegt werden würden. Die im Frühjahr einsetzenden Beratungen über die künftige politisch-militärische Spitzenorganisation standen deshalb bis zur Annahme des Friedensvertrages im Zeichen der Ungewißheit über die Voraussetzungen der Planung und gingen für die künftige Reichswehr von Größenverhältnissen und einem Maß an Handlungsfreiheit aus, wie sie von den Alliierten tatsächlich nicht zugebilligt werden sollten.

[1] Reichs-Gesetzblatt, Jahrg. 1919, S. 295 f.
[2] Ebenda, S. 296.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 22. März 1919 fand unter der Leitung Groeners eine Besprechung bei der OHL in Kolberg statt, bei der auch die künftige Organisation der obersten militärischen Leitung erörtert wurde[3]. „Trotz Widerstandes von Bayern, Württemberg und Sachsen" wurde, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Entente, ein einheitliches Reichsheer und als oberste militärische Behörde ein Reichswehrministerium hauptsächlich als „politisches Ministerium" mit einem Parlamentarier an der Spitze vorgesehen. Diesem sollte nach dem Wunsche der OHL ein Chef des Stabes mit einem nur kleinen Stabe zur Seite gestellt werden, da für die Facharbeit nachgeordnete obere Behörden vorgesehen waren. Das preußische Kriegsministerium wünschte dagegen einen größeren Stab, der etwa die Aufgaben des bisherigen Zentraldepartements des Kriegsministeriums übernehmen sollte. Von den dem Reichswehrministerium nachzuordnenden Oberbehörden sollte das Reichskriegsamt die gesamte Verwaltung sowie die materielle und technische Kriegsvorbereitung übernehmen, während die Verantwortung für Ausbildung, Führung und personelle Kriegsvorbereitung dem Reichsgeneralstab übertragen würde. Der preußische Kriegsminister, Oberst Reinhardt, war allerdings der Auffassung, daß die personelle Kriegsvorbereitung nicht von der materiellen zu trennen sei. Im Reichspersonalamt sollten die gesamten Personalangelegenheiten der Wehrmacht, also auch der Marine, bearbeitet werden. Dieses Amt sollte auch das Pensions- und Versorgungswesen übernehmen. Während die OHL dafür eintrat, daß die Führerausbildung sowie die Weiterbildung der Offiziere vom Generalstab geleitet würden, wünschte das Kriegsministerium einen Generalinspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens, der für die Ausbildung bis zum Offizier, für die Weiterbildung der Offiziere, die höhere Führerausbildung und die schießtechnische Ausbildung verantwortlich sein sollte. Im Amt des Chefs der Admiralität sollten die bisherigen Aufgaben des Admiralstabes und des Reichsmarineamtes vereinigt werden.

In dieser Besprechung kamen zweifellos Groeners Auffassungen von der künftigen militärischen Spitzengliederung zum Ausdruck, wenn er sich auch weder bei dieser Gelegenheit noch später besonders eingehend mit dieser Frage befaßt zu haben scheint. Er betonte allerdings in der Besprechung, „daß er für jede aus der Truppe kommende Anregung dankbar sei. Im besonderen ersuchte er, zu allen die künftige Organisation und das Offizierkorps betreffenden Fragen Stellung zu nehmen und ihm zuzuleiten"[4].

Im Ergebnis der Besprechung bei der OHL wurde keine militärische Spitzenstellung vorgeschlagen, es sei denn, man sah das Amt des Chefs eines Reichsgeneralstabes als eine solche an. Seeckt, in dieser Zeit Chef des Stabes des AOK Nord, dagegen spricht in Notizen, die er am 24. März 1919 für die Reorganisationskommission entwarf, von der Notwendigkeit einer „lebendigeren und aktiveren Einfluß-

[3] Nachlaß Seeckt Nr. 125. Das Protokoll ist unterschrieben von Frhr. v. Fritsch, dem späteren Oberbefehlshaber des Heeres.

[4] Ebenda, Blatt 12.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahme der obersten Führung. Eine kommandoführende Spitze (Chef des Heeres) . . .[5]".

Von der Dienststelle „Vertreter der OHL im Reichswehrausschuß" liegt eine Denkschrift „Zur Organisation der Obersten Reichsmilitärbehörden" vom 9. Mai 1919 vor[6], die von dem Ergebnis der Besprechung bei der OHL ausgeht und die Auffassung Groeners wenigstens teilweise wiederzugeben scheint. Darauf deutet die Einstellung gegen ein „auf das Reich erweitertes preußisches Kriegsministerium" sowie die Hervorhebung der Generalstabsarbeit unter „frühzeitiger und klarer Trennung der Arbeitsgebiete des Reichsgeneralstabes und des Reichsheeresamtes"[7] hin.

In der Denkschrift wird die Frage der Schaffung der Stelle eines Generalinspekteurs des Reichsheeres unter dem Reichswehrminister, entsprechend dem Chef der Admiralität, erörtert, jedoch darauf verzichtet, weil die Gefahr naheläge, „daß eine bedeutende, in der Schule des Heeres gebildete Persönlichkeit als Generalinspekteur sehr leicht in eine gegensätzliche Stellung zum Reichswehrminister geraten kann".

Schließlich empfiehlt die Denkschrift die Bildung eines „Landesverteidigungsrates", ein Gedanke, der aber von Groener persönlich in diesen Jahren an keiner anderen Stelle vertreten wird. Dieser Rat sollte dem Reichspräsidenten unmittelbar

---

[5] Nach Friedrich von Rabenau, Seeckt – Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 466. Diese Notizen sind nicht erhalten. Bei der Art Rabenaus, zu zitieren, ist deshalb gegenüber diesen Angaben Vorsicht geboten.

[6] Nachlaß Groener Nr. 216. Vgl. den Aufsatz „Groeners Entwurf" von Dorothea Groener-Geyer, in: Die Gegenwart vom 13. 2. 1954, und D. Groener-Geyer, General Groener, Frankfurt a. M. 1955, S. 146. Die Verfasserin meint, Groener habe den „Entwurf" von „den Vertretern" der OHL beim Reichswehrausschuß der Nationalversammlung ausarbeiten und dem Ausschuß am 9. 5. 1919 vorlegen lassen. Frau Groener-Geyer weist darauf hin, daß „äußere Form, Inhalt und Diktion" das Gepräge ihres Vaters trügen und sagt: „Inhaltlich entspricht die Denkschrift bis in die Formulierungen hinein den Gedankengängen bzw. der Ausdrucksweise meines Vaters . . ." (Mitteilung an den Verf. vom 23. 6. 1955.) Die Denkschrift hat den Kopf „Vertreter der OHL im Reichswehrausschuß – Berlin, den 9. Mai 1919 – Großer Generalstab" und ist unterschrieben I. V. von Hauptmann i. Großen Genst. Karmann, der im letzten Satz vermerkt: „Die vorliegende Bearbeitung ist gemeinsam mit Hauptmann im Generalstabe Krukenberg aufgestellt." Einen Hinweis auf eine Auftragserteilung durch Groener oder einen anderen Auftraggeber enthält die Denkschrift nicht. Ein Adressat ist nicht angegeben. Ein Anhalt dafür, daß die Denkschrift dem Reichswehrausschuß vorgelegt wurde, besteht nicht. Vielmehr scheint sie zum internen Gebrauch der OHL bestimmt gewesen zu sein, da der Unterzeichner darauf hinweist, daß sich die „Armeekommission" mit der Organisationsfrage „an erster Stelle zu befassen haben" werde, und vorschlägt, „schon jetzt die Abteilung ‚Fremde Heere' zu beauftragen, zu Vergleichszwecken das entsprechende Material anderer Armeen, vor allem Frankreichs, bereitzustellen", also eine Anregung innerhalb der OHL. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Denkschrift dem Ersten Generalquartiermeister (Groener) vorgelegt wurde, worauf auch unter dem Kopf der handschriftliche Vermerk „S. E." (Seiner Exzellenz) hinweist. – „Groeners Entwurf" ist auch bereits in wissenschaftliche Darstellungen einbezogen worden. Siehe z. B. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart und Düsseldorf 1955, S. 248, Anm. 59.

[7] Unter Reichsheeresamt wird hier die Nachfolge in den Verwaltungsaufgaben des bisherigen preußischen Kriegsministeriums verstanden.

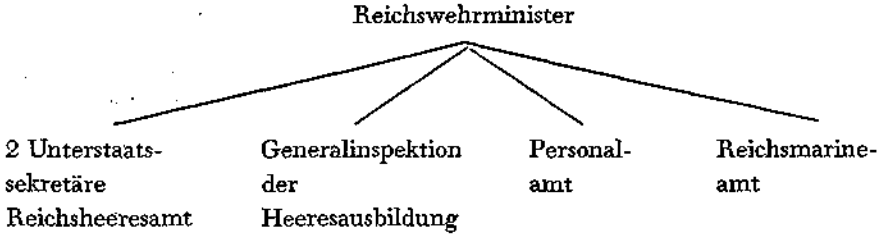
Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterstellt sein und unter dem Vorsitz des Reichswehrministers (Chef des Generalstabes als Stellvertreter) aus mehreren Ministern, Amtschefs des Reichswehrministeriums und höchsten Militärs bestehen.

Die Planungen der Denkschrift bewegten sich in einem größeren Rahmen, als ihn der Friedensvertrag voraussichtlich zulassen würde. Für den Fall, daß „die Bedingungen des Feindbundes zur Annahme gelangen sollten", wurde als Gliederung folgendes Schema der obersten militärischen Behörden vorgeschlagen:



Im Mai und Juni waren die maßgebenden militärischen Persönlichkeiten durch die Schlußphase der Friedensverhandlungen in Versailles und die Frage der Annahme des Friedensvertrages sowie durch die kritische militärische Lage im Osten des Reiches so sehr in Anspruch genommen, überdies die Voraussetzungen für die künftige Organisation vor der Entscheidung über den Friedensvertrag so ungeklärt, daß die Erörterungen über die Organisationsfragen zurücktreten mußten. Nach Annahme des Vertrages trat eine neue Lage ein, die zur Klärung in der Organisationsfrage drängte und auch personelle Entscheidungen verlangte.

Dem Generalmajor von Seeckt, dessen Abschiedsgesuch nicht angenommen worden war, wurden durch einen Erlaß des Reichswehrministers vom 3. Juli 1919 „die im Frieden dem Chef des Generalstabes der Armee obliegenden Geschäfte" übertragen „bis zu der nach dem Friedensvertrag erfolgenden Auflösung dieser Dienststelle"[8]. Am 5. Juli nahm er im preußischen Kriegsministerium an einer Besprechung über die Neuorganisation teil[9]. Wahrscheinlich war es eine Sitzung der Organisationskommission[10], deren Vorsitz Seeckt übertragen worden war. Seeckt äußerte in der Debatte: „Wir müssen uns darüber klar sein, das Reichswehrministerium wird eine enorm große Behörde. Ob wir auf dem richtigen Weg sind, ist die Frage. Ich behalte mir einen ganz anderen Vorschlag vor[11]."

[8] Nachlaß Seeckt Nr. 123.

[9] Nachlaß Seeckt Nr. 45, Tagebuch 4.

[10] Vgl. Rabenau a. a. O., S. 466 und Albert C. Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 92 f. Grzesinski beklagt sich in seinen Erinnerungen, daß der Kommission nur Offiziere als ständige Mitglieder angehörten und daß somit der zivile Einfluß von Anbeginn ausgeschaltet gewesen sei. In einem Brief an Noske vom 16. August 1919 forderte er, daß wenigstens zwei Verwaltungs-Experten des Preußischen Kriegsministeriums zu stimmberechtigten Mitgliedern der Kommission ernannt würden. Gelegentliche Mitarbeit genüge nicht. Da Grzesinski kein Gehör fand, meint er in seinen Erinnerungen, daß das Reichswehrministerium noch „militaristischer und reaktionärer" geworden sei als das frühere Kgl. Preußische Kriegsministerium.

[11] Sitzungsprotokoll im Auszug bei Rabenau a. a. O., S. 466.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglicherweise vom gleichen Tage stammt ein handschriftlicher Organisationsentwurf von Seeckt[12], in dem er unter dem Reichswehrminister als Vertreter des „Reichspräsidenten als Oberhaupt der Armee" ein Wehramt (mit: Truppenamt, Quartiermeister der Armee, Feldzeugmeister, Intendant, Personalamt, Marineamt, militärischem Sekretär des Wehramtes und parlamentarischem Sekretär), die obersten Truppenführer[13] und den Armeerat vorsah. Dazu macht er Bemerkungen. „Der Reichswehrminister ist das eigentliche Oberhaupt der Armee und führt im Frieden das Oberkommando", heißt es einleitend. „Die Chefs der Ämter sind dem Reichswehrminister für die Arbeit ihrer Ämter verantwortlich, die sie im übrigen selbständig leiten." Das Kollegium der Amtschefs sollte seine Spitze also im Minister haben, als dessen Stellvertreter der Chef des Truppenamtes vorgesehen war. Von diesem heißt es weiter, daß er die Ausbildung der Armee zu leiten, ihre Verwendung nach innen und außen vorzubereiten und die Weisungen des Reichswehrministers an die Truppenkommandeure zu bearbeiten und zu übermitteln habe. Er solle das Recht haben, sich im Auftrag des Reichswehrministers jederzeit vom Stand der Ausbildung der Truppen zu überzeugen. „Die obersten Truppenführer sind dem Reichswehrminister für die Ausbildung ihrer Truppen verantwortlich und sind ihm persönlich unmittelbar unterstellt. Sie erhalten ihre Weisungen vom Reichswehrminister durch den Chef des Truppenamtes und berichten durch ihn an den Minister." Der „Armeerat", bestehend aus dem Chef des Truppenamtes als Vorsitzendem, dem Quartiermeister, dem Vorstand des Personalamtes, dem militärischen Sekretär und zwei älteren Offizieren der Truppe, war als „höchste Instanz in allen Standesfragen" gedacht. „Seine Entscheidungen bedürfen der Bestätigung durch den Reichswehrminister. Er stellt die Grundsätze auf für Einstellung, Beförderung, Versetzung und Verabschiedung von Offizieren und macht dem Reichswehrminister Vorschläge für Beförderungen, Versetzungen und Verabschiedungen von Offizieren vom Regimentskommandeur an aufwärts."

Am 6. Juli 1919 hatte Seeckt eine Besprechung mit Noske über die Organisationsfrage[14]. In einem handschriftlichen Entwurf vom gleichen Tage ist in Abänderung des ersten Entwurfs das Marineamt aus dem Wehramt herausgenommen, dieses in Heeresamt umbenannt und das Marineamt neben die obersten Truppenführer des Heeres gestellt. Die in dieser Weise abgeänderte Gliederung und die „Bemerkungen" dazu wurden fast wörtlich in eine Niederschrift vom 9. Juli übernommen[15].

Diese Aufzeichnung gibt uns ein vollständiges Bild von der Auffassung, die Seeckt zu dieser Zeit in der Frage der politisch-militärischen Spitzengliederung der Wehrmacht vertrat. Seeckt legte die in den vorausgegangenen Entwürfen skizzierte Gliederung zugrunde. Über den militärischen Oberbefehl heißt es: „Der Reichswehrminister ist die eigentliche persönliche Spitze in allen Fragen der Kommandoführung und der Verwaltung. Er leitet die Kommandoführung und Verwaltung durch

[12] Nachlaß Seeckt Nr. 128.

[13] Gemeint sind die beiden Oberbefehlshaber der Gruppen.

[14] Nachlaß Seeckt Nr. 45, Tagebuch 4.

[15] Nachlaß Seeckt Nr. 128.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Heeresamt. Er ist allein dem Parlament verantwortlich und Mitglied des Kabinetts. Zu unmittelbarer Dienstleistung verfügt er über den Stab des Reichswehrministeriums. Zur Beratung in persönlichen und Standesangelegenheiten untersteht ihm der Armeerat. Er wird im Parlament und im Kabinett durch den politischen Sekretär des Heeresamts vertreten. Der dauernde Berater des Kabinetts in militärischen Fragen ist unter dem Reichswehrminister und ohne Mitgliedschaft im Kabinett der militärische Sekretär des Heeresamts."

In dem Entwurf Seeckts tritt die Stellung des Chefs des Truppenamts innerhalb des Heeresamtes stark hervor. Er ist Stellvertreter des Reichswehrministers im Vorsitz des Heeresamts[16]. Quartiermeister, Feldzeugmeister, Intendant und Chef des Personalamts haben das Recht des unmittelbaren Vortrages beim Reichswehrminister nur „nach Anmeldung beim Chef des Truppenamts und auf dessen Verlangen nur in seiner Anwesenheit". Diese Amtschefs sind „in allen grundsätzlichen Fragen an die Zustimmung des Chefs des Truppenamts gebunden". Dem Chef des Truppenamts sind die Generalstabsoffiziere, die Offizierschulen, das Institut für Heeresforschung und das Institut für Landesaufnahme unmittelbar unterstellt. Die Aufgaben des Chefs des Truppenamts auf dem Gebiet der Ausbildung, Verwendung, Befehlsübermittlung und Inspektion der Truppen sind entsprechend dem ersten Entwurf formuliert.

Für die Amtschefs und die beiden Sekretäre des Heeresamts waren unter dem Vorsitz des Reichswehrministers wöchentliche Sitzungen vorgesehen, in denen alle grundlegenden Verfügungen nach vorheriger Verständigung der Ämter unter sich zur Entscheidung dem Reichswehrminister vorgelegt werden sollten. Über die Sekretäre des Heeresamtes heißt es: „Der militärische Sekretär ist der sachverständige Berater des Kabinetts bei seinen Sitzungen unter dem Reichswehrminister. Er ist dem Chef des Truppenamts unterstellt und ist sein Stellvertreter. Der politische Sekretär ist der politische Vertreter des Reichswehrministers im Kabinett und im Parlament." Beim Armeerat ist zu dem ursprünglichen Entwurf hinzugefügt: „Die bisher kontingentberechtigten Bundesstaaten (einschließlich Baden) müssen, falls nicht bereits amtliche Mitglieder des Armeerats aus diesen Staaten stammen, durch besondere Mitglieder vertreten sein[17]."

Wenn in diesem Entwurf auch die Stellung des Chefs des Truppenamtes (nachträglich durch die handschriftlichen Korrekturen mit einer gewissen Minderung der Kompetenzen) stark hervortritt, so enthält doch diese Phase der Vorschläge Seeckts nichts von der Stellung eines militärischen „Chefs des Heeres" wie in den Notizen vom 24. März 1919[18]. Dagegen wird die Stellung der Oberbefehlshaber der

[16] Der Satz „Stellvertretender Vorsitzender des Heeresamtes ist der Chef des Truppenamts" ist im Entwurf später mit Bleistift gestrichen.

[17] In diesem Entwurf ist später mit der Hand die Bestimmung über den militärischen Sekretär gestrichen, in der Gliederungsübersicht auch der politische Sekretär, und beim Armeerat von Seeckts Hand der Zusatz vorgenommen: „Vorsitz ältester Truppenkommandeur". Es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß Seeckt selbst von seinem Vorschlag hinsichtlich der Staatssekretärstellen abgerückt wäre. Dies ist zu K. D. Bracher a. a. O., S. 248, zu sagen.

[18] Vgl. oben, Anm. 3.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppen, ebenfalls im Gegensatz zu jenen Notizen, stark hervorgehoben[19]. Seeckt hat sich, wenn er innerlich anderer Auffassung gewesen sein sollte, jedenfalls der durch den Versailler Vertrag und durch die innere Politik gegebenen Lage weitgehend angepaßt. Auch in der Frage der Wehrform, ob stehendes Heer mit Wehrpflicht, Söldnerheer, Stoßarmee oder Miliz, hatte er schon in den vorausgegangenen Monaten mehrfach voneinander abweichende Ansichten geäußert. Seeckt hat sich in dieser Zeit auch mit der militärischen Spitzengliederung Großbritanniens befaßt. Auf einem Handzettel sind der Secretary of State for War mit dem War Office, dessen Abteilungen, der parlamentarische Unterstaatssekretär und permanente Unterstaatssekretär sowie der Army Council, das Amt des Generalinspekteurs und das Reichsverteidigungskomitee aufgeführt[20]. Die Beziehung des Entwurfs zu dem englischen Muster ist unverkennbar.

Groener hat die Ansichten Seeckts in der Organisationsfrage geteilt. Er berichtet am 8. Juli 1919 von einem Besuch bei Seeckt und stellt „Übereinstimmung der Ansichten" in dieser Frage fest[21]. Seeckt fuhr am folgenden Tag nach Weimar, um sich am 10. Juli mit Noske und dem preußischen Kriegsminister Reinhardt zu besprechen[22]. Näheres über diese Besprechung erfahren wir durch Groener: „Bei der

---

[19] Es besteht keine Berechtigung zu der Auffassung Rabenaus – a. a. O., S. 467 –, Seeckt habe mit der Bezeichnung oberste Truppenführer „bedingungslos den selbständigen Generalissimus in der Kommandogewalt gemeint". Rabenaus Begründung dafür ist schon deshalb nicht stichhaltig, weil Seeckt mit Rücksicht auf die vom Versailler Vertrag festgelegte Truppengliederung planen mußte. Aber Rabenau will unbedingt den Eindruck erwecken, Seeckt habe von Anfang an die Stelle des „Generalissimus" durchsetzen wollen. Dabei widerspricht er sich zwangsläufig an verschiedenen Stellen seines Buches, weil die Quellen etwas anderes sagen. – Rabenau macht außerdem den Fehler, das Truppenamt neben dem Heeresamt aufzuführen. Diesen Fehler hat Walter Görlitz, Der deutsche Generalstab, Frankfurt a. M. 1950, S. 316, übernommen. Außerdem hält Görlitz die einzelnen Stadien von Planung und Verordnungen nicht auseinander, sondern zieht die verschiedenen Phasen der Entwicklung zusammen, wodurch u. a. ein falscher Eindruck von der Auffassung Groeners entsteht.

[20] Nachlaß Seeckt Nr. 128.

[21] Nachlaß Groener Nr. 16, Tagebuch des Ersten Generalquartiermeisters, vol. 2. Vgl. auch Rabenau a. a. O., S. 467, Anm. 2. Die Eintragungen in das ursprünglich in Groeners Auftrag geführte „Tagebuch des Ersten Generalquartiermeisters" sind in dieser Zeit von der Hand Groeners. Dorothea Groener-Geyer, General Groener, Frankfurt a. M. 1953, S. 115, gibt folgende irrtümliche Erklärung für den Wechsel der Hand:

„Wie schwer die Ereignisse des 9. November 1918 Groener erschüttert hatten, wird durch nichts so deutlich wie durch die Schrift im Tagebuch. Die Schriftzüge bleiben den ganzen November und Dezember hindurch so verändert, daß sie kaum wiederzuerkennen sind. Was mit Worten auszusprechen ihm versagt war, verrät die Schrift. Das innere Gleichgewicht wiederzugewinnen, dauerte Monate; erst vom April an sind die Schriftzüge wieder normal, abgerundet und harmonisch." Tatsache ist jedoch, daß Groener seit seinem Eintreffen in Spa zunächst nicht mehr selbst Tagebuch geschrieben, sondern dies seinem Adjutanten, Oberleutnant Krönig, überlassen hat. (Ich verdanke den ersten Hinweis darauf Dr. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen.) Nur vereinzelt nahm Groener Korrekturen vor oder trug kurze Ergänzungen ein. Vom 4. 4. 1919 an führte Groener das „Tagebuch des Ersten Generalquartiermeisters" selbst.

[22] Nachlaß Seeckt Nr. 45, Tagebuch 4 vom 9. und 10. 7. 1919.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aussprache in Weimar zwischen Reinhardt und Seeckt soll ersterer allem, was Seeckt vorschlug, zugestimmt haben; nur will er daran festhalten, daß unter dem Reichswehrminister eine militärische Spitze stehe, der alle Departements, oder wie man's nennen will, unterstellt sein sollen, d. h. er will selber diese Spitze sein[23]!!" Es zeigt sich also die bemerkenswerte Tatsache, daß Reinhardt die Bildung einer militärischen Spitze gegen die Auffassung Seeckts vertrat, der selbst später diese Spitzenstellung in der Gestalt des Amtes des Chefs der Heeresleitung für sein Wirken genutzt hat. In diesem ganzen Vorgang sind sachliche Gesichtspunkte mit persönlichen Interessen verwoben. Seeckt setzte wohl für seine Person auf die Stellung des Chefs des Truppenamtes und wollte darüber keine militärische Spitze im Ministerium[24].

Am Abend des 10. Juli kehrte Seeckt mit Noske nach Berlin zurück. Am 14. Juli erkrankte er für längere Zeit an einer „Herzaffektion"[25].

Groener vermerkt unter dem 15. Juli: „Es soll eine Einigung zwischen ihm (Seeckt) und dem Kriegsministerium in der Organisationsfrage im Gange sein. Schade[26]!" Am 19. Juli meint Groener, das Kriegsministerium habe nun infolge der Krankheit Seeckts „freie Pirsch. Seeckt hatte den Kampf mit dem K.M. frisch aufgenommen, und es schien sicher, daß er das Vertrauen von Noske sich erhalten würde – nun kommt die Erkrankung dazwischen. Ich bin auch ausgeschaltet, nun mag Reinhardt triumphieren und alles hübsch zum Vorteile des K.M. einrichten."

Die Organisationskommission kam zu einem anderen Vorschlag als dem von Seeckt. Oberstleutnant Hasse vertrat Seeckt in den Organisationsbesprechungen. Dabei wird die Auffassung Seeckts noch deutlicher: „Hasse brachte zum Ausdruck, daß man eine oberste Spitze militärischer Art nicht wollte. Man werde nicht immer die überragende Persönlichkeit dafür haben[27]."

Unter dem 15.–17. August trägt Groener in sein Tagebuch ein: „Der Kriegsmin. hat seinen Willen erreicht; das alte Kriegsministerium kehrt im Reichswehrministerium in unverbesserter Auflage wieder, für die ganze Organisation sind nur die persönlichen Motive maßgeblich gewesen. Reinhardt hat für sich das nette Pöst-

[23] Nachlaß Groener Nr. 16, Tagebuch vol. 2.

[24] Das Sitzungsprotokoll ist nicht erhalten geblieben. Rabenau a. a. O., S. 467, irrt sicher, wenn er meint: „Liest man das Sitzungsprotokoll der Besprechung mit Reinhardt, so hat man den Eindruck, daß Seeckt seinen eigenen Vorschlag, körperlich nicht auf der Höhe, nicht gerade sehr glücklich vertritt. Reinhardt macht ihn darauf aufmerksam, daß, wenn die Truppenführer dem Armeerat unterstünden, gerade das nicht erreicht wird, was Seeckt eigentlich will." Seeckt wollte aber offenbar damals allein der Stellung des Chefs des Truppenamtes Bedeutung verleihen.

[25] Vgl. Nachlaß Seeckt Nr. 45, Tagebuch 4. Rabenau a. a. O., S. 468, irrt mit der Annahme, Seeckt habe nach der Besprechung in Weimar noch einen letzten Entwurf angefertigt. Die handschriftlichen Entwürfe sind vielmehr Vorarbeiten zum maschinenschriftlichen Entwurf vom 9. 7.

[26] Nachlaß Groener Nr. 16, Tagebuch vol. 2.

[27] Rabenau a. a. O., S. 468. Der Kommentar Rabenaus, mit dem er seine Auffassung von dem angeblichen Generalissimusgedanken Seeckts zu stützen sucht, ist unverständlich und abwegig.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen ‚Chef der Heeresleitung' reserviert[28]." Die Bemerkung Groeners bezieht sich auf eine Entscheidung, die zunächst noch nicht in Kraft trat.

Die Auseinandersetzungen gingen im August weiter. Darüber erfahren wir von Groener am 23. August anläßlich eines Besuches im Krankenzimmer Seeckts, daß Reinhardt am Tage zuvor zwei Stunden bei Seeckt gewesen war, um über die Eingliederung der Arbeitsgebiete Ausbildung sowie Erziehungs- und Bildungswesen mit ihm zu verhandeln. Seeckt beanspruchte diese Gebiete für das Truppenamt, also für den Generalstab, während Reinhardt ihn davon zu überzeugen suchte, daß diese Gebiete in das „Waffenamt" gehörten. Groener und, durch ihn angeregt, Noske schalteten sich anscheinend im Sinne Seeckts ein. Darauf schlug Reinhardt einen Kompromiß in der Weise vor, daß die Ausbildung zum Waffenamt und die Erziehung und Bildung zum Truppenamt kommen sollten[29], wie es später tatsächlich geschah[30].

Am 24. August 1919 vermerkt Groener in seinem Tagebuch: „Noske läßt mir durch Winzer sagen, daß er meine Einwendungen gegen die Reinhardtsche Organisation wohl einsehe, z. Zt. jedoch nichts machen könne, da er Reinhardt das Verbleiben im Reichswehrministerium in der Stellung des Chefs der Heeresleitung bis zum Frühjahr zugesagt habe und Reinhardt volle Freiheit in der Organisationsfrage gefordert habe. Der Schlauberger[31]!!" Groener war bei dieser ganzen Diskussion von dem Gedanken geleitet, den Einfluß des preußischen Kriegsministeriums, mit dem er schon während des Krieges in Konflikt geraten war, möglichst weitgehend auszuschalten. Gegen Reinhardt hatte er überdies, besonders nach der Auseinandersetzung über die Annahme des Versailler Vertrages und die damit zusammenhängende Ostpolitik, eine Antipathie, während ihm Seeckt als der richtige Mann erschien, den Aufbau des Heeres zu leiten[32]. Groeners Abschied aus dem militärischen Dienst stand für den September im Zuge der Auflösung der Kommandostelle Kolberg – der Nachfolgebehörde der OHL – bevor. Groener kam

---

[28] Nachlaß Groener Nr. 16, Tagebuch vol. 2.

[29] Ebenda.

[30] Vgl. Anm. 35.

[31] Nachlaß Groener Nr. 16, Tagebuch vol. 2. Noske spricht später nicht mit einer solchen Einschränkung von Reinhardt. Siehe: Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 106.

[32] Siehe dazu auch den Brief Groeners an seine Frau vom 24. 8. 1919, im Auszug abgedruckt bei Dorothea Groener-Geyer, a. a. O., S. 169: „Ich hatte eine Aussprache mit dem Reichspräsidenten wegen Reinhardt. Dieser ist den neuen Leuten sehr bequem, weil er als Soldat weitergeht in der Beseitigung der alten militärischen Errungenschaften, als selbst die Sozialdemokraten zu tun wagen würden. Er hat Seeckt ganz an die Wand gedrückt. Noske ist von Reinhardt abhängig, weil dieser arbeiten kann und Noske nicht."

Die einfache Gegenüberstellung einer „ausgesprochen restaurativen Richtung", dabei Seeckt, und einer „mehr kompromißfreudigen Richtung", dabei Reinhardt und Groener, wie sie K. D. Bracher vornimmt, trifft die Verhältnisse nicht zureichend. Auch stand bei diesen Vorgängen nicht „eine süddeutsch-württembergische Richtung (Groener, Reinhardt, Geßler) einer preußischen" gegenüber. Siehe K. D. Bracher, Auflösung einer Demokratie, in: Faktoren der Machtbildung, Schriften d. Inst. f. pol. Wissenschaft Bd. 2, Berlin 1952, S. 68.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es darauf an, den Kern der einstigen OHL in das Reichswehrministerium zu überführen. Damit sollten Geist und Arbeitsweise des Generalstabs auch im Rahmen des Reichswehrministeriums erhalten bleiben. Selbstverständlich war Groener darin mit Seeckt einig, von der überlieferten Stellung des Generalstabes möglichst viel zu retten, und daraus resultierte der Kampf für die Stellung des Chefs des Truppenamtes gegen die Absicht Reinhardts, die Stellung des Chefs der Heeresleitung zu schaffen.

Reinhardt schreibt über diese Vorgänge aus der Erinnerung: „Daß das Heer einen militärischen Chef hat, dessen Dienstgewalt sich gleichmäßig auf alle Heeresgebiete erstreckt, und die Leitung nicht in Truppenführung, Verwaltung, Personalia, Generalstab zerfällt, wie früher, dafür darf ich und muß ich persönlich verantwortlich zeichnen. Das ist 1919 geschaffen worden zum Mißvergnügen der Erpresser von Versailles und auch keineswegs ohne geistige Widerstände von namhaften Männern aus den eigenen Reihen. Die Stellung des Chefs der Heeresleitung habe ich aus tiefster, in Krieg und Frieden gewonnener Überzeugung geformt, und General von Seeckt, der sie, ebenso wie General Groener, stark angefochten hatte, ließ mir nachher durch seine glänzende Wahrnehmung dieses Platzes praktisch die beste Genugtuung zuteil werden[33]." Reinhardts Darstellung wird durch die Akten vollständig bestätigt.

Zunächst mußte noch eine provisorische Phase durchschritten werden. In der „Verordnung, betreffend die Übertragung des Oberbefehls über die Wehrmacht des deutschen Reichs auf den Reichswehrminister" vom 20. August 1919[34] wurde verfügt, daß spätestens bis zum 1. Oktober 1919 „aus den vorhandenen einzelstaatlichen Kriegsministerien und sonst geeigneten Militärbehörden das Reichswehrministerium gebildet werden" sollte. Oberst Reinhardt wurde dabei für die Übergangszeit „zum Chef der für den Bereich der bisherigen preußischen Militärverwaltung zuständigen Reichswehr-Befehlsstelle Preußen" ernannt. Am 26. August übertrug der Reichswehrminister der Reichswehr-Befehlsstelle Preußen gewisse zentrale Befugnisse[35]. Erst am 14. September 1919 wurde durch den Reichswehrminister verfügt: „Das Reichswehrministerium wird neu gebildet und tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Wirksamkeit[36]." In dieser Verfügung wird erstmalig anläßlich der

---

[33] Walther Reinhardt, Wehrkraft und Wehrwille, hrsg. von E. Reinhardt, Berlin 1932, S. 51. Die Darstellung von Rabenau a. a. O., S. 199 f., ist irreführend. Die „einheitliche militärische Spitze" hat Reinhardt durchgesetzt, der sie aber nicht als „außerhalb der politischen ministeriellen Führung" stehend aufgefaßt hat und der auch aus dem Chef der Heeresleitung keinen „Generalinspekteur der Truppen, mit weitgehenden Machtbefugnissen ausgestattet" gemacht hat.

[34] S. Reichs-Gesetzblatt, S. 1475. – Grzesinski a. a. O., S. 84 f., unterstellt hierbei, daß im Kreise um den Reichswehrminister der Plan bestanden habe, neben der Reichswehr unter gemeinsamem Oberbefehl weitere Truppen zu unterhalten und so die Demobilisierung der alten Armee über mehrere Jahre zu verzögern. Während dieser Zeit würden die conspirators freies Feld gewonnen haben.

[35] Heeres-Verordnungsblatt vom 27. 8. 1919, S. 2.

[36] Heeres-Verordnungsblatt vom 19. 9. 1919, S. 107.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterstellung der „Abwickelungsämter" (an Stelle der bisherigen Reichswehr-Befehlsstellen) die Stelle des Chefs der Heeresleitung genannt. Ab Ende Oktober 1919 zeichnete Reinhardt als Chef der Heeresleitung. In einer Anordnung vom 8. November 1919, „Gliederung des Reichswehrministeriums (Rw.M.), Heeresleitung", unterzeichnet von Noske und Reinhardt, wurde festgelegt: „An der Spitze des Reichswehrministeriums steht der Reichswehrminister, dem der persönliche Stab und die Fürsorge-Abteilung unmittelbar unterstellt sind. Dem Reichswehrminister nachgeordnet sind der Chef der Heeresleitung (HL) und der Chef der Admiralität." Als dem Chef der Heeresleitung unterstehend sind aufgeführt: Zentral-Amt, Personal-Amt, Allgemeines Truppen-Amt, Waffen-Amt, Heeresverwaltungs-Amt, Feldzeugmeister-Amt und Sanitäts-Abteilung[37]. Hiermit war die vorläufige Gliederung geschaffen, die bis zum Sommer 1920 bestehen blieb. Seeckt nahm es – auf vielfach geäußerte Bitten hin – auf sich, in Fortführung seiner bisherigen Tätigkeit unter dem weit dienstjüngeren Reinhardt das Allgemeine Truppen-Amt zu leiten. Die in der Revolution geschaffene Stelle des Unterstaatssekretärs im preußischen Kriegsministerium, seit 14. November 1918 mit Paul Goehre, vom 16. Juni 1919 an mit Albert Grzesinski besetzt, ging im Zuge dieser Entwicklung ein[38]. Noske wollte jedenfalls keinen weiteren Parlamentarier in seinem Ministerium haben[39].

Am 16. Januar 1920 richtete Seeckt als Chef des Allgemeinen Truppenamts an Noske einen Brief[40], in dem er sich darauf bezieht, daß der Reichswehrminister im Sommer 1919 die von ihm für die Organisation des Reichswehrministeriums gemachten Vorschläge nicht angenommen, aber ihm gleichzeitig freigestellt habe, nach gewonnenen Erfahrungen auf sie zurückzukommen, zumal er die damalige Regelung als eine vorläufige bezeichnet habe. Seeckt fährt danach fort: „Meine im nachstehenden kurz dargelegten Vorschläge decken sich nicht ganz mit meinen früheren. Sie berücksichtigen die seither stattgehabte Entwicklung." Tatsächlich decken sich die nunmehrigen Vorschläge nicht nur nicht mit den früheren, sondern sind von ganz anderer Art.

Seeckt stellt fest, daß die Organisation des Reichswehrministeriums sich nicht bewährt habe. „Das Ministerium krankt an der engen Vermischung zweier naturnotwendig zu trennender Begriffe: einer Verwaltungsbehörde und eines kommando-

---

[37] Heeres-Verordnungsblatt vom 12. 11. 1919, S. 345.

[38] Über die Rolle von Grzesinski siehe seine Erinnerungen a. a. O., S. 81 ff. Vgl. auch Benoist-Méchin, Histoire de l'armée allemande, Bd. II, Paris 1938, S. 130 f. und Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik, Hannover und Frankfurt a. M. 1955, S. 88, Anm. 308. – Grzesinski sagt von sich im Zusammenhang mit der Bildung neuer Formationen „verschiedener Grade von Loyalität", daß er in der militärischen Umgebung „a thorn in the side of the Military authorities" gewesen sei. S. oben, S. 82. – Grzesinski wurde ein halbes Jahr später noch einmal im militärischen Bereich verwendet, als er beim Kapp-Putsch am 18. März 1920 vom Reichskabinett zum Reichskommissar für die Wehrmacht ernannt wurde. S. ebenda, S. 102 f.

[39] S. Rabenau a. a. O., S. 467 f.

[40] Nachlaß Seeckt Nr. 130.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führenden Stabes. Das Ministerium als solches kann ein Kommando nicht führen, das kann nur eine Persönlichkeit; das Ministerium gibt aber in seinem jetzigen Aufbau keinen arbeitenden Stab für den das Oberkommando führenden Reichswehrminister ab." Danach folgt das Kernstück des neuen Vorschlages Seeckts: „Die Einrichtung des parlamentarisch verantwortlichen, parteipolitisch gebundenen, an den verfassungsmäßigen Aufgaben des Gesamtkabinetts voll beteiligten Reichswehrministers ergibt ohne weiteres die Notwendigkeit, unter ihm an die Spitze der Armee eine kommandoführende Persönlichkeit, einen Fachmann, also einen General zu stellen. Der eigentliche militärische Führer und Ausbilder der Armee kann und soll der Reichswehrminister nicht sein."

Nachdem Seeckt die aufgetretenen Mängel in den Führungsverhältnissen aufgezeigt hat, erläutert er noch einmal seinen Vorschlag: „Die Reichswehr verlangt in der obersten Spitze eine Persönlichkeit, von der sie sicher ist, daß sie unbedingt und allein ihre Interessen vertritt, ohne jede politische Bindung, die über die selbstverständliche verfassungsgemäße hinausgeht. In die Hand dieses Mannes hätte der Reichswehrminister die Sorge für die Führung der Truppe und für ihre Ausbildung zu legen. Dieser Mann, der kommandierende General der Reichswehr, ist dem Minister für beides verantwortlich, er selbst der höchste militärische Vorgesetzte aller Truppen und Einrichtungen der Reichswehr sowie aller Offiziere derselben. Ihm steht, unter Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers, der entscheidende Einfluß auf die Personalien der Offiziere zu. Er hat keinerlei politische Betätigung, erscheint nicht im Parlament, vertritt nicht den Minister. Sein Stab ist so zusammengesetzt, daß er Führung und Ausbildung sowie die Personalien leiten kann. Hierfür treten zu ihm die notwendigen Abteilungen des jetzigen Reichswehrministeriums. Die Hauptaufgabe des kommandierenden Generals ist die Führung der Truppe im Fall ihres Einsatzes, ihre Vorbereitung und Erziehung hierfür. Er muß in dauernder, reger persönlicher Fühlung mit der Truppe stehen. Seine Stellung wäre klarer, wenn er und sein Stab außerhalb des Reichswehrministeriums stünde, wenn auch natürlich unter dem Minister. In Rücksicht auf den Friedensvertrag, der die Bildung eines besonderen obersten Kommandostabes neben den beiden Gruppenkommandos nicht zuläßt, muß der kommandierende General formell ein Teil des Reichswehrministeriums sein. Die sämtlichen übrigen Geschäfte des jetzigen Reichswehrministeriums werden unter einem ‚Unterstaatssekretär des Heeres' zusammengefaßt. Der Unterstaatssekretär ist der militärische Berater und Vertreter des Ministers im Kabinett und Parlament. Er steht neben dem Kommandierenden General, der auf seine Tätigkeit nicht einwirkt. Die Wehrkreiskommandos unterstehen in allen Verwaltungsfragen unmittelbar dem Unterstaatssekretär[41]."

[41] Man sollte diesen Vorschlag Seeckts nicht zu sehr politisch, sondern mehr militärisch-sachlich verstehen. Siehe hierzu K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik (s. Anm. 6), S. 249. – Rabenau a. a. O., S. 471 f., hat den Brief Seeckts im Auszug veröffentlicht. Für die Tendenz Rabenaus bei seiner Quellenverwertung und Darstellung ist ungemein bezeichnend, welche Auslassungen er vorgenommen hat. Bei Rabenau fehlt der Satz: „Das Mini-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das vorgeschlagene Gliederungsschema zeigt an der Spitze der Wehrmacht den Reichswehrminister mit persönlichem Stab und Presseamt und unter ihm gleichgeordnet drei Stellen, nämlich den kommandierenden General (mit Chef des Stabes, einer Personalabteilung, einer Abteilung für Truppenführung und einer Abteilung für Ausbildung), dem die Gruppenkommandos, Wehrkreiskommandos, der Inspekteur des Bildungswesens mit den Schulen, die Waffeninspekteure und die Heereskammer unterstellt sein sollten; weiterhin den Unterstaatssekretär des Heeres (mit Zentralamt, Personalamt, Allgemeinem Truppenamt mit angegliederter Heeresfriedenskommission und dem Verwaltungs-Feldzeugmeisteramt) und den Chef der Admiralität an der Spitze der Seestreitkräfte.

Dieser Vorschlag Seeckts vom Januar 1920 hat offensichtlich keine Ähnlichkeit mit seinem Entwurf vom Juli 1919. Unverändert blieb nur, daß sich Seeckt gegen die Stellung des Chefs der Heeresleitung wendet, aber auch die in dem früheren Entwurf stark herausgehobene Stellung des Chefs des Allgemeinen Truppenamts hat in dem Chef des Stabes des kommandierenden Generals nur eine bedingte Nachfolge erhalten. Hat Seeckt daran gedacht, das Amt des kommandierenden Generals selbst zu übernehmen[42]? Einen anderen Platz hätte es für ihn in der vorgeschlagenen Spitzengliederung nicht gegeben. Generalmajor Reinhardt war gewiß auch ein „Fachmann", aber seine Stellung als Chef der Heeresleitung entsprach nicht dem, was Seeckt von einer kommandoführenden Stelle verlangte. Seeckt bezeichnet ein solches Amt als „kommandoführenden Stab" und läßt keinen Zweifel, daß das Oberkommando nach wie vor beim Reichswehrminister liegen sollte. Durch die Abtrennung der ministeriellen Aufgaben und der Verwaltung von dem Amtsbereich des bisherigen Chefs der Heeresleitung und ihre Unterstellung unter einen „Unterstaatssekretär" (gemeint ist Staatssekretär) wollte er den „kommandierenden General" auf die rein militärischen Aufgaben der Führung und Ausbildung beschränkt sehen. Dem kann nicht die politische Ambition zugrunde liegen, die

---

sterium als solches kann ein Kommando nicht führen, das kann nur eine Persönlichkeit; das Ministerium gibt aber in seinem jetzigen Aufbau keinen arbeitenden Stab für den das Oberkommando führenden Reichswehrminister ab." Rabenau verschweigt also, daß Seeckt ausdrücklich von dem „das Oberkommando führenden Reichswehrminister" spricht, der einen „arbeitenden Stab" benötige. Weiterhin unterdrückt Rabenau den vergleichenden Hinweis Seeckts auf die „anderen parlamentarisch regierten und demokratischen Länder – Frankreich, England, Schweiz" –, wo der zuständige Minister auch nicht „der eigentliche militärische Führer und Ausbilder der Armee" sei. Bei der Feststellung Seeckts, daß die Reichswehr zum Ministerium kein Vertrauen habe, ist der Satz ausgelassen: „Das Mißtrauen richtet sich nicht etwa gegen Ihre Person, Herr Minister, sondern insgesamt gegen alle mitarbeitenden Persönlichkeiten." Sehr bezeichnend ist auch, daß Rabenau bei der Forderung Seeckts nach einer militärischen Persönlichkeit in der obersten Spitze „ohne jede politische Bindung" den Nachsatz fortließ: „die über die selbstverständliche verfassungsgemäße hinausgeht". Zu dem Satz, daß die Stellung des kommandierenden Generals klarer wäre, „wenn er und sein Stab außerhalb des Reichswehrministeriums stünde", fehlt der zweite Teil des Satzes: „wenn auch natürlich unter dem Minister". Und schließlich ist noch der Satz fortgelassen: „Die Wehrkreiskommandos unterstehen in allen Verwaltungsfragen unmittelbar dem Unterstaatssekretär."

[42] Vgl. Rabenau a. a. O., S. 471.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

man später Seeckt schon für diese Zeit nachgesagt hat. Jedenfalls sah er das Amt des Chefs der Heeresleitung nicht als die Stelle an, die seinen Vorstellungen von den Aufgaben eines „kommandierenden Generals" entsprochen hätte.

Dies wurde anders, als infolge der Vorgänge beim Kapp-Putsch am 17. März 1920 Seeckt selbst die Geschäfte des Chefs der Heeresleitung übertragen wurden. Nun griff er die Möglichkeiten, die in dieser Stellung lagen, auf. Ende März 1920 heißt es in einem Entwurf über die Befehlsbefugnis des Chefs der Heeresleitung: „Der Chef der Heeresleitung ist unter dem Reichswehrminister die höchste militärische Dienst- und Kommandostelle des Heeres[43]." Nun war Seeckt bestrebt, seine Vorstellung von der Rolle des „kommandierenden Generals" auf die Stellung des Chefs der Heeresleitung zu übertragen. Hier wird wieder Seeckts Anpassungsfähigkeit deutlich. Ob die Ernennungen eines parlamentarischen Staatssekretärs und eines Unterstaatssekretärs im Reichswehrministerium, die nach dem Kapp-Putsch erfolgten, mit Seeckts Vorschlag vom Januar in Verbindung zu bringen sind, muß man bezweifeln. Jedenfalls konnten weder der Staatssekretär Stock noch der Unterstaatssekretär Rausch als „militärische Berater" des Ministers gelten, wie Seeckt die Stellung aufgefaßt hatte. „Die Linke hatte ein politisches Staatssekretariat verlangt, um eine zivile Spitze im Reichswehrministerium zu schaffen und die Stellvertretung des Ministers nicht in die Hand von Militärs zu legen[44]." Rausch trat bereits Ende Mai 1920 zurück[45], Stock legte am 1. September 1920 beim Abschluß der Arbeit des Kapp-Untersuchungsausschusses sein Amt nieder. Auch Geßler wollte anscheinend wie sein Vorgänger keinen politischen Staatssekretär haben. Angeblich soll ihm Schleicher davon abgeraten haben[46]. Zu einer größeren politischen Diskussion hat die Frage der Einrichtung eines Staatssekretariats im Reichswehrministerium jedenfalls nicht geführt.

Im Laufe des Sommers 1920 wurden die Unterstellungsverhältnisse im Reichswehrministerium neu geregelt und in der Verordnung über die „Regelung der Befehlsbefugnisse im Reichsheer" am 11. August 1920 verkündet[47]. Seeckts Vorschlag vom Januar war darin, wenn auch nicht vollständig, verwirklicht. Der „kommandierende General" nach der Vorstellung Seeckts erschien nunmehr in der Stellung des Chefs der Heeresleitung, wobei sein Amtsbereich noch durch die Unterstellung des Personalamtes erweitert wurde. An Stelle des „Unterstaatssekretärs" nach dem Vorschlag Seeckts wurde das Amt des Generalquartiermeisters geschaf-

[43] Ebenda, S. 472.

[44] Kurt Caro und Walter Oehme, Schleichers Aufstieg, Berlin 1933, S. 248 f.

[45] Schüddekopf a. a. O., S. 88.

[46] Siehe Grzesinski a. a. O., S. 95, und Caro-Oehme a. a. O., S. 249. Die ursprünglich im Reichshaushaltsplan vorgesehene Stelle soll danach durch den Reichstag gestrichen worden sein.

[47] Heeres-Verordnungsblatt vom 21. 9. 1920. – Nach Angabe Rabenaus a. a. O., S. 479, waren die neuen Befugnisse des Chefs der Heeresleitung bereits am 22. 6. 1920 vorläufig festgelegt worden.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fen[48]. Seeckt hielt also daran fest, sich im wesentlichen auf die militärischen Aufgaben zu beschränken. Hierzu hat sich Reinhardt später geäußert: „Als er (Seeckt) das Amt übernahm, das ich selbst zuerst geführt hatte, glaubte er, von seinen früheren Teilungsgedanken wenigstens den einen aufnehmen zu müssen, die Heeresverwaltung von seinem Amte abtrennen zu müssen. General v. Feldmann wurde gegen meine Warnung zu deren unabhängigem Chef gemacht[49]."

Im einzelnen wurde in der Verordnung vom August 1920 bestimmt: „Der Chef der Heeresleitung und der Generalquartiermeister sind dem Reichswehrminister unmittelbar unterstellt und seine verantwortlichen Ratgeber auf allen Gebieten ihres Geschäftsbereichs. Der Heeresleitung unterstehen: das Personalamt, das Truppenamt, das Wehramt, die Waffeninspekteure und der Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens. Der Chef der Heeresleitung vertritt den Reichswehrminister in Ausübung der Kommandogewalt. Die Oberbefehlshaber der Gruppen und die Divisions-Kommandeure sind ihm unterstellt.

Dem Generalquartiermeister unterstehen: die Zentral-Abteilung, das Verwaltungsamt, das Waffenamt, die Rechts-Abteilung, die Justitiare, die Sanitäts- und Veterinär-Inspektion. Alle Verwaltungsbehörden sind ihm unterstellt. Der Generalquartiermeister ist ermächtigt, innerhalb seines Geschäftsbereichs Anordnungen zu erlassen und Entscheidungen zu treffen, soweit sich der Reichswehrminister dies nicht selbst vorbehalten hat."

Der Unterschied zu der Stellung Reinhardts als Chef der Heeresleitung bestand also einerseits darin, daß der neue Chef der Heeresleitung einen Teil der Kompetenzen seines Vorgängers an den Generalquartiermeister abgab, andererseits dem Chef der Heeresleitung mit der Vertretung des Reichswehrministers die Kommandogewalt ausdrücklich übertragen und ihm die obersten Truppenführer unterstellt wurden. Dieser Entwicklung liegt ein Bestreben aus militärischen Motiven zugrunde, das zwar auf dieser Ebene nicht unpolitisch ist, aber doch zu dieser Zeit nicht die Absicht zeigt, die man Seeckt vielfach nachgesagt hat, nämlich die Stellung des Chefs der Heeresleitung zu einer politisch und ministeriell beherrschenden ausbauen zu wollen. Seeckt stand in den Jahren 1919–1920 der jungen Republik mit mehr Verständnis gegenüber, als man dies später wahrhaben wollte[50].

[48] Am 11. 12. 1920 erhielt dieses Amt die Bezeichnung „Chef der Heeresverwaltung", wobei ausdrücklich verfügt wurde, daß der Staatssekretär Inhaber dieser Dienststelle sei. Heeres-Verordnungsblatt vom 17. 12. 1920, S. 992.

[49] Walther Reinhardt a. a. O., S. 51.

[50] Rabenaus Darstellung von Seeckt hat fast durchweg auf die Literatur nach dem zweiten Weltkrieg abgefärbt. Rabenau wollte Seeckt in einer Weise zeigen, die den in Deutschland in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg herrschenden, die Weimarer Republik ablehnenden Anschauungen genehm war. Dabei war er zugleich von der Absicht geleitet, mit der Autorität Seeckts für die möglichst selbständige Stellung der Wehrmacht gegenüber dem (nunmehr nationalsozialistischen) Staat einzutreten. Er hat Seeckt deshalb als einen Soldaten gezeigt, der sein Werk völlig im Gegensatz zu dem demokratischen Staat der Verfassung von Weimar geleistet habe. Die Gestalt Seeckts hat in besonderer Weise nach 1945 zur Auseinandersetzung gereizt. Auch dafür kam das von Rabenau so einseitig herausgearbeitete Bild Seeckts sehr gelegen – das Ergebnis tendenziöser geschichtlicher Darstellung!

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es waren auch in der folgenden Zeit nicht so sehr politische, sondern im wesentlichen sachliche und personelle Motive, die dazu führten, daß die Selbständigkeit des Chefs der Heeresverwaltung aufgehoben und dieses Amt ebenfalls dem Chef der Heeresleitung unterstellt wurde. Reinhardt hat später diese seiner Auffassung entsprechende Korrektur gutgeheißen, wenn er meint, die Gliederung Seeckts vom Sommer 1920 habe sich bald als Fehlkonstruktion erwiesen, und Seeckt sei dann der erste gewesen, „dies scharf zu erkennen, und energisch genug", den von Reinhardt geschaffenen Zustand wiederherzustellen[51]. Die „schlimmen Erfahrungen" mit der Nebeneinanderstellung der höchsten militärischen Ämter in der Monarchie wirkten in der Auffassung Reinhardts nach.

Im Wehrgesetz vom 23. März 1921 schließlich sind Stellung und Aufgaben des Chefs der Heeresleitung nicht so deutlich umrissen wie in den vorangegangenen Verordnungen. Im § 8 des Wehrgesetzes heißt es nach der Feststellung, daß der Reichspräsident „oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht" ist und unter ihm der Reichswehrminister die Befehlsgewalt ausübt, lediglich: „An der Spitze des Reichsheeres steht ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Reichsmarine ein Admiral als Chef der Marineleitung[52]." Die auf dem Verordnungswege im voraus geschaffene praktische Regelung wird Seeckt als Wirkungsmöglichkeit genügt haben.

Eine so weitgehend zentralisierte militärische Spitzengliederung war in der Republik überhaupt nur möglich bei einer so kleinen Wehrmacht, wie die Reichswehr sie bildete. Wenn die Stellung des Chefs der Heeresleitung in der Amtszeit Seeckts dazu beigetragen hat – und dies war zweifellos der Fall –, der Wehrmacht eine politische Sonderstellung im Staate zu geben, so ist diese Entwicklung zu einem erheblichen Teil auf die Bestimmungen von Versailles zurückzuführen, wenn auch die Alliierten gerade eine zentrale militärische Leitung verhindern wollten. Daß man in Deutschland auch in den maßgebenden militärischen Kreisen nach 1918 zunächst einen anderen Weg bei der Schaffung der neuen Wehrmacht gehen wollte, zeigen die Erörterungen über die Wehrform, bei denen Seeckt lange Zeit auch eine Miliz in Betracht zog, sowie die Tatsache, daß Seeckt keineswegs etwa von Anfang an planmäßig und konsequent eine politische Sonderstellung für die militärische Führung anstrebte. Entscheidend wurde allmählich das Übergewicht der persönlichen Autorität Seeckts. Bei der Bildung des Reichswehrministeriums herrschte kein machtpolitisches Bestreben vor, und im Kampf der Meinungen wurde demzufolge das Ergebnis in jenen Jahren auch nicht als politischer Sieg einer Richtung angesehen.

---

[51] Walther Reinhardt a. a. O., S. 51.

[52] Heeres-Verordnungsblatt vom 8. 4. 1921, S. 116. – Schüddekopf a. a. O., S. 119 f., irrt in der Bemerkung, daß die Stellung des Chefs der Heeresleitung im Wehrgesetz nicht vorgesehen gewesen sei. Richtig dagegen ist, daß sie dort nicht „geregelt" war, wie K. D. Bracher, Auflösung einer Demokratie a. a. O., S. 62, sagt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERMANN HAMMER

DIE DEUTSCHEN AUSGABEN VON HITLERS „MEIN KAMPF"

Im Oktober 1938 wurden die Buchhändler durch den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer genötigt, nur noch Neuausgaben des von Adolf Hitler verfaßten Buches „Mein Kampf" zu verkaufen, da „jeder nationalsozialistisch denkende Deutsche peinlich berührt sei, das Werk des Führers in unserer Zeit als ‚antiquarisch' bezeichnet zu sehen"[1]. Diese Anordnung konnte den Gedanken nahelegen, daß bedeutsame sachliche Änderungen seit der Machtübernahme vorgenommen worden seien, zumal die politische Zweckmäßigkeit eine Überarbeitung des weitgehend von der innen- und außenpolitischen Situation der Jahre 1924/26 bestimmten Buches dringend zu fordern schien. Besonders die außenpolitischen Abschnitte des als gültiges nationalsozialistisches Programm erklärten Inhalts ließen Abschwächungen angezeigt erscheinen. Die von Hitler in seinem Buch proklamierte dauernde Feindschaft mit Frankreich aus historisch-politischen und mit Rußland aus weltanschaulichen Gründen mochte den taktischen Erfordernissen der Außenpolitik einer Phase des Übergangs und der Vorbereitung hinderlich sein. Abfällige Bemerkungen über den Wert ostasiatischer Kultur[2] mußten im Zeitalter des weltpolitischen Dreiecks Berlin–Rom–Tokio mindestens inopportun erscheinen. Aus Gründen solcher Art begegnete man damals und begegnet man auch heute vielfach der Meinung, Hitler habe nach 1933 an seinem Buch wichtige sachliche Korrekturen vorgenommen. Aufgabe dieser Untersuchung ist es daher, die wirklich erfolgten Änderungen festzustellen und ihr Ausmaß und ihre Bedeutung darzulegen.

Zunächst sei kurz die Entstehungsgeschichte von „Mein Kampf" skizziert:

Hitler trat am 1. April 1924, dem Tage der Urteilsverkündung, seine Festungsstrafe in der Festungshaftanstalt Landsberg am Lech an. Mit ihm verbüßten dort ihre Strafe die Mitverurteilten Kriebel, Dr. Weber, Heß, Maurice sowie Mitglieder des „Stoßtrupps Hitler", deren Zahl bis auf 40 anstieg[3]. Nachdem Hitler in den ersten Monaten noch versucht hatte, durch einen regen Briefwechsel und durch politische Aussprachen einen Einfluß auf die Entwicklung seiner in die Illegalität gegangenen Partei und der völkischen Bewegungen zu erlangen, gab er ab Juli 1924 diese Bemühungen auf, um sich ganz der Abfassung seines programmatischen Werkes

[1] S. die Meldung des Berliner Korrespondenten der Londoner „Times" vom 23. 10. 38 (Ausg. v. 25. 10. 38) mit wörtlicher Wiedergabe der Weisung; vgl. auch „The Story of Mein Kampf" in „The Wiener Library Bulletin" Nr. 5–6, Vol. VI, Sept.–Dez. 1952, S. 31/32.

[2] S. „Mein Kampf", Volksausgabe, z. B. S. 318: „Es ist nicht so, wie manche meinen, daß Japan zu seiner Kultur europäische Technik nimmt, sondern die europäische Wissenschaft und Technik wird mit japanischen Eigenarten verbrämt. Die Grundlage des tatsächlichen Lebens ist nicht mehr die besondere japanische Kultur, . . . sondern die gewaltige wissenschaftlich-technische Arbeit Europas und Amerikas, also arischer Völker."

[3] Vgl. O. Lurker, Hitler hinter Festungsmauern, Berlin 1933, S. 31 ff.; H. Kallenbach, Mit Hitler auf Festung Landsberg, 1. Aufl., München 1933, S. 16, 49 ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu widmen. Darüber berichtete am 15. September 1924 der Direktor der Festungshaftanstalt, Oberregierungsrat Leybold, der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I: „Hitler, der anfangs sehr viele Besuche bekommen hat, hält sich, wie bekannt ist, seit einigen Monaten politische Besuche möglichst fern, er schreibt nur ganz wenig Briefe, meistens nur Danksagungen. Er beschäftigt sich täglich viele Stunden lang mit dem Entwurf seines Buches, das in den nächsten Wochen erscheinen soll . . .". „Er erwartet sich eine hohe Auflage des Buches und hofft, aus dem Erträgnis des Verkaufs seine finanziellen Verpflichtungen, besonders aus dem Strafverfahren und Strafvollzug, erfüllen zu können[4]."

Von der neuen Leidenschaft des Schreibens erfaßt, änderte Hitler seinen Tageslauf, um bis in die Nacht hinein seinem Burschen Emil Maurice und später seinem persönlichen Sekretär Rudolf Heß seine Darlegungen in die Maschine zu diktieren. Hier mögen wir einen der Gründe für den Stil seines Buches finden, der in Satzbau und Gedankenführung vor allem der ihm eigenen Rhetorik entspricht. Hitler trug an den an Samstagen stattfindenden Gemeinschaftsabenden die bereits fertigen Abschnitte den mitinhaftierten Nationalsozialisten vor[5], womit der Charakter der einzelnen Kapitel als in sich abgeschlossener Gedankengänge, die unharmonisch nebeneinander stehen, erklärlicher wird. Nach der Angabe des ehemaligen Generalgouverneurs Dr. Frank hat er diesem gegenüber im Mai 1938 in Rom bemerkt, der „Kampf" sei „eine Aneinanderreihung von Leitartikeln für den ‚Völkischen Beobachter'." Wenn er 1924 geahnt hätte, daß er Reichskanzler werden würde, hätte er sein Buch nicht geschrieben! Aber es entsprach seiner Auffassung von der Unabänderlichkeit eines einmal aufgestellten Programms, wenn er hinzufügte: „Inhaltlich möchte ich nichts ändern[6]."

Das Buch, dessen Arbeitstitel „Viereinhalb Jahre Kampf gegen Lüge, Dummheit und Feigheit" lautete[7], hatte Hitler von vornherein auf zwei Bände berechnet, deren erster nahezu abgeschlossen war, als er am 20. Dezember 1924 aus der Haft entlassen wurde[8]. In seiner Münchner Wohnung, Thierschstraße 41, arbeitete Hitler noch einige Tage daran, ehe er sich für mehrere Wochen zum Platterhof am Obersalzberg begab. Max Amann, der Leiter des Parteiverlages Franz Eher Nachfolger, war sein Mitarbeiter bei der Abfassung des zweiten Bandes[9], den er im Laufe des Jahres 1925 in dem kleinen, oberhalb des Platterhofes gelegenen Haus Wachenfeld[8] niederschrieb. Nach einer gründlichen Überarbeitung, an welcher der (am 30. Juni 1934 ermordete) Pater Bernhard Stempfle, Herausgeber des antisemitischen „Mies-

[4] Lurker a. a. O., S. 61.

[5] Lurker a. a. O., S. 56; Kallenbach a. a. O., S. 104–108.

[6] Hans Frank, Im Angesicht des Galgens, München-Gräfelfing 1953, S. 45 f. Begonnen hätte Hitler mit dem Eingeständnis: „Ich bin kein Schriftsteller. Welches schöne Italienisch spricht und schreibt Mussolini! Ich kann nicht dasselbe auf deutsch. Die Gedanken gehen mir durch beim Schreiben."

[7] Vgl. „Die Sammlung Rehse", Bd. 1., Dokumente der Zeitgeschichte, hrsg. v. Dr. A. Dresler; verf. v. F. Maier-Hartmann. 2. Aufl., München 1940, S. 195 f.

[8] Vgl. W. Görlitz und H. A. Quint, Adolf Hitler, Stuttgart 1952, S. 240 f.

[9] K. Heiden, Hitler, Bd. I, Zürich 1936, S. 222.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bacher Anzeigers", einen bedeutenden Anteil hatte[10], wurde das Manuskript des gesamten Buches noch einmal abgeschrieben. Rudolf Heß, der Musikkritiker und Schriftleiter am „Völkischen Beobachter" Stolzing-Cerny, der Druckereibesitzer Adolf Müller, Pater Stempfle und Professor Haushofer sollen die Korrekturbogen durchgesehen haben. Das Originalmanuskript schenkte Hitler seiner langjährigen Gönnerin, Frau Bechstein[11].

Max Amann brachte die beiden Bände 1925 und 1927 unter dem Titel „Mein Kampf" bei dem Verlag Franz Eher Nachfolger heraus. Das Buchgewerbehaus Müller und Sohn hatte den Druck besorgt. Trotz seines hohen Preises von 12 Mark je Band sollen bis zum Erscheinen der ersten einbändigen Volksausgabe im Jahre 1930, die für nur 8 Mark erhältlich war, 23000 Exemplare des 1. Bandes und 13000 des 2. Bandes verkauft worden sein[12]. Bis zum Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933 soll die Auflageziffer auf ca. 287000[13], bis Ende des Jahres 1933 auf 1,5 Millionen angestiegen sein[12]. Nach der 1943 – zufolge der bekannten „staatlichen Förderung"[12a] - angeblich erreichten Gesamtauflage von fast 10 Millionen[14] Exemplaren und Übersetzungen in 16 verschiedene Sprachen[12] würde „Mein Kampf" zu den meistaufgelegten Büchern der Welt gehören[13].

Meiner Untersuchung über die seit der Erstausgabe vorgenommenen Änderungen liegen folgende Ausgaben zugrunde:

1. „Mein Kampf" Eine Abrechnung von Adolf Hitler. 1. Band.
   Verlag Franz Eher Nachfolger G.m.b.H., München NO 2 1925
   „Mein Kampf" Die nationalsozialistische Bewegung. 2. Band.
   Verlag Franz Eher Nachfolger G.m.b.H., München NO 2 1927
2. „Mein Kampf" von Adolf Hitler, zwei Bände in einem Band – ungekürzte Ausgabe[15]. Erster Band: Eine Abrechnung. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung. IV. Auflage. 33. bis 42. Tausend.
   Verlag Franz Eher Nachfolger G.m.b.H., München 2, NO 1930
3. „Mein Kampf" von Adolf Hitler, zwei Bände in einem Band – ungekürzte Ausgabe[16]. Erster Band: Eine Abrechnung. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung. 469.–473. Auflage. Zentralverlag der NSDAP; Franz Eher Nachfolger, München 1939

---

[10] Vgl. Alan Bullock, Hitler, Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953, S. 130.

[11] Näheres bei Görlitz/Quint a. a. O., S. 236–243; Heiden a. a. O., S. 222 f.

[12] Vgl. „The Story of Mein Kampf" a. a. O. (s. Anm. 1). Weitere dort angegebene Auflageziffern: 1935: 2127000; 1937: 3447000; Aug. 1938: 4000000; 20. 4. 1939: 5000000; 1940: 6000000; 1942: 7000000.

[12a] Vgl. das Rundschreiben 41/39 der Parteikanzlei v. 13. 2. 39: „Vertrieb von ‚Mein Kampf'. Die weitmöglichste Verbreitung des Buches ‚Mein Kampf' ist vordringlichste Pflicht aller Stellen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Es ist anzustreben, daß eines Tages jede deutsche Familie, auch die ärmste, des Führers grundlegendes Werk besitzt." (Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben. Hrsg. von der Parteikanzlei. Bd. I, S. 473.)

[13] Görlitz/Quint a. a. O., S. 237.

[14] Hinweis in der 815.–820. Auflage, München 1943: „Gesamtauflage sämtlicher Ausgaben bisher 9840000 Exemplare".

[15] 1. Volksausgabe.

[16] Volksausgabe.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die von mir ausgewählten 84 Beispiele wurden mit der 3. Auflage des I. Bandes, München 1928, mit der 18. Auflage des Gesamtwerkes, München 1933, und der 815.–820. Auflage des Gesamtwerkes, München 1943, verglichen.

Es entsprach Hitlers Anschauung über die Wirksamkeit dogmatischer Leitsätze auf die zu gewinnenden Volksmassen, wenn er die Unabänderlichkeit eines einmal als richtig erkannten Programms postulierte. In seinem Buch finden wir dafür die Begründung: „Bei einer in großen Zügen tatsächlich richtigen Lehre ist es weniger schädlich, eine Fassung, selbst wenn sie der Wirklichkeit nicht mehr ganz entsprechen sollte, beizubehalten, als durch eine Verbesserung derselben ein bisher als graniten geltendes Grundgesetz der Bewegung der allgemeinen Diskussion mit ihren übelsten Folgeerscheinungen auszuliefern. . . . Das Wesentliche darf eben nie an der äußeren Fassung, sondern stets nur im inneren Sinn gesucht werden, und dieses ist unveränderlich[17]."

Trotzdem hat sich Hitler entschlossen, an seinem als feststehendes programmatisches Werk aufgefaßten Buch sachliche unsd stilistische Umarbeitungen vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen. Diese Änderungen wurden jedoch so weit wie möglich dem Text der Erstausgabe angelehnt. Man vermied auch möglichst, auffällige stilistische Umarbeitungen an Kapitelanfängen und Kapitelschlüssen vorzunehmen, und bemühte sich, die Seitenanordnung der einbändigen Volksausgabe in genauer Übereinstimmung mit der Erstausgabe zu halten.

Unter Berücksichtigung jeder, auch der kleinsten Änderung wurden von mir von der Erstausgabe der Jahre 1925 und 1927 zur Volksausgabe von 1930 2294 und von der Volksausgabe von 1930 zu der des Jahres 1939 weitere 293 Änderungen gezählt.

Bei Zugrundelegung der durchgehenden Seitenzahl der Volksausgaben verteilen sich die vorgenommenen Veränderungen folgendermaßen:

Seite	1925/27 zu 1930	1925/27 und 1930 zu 1939
0— 50	62	11
50—100	52	10
100—150	177	23
150—200	158	32
200—250	270	30
250—300	382	21
300—350	451	23
350—400	338	25
400—450	118	15
450—500	39	20
500—550	40	9
550—600	17	24
600—650	24	13
650—700	62	12
700—750	93	15
750—782	11	10
	2294	293

[17] Hitler, Mein Kampf (Volksausgabe mit durchgehender Seitenzahl), S. 512.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hieraus ergibt sich, daß am I. Band (bis Seite 406) von 1925/27 zu 1930: 1920, von 1930 zu 1939: 176 Änderungen; am II. Band von 1925/27 zu 1930: 374, von 1930 zu 1939: 117 Änderungen vorgenommen worden sind.

So umstritten das von mir angewandte Zählsystem und die daraus gewonnenen Resultate auch sein mögen, so dürfte sich dadurch doch ein Bild von dem Umfang der Überarbeitungen ergeben. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß diese – außer einer einzigen wichtigen und ca. 30–40 relativ geringfügigen sachlichen Veränderungen – sämtlich stilistischer Natur sind. Darin offenbart sich der Hitler eigentümliche Redestil; müssen wir doch in den einzelnen Kapiteln des Buches nichts anderes als in sich abgeschlossene Reden erblicken, die von Maurice, Heß oder Amann unmittelbar niedergeschrieben sein dürften. Trotz der erwähnten mehrfachen Überarbeitungen des Manuskripts ist es denn auch nicht gelungen, den stilistischen Charakter des Buches als einer Sammlung niedergelegter Monologe umzuwandeln. Die Bearbeiter, besonders des ersten Bandes, haben sich bemüht, diesen Eindruck abzuschwächen, indem sie die krassesten Auswüchse des Hitlerschen Redestils zu beseitigen versuchten.

Sie bemühten sich, die Sätze zu verbessern durch Wortumstellungen, häufige Streichung von Füllworten, wie „nun", „doch", „also", „eben", „aber", „so", „ja", „da", „denn", „dann", „auch" u. a., Ausmerzung grammatikalischer Fehler sowie mißverständlicher Satzwendungen. Viele ungeschickt wirkende Bezeichnungen scheinen sprachdialektischen Ursprungs zu sein; ich denke dabei an die häufige Ersetzung von „als vielmehr" durch „sondern", von „wie" beim Komparativ durch „als", von „aber" durch „jedoch", von „so eine" durch „solche", von „es ist dies" durch „das ist" u. a. Die dem rhetorischen Stil entsprechenden indikativen Formen wurden häufig durch konjunktivische ersetzt. Der besonders im ersten Bande sehr häufige Gebrauch von Anführungsstrichen und Ausrufungszeichen wurde auf wenige, notwendige Fälle beschränkt.

Daß durch den Gebrauch von Anführungszeichen sinnentstellende Fehler entstehen konnten, zeigt folgendes Beispiel: „ . . . gibt es in einer Nation nur alle heiligen Zeiten einmal einen wirklichen ‚Staatsmann' und nicht gleich an die hundert und mehr auf einmal . . ."[18]. „Staatsmann" sollte hier keinesfalls ironisch verstanden werden. So wurde es denn geändert.

Ferner waren die Bearbeiter bemüht, wenigstens die schlimmsten Schimpfworte zu mildern. So wurde aus „Pesthure" „Pestilenz"[19], aus „Kinokitsch, Schundpresse und ähnlicher Jauche" wurde „Kinokitsch, Schundpresse und Ähnliches"[20], aus „ästhetischen Schmachtaffen" „ästhetische Jünglinge"[21], aus dem „Bannkreis seiner eigenen schweinischen Wesensart" wurde der „Bannkreis seiner eigenen niedrigen Wesensart"[22] und aus „Idioten von Weltverbesserern" „famose Weltverbesserer"[23].

[18] 1925, S. 91; geänderte Fassung: 1928, S. 91; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 96.
[19] 1925, S. 38; geänderte Fassung: 1928, S. 38; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 40.
[20] 1925, S. 32; geänderte Fassung: 1928, S. 32; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 34.
[21] 1925, S. 189; geänderte Fassung: 1928, S. 189; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 198.
[22] 1925, S. 346; geänderte Fassung: 1928, S. 346, 1930, 1933, 1939, 1943, S. 358.
[23] 1927, S. 34; geänderte Fassung: 1930, 1939, 1943, S. 444.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechtschreibungsfehler mußten verbessert[24], falsch gebrauchte Fremdwörter ersetzt – z. B. „geistige Zentauren" durch „geistige Zyklopen" –[25] und ungeschickte Formulierungen (z. B. „Wasserküste der Nordsee") umgearbeitet werden[26]. In der Erstausgabe des I. Bandes hatte es ferner geheißen:

„Nach dreißig Minuten war der kleine Raum von Menschen elektrisiert" (durch eine Rede Hitlers)[27].

Die neue Fassung lautet:

„Nach dreißig Minuten waren die Menschen in dem kleinen Raum elektrisiert[28]."

Die Feststellung:

„In wenigen Jahren schuf ich mir damit die Grundlagen eines Wissens, von denen ich auch heute noch zehre"

wurde offenbar zeitweilig als peinlich empfunden. In der Ausgabe von 1939 heißt es, schwerlich viel besser:

„In wenigen Jahren schuf ich mir die Grundlagen meines Wissens, von denen ich auch heute noch zehre[29]."

Zur Beerdigung des Wiener Bürgermeisters Dr. Lueger hatte es von 1925–1933 geheißen:

„. . . befand auch ich mich unter den vielen Hunderttausenden, die dem Trauerspiele zusahen."

In der Ausgabe von 1939 heißt es:

„. . . befand auch ich mich unter den vielen Hunderttausenden, die dem Trauerzug zusahen."

1943 findet sich jedoch erneut: „Trauerspiel[30]"!

Der Satz:

„Drei Ursachen lagen in meinen Augen im Zusammenbruch der alldeutschen Bewegung in Österreich[31]."

wurde geändert in:

„Der Zusammenbruch der alldeutschen Bewegung in Österreich hatte in meinen Augen drei Ursachen[32]."

Statt:

„Das geringe Verständnis dieser damaligen Partei . . .[33]"

---

[24] Z. B.: 1927, S. 166 „Wage" geändert in „Waage" 1930, 1939, 1943, S. 582.

[25] 1927, S. 281; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 705.

[26] 1925, 1928, S. 69; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 73: „Küste der Nordsee". Ferner: „Trüffelinstinkt" (der Presseleute). – 1925, S. 89 – in „Trüffelsuchinstinkt" (1928, S. 89; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 94); „ . . . auf das höchstlichste erstaunt" (1925, S. 300) in „ . . . auf das höchste erstaunt" (1928, S. 300; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 311).

[27] 1925: S. 377; 1928: S. 376.

[28] 1930, 1933, 1939: S. 390/391; 1943: S. 391.

[29] 1925, 1928: S. 20; 1930, 1933: S. 21; 1939: S. 21; jedoch 1943 wieder: „. . . meines . . .": S. 21.

[30] 1925, 1928: S. 126; 1930, 1933: S. 132/133; 1939: S. 132/133; 1943: S. 132/133.

[31] 1925, 1928: S. 104.

[32] 1930, 1933, 1939, 1943: S. 110.

[33] 1925, 1928: S. 121.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hieß es fortan:

„Das geringe Verständnis dieser Bewegung . . .[34]"

Die Bemerkung:

„Man wird also die Vermehrung des deutschen Volkes eine gewisse Zeit, durch eine Steigerung der Nutzung unseres Bodens, auszugleichen vermögen, ohne gleich an Hunger denken zu müssen[35]."

wurde geändert in:

„Eine gewisse Zeit wird man also ohne Hungersgefahr die Vermehrung des deutschen Volkes durch eine Nutzungssteigerung unseres Bodens auszugleichen vermögen[36]."

Um den Umfang, den die stilistische Überarbeitung stellenweise annehmen mußte, zu illustrieren, seien zwei in dieser Hinsicht besonders ertragreiche Seiten der Erstausgabe dem überarbeiteten Text gegenübergestellt:

1925, Seite 310:

„Wäre nun diese Stunde der Prüfung nicht gekommen, so würde kaum jemand je geahnt haben können, daß in dem bartlosen Knaben ein junger Held verborgen ist. Fast immer bedarf es so irgendeines Anstoßes, um das Genie auf den Plan zu rufen. Der Hammerschlag des Schicksals, der dann den einen zu Boden wirft, schlägt bei dem anderen plötzlich auf Stahl, und indem die Hülle des Alltags nun zerbricht, liegt vor den Augen der staunenden Welt der bisher verborgene Kern offen zutage. Diese sträubt sich dann und will es nicht glauben, daß die scheinbar „gleiche" Art nun plötzlich ein „anderes" Wesen sein soll; ein Vorgang, der sich bei jedem bedeutenden Menschenkinde wiederholt.

Obwohl nun ein Erfinder zum Beispiel seinen Ruhm erst an dem Tage seiner Erfindung begründet, so darf man aber doch nicht etwa denken, daß auch seine Genialität an sich erst zu dieser Stunde in den Mann gefahren wäre, sondern es wird der Funke des Genies seit der Stunde der Geburt in der Stirne des wahrhaft schöpferisch veranlagten Menschen vorhanden sein, wenn auch oft viele Jahre lang im Schlummerzustande und deshalb der übrigen Welt nicht

1930, 1939, Seite 321/322

„Wäre diese Stunde der Prüfung nicht gekommen, so hätte kaum jemand geahnt, daß in dem bartlosen Knaben ein junger Held verborgen ist. Fast immer bedarf es irgendeines Anstoßes, um das Genie auf den Plan zu rufen. Der Hammerschlag des Schicksals, der den einen zu Boden wirft, schlägt bei dem anderen plötzlich auf Stahl, und indem die Hülle des Alltags zerbricht, liegt vor den Augen der staunenden Welt der bisher verborgene Kern offen zutage. Diese sträubt sich dann und will es nicht glauben, daß die ihm[37] scheinbar gleiche Art plötzlich ein anderes Wesen sein soll; ein Vorgang, der sich wohl bei jedem bedeutenden Menschenkinde wiederholt.

Obwohl ein Erfinder zum Beispiel seinen Ruhm erst am Tage seiner Erfindung begründet, so ist es doch irrig, zu denken, daß auch die Genialität an sich erst zu dieser Stunde in den Mann gefahren wäre – der Funke des Genies ist seit der Stunde der Geburt in der Stirne des wahrhaft schöpferisch veranlagten Menschen vorhanden.

[34] 1930, 1933, 1939, 1943: S. 127.
[35] 1925, 1928: S. 139.
[36] 1930, 1933, 1939, 1943: S. 146.
[37] 1939 statt „ihm" „ihr".

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtbar. Eines Tages aber kann dann durch irgendeinen äußeren Anlaß oder Anstoß der Funke zum Feuer werden, was dann erst die Aufmerksamkeit der anderen Menschen langsam zu erregen beginnt. Die dümmsten unter ihnen glauben nun allen Ernstes, daß der andere soeben „gescheit" geworden sei, während in Wirklichkeit sie selber nun endlich einmal seine Größe zu erkennen beginnen; denn wahre Genialität ist immer angeboren und niemals anerzogen oder gar angelernt.

Dies gilt nun aber, wie schon betont, nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für die Rasse. Schöpferisch tätige Völker sind schöpferisch von Grund aus und von jeher veranlagt, auch wenn diese den Augen oberflächlicher Betrachter nicht erkenntlich sein sollte. Auch hier ist die äußere Anerkennung eben immer nur in der Folge von vollbrachten Taten möglich, da die übrige Welt ja nicht fähig ist, die Genialität an sich zu erkennen, sondern nur deren sichtbare Äußerungen in der Form von [S. 311] Erfindungen, Entdeckungen, Bauten, Bildern usw. sieht . . ."

1925, Seite 286:

Diese Leute sind zu dumm, selbst etwas zu denken, und zu eingebildet, von anderen das Nötige zu lernen. So sieht man denn auch fast in jedem Ministerialrat schon ein Atom jener urewigen Wahrheit verkörpert, die Oxenstierna zu dem Ausruf veranlaßte: „Die Welt wird nur von einem Bruchteil der Weisheit regiert." (Erst seit Deutschland Republik geworden ist, trifft dies nicht mehr zu. Es ist deshalb auch durch das Republik-Schutzgesetz verboten worden, so etwas zu glauben oder gar zu besprechen. Für Oxenstierna aber war es ein Glück, schon damals und nicht in dieser gescheiten Republik von heute zu leben.)

Als größte Schwäche wurde schon in der Vorkriegszeit die Institution erkannt, in der sich die Stärke des Reichs verkörpern sollte: das Parlament, der Reichstag. Feigheit und Verantwortungslosigkeit

Wahre Genialität ist immer angeboren und niemals anerzogen oder gar angelernt.

Dies gilt aber, wie schon betont, nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für die Rasse. Schöpferisch tätige Völker sind von jeher und von Grund aus schöpferisch veranlagt, auch wenn dies den Augen oberflächlicher Betrachter nicht erkenntlich sein sollte. Auch hier ist die äußere Anerkennung immer nur im Gefolge vollbrachter Taten möglich, da die übrige Welt ja nicht fähig ist, die Genialität an sich zu erkennen, sondern nur deren sichtbare Äußerungen in der Form von [S. 311] Erfindungen, Entdeckungen, Bauten, Bildern usw. sieht . . ."

1930, 1939, Seite 296/297:

Diese Leute sind dumm, selbst etwas zu denken, und zu eingebildet, von anderen das Nötige zu lernen – eine urewige Weisheit, die Oxenstierna zu dem Ausruf veranlaßte: „Die Welt wird nur von einem Bruchteil der Weisheit regiert." Seit Deutschland Republik geworden, trifft dies allerdings nicht mehr zu – es ist deshalb auch durch das Republik-Schutzgesetz verboten worden, so etwas zu glauben oder gar auszusprechen. Für Oxenstierna aber war es ein Glück, schon damals und nicht in dieser gescheiten Republik von heute zu leben.

Als größtes Schwächemoment wurde schon in der Vorkriegszeit vielfach die Institution erkannt, in der sich die Stärke des Reiches verkörpern sollte: das Parlament, der Reichstag. Feigheit und Ver-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellten sich hier in einer selten vollendeten Erscheinung dar.	antwortungslosigkeit gesellten sich hier in vollendeter Weise.
Es ist eine der größten Gedankenlosigkeiten, die man besonders in diesen Tagen nicht selten zu hören bekommt, daß der Parlamentarismus in Deutschland „seit der Revolution versagt" habe. Es wird dadurch nämlich nur zu leicht der Anschein erweckt, als ob dies etwa vor der Revolution nicht so gewesen wäre. In Wirklichkeit nun kann diese Einrichtung gar nicht anders als vernichtend wirken – und tat dies auch schon zu einer Zeit, da die meisten noch mit Scheuklappen behangen nichts sahen oder sehen wollten. Denn daß Deutschland ja eben zugrunde ging, war nicht zum kleinsten Teile dieser Einrichtung zu verdanken, daß aber die Katastrophe nicht schon früher eingetreten war, kann nicht als Verdienst des Reichstages gelten, sondern war dem Widerstande zuzuschreiben, der sich gegen die Tätigkeit dieses Totengräbers der deutschen Nation und des Deutschen Reiches in den Friedensjahren noch entgegenstemmte.	Es ist eine der Gedankenlosigkeiten, die man heute nicht selten zu hören bekommt, daß der Parlamentarismus in Deutschland „seit der Revolution" versagt habe. Es wird dadurch nur zu leicht der Anschein erweckt, als ob es etwa vor der Revolution anders gewesen wäre. In Wirklichkeit kann diese Einrichtung gar nicht anders als vernichtend wirken – und sie tat dies auch schon zu einer[38] Zeit, da die meisten noch mit Scheuklappen behangen nichts sahen oder sehen wollten. Denn daß Deutschland gestürzt wurde, ist nicht zum kleinsten Teile dieser Einrichtung zu verdanken, daß aber die Katastrophe nicht schon früher eintrat, kann nicht als Verdienst des Reichstages gelten, sondern ist dem Widerstande zuzuschreiben, der sich der Tätigkeit dieses Totengräbers der deutschen Nation und des Deutschen Reiches in den Friedensjahren noch entgegenstemmte.
Aus der Unsumme von verheerenden Schäden, die von dieser Institution ausgingen oder doch veranlaßt wurden, will ich nur auf einen einzigen hinweisen, der ja auch am meisten dem inneren Wesen dieser verantwortungslosesten Einrichtung aller Zeiten entspricht. Die schauderhafte Halbheit und Schwäche der politischen Leitung des Reiches nach innen und außen war in erster Linie dem [S. 287] Wirken des Reichstags zuzuschreiben, sie wurde zu einer Hauptursache des politischen Zusammenbruches."	Aus der Unsumme von verheerenden Schäden, die dieser Institution direkt oder indirekt zu verdanken sind, will ich nur ein einziges Unheil herausgreifen, das am meisten dem inneren Wesen dieser verantwortungslosesten Einrichtung aller Zeiten entspricht: die schauderhafte Halbheit und Schwäche der politischen Leitung des Reiches nach innen und außen, die, in erster Linie dem Wirken des Reichstags zuzuschreiben, zu einer Hauptursache des politischen Zusammenbruches wurde."

Auch durch Versetzung des Prädikats an das Ende des Satzes wurde häufig eine Verbesserung des rhetorischen Stils erstrebt:

Der Satz:

„Die organisatorische Erfassung einer Weltanschauung kann aber ewig nur stattfinden auf Grund einer bestimmten Formulierung derselben, . . ." (1927, S. 13.)

lautet 1930, 1933, 1939 und 1943 (S. 422):

„Die organisatorische Erfassung einer Weltanschauung kann aber ewig nur auf Grund einer bestimmten Formulierung derselben stattfinden, . . ."

Ebenso heißt es statt:

[38] 1939 „jener" statt „einer".

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Auch hier hat man zu lernen an der katholischen Kirche." (1927, S.99.)
später (1930, 1933, 1939, 1943, S. 512):
„Auch hier hat man an der katholischen Kirche zu lernen."

Selbst der berühmteste und meistzitierte Ausspruch in „Mein Kampf" wurde verändert. In der Erstausgabe des I. Bandes heißt es noch: „Ich aber beschloß nun, Politiker zu werden." Erst der Bearbeiter strich auch hier das Füllwort „nun"[39].

Die Verbesserung des Textes durch die umfassenden stilistischen Änderungen sollte jedenfalls das geistige und damit auch politische Ansehen Hitlers außerhalb der Partei, besonders bei der Intelligenz und beim Besitzbürgertum, heben. So angezeigt und vorteilhaft aber die Bearbeitung im einzelnen gewesen sein mag, so hat sie doch an dem unorganischen Aufbau des Buches und der disziplinlosen, langatmigen Gedankenführung nichts ändern können.

Ehe ich mich den wenigen sachlichen Veränderungen zuwende, sei die von 1930 bis zur Ausgabe von 1939 vorgenommene Überarbeitung skizziert. Hierbei fällt der hohe Anteil der Druckfehler auf, von denen der größere Teil sinnentstellenden Charakters ist. Von den gezählten 293 Änderungen konnten 36 einwandfrei als Druckfehler erkannt werden. Beispiele dafür seien:

1927, S. 221; 1930, 1933, 1943, S. 641: „Ein Staat von einst stellt heute nur mehr eine Provinz dar, und Staaten der Gegenwart galten früher Kontinenten gleich."
1939, S. 641: „Ein Staat von einst stellt heute nur mehr eine Provinz dar, und Staaten der Gegenwart galten früher Kontingenten gleich."
1925, 1928, S. 158; 1930, 1933, S. 165/166; 1943, S. 165: „Der Trieb der Arterhaltung ist die erste Ursache zur Bildung menschlicher Gemeinschaften. Damit aber ist der Staat ein völkischer Organismus und nicht eine wirtschaftliche Organisation. Ein Unterschied, der ebenso groß ist, als er besonders den heutigen sogenannten ‚Staatsmännern' allerdings unverständlich bleibt. Daher glauben denn diese auch, den Staat durch Wirtschaft aufbauen zu können, . . ."
1939, S. 166: „. . . Daher glauben dann diese auch, den Staat durch Wissenschaft aufbauen zu können, . . ."
1925, 1927, S. 346; 1930, 1933, 1943, S. 358: „. . . und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führung beraubt, reif zum Sklavenlos einer dauernden Unterjochung."
1939, S. 358: „. . . und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führung beraubt, reif zum Sklavenjoch einer dauernden Unterjochung."
1925, 1928, S. 113; 1930, 1933, 1943, S. 118: „Auch religiöse Institutionen wurden von diesem gewissenlosesten Herrscherhause skrupellos in den Dienst der neuen ‚Staatsidee' gestellt. Die Verwendung tschechischer Pfarreien und ihrer geistlichen Seelsorger war nur eines der vielen Mittel, um zu ihrem Ziele, einer allgemeinen Verslawung Österreichs, zu kommen."
1939, S. 118: „. . . Die Verwendung tschechischer Parteien und ihrer geistlichen Seelsorger war nur eines der vielen Mittel, um zu ihrem Ziele, einer allgemeinen Verslawung Österreichs zu kommen."

Bei einem Vergleich der von mir herangezogenen Fälle ergab sich, daß die schwerstwiegenden der „Druckfehler" in der Ausgabe von 1943 wieder korrigiert worden sind, andere Veränderungen jedoch übernommen wurden: Obwohl z. B.

[39] 1925, S. 217; 1928, S. 217 (1930, 1933, 1939, 1943, S. 225).

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der auf der ersten Seite des Buches befindlichen Gedenktafel für die Gefallenen des 9. November 1923 nur 16 Namen aufgeführt sind, ist in den Ausgaben von 1927, 1930 und 1933 von „achtzehn Helden"[40] die Rede. Diese Angabe wurde 1939 auf sechzehn korrigiert und 1943 so übernommen[41].

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die von 1930 an durchgeführten stilistischen Veränderungen geringfügiger Natur sind und stellenweise den Text sogar wieder verschlechtern[42]. Sie verteilen sich relativ gleichmäßig auf beide Bände[43].

Von noch zu erwähnenden Ausnahmen abgesehen, sind sämtliche sachlichen Veränderungen an beiden Bänden des Buches in der Zeit zwischen 1925/27 und 1930 vorgenommen worden. Es spricht für sich selbst, daß die einzige sachliche Umarbeitung eines ganzen Abschnitts der Stärkung des innerparteilichen Führerprinzips und der Zentralisierung des Parteiapparats dienen sollte. Ob ein konkreter Anlaß vorgelegen hat, wird schwerlich festzustellen sein, immerhin könnten die Widerstände der norddeutschen, unter dem Einfluß der Gebrüder Strasser stehenden Parteiorganisationen gegen die zunehmend erstarkende Stellung des obersten Parteiführers und der ihm absolut ergebenen Münchner Ortsgruppe zu Hitlers Entschluß beigetragen haben, den entsprechenden Absatz im I. Bande seines Buches unter möglichster Anlehnung an den Urtext folgendermaßen umzugestalten:

1925, 1928, Seite 364/365	1930, 1933, 1939, 1943, S. 378/379
„Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz einer germanischen Demokratie: Wahl des Führers, aber unbedingte Autorität desselben.	„Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz der unbedingten Führerautorität, gepaart mit höchsten Verantwortung.
Die praktischen Folgen dieses Grundsatzes in der Bewegung sind nachstehende:	Die praktischen Folgen dieses Grundsatzes in der Bewegung sind nachstehende:
Der erste Vorsitzende einer Ortsgruppe wird gewählt, allein er ist dann auch der verantwortliche Leiter derselben[44]. Sämtliche Ausschüsse unterstehen ihm, und nicht er umgekehrt einem Ausschuß.	Der erste Vorsitzende einer Ortsgruppe wird durch den nächsthöheren Führer eingesetzt, er ist der verantwortliche Leiter der Ortsgruppe. Sämtliche Ausschüsse unterstehen ihm und nicht er umgekehrt einem Ausschuß[45].
Abstimmungsausschüsse gibt es nicht, sondern nur solche Arbeit. Die Arbeit teilt der verantwortliche Leiter, der erste Vorsitzende, ein.	Abstimmungs-Ausschüsse gibt es nicht, sondern nur Arbeitsausschüsse. Die Arbeit teilt der verantwortliche Leiter, der erste Vorsitzende, ein.

[40] 1927, S. 353; 1930, 1933, S. 781.

[41] 1939, 1943, S. 781.

[42] 1925, 1928, S. 318; 1930, 1933, S. 330: „ . . . während seines Aufwachsens" (eines Knaben) wurde z. B. geändert in: „ . . . während seines Aufwuchses". (1939, 1943, S. 330.)

[43] Vgl. die Tabelle auf S. 164.

[44] 1928: „ . . . allein dann ist er auch der verantwortliche Leiter derselben."

[45] 1939, 1943: „ . . . und nicht er den Ausschüssen."

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der gleiche Grundsatz gilt für die nächst höhere Organisation, den Bezirk, den Kreis oder den Gau.	Der gleiche Grundsatz gilt für die nächsthöhere Organisation den Bezirk, den Kreis oder den Gau.
Immer wird der erste Vorsitzende gewählt, allein damit auch mit unbeschränkter Vollmacht und Autorität bekleidet.	Immer wird der Führer von oben eingesetzt und gleichzeitig mit unbeschränkter Vollmacht und Autorität bekleidet.
Und das gleiche gilt endlich für die Leitung der Gesamtpartei. Der Vorsitzende wird gewählt, er aber ist der ausschließliche Führer der Bewegung. Sämtliche Ausschüsse unterstehen ihm und nicht er den Ausschüssen. Er bestimmt und trägt damit aber auch auf seinen Schultern die Verantwortung.	Nur der Führer der Gesamtpartei wird aus vereinsgesetzlichen Gründen in der Generalmitgliederversammlung gewählt. Er ist aber der ausschließliche Führer der Bewegung. Sämtliche Ausschüsse unterstehen ihm und nicht er den Ausschüssen. Er bestimmt und trägt damit aber auch auf seinen Schultern die Verantwortung.
Es steht den Anhängern der Bewegung frei, vor dem Forum einer neuen Wahl ihn zur Verantwortung zu ziehen, ihn seines Amtes zu entkleiden, insofern er gegen die Grundsätze der Bewegung verstoßen oder ihren Interessen schlecht gedient hat. Allein an seine Stelle tritt eben[46] dann der besserkönnende, neue Mann, jedoch mit gleicher Autorität, aber auch gleicher Verantwortlichkeit.	Es steht den Anhängern der Bewegung frei, vor dem Forum einer neuen Wahl ihn zur Verantwortung zu ziehen, ihn seines Amtes zu entkleiden, insofern er gegen die Grundsätze der Bewegung verstoßen oder ihren Interessen schlecht gedient hat. An seine Stelle tritt dann der besserkönnende, neue Mann, jedoch mit gleicher Autorität und mit gleicher Verantwortlichkeit.
Es ist eine der obersten Aufgaben der Bewegung, dieses Prinzip zum bestimmenden nicht nur innerhalb ihrer eigenen Reihen, sondern auch für den gesamten Staat zu machen."	Es ist eine der obersten Aufgaben der Bewegung, dieses Prinzip zum bestimmenden nicht nur innerhalb ihrer eigenen Reihen, sondern auch für den gesamten Staat zu machen."

Dieses Aufgeben auch jedes Scheines einer „demokratischen" Wahl der Unterführer bei unveränderter Postulierung von diktatorischen Vollmachten für sie ist gewiß kein bedeutsamer geistiger Umbruch, sondern nur die logische Weiterentwicklung der von Hitler stets vertretenen theoretischen Anschauungen über die Bildung einer „Elite". Von Interesse ist immerhin der Zeitpunkt der Umarbeitung: Erst nach der 3. Auflage des I. Bandes (1928) entschloß sich Hitler, hier seinem Grundsatz von der Unabänderlichkeit programmatischer Leitsätze untreu zu werden. Er behielt jedoch den ursprünglichen Satz- und Seitenaufbau bei, wodurch oberflächliche Leser getäuscht werden konnten.

Die übrigen sachlichen Änderungen oder sinnverändernden Bearbeitungen gliedern sich in Berichtigungen sachlicher Fehler, Modifizierung mißverständlicher Formulierungen sowie in (abschwächende oder erklärende) Zusätze und Weglassungen.

Heißt der von Hitler sehr verehrte Linzer Geschichtslehrer in den ersten drei

[46] 1928: „eben" ist gestrichen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausgaben „Ludwig Pötsch"[47], so wurde sein Vorname in den seit 1930 folgenden Ausgaben in „Leopold"[48] geändert, und Reichskanzler Cuno wird nur in der I. Ausgabe des zweiten Bandes stereotyp als „Herr von Cuno" bezeichnet[49].

1925 heißt es noch:

„Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrtausenden menschenleer durch den Äther ziehen."

1928 hat man es immerhin vorgezogen, „Jahrtausende" durch „Jahrmillionen" zu ersetzen[50].

Von Anbeginn seiner politischen Tätigkeit ist es ein Grundsatz Hitlers gewesen, den Begriff „Sozialist" von dem des „Marxisten" getrennt zu halten; sollte doch seine Partei eine „sozialistische", wenn auch gleichzeitig eine erklärte Feindin des Marxismus sein. Diesen Gedanken brachte er auch in seinem Buch betont zum Ausdruck. Um so peinlicher mußte es sein, daß er selber an einer Stelle diese beiden Begriffe miteinander vermengt hatte:

„Tatsächlich waren es auch in erster Linie Juden und Sozialisten, die hier mit allen Mitteln zum Kriege zwischen den beiden Staaten" (Rußland und Deutschland) „schürten und hetzten."

Dennoch finden wir erst in der 4. Auflage von 1930 die Verbesserung: „Tatsächlich waren es in erster Linie Juden und Marxisten . . .[51]"

Einige ungeschickte und dadurch mißverständliche Formulierungen wurden korrigiert. So heißt es in den ersten drei Ausgaben des I. Bandes:

„Die Tatsache, daß es sich bei der Klassenfrage keineswegs nur um seelische Probleme handelt . . ., kann nicht weggeleugnet werden."

In den folgenden Ausgaben wird das Adjektiv „seelisch" durch „ideell" ersetzt.[52]

„Also erst Kampf und dann kann man sehen, was zu machen ist"

wird verändert in:

„Also erst Kampf und dann vielleicht Pazifismus[53]."

Ferner schreibt Hitler im I. Band:

„So kam ich in das Lazarett Pasewalk in Pommern, und dort mußte ich die größte Schandtat des Jahrhunderts miterleben."

1930 wird daraus:

„. . ., und dort mußte ich – die Revolution erleben[54]."

---

[47] 1925, 1928, S. 12.

[48] 1930, 1933, 1939, 1943, S. 12.

[49] 1927, S. 256, 348, 349, 351. Geänderte Fassung: 1930, 1933, 1939, 1943, S. 679, 775, 776, 779.

[50] 1925, S. 66; 1928, S. 66 (1930, 1933, 1939, 1943, S. 69/70).

[51] 1925, 1928, S. 115; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 162.

[52] 1925, 1928, S. 183; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 191.

[53] 1925, 1928, S. 304; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 315/316.

[54] 1925, S. 213 (1928, S. 212); 1930, 1933, 1939, 1943, S. 221.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Schlußteil des Buches, in dem Hitler den von der Regierung Cuno proklamierten passiven Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung verhöhnt, ist die Rede von

„. . . jungen Deutschen, die dumm genug gewesen waren, die Versprechungen der Reichsführer ernst zu nehmen."

Da die Bezeichnung „Reichsführer" bald zu einem nationalsozialistischen Titel erhoben wurde, glaubte man den Ausdruck „Führer des Reiches" vorziehen zu sollen[55].

Von größerem Interesse jedoch sind die von den Bearbeitern vorgenommenen (erklärenden oder abschwächenden) Zusätze und Weglassungen. Unter diese Rubrik fallen m. E. die wenigen Korrekturen an den außenpolitischen Teilabschnitten des Buches, welche die nicht selten gehörte Ansicht widerlegen, Hitlers feindselige Stellungnahme gegen Frankreich sei durch Veränderungen des ursprünglichen Textes abgeschwächt worden. Lediglich zwei – mir geringfügig erscheinende – Änderungen sind es, die diesem Komplex gelten. Die erstere war offensichtlich durch die von Stresemann erreichte Räumung des Rheinlandes im Jahre 1930 nötig geworden:

„Denn darüber muß man sich endlich vollständig klarwerden: der unerbittliche Todfeind des deutschen Volkes ist und bleibt Frankreich. Ganz gleich, wer in Frankreich regierte oder regieren wird, ob Bourbonen oder Jakobiner, Napoleoniden oder bürgerliche Demokraten, klerikale Republikaner oder rote Bolschewisten[56]:

das Schlußziel ihrer außenpolitischen Tätigkeit wird immer der Versuch einer Haltung der Rheingrenze sein und einer Sicherung dieses Stromes durch ein aufgelöstes und zertrümmertes Deutschland[57]."	„das Schlußziel ihrer außenpolitischen Tätigkeit wird immer der Versuch einer Besitzergreifung der Rheingrenze sein und einer Sicherung dieses Stromes für Frankreich durch ein aufgelöstes und zertrümmertes Deutschland[58]."

Die zweite Frankreich betreffende Änderung finden wir in dem Abschnitt des Buches, in welchem Hitler sich gegen die von nationalen Organisationen und Parteien erhobene außenpolitische Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1914 wendet:

„Denn wenn wir mit England uns nicht zu verbünden vermögen, weil es uns die Kolonien raubte, mit Italien nicht, weil es Südtirol besitzt, mit Polen und der Tschechoslowakei an sich nicht, dann bliebe außer Frankreich in Europa niemand übrig."

Wie starr man an dem einmal niedergelegten Urtext festzuhalten suchte, zeigt der vorgenommene Einschub, Elsaß-Lothringen betreffend, der Sinn und Konstruktion des ganzen Satzes fragwürdig machte:

„Denn wenn wir mit England uns nicht zu verbünden vermögen, weil es uns die Kolonien raubte, mit Italien nicht, weil es Südtirol besitzt, mit Polen und der Tschecho-

[55] 1927, S. 351; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 779.
[56] Gleichlautend in allen Ausgaben.
[57] 1927, S. 275.
[58] 1930, 1933, 1939, 1943, S. 699.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

slowakei an sich nicht, dann bliebe außer Frankreich – das uns nebenbei aber doch Elsaß-Lothringen stahl – in Europa niemand übrig[59]."

Rücksicht auf die mit der NSDAP zeitweilig verbündeten bürgerlich-nationalen Gruppen und deren Mitglieder, die man noch für die Partei gewinnen wollte, oder die Gefahr einer polemischen Verwertung durch Gegner mag die Streichung des folgenden höhnischen Satzes veranlaßt haben:

„Jawohl Südtirol. Wem von unseren Spießbürgern brennt dabei nicht gleich die Flamme der hellen Empörung aus dem geistreichen Gesicht! Wenn ich mich hier an dieser Stelle gerade mit dieser Frage beschäftige, . . .[60]"

Auf die Schwierigkeiten eingehend, die sich einem künftigen Bündnis Deutschlands mit England entgegenstellen würden, vergleicht Hitler diese mit denen, die bei der Bildung der Entente vor dem ersten Weltkrieg zu überwinden waren:

„Was der Genialität eines Königs Eduard VII. gelang, . . . muß und wird auch uns gelingen . . ."

Das waren im damaligen Deutschland wohl doch etwas zu unpopuläre Töne, so daß man ab 1930 die schlichtere Fassung lesen konnte:

„Was einem König Eduard VII. gelang . . .[61]"

Die letzte Änderung, die eine außenpolitische Frage betrifft, findet sich in dem Abschnitt, der von der Landgewinnung im Osten spricht. Hitler schildert den inneren Zerfall des Slawentums und des russischen Staates, um ohne eine überleitende Bemerkung fortzufahren:

„Das Perserreich, das einst so gewaltige, ist heute ebenfalls reif zum Zusammenbruche; und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein."

Ab 1930 findet man statt dessen:

„Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein[62]."

Offensichtlich ist mit dem „Riesenreich im Osten" nicht mehr das Perserreich gemeint, sondern Rußland. Die Erwähnung Persiens in diesem Zusammenhang erschien Hitler offenbar selbst zu weit hergeholt und phantastisch.

In drei Fällen sind Namen durch allgemeine Umschreibungen ersetzt worden. So erhielt der Satz:

„Jedes Jahr läßt sie [die Juden] mehr zum Kontrollherrn der Arbeitskraft eines Einhundertzwanzig-Millionen-Volkes [Vereinigte Staaten von Nordamerika] aufsteigen; ein einziger Großer, Ford, steht auch heute noch, zu ihrem Zorne, unabhängig da[63]."

die veränderte Fassung:

„. . . nur ganz wenige stehen auch heute noch, zu ihrem Zorne, ganz[64] unabhängig da[65]."

---

[59] 1927, S. 295; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 720; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 707.
[60] 1927, S. 283; dagegen 1930, 1933, 1939, 1943, S. 707.
[61] 1927, S. 330; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 756.
[62] 1927, S. 317; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 743.
[63] 1927, S. 298.
[64] „ganz" 1930 und 1933 fortfallend.
[65] 1930, 1933, 1939, 1943, S. 723.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Satz:

„Ein bayerischer Professor namens Bauer, ein berühmter Kämpfer mit geistigen Waffen und reich an ebenso geistigen Marschleistungen nach Berlin, sieht den Begriff ‚völkisch' nur gegeben in einer monarchischen Einstellung."

wurde geändert in:

„Ein bekannter Professor in Bayern, ein berühmter Kämpfer mit geistigen Waffen und reich an ebenso geistigen Marschleistungen nach Berlin, setzt den Begriff ‚völkisch' monarchischer Einstellung gleich[66]."

Die Bemerkung:

„Während sich also die englische Staatsleitung trotz des gemeinsamen Kampfes auf den europäischen Schlachtfeldern [mit den USA] nicht entschließen wollte, den Bund mit dem asiatischen Partner [Japan] zu lockern, fiel die gesamte jüdische Presse diesem Bund in den Rücken.

Wie ist es möglich, daß die Organe eines Northcliffe, die getreuen Schildträger des britischen Kampfes gegen das Deutsche Reich, nun auf einmal Treubruch üben und eigene Wege gehen?"

lautete ab 1930 im zweiten Absatz:

„Wie ist es möglich, daß die jüdischen Organe, bis 1918 die getreuen Schildträger des britischen Kampfes gegen das Deutsche Reich, . . .[67]"

In einigen Fällen wurde die ursprüngliche Aussage durch Wortstreichungen, Zusätze oder Wortersetzungen abgeschwächt. So hatte Hitler 1925 und 1928 über das Auftreten der Alldeutschen im Reichsrat, dem österreichischen Parlament, geschrieben:

„Daß man den Mut aufbrachte, im Parlament den Ruf ‚Hoch Hohenzollern' auszustoßen, imponierte mir ebensosehr, wie es mich auch unendlich freute[68]."

Die Streichung der emotionale Begeisterung für die Hohenzollern ausdrückenden Worte „auch unendlich"[69] ist sicherlich von Hitler selbst vorgenommen worden. Er befürchtete später offenbar eine unerwünschte Interpretation dieser Stelle.

In dem Abschnitt, der die politischen Bemühungen der österreichischen alldeutschen Bewegung kritisch untersucht, heißt es:

„Das praktische Ergebnis des österreichsichen Kulturkampfes war aber gleich Null."

In den seit 1933 erschienenen Ausgaben jedoch findet man den abschwächenden Passus:

„Das praktische Ergebnis des österreichischen Kulturkampfes war fast gleich Null[70]."

Offenbar sollte der Eindruck, als ob Hitler jeden Kirchen- und Kulturkampf als von vornherein aussichtslos betrachte, mit dieser Änderung verwischt werden.

Nachdem Hitler in längeren Ausführungen die Gründe seiner Ablehnung einer

[66] 1925, S. 384 (1928, S. 383); 1930, 1933, 1939, 1943, S. 398.
[67] 1927, S. 298; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 722.
[68] 1925, 1928, S. 101.
[69] 1930, 1933, 1939, 1943, S. 106.
[70] 1925, 1928, S. 122; 1930, S. 128. – 1933, 1939 1943, S. 128.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kampfgemeinschaft mit den in zahlreichen Gruppen zersplitterten völkischen Verbänden und Parteien dargelegt hatte, zog er das Fazit:

„Als Grundlage aber für eine politische Kampfbewegung kann ein derartiges Meinungsgedusel nicht in Frage kommen."

Vornehmlich aus taktischen Gründen wird diese geringschätzige Bemerkung korrigiert worden sein. So lesen wir seit 1930 die farblose und unverbindliche Wendung:

„Als Grundlage aber für eine politische Kampfbewegung kann eine solche Vielfältigkeit der Meinungen nicht in Frage kommen[71]."

Das letzte der im Rahmen dieser Untersuchung von mir ausgewählten Beispiele bildet ein Kuriosum. Der Abschnitt des Buches, den Hitler den Verdiensten Gottfried Feders widmet, beginnt in den Ausgaben von 1925 und 1928 mit dem Satz:

„Das Verdienst Feders beruhte nun[72] in meinen Augen darin, mit rücksichtsloser Brutalität den ebenso spekulativen wie volkswirtschaftsschädlichen Charakter des Börsen- und Leihkapitals festgestellt, seine urewige Voraussetzung des Zinses aber bloßgelegt zu haben[73]."

Statt „volkswirtschaftsschädlich" findet sich 1930 als Beiwort „volkswirtschaftlich", wodurch der Sinn des Satzes natürlich erheblich gestört wird. Erst 1943 ist die alte Formulierung wiederhergestellt worden[74]! Man könnte versucht sein, die Lesart „volkswirtschaftlich", zumal in dem angegebenen Zeitpunkt (1930) als eine bewußte Verharmlosung aus naheliegenden politischen Gründen zu deuten, käme nicht die gegen das „internationale Börsen- und Leihkapital" (wie es zwei Absätze vorher ausdrücklich heißt) gerichtete Tendenz des ganzen Satzes auch so noch ziemlich klar zum Ausdruck. Es dürfte daher müßig sein, darüber zu spekulieren, so merkwürdig es erscheint, daß ein solcher Fehler den Lektoren des Zentralverlages der NSDAP etwa 10 Jahre lang entgangen ist.

Überblicken wir die an den mir zugänglich gewesenen Ausgaben des Buches erfolgten Veränderungen in ihrer Gesamtheit, so erhebt sich noch die Frage, ob sie von einer einzigen Person vorgenommen worden sind. Die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen. Intensität und Qualität, besonders der stilistischen Bearbeitungen, sind erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Zeigt z. B. die oben gebrachte Tabelle sonst eine gleichmäßige Häufigkeit der Veränderungen am zweiten Band, so steigt im 13. und 14. Kapitel, welche Fragen der Außenpolitik behandeln, die Zahl der stilistischen Verbesserungen sprungartig – was natürlich auch sachlich erklärt werden kann –, um im 15. Kapitel wieder auf den Normalstand abzusinken. Auch bei den Veränderungen am ersten Band spricht vieles für eine Beteiligung mehrerer Bearbeiter, wenn auch kein Zweifel sein kann, daß die wichtigsten sachlichen Änderungen von Hitler selbst vorgenommen worden sind. Dieser hat zur Frage einer durchgreifenden Korrektur in seinem bekannten Interview mit dem französischen

[71] 1925, 1928, S. 384; 1930, 1933, 1939, 1943, S. 398.
[72] „nun" 1928, 1930, 1933, 1939, 1943, fortfallend.
[73] 1925, 1928, S. 221.
[74] 1930, 1933, 1939, 1943, S. 229.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Journalisten Bertrand de Jouvenel im Februar 1936 (vor der Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes) erklärt: „Als ich dieses Buch schrieb, war ich im Gefängnis. Es war die Zeit, als die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Es war im Augenblick der größten Spannung zwischen unseren beiden Ländern . . . Aber heute gibt es keinen Grund mehr für einen Konflikt. – Sie wollen, daß ich mein Buch korrigiere, wie ein Schriftsteller, der eine neue Bearbeitung seiner Werke herausgibt? Ich bin aber kein Schriftsteller. Ich bin Politiker. Meine Korrekturen nehme ich in meiner Außenpolitik vor, die auf Verständigung mit Frankreich abgestellt ist! Wenn mir die deutsch-französische Annäherung gelingt, so wird das eine Korrektur darstellen, die würdig ist. Meine Korrektur trage ich in das große Buch der Geschichte ein[75]!"

Tatsächlich führt unsere Untersuchung der wichtigsten deutschen Ausgaben von „Mein Kampf" zu dem Ergebnis, daß nach der Regierungsübernahme Hitlers im Jahre 1933 sachlich nur Geringfügiges verändert worden ist. Im einzelnen läßt sich folgendes feststellen:

1. Die wenigen sachlichen Änderungen sind – von einigen unbedeutenden Ausnahmen abgesehen – vor der ersten Volksausgabe von 1930 vorgenommen worden.
2. Die einzige wirklich umfassende Umarbeitung eines ganzen Abschnitts betrifft nicht ein außenpolitisches, sondern ein Problem der Parteiverfassung.
3. Die an den außenpolitischen Abschnitten vorgenommenen Änderungen erweisen sich vornehmlich als sachliche Berichtigungen; sie stellen keinerlei Modifizierung der Grundkonzeption dar.
4. Erheblich dagegen war die stilistische Bearbeitung, die den von den Gesetzen der Rhetorik bestimmten Schriftstil Hitlers zu verbessern suchte.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß an dem sachlichen Gehalt der Urfassung weniger retouchiert worden ist, als vor und nach dem Kriege vielfach angenommen wurde. Das Ziel aller Bearbeitungen aber, durch Ausmerzung mißverständlicher Formulierungen und Verbesserung des schwerfälligen Stils dem Buch eine lesbarere, propagandistisch wirksamere Form zu geben, ist – vielleicht zu Hitlers „Glück" – nicht erreicht worden. Einer diesem Zweck entsprechenden, durchgreifenden Umgestaltung des Werkes mag er aus naheliegenden persönlichen Gründen nicht zugestimmt haben.

---

[75] „Völk. Beobachter", Münchner Ausg., 29. 2. 36. (Die Veröffentlichung des Interviews im „Paris Midi", auf die der VB Bezug nimmt, war bekanntlich verspätet, erst nach der Ratifikation des Paktes, erfolgt.)

Entgegen der Äußerung Hitlers sind laut „The Story of Mein Kampf" a. a. O. (s. Anm. 1) in England und Frankreich doch wesentlich „gereinigte" Ausgaben herausgebracht worden („My Struggle" im Herbst 1933, „Ma Doctrine" 1939). Der vollständige Text ist danach in England erst im Januar 1939 erschienen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DER UNTERGANG DER SOZIALDEMOKRATIE 1933

Vorbemerkung

Das Gebiet der Zeitgeschichte wird von der politischen Gegenwart durch keine feststehende Zäsur getrennt; und der zeitliche Abstand zu dem jeweiligen Gegenstand der Forschung gibt nicht einmal einen brauchbaren Maßstab für den Grad seiner Gegenwartsnähe ab. Schon die Entscheidung, ob ein Forschungsgegenstand mit den Methoden der zeitgeschichtlichen Disziplin behandelt werden kann, belastet das Verantwortungsbewußtsein des Forschers. Daß die unwissenschaftliche Frage nach der politischen Opportunität einer Untersuchung für ihn keine Rolle spielen darf, braucht nicht betont zu werden. Für seine Entscheidung gibt es nur eine einzige vertretbare Grundlage: die Qualität des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials.

Die detaillierte Untersuchung der Haltung, die von den anti- und nichtnationalsozialistischen Parteien während der wenigen Monate zwischen dem 30. Januar 1933 und der endgültigen Liquidierung des bisherigen Parteiensystems eingenommen wurde, ist eine Forschungsaufgabe, die – aus unschwer zu erklärenden Gründen – Schritt für Schritt auf Schwierigkeiten stößt. Das ist um so bedauerlicher, als die Entschlüsse der tatsächlichen und potentiellen Gegenkräfte, ihre Einschätzung der Lage, ihre Verwirrung und ihre Ratlosigkeit von nicht geringerer Bedeutung für den Prozeß der Konsolidierung der totalitären Macht gewesen sind als das zielbewußte, rücksichtslose Vorgehen der Nationalsozialisten. Die vorliegenden Dokumente, die einen Einblick in die Vorgänge innerhalb der SPD im Stadium ihrer Selbstzersetzung und in die Anfänge der illegalen sozialdemokratischen Tätigkeit gewähren, tragen zwar nur zur Klärung einer Teilfrage bei; sie machen es jedoch zusammen mit den übrigen herangezogenen Quellen möglich, auf neuer Basis zu einem zeitgeschichtlichen Gesamturteil über die 1933 von der stärksten demokratischen Partei der Weimarer Zeit praktizierte Politik zu gelangen.

Die folgende Dokumentation ist eine notwendige Voraussetzung für die im nächsten Heft dieser Zeitschrift unter dem gleichen Titel zur Veröffentlichung kommende Abhandlung des Herausgebers[1], die Abhandlung eine genau so wenig zu entbehrende Einführung in die Probleme der Dokumentation. Da der Dokumententeil für sich allein manches enthält, was trotz des wissenschaftlichen Apparats zu Mißdeutungen und voreiligen Schlußfolgerungen führen könnte, sei nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die beiden, nur aus technischen Gründen nicht gleichzeitig publizierten Teile erst zusammengenommen ein Ganzes ergeben.

[1] In den Anmerkungen zu den Dokumenten zitiert als: Textteil, jeweils unter Angabe des Abschnitts (I–VII).

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Durchführung des Gesamtvorhabens wäre ohne die großzügige Liberalität, mit der meine Studien vor allem aus dem Kreis der unmittelbar Beteiligten gefördert worden sind, nicht denkbar gewesen[2]. Die Dokumente 1 und 5 befinden sich im Privatbesitz der Verfasser und wurden von ihnen direkt zur Verfügung gestellt. Der Abdruck der Dokumente 2 und 4 erfolgt mit Genehmigung des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden; sie sind den Hans-Vogel-Akten des Parteiarchivs entnommen, einem viele Pakete umfassenden, leider noch ungeordneten Dokumentenbestand, der, wie die eingehenden Teile zeigen, eine Fülle von wertvollem Material zur Geschichte der Sozialdemokratie in Emigration und Illegalität enthält[3]. Das Dokument 3 entstammt der Sammlung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam, dessen Deutsche Abteilung von einem ehemaligen sozialdemokratischen Illegalen geleitet wird. Der sachlichen Anteilnahme der Beteiligten ist jedoch nicht nur der Zugang zu den neuen, in der Dokumentation erschlossenen Quellen zu verdanken, sondern auf ihren Informationen fußen auch wesentliche Ergebnisse der Abhandlung. Da die – zumeist mündlichen – Aussagen sich vielfach decken oder ineinandergreifen, konnten sie in beträchtlichem Ausmaß ohne quellenkritische Bedenken verarbeitet werden. Auf diese Weise war es in einigen Fällen möglich, Vorgänge zu klären, zu denen keine schriftlichen Quellen vorliegen, während in anderen die auftauchenden Forschungsprobleme wenigstens umrissen werden konnten.

Der gemeinsame Ertrag von Dokumentation und Abhandlung gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß künftige Paralleluntersuchungen für andere politische Gruppen auf ähnlich günstige Voraussetzungen treffen mögen[4]. Erst die Ergebnisse solcher Spezialstudien können die Grundlagen für eine befriedigende Analyse der Vorgänge des Jahres 1933 schaffen, die über den bisherigen Stand der Forschung hinaus in wissenschaftliches Neuland vorstößt.

Erich Matthias

---

[2] Besonders wertvoll war mir die Unterstützung der Herren Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Werner Blumenberg (Leiter der deutschen Abteilung des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte, Amsterdam), Prof. Dr. Georg Eckert, Willi Eichler, Josef Felder, Fritz Heine, Dr. Paul Hertz, Wilhelm Keil, Erich Ollenhauer, Rudolf Rothe (Parteiarchivar der SPD) und Friedrich Stampfer.

[3] Eine ganze Reihe von Kisten, die m. W. in Schweden verschollen sind, gehört noch zu dem gleichen Bestand. Die im Parteiarchiv der SPD befindlichen Teile sind dort leider erst nach Abschluß meiner Studie „Sozialdemokratie und Nation, Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Emigrationssozialdemokratie in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933–1938", mit einem Anhang: Die sozialdemokratische Emigration nach 1938, Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte München, Stuttgart 1952, eingetroffen. Sie geben einen intimen Einblick in die Fraktionskämpfe der Emigration, enthalten Quellen zu den Verbindungen zwischen Emigration und Illegalität und besonders reiche Unterlagen für die Tätigkeit des Parteivorstandes und die Politik der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" während des zweiten Weltkrieges.

[4] Eine kurze Dokumentation über die Haltung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz hoffe ich demnächst in den „Vierteljahrsheften" vorlegen zu können.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

SITZUNG DER REICHSTAGSFRAKTION DER SPD AM 10. JUNI 1933 [BERLIN[1]]

Anwesend 73 Abgeordnete[2].

Noch in Schutzhaft oder in Konzentrationslagern: Reuter, Seger, Faust, Marum, Meier, Ulrich, Graßmann, Puchta, Schirmer, Kuhnt, Fleißner, Hartsch, Eggerstedt, Pohle.

Neu in die Fraktion eingetreten: Drake[3].

Löbe eröffnet um 10.15[4] Uhr mit einem herzlichen Nachruf auf Toni Pfülf[5], die durch Freitod am Donnerstag, den 8. Juni 1933 aus unseren Reihen ausgeschieden ist. Löbe ermahnt dringend, solche Vorgänge nicht ansteckend wirken zu lassen. Es gehe einfach nicht, jetzt unsere Genossen im Stich zu lassen. Wir müßten auch die harten Tage mit ihnen tragen. Die Fraktion hört Löbes Worten mit tiefer Bewegung stehend zu.

Genosse Westphal[6] erstattet nun Bericht über die Entwicklung eines Konflikts in der Partei, der am Freitag und Samstag vor der Fraktionssitzung seinen Niederschlag in zwei sensationellen Artikeln der „Frankfurter Zeitung"[7] gefunden hatte und der außerdem auch schon ein Echo in der Nazipresse ausgelöst hat.

Die Entwicklung nach der Schilderung Westphals: „Die Parteileitung hatte in den kritischen Märztagen, noch in der Hoffnung, daß Bayern sich werde halten können, ein provisorisches Büro nach München[8] verlegt. Die meisten Mitglieder des Parteivorstandes befanden sich in der Nacht der nationalen Erhebung[9] in Mün-

---

[1] Private stenographische Niederschrift, die der Abg. Josef Felder während der Sitzung angefertigt und gleich in den nächsten Tagen übertragen hat. Manuskript der Übertragung im Privatbesitz von Herrn Felder, der freundlicherweise dem Herausgeber eine Abschrift zur Verfügung stellte. Felder, gelernter Buchdrucker, von 1924 bis 1933 Schriftleiter an der „Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg, ist aus der sozialistischen Jugendbewegung hervorgegangen. Dem Reichstage gehörte er seit den Novemberwahlen von 1932 (VII. Wahlperiode) an und war, 1900 in Augsburg geboren, eines der jüngsten Mitglieder seiner Fraktion.

[2] Nominelle Stärke der Fraktion: 120 Mitglieder.

[3] Am 30. 5. 33 eingetreten an Stelle von Schreck, Bielefeld, der am 17. 5. sein Mandat niedergelegt hatte.

[4] Wie die „Frankfurter Zeitung" am 11. 5. 33 (Privattelegramm aus Berlin vom 10. 5.) berichtete, dauerte die Sitzung ungefähr sechs Stunden.

[5] Zur Persönlichkeit Toni Pfülfs und zu den Motiven ihres Freitods siehe den Gedächtnisartikel von Rudolf Breitscheid in „Internationale Information", 17. 6. 1933, S. 290 f.

[6] Gehörte dem Reichstag nicht an, sprach als Berichterstatter des Parteivorstandes, dessen Mitglieder generell Zutritt zu den Fraktionssitzungen hatten. Die „Frankfurter Zeitung" erwähnt in ihrem oben zitierten Bericht ausdrücklich die Teilnahme der in Berlin anwesenden Vorstandsmitglieder.

[7] „Frankfurter Zeitung", 9. 6. („Politik aus dem Exil") und 10. 6. 33 („Die Führung der SPD").

[8] Nach Auskunft von Erich Ollenhauer wurde nur versucht, die Voraussetzungen für einen improvisierten Bürobetrieb zu schaffen; das Ausweichbüro sei über das Stadium der Planung nicht hinausgelangt.

[9] Gemeint ist die Nacht vom 9. zum 10. 3. 1933. Über die Vorgänge am 9. März in München, die Berufung Ritter von Epps zum Reichskommissar und den Sturz der Regierung Held vgl. Karl Schwend, „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur", München 1954, S. 532 ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen[10] und reisten dann sofort nach Berlin zurück. Nicht mehr zurückgekehrt sind damals die Genossen Dittmann und Crispien[11], die sich ins Ausland begaben und auf die weiteren Entscheidungen der Partei und der Fraktion bisher keinerlei Einfluß mehr ausübten. Nach den letzten Sitzungstagen des Reichstags (21./23. März) sind aus Berlin und Deutschland abgereist die Genossen Hilferding und (wegen schwerer Erkrankung) Breitscheid[12]. Es folgte dann die Reichskonferenz der Partei[13], die zwei

[10] Gustav Noske („Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie", Offenbach 1947, S. 315 f.), der zufällig auf der Durchreise in München weilte, berichtet über die Anwesenheit von Wels, Hilferding und Frau Juchacz; der zweite Vorsitzende Hans Vogel sei bereits am Morgen des 9. wieder nach Berlin zurückgefahren. Am Abend hätten die namhaftesten Führer der Münchener Sozialdemokratie in einem Lokal (nach Auskunft von Josef Felder handelt es sich um das Münchener Künstlerhaus, wo noch bis spät in den Mai hinein regelmäßig Sitzungen der Spitzenfunktionäre stattfanden) getagt und unter Beteiligung Hilferdings ein Protesttelegramm an Hindenburg konzipiert, in dem gegen die Ausräumung des Gebäudes der „Münchener Post", der Zentrale der bayrischen Sozialdemokratie, Verwahrung eingelegt wurde.

[11] Dittmann und Crispien standen als ehemalige Mitglieder der USPD-Führung im Mittelpunkt der nationalsozialistischen Mordhetze. Dittmann wurde nach dem Januarstreik von 1918 zu Festungshaft verurteilt und gehörte im November/Dezember 1918 dem Rat der Volksbeauftragten an, von nationalsozialistischer Seite wurde er als „Schuldiger" an der Marinemeuterei 1917 diffamiert. Crispien galt seit dem Leipziger Parteitag der USPD (30. 11. bis 6. 12. 1919) als Inbegriff der Vaterlandslosigkeit. Mit seiner politisch naiven und ungeschickten Äußerung: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt, mein Vaterland ist die Menschheit, die Welt", die Friedrich Stampfer („Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik", 3. Aufl., Hamburg 1953, S. 211) zutreffend als schwärmerisches Bekenntnis zum Kosmopolitismus interpretiert, wurde während der ganzen Zeit der Republik ein entsetzlicher polemischer Unfug getrieben. Dabei ist es fraglich, ob sie überhaupt in dieser lapidaren Form gefallen ist; das gedruckte Protokoll, S. 219, enthält eine stark abweichende Version. Die Möglichkeit einer nachträglichen Redigierung ist allerdings nicht auszuschließen. Dittman und Crispien haben sich beide als überzeugte Demokraten der Unterwerfung unter das Diktat der Moskauer 21 Punkte widersetzt und sind 1922 mit dem Rest der Unabhängigen in die SPD zurückgekehrt. Vgl. Eugen Prager, „Geschichte der USPD", Berlin 1921, S. 213ff.; Erich Matthias, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945", Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte der „Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung", Tübingen 1954, S. 45ff. Dittmann hat umfangreiche Memoiren hinterlassen, die besonders für die Zeit des ersten Weltkrieges und die erste Nachkriegszeit bis zum Auseinanderbrechen der USDP hervorragenden Quellenwert besitzen. Ihre Veröffentlichung wäre dringend erwünscht.

[12] Breitscheid, ebenfalls ehemaliger Unabhängiger, außenpolitischer Experte der sozialdemokratischen Fraktion und seit Hermann Müllers Tod ihr Wortführer, und Hilferding haben, als krank entschuldigt, an der Abstimmung am 23. 3. nicht mehr teilgenommen. Auch Hilferding, der als Chefredakteur der „Freiheit" bestimmenden Einfluß auf die Revolutionspolitik der USPD ausgeübt hatte und in der Weimarer Zeit zweimal Reichsfinanzminister gewesen war, gehörte zu den am meisten Bedrohten. Er wurde Ende März 1933 durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Otto Eggerstedt über die dänische Grenze gebracht und hielt sich bis 1938 in der Schweiz auf. Am 11. Februar 1941 wurde er zusammen mit Breitscheid von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert. Über seine politische Entwicklung und sein tragisches Ende vgl. Alexander Stein, „Rudolf Hilferding und die deutsche Arbeiterbewegung", herausgegeben von der SPD, Hamburg o. J. (1946).

[13] Am 26. April in Berlin. Zum Verlauf der Reichskonferenz siehe „Internationale Information", 6. 5. 33, S. 195–200.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

notgedrungen im Auslande weilende Genossen, den Reichstagsabgeordneten Sollmann, Köln, und den Landtagsabgeordneten Böchel, Chemnitz, in den Parteivorstand neu wählte[14]. Die beiden genannten Genossen werden zunächst noch nicht nach Deutschland zurückkehren. Der Parteivorstand rechnete nach dem Schlag, der gegen die freien Gewerkschaften unmittelbar nach dem 1. Mai geführt wurde, unbedingt mit einer rasch folgenden, umfassenden Aktion gegen die Partei. Es wurde deshalb (im Berliner Tiergarten)[15] eine Sitzung abgehalten, in der die Frage zur Beantwortung stand: Sollen wir den Herrschaften die Sache so leicht machen? Nach Anhörung der Funktionäre wurde einmütig beschlossen, die (sich sträubenden) Genossen Wels, Stampfer, Crummenerl (letzteren besonders in seiner Eigenschaft als Parteikassierer) dringend zu ersuchen, aus Berlin abzureisen und sich zunächst so nahe an der Grenze aufzuhalten, daß der Übertritt jederzeit rasch erfolgen kann. Stampfer und Crummenerl gingen hierauf über die Grenze, Wels hielt sich noch in Deutschland auf, bis zur Beschlagnahme des Parteivermögens durch den Generalstaatsanwalt[16]. Gen. Vogel vom Parteivorstand folgte nunmehr Wels nach Saarbrücken. Nachgesandt wurde dann noch der Genosse Ollenhauer, da angenommen wurde, daß im Auslande viel Arbeit für die Partei zu leisten sei[17]. In Paris waren

[14] Für den Überfall auf Sollmann – einen der prominentesten Führer des rechten Parteiflügels, der als Vorkämpfer gegen den rheinischen Separatismus und als Innenminister im Kabinett Stresemann in weiten Kreisen bekannt geworden war – am 9. 3. 33 und seine Mißhandlung durch SA- und SS-Leute siehe Max Klinger (Pseud. für Curt Geyer), „Volk in Ketten", Karlsbad o. J. (1934), S. 34 f. Böchel war einer der Führer des linken Flügels und Chefredakteur des Chemnitzer Parteiorgans. Auch er wurde im Zuge der Verfolgungswelle im März so grausam mißhandelt, daß er ins Hospital gebracht werden mußte. Vgl. „Internationale Information", 1. 4. 33, S. 153.

[15] Hier muß ein Mißverständnis vorliegen. Gemeint ist die Sitzung des Parteivorstandes vom 4. Mai, die, wie sich Stampfer deutlich erinnert und auch Ollenhauer bestätigt, im „Vorwärts"-Haus, dem Sitz des Parteivorstandes, „unter dem Bild August Bebels" stattfand.

[16] Am 10. Mai. Nach Auskunft von Friedrich Stampfer gelang es Wels und Crummenerl, beschränkte Barmittel im Betrage von etwa 1,2 Millionen Reichsmark ins Ausland zu verbringen. Dieser Fond, der zum Teil in amerikanischen Wertpapieren angelegt worden sei, sei ausschließlich für die politische Arbeit bestimmt gewesen und streng von den Hilfsfonds für die Emigrantenunterstützung abgegrenzt worden. Der Parteivorstand mußte nach dem 2. Mai jeden Tag auf die Beschlagnahme gefaßt sein. Nach Ollenhauer sind alle wichtigen Dokumente und Barmittel vorausschauend aus dem Büro des Parteivorstandes entfernt worden. Edinger (a. a. O., S. 355) nimmt an, daß der Fond der Auslandsvertretung, den er auf 1–2 Millionen beziffert, bereits nach dem Reichstagsbrand ins Ausland transferiert worden sei, um nach der Unterdrückung der Parteipresse einen Grundstock für die Propagandaarbeit von außen zu schaffen. Nach Auskunft von Heine ging die Transferierung des Fonds in Etappen vor sich und erstreckte sich auf Monate. Diese Version darf als die richtige angesprochen werden. Stampfer, der selbst unbeteiligt war, erinnert sich, auf welch abenteuerliche Weise Wels und Crummenerl ihre „Devisenschiebungen" vorgenommen haben; das würde eher auf Mai als auf März deuten.

[17] Vogel und Ollenhauer sind jedoch schon vor dem 10. Mai – zumindest vorübergehend – für einige Tage ins Ausland gereist. Ollenhauer befand sich nach seinen eigenen Angaben am 10., dem Tag der Beschlagnahme, zusammen mit Vogel und Crummenerl in Prag, um die Errichtung der Auslandsvertretung vorzubereiten; die Gruppe habe die Reise von Saarbrücken aus am 8. angetreten. Saarbrücken sei von vornherein nur als erster Treffpunkt gedacht gewesen. Stampfer hat in Saarbrücken nur an einer einzigen Vorstandssitzung teilgenommen, in der er und Vogel sich bereit erklärten, zum 16. 5. nach Berlin zurückzugehen und die Auffassung der in Saarbrücken weilenden Vorstandsmitglieder in der Fraktion zur

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nämlich in der Zwischenzeit gleich drei Emigrantenzeitungen entstanden, die eine ganz verschiedenartige Politik trieben[18]. Die Genossen der Internationale fühlten sich durch das Durcheinander sehr beunruhigt, sie wünschten dringend die Schaffung irgendeiner maßgebenden Instanz unter den Emigranten.

Die Auffassung der im Auslande weilenden Parteivorstandsmitglieder war die, daß in Deutschland nun für die Partei alles aus sei und daß deshalb der Weg der Illegalität beschritten werden müsse. Diese Auffassung führte zu der Entsendung der Genossen Stampfer und Vogel in die Sitzung der Reichstagsfraktion vom 16. Mai 1933 und zu dem Vorschlag, der Sitzung des Reichstags am 17. Mai fernzubleiben, unter gleichzeitiger Abgabe einer scharfen Erklärung[19]. Vogel und Stampfer reisten nach dem gegenteiligen Entscheid der Reichstagsfraktion wieder ins Ausland ab[20]. Vorher waren noch der Genosse Hertz, der Sekretär der Reichstagsfraktion, sowie die Genossin Juchacz abgereist. Gen. Aufhäuser befand sich ebenfalls nicht mehr in Deutschland. Von den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstands, vor allem Löbe und Dr. Rinner[21], wurde zunächst die Herstellung einer laufenden

---

Geltung zu bringen. Nach der definitiven Verlegung des Vorstandes nach Prag verblieben als Vertreter der SPD zunächst noch in Saarbrücken: Sollmann und Marie Juchacz, beide Vorstandsmitglieder und Reichstagsabgeordnete, und der Reichstagsabgeordnete Kirschmann.

[18] Folgende Emigrantenblätter mit dem Erscheinungsort Paris konnten bereits für Mai 1933 festgestellt werden:

„Freiheit! La Delivrance. Kampforgan gegen die Nazidiktatur", Paris, monatlich, ab Mai 1933, zweisprachig, mit deutschen und französischen Artikeln; wird als Organ des Verbandes auslandsdeutscher Republikaner – mit Ortsgruppen in Amsterdam, Sonderburg, New York, Chicago, Saint-Louis, Miami, Mexiko, Buenos-Aires, Paris – bezeichnet und steht in seiner Tendenz den im „Reichsbanner" vereinigten jüngeren republikanischen und sozialistischen Kräften nahe;

„Freiheit! Libre Europe. Für Fortschritt und Menschenrecht. Contre la tyrannie naziste", Paris, monatlich, ab Mai 1933, zweisprachig, mit deutschen und französischen Texten; die 4. Nummer von Mitte August 1933 konnte eingesehen werden, sie enthält einen großen Artikel des sudetendeutschen Sozialdemokraten Josef Hofbauer; Grundtendenz nach den Beiträgen dieser Nummer sozialdemokratisch-international.

„die aktion. Organ zur Verteidigung der deutschen Flüchtlinge und zum Kampfe gegen den Hitlerfaschismus", Paris, Wochenblatt, ab 4. 5. 1933; die eingesehenen Nummern aus der Zeit von Mai bis August 1933 enthalten hauptsächlich Beiträge demokratisch-pazifistischer und kommunistischer bzw. den Kommunisten nahestehender Autoren, u. a. Alfred Kantorowicz, Rudolf Leonhard, Oskar Maria Graf, Georg Bernhard, Hellmut von Gerlach.

„Der Funke. Organ des linken Flügels der KPD (Marxisten-Internationalisten)", Paris-Wien-Prag, Redaktion: Paris, Erscheinungsweise zuerst unregelmäßig (Nr. 1 Mai 1933, Nr. 2 Mai-Juni, Nr. 3 Juni).

„Der Gegenangriff. Antifaschistische Zeitschrift", Prag-Zürich-Paris, Redaktion zunächst in Prag, ab Oktober 1933 Pariser Ausgabe in Münzenbergs „Editions du Carrefour", zuerst vierzehntägig; kommunistisch, von Münzenberg inspiriert.

[19] Nach Stampfer („Internationale Information", 29. 5. 33, S. 246) ist die Fraktion zweimal, am 16. und 17. 5., zusammengetreten. Für den Verlauf siehe Textteil, V.

[20] Sie kehrten nicht nach Saarbrücken zurück, sondern wurden – nach Auskunft von Fritz Heine – von Heine und einem anderen Funktionär namens Schönfeld, die in Reichstagsnähe mit dem Wagen warteten, über die tschechoslowakische Grenze nach Prag gebracht.

[21] Rinner blieb nach dem Verbot der Partei zunächst noch in Berlin, emigrierte dann ebenfalls (wahrscheinlich Anfang 1934) nach Prag und redigierte dort von Mai 1934 ab die als „Grüne Berichte" bekannten „Deutschland-Berichte" der SOPADE (SOzialdemokratische PArtei DEutschlands, so nannte sich der Prager Vorstand).

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbindung mit den Abgereisten versucht. Das gelang zunächst nicht; dann aber wurde aus Saarbrücken so oft nach Berlin telefoniert, daß Beamte des Telegrafenamtes in Berlin ersuchten, man solle doch vorsichtiger sein!

Es wurden nun zwei Sitzungen des Parteivorstandes im Ausland arrangiert: eine in Prag und eine in Saarbrücken. Aus Deutschland reisten dazu ab die Genossen Westphal, Rinner, Künstler, Litke. Bei den Besprechungen über die weitere Taktik der Partei zeigte sich dann die gegensätzliche Auffassung mit aller Schärfe[22]. Die Genossen draußen vertreten mit zunehmender Heftigkeit folgende Meinung:

Eine Parteiarbeit ist in Deutschland nicht mehr möglich. Versammlungen sind ausgeschlossen, es fehlt die Presse, und außerdem wird der Druck auf die Gewerkschafter nicht aufhören. Irgendeine Wirkungsmöglichkeit in den Parlamenten ist ausgeschlossen. Es entsteht die absolute Gefahr, daß die Partei jeden Kredit bei den Arbeitermassen verliert und außerdem in einen immer schlechteren Ruf bei den Genossen im Ausland kommt. Wenn die Dinge so weitertreiben, dann werden vor allem die Kommunisten mit ihrer illegalen Arbeit die Führung im Abwehrkampf gegen den Faschismus bekommen. Herr Münzenberg[23] sitzt mit einem großen Stab von Mitarbeitern in Paris und entfaltet eine außerordentlich rege und mit ausreichenden Geldmitteln gestützte Propaganda. Die Grenzländer werden mit kommunistischen Erzeugnissen geradezu überschwemmt. Es erweise sich bei der Prüfung der Gesamtlage als unumgänglich notwendig, den Sitz des Parteivorstandes der SPD offiziell ins Ausland zu verlegen, also der Öffentlichkeit davon Mitteilung zu machen, daß der Parteivorstand nach Prag übergesiedelt ist[24].

Stampfer wird eine Zeitung herausgeben[25], und außerdem soll eine Proklamation der deutschen SPD in Prag verfaßt und dann überall verbreitet werden[26]. Diese Proklamation werde dem dortigen Faschismus den Kampf bis aufs Messer ansagen. (Zurufe: Von Prag aus!) Die Genossen draußen seien sich allerdings darüber im klaren, daß in dem Augenblick, in dem das geschehe, in Deutschland zunächst jede organisatorische Betätigung aufhöre und auch den Parteifunktionären jede Existenz-

[22] Ollenhauer erinnert sich deutlich an diese Einrenkungsversuche, die in die zweite Maihälfte – nach dem 17. – zu verlegen sind. Daten und Reihenfolge der Sitzungen nicht festzustellen. Wahrscheinlich fand jedoch die erste sehr bald nach dem 17. in Saarbrücken statt. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Auslandsvertretung in Prag, wohin Vogel und Stampfer gleich nach der Fraktionssitzung abgereist waren, muß nach Ollenhauer um den 20. Mai herum erfolgt sein.

[23] Nach Auskunft von Frau Sonja Schulz, geb. Zörgiebel, der früheren Frau des langjährigen Sekretärs Münzenbergs, Hans Schulz, flüchtete Münzenberg sofort nach dem Reichstagsbrand von Frankfurt/M. aus, wo er sich zur Wahlagitation befand, in die Schweiz. Hans und Sonja Schulz folgten ihm acht Tage später, unmittelbar nach der Wahl. Schon im März habe Münzenberg die erste Emigrationsnummer seiner „Arbeiterillustrierten" in der Schweiz herausgebracht; wegen der Schwierigkeiten, die ihm die Schweizer Polizei machte, sei er jedoch schon sehr bald – Ende März oder Anfang April – nach Paris gegangen. Für Münzenbergs Tätigkeit in Paris vgl. Arthur Koestler, „Die Geheimschrift", Wien, München und Basel 1955, S. 201 f., 212 ff., 331 ff. Koestlers Ausführungen bedürfen jedoch in manchen Teilen kritischer Nachprüfung. Für Münzenbergs „Gegenangriff" s. o. Anm. 18.

[24] Das geschah durch ein von Wels unterzeichnetes Rundschreiben an die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien vom 2. 6. 1933. Vgl. „Internationale Information", 10. 6. 33, S. 280 f.

[25] „Neuer Vorwärts", erschien ab 18. 6. 33 als Wochenzeitung.

[26] „Zerbrecht die Ketten. Aufruf der SPD an das deutsche Volk"; zuerst veröffentlicht in der ersten Nummer des „Neuen Vorwärts".

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

möglichkeit genommen werde. Alle Funktionäre der Partei seien deshalb von ihren Pflichten zu entbinden. Den Mandatsträgern müsse es freigestellt werden, ob sie noch in die Parlamente gehen oder ihre Mandate niederlegen wollen.

Die Genossen, die noch in Deutschland weilen, vertraten nun auf den Konferenzen eine ganz andere Auffassung. Sie sehen die Dinge völlig anders, obwohl auch sie davon überzeugt sind, daß wir künftig keine leichtere Wirkungsmöglichkeit haben werden als bisher. Der Faschismus wird bestrebt sein, sich nach den bisher angewandten Methoden alles unterzuordnen, und er wird vor allem jede oppositionelle Regung zu unterdrücken versuchen. Die Frage ist aber, ob ihm das wirklich in Deutschland restlos gelingt. Man kann darauf nur antworten: je länger der Faschismus dazu braucht, desto schwieriger wird es für ihn sein! (Zustimmung). Auf jeden Fall aber steht fest: diese ungeheure Bewegung wird nie von kleinen Gruppen unserer Partei vom Ausland her erschüttert werden können. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Proklamation bedeutet nichts anderes als einen Lufthieb, der dann zu einem wirklichen Hieb gegen unsere kleinen Funktionäre wird.

Von draußen aus kann dieses Regiment also nicht beseitigt werden. Wenigstens so lange nicht, als nicht die Voraussetzungen durch eine Selbstzersetzung im Faschistenkörper in großem Ausmaße geschaffen sind. (Erneute Zustimmung.) Ein Recht zur Ablehnung der Vorschläge des Parteivorstandes von draußen besteht aber wohl nur dann, wenn die im Lande verbliebenen Funktionäre, vor allem aber die Mandatsträger, alle noch vorhandenen legalen Wirkungsmöglichkeiten im Sinne der Schaffung eines illegalen Apparates – der noch nicht in ausreichendem Maße da ist und funktioniert – ausnützen. Die Arbeit im Inland ist viel wichtiger wie die im Auslande, wenigstens bis zur Stunde. Das Verfahren, das in Prag vorgeschlagen wurde, ist also taktisch für absolut falsch zu halten. (Lebhafte Zustimmung.) Es würde der Regierung nur die Möglichkeit geben, die Walze gegen die Marxisten neu abrollen zu lassen, und zwar mit großem Erfolg. Der Parteivorstand der SPD muß wenigstens vorläufig noch in Deutschland bleiben. (Zurufe: Nicht nur vorläufig, immer!) Bis jetzt sind wir in unserem Berliner Büro ungeschoren, obwohl seit Monaten keine Miete mehr bezahlt wird. Auch die Telefonrechnungen haben wir nicht bezahlt und auf die Mahnung des Amtes erklärt, wir hätten kein Geld, denn es sei ja beschlagnahmt. Darauf hat der Pfleger des beschlagnahmten Parteigeldes die Rechnungen bezahlt und uns mitgeteilt, das nächste Mal sollten wir uns selbst darum kümmern. (Heiterkeit.)

Der Kommissär bei der Arbeiterbank – Müller[27] – hat sogar ein Rundschreiben an die Parteikassiere gerichtet, das die Aufforderung enthielt, ruhig weiter zu kassieren. Diesem Frieden darf natürlich nicht getraut werden. Den Genossen draußen ist zu sagen: wer von euch nicht unbedingt draußen sein muß, soll zurückkehren! (Lebhafte Zustimmung.) Wer aber draußen bleibt, kann nicht entscheidender Vorstand der Partei sein, sondern hat in aller Ruhe eine Hilfsstellung für die Partei zu beziehen und dabei möglichst den Mund zu halten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen büßen, was draußen verfrüht gemacht wird. Wir haben die Genossen draußen aufgefordert, zu den Obleuten nach Berlin und zu den hier gebliebenen Vorstandsmitgliedern eine Delegation zu entsenden, um ihre Meinung eingehend begründen zu können. Das haben die Genossen draußen leider abgelehnt, obwohl die technische Möglichkeit gegeben gewesen wäre. (Bewegung.) Sie haben dafür den Obleuten ein Exposé übersandt und sich im übrigen auf den Standpunkt gestellt, daß sie draußen die Mehrheit des Parteivorstandes seien und sich einfach durch-

[27] Ein nationalsozialistischer Berliner Papierhändler (nach Auskunft eines ehemaligen Angestellten im „Vorwärts"-Haus, der sich an diesen Kommissär erinnert).

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzen werden[28]! (Rufe: Unerhört!) Ja, es ist sogar das Wort vom Geld gefallen, das ja sie besäßen! (Große Empörung.) Um nochmals eine Einigung zu versuchen, haben wir nun eine Delegation nach Prag gesandt, die wahrscheinlich im Laufe des Samstagabend noch zurückkehren und dann uns im hiesigen Vorstand Bericht erstatten wird.

Inzwischen hat gestern nach ausgedehnten Beratungen die preußische Landtagsfraktion den Standpunkt vertreten, daß der Parteivorstand unbedingt in Deutschland bleiben muß[29]. Die Reichstagsfraktion hat nun ebenfalls ihre Meinung zu sagen und entsprechende Beschlüsse zu fassen. (Lebhafter Beifall folgte diesem Berichte Westphals, den Genosse Löbe sofort ergänzte.)

Löbe führte aus, daß er persönlich leider in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gezogen worden sei durch den Artikel Stampfers in der Prager sozialistischen Presse[30], den er nur auszugsweise zu Gesicht bekommen hatte, als er schon zu einer Vernehmung ins preußische Innenministerium gebeten worden sei. Der Ministerialrat Fischer habe ihm dort den Artikel vorgelesen (Zuruf: Ein skandalöser Artikel! Widerspruch) und ihn gefragt, wie sich die Fraktion zu der Behauptung Stampfers stelle, daß ihre Entscheidung im Reichstag nur unter dem Druck der Regierung erfolgt sei. Er habe darauf dem Ministerialrat unumwunden die drohenden Äußerungen Fricks im Ältestenrat erzählt und hinzugefügt, daß es menschlich wohl mehr als verständlich sei, wenn ein derartiger Vorgang bei den einzelnen Fraktionsmitgliedern erheblich auf die persönliche Entscheidung einwirke. Rein sachlich aber habe die Fraktion ja schon vor der Ältestenratssitzung ausgesprochen, daß sie eine Friedenspolitik der Regierung unterstützen werde, und zwar aus ihrer grundsätzlichen Einstellung heraus.

Das bedeute kein Vertrauensvotum für Hitler, denn der Kanzler habe ja in seiner Erwiderung auf den Genossen Wels gesagt, er benötige die Sozialdemokratie zur Errettung Deutschlands nicht[31]. Soweit also die rein sachliche Entscheidung in Frage komme, billige er (Löbe) den Artikel Stampfers (der nun in der Fraktion verlesen wurde) nicht. Löbe (wörtlich): „Genossen, in welche Lage wäret ihr gekommen, wenn ich mich bei dieser Vernehmung, die gerichtlichen Charakter hatte, anders verhalten hätte? (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe Stampfer gegen persönliche Angriffe des Ministerialrates verteidigt. Leider ist dann über die Unterredung ein Pressebericht vom WTB verbreitet worden, der so aussah, als hätte ich freiwillig dem Innenminister Erklärungen abgegeben[32]. Das, was für die anderen unangenehm war,

[28] Das ist nach Stampfer eine polemische Entstellung. Ollenhauer hat mir erklärt, die Prager Vorstandsmitglieder seien zu dem Schluß gekommen, daß bei dem unentwegten Festhalten der Berliner Vorstandsmitglieder an ihrer illusionären Stillhaltetaktik alle Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion fehlten. Anfang Juni, in den Pfingsttagen, kam es jedoch in Oberschreiberhau nochmals zu einer Besprechung zwischen Westphal und Ollenhauer unter Beteiligung Fritz Heines, dem ich diese Auskunft verdanke. Ziel dieser Besprechung sei es gewesen, eine illegale Konferenz der Bezirkssekretäre und Vorstandsmitglieder in Grenznähe zu arrangieren, wobei die Prager Vorstandsmitglieder versuchen wollten, die Bezirkssekretäre für ihre Auffassung zu gewinnen.

[29] Vgl. „Frankfurter Zeitung", 10. 6. 33.

[30] Nach Stampfer im „Sozialdemokrat"; auch „Internationale Information", 29. 5. 33, S. 246f.

[31] In der Reichstagssitzung vom 23. 3. 33; Sten. Berichte, Bd. 475, S. 34 ff.

[32] Vgl. „Frankfurter Zeitung", 7. 6. 33. In dem WTB-Bericht heißt es, Löbe habe „dem preußischen Innenministerium erklärt, daß er als Verhandlungsleiter der Fraktionssitzung der SPD diese Veröffentlichung Stampfers nicht billige und erkläre, daß die Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ohne Zwang aus sachlichen Erwägungen erfolgt sei".

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde im Pressebericht natürlich weggelassen. Stampfer, den ich doch seit vielen Jahren als vornehmen und aufrichtigen Charakter auch bei politischem Meinungsstreit kennengelernt habe, war natürlich jetzt sehr gereizt. Er wollte doch vor dem Auslande nicht als ein Parteifunktionär dastehen, der im Verdacht steht, die Unwahrheit gesagt zu haben. So bin ich nun in der Antwort Stampfers[33] sehr schlecht weggekommen, während ich gleichzeitig auch im Inlande infolge des verstümmelten Presseberichtes Backpfeifen bekommen habe.

In Saarbrücken soll sogar der Ausschluß Löbes aus der Partei gefordert worden sein[34]. (Heiterkeit.) Allerdings gibt es draußen auch andere Meinungen. So ist mir gerade von Saarbrücken aus die Mitarbeit an einem dort neu erscheinenden Blatte (betitelt: ‚Die deutsche Freiheit')[35] angeboten worden. Aber wie es auch sei. Ich fürchte, Genossen, die Dinge entwickeln sich zwangsläufig weiter in der Richtung der Verschärfung des Konflikts. Kommt die Proklamation, dann geht es nicht mehr mit einer Vernehmung von mir ab, sondern dann werden unsere kleinen Leute vor die Alternative gestellt: Lehnt ihr das ab, oder . . .? (Lebhafte Zustimmung.) Ich halte die Vorschläge von Prag für eine große, taktische Ungeschicklichkeit: leitet man eine solche Aktion, wie sie die von draußen planen, wirklich mit Paukenschlägen ein? Damit gleich darauf die deutsche Regierung so und so viele Nazispitzel mit Mitgliedsbüchern der SPD versieht und nach Prag setzt! Muß man wirklich vor aller Welt sagen, der Parteivorstand der SPD sitzt jetzt in Prag, Gasse Nr. soundso[36], damit unsere Genossen bei jedem Schritt bewacht werden und in dem Augenblick zu fassen sind, in dem sie eventuell zu illegaler Tätigkeit die Grenze überschreiten? (Lebhafte Zustimmung.) Sind wir im Laufe des letzten Jahrzehnts so sehr an legale Betriebsformen gewöhnt worden, daß wir selbst den Beginn einer illegalen Arbeit mit einem legalen Akt einleiten? (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Aber auch zu der prinzipiellen Seite will ich sagen: die Geschichte hat bewiesen, daß die Emigrationspolitik selten von entscheidender Wirkung gegen ein absolutistisches oder faschistisches Regime war. Ich verweise auf das Schicksal von Martow und Abramowitsch von der russischen Sozialdemokratie. Und was konnte Turati in Paris tun, was tut Modigliani, während Mussolini ruhig weiterregiert? Was taten die ungarischen Emigranten? Alle konnten sie nur klagend von Parteitag zu Parteitag ziehen bei ihren ausländischen Bruderparteien, während z. B. die in Ungarn zurückgebliebenen Sozialisten wenigstens die Rückkehrmöglichkeit für die Emigranten vorbereiteten. Sollen wir nun auch das Schicksal dieser klagenden Parteitagsgäste teilen? Wir als deutsche Sozialdemokraten? Ich sage nein! Wir dienen im Innern unserer Sache mehr! (Lebhafter Beifall.) Wo wir in den bedrohten Bezirken auch nur mit fünf Mann zusammenkommen, leisten wir Aufbauarbeit für die Partei. Ich werfe den Genossen draußen nichts vor, aber auch ich empfinde, daß ihnen das Gefühl dafür verlorengegangen ist, was bei uns möglich ist und was nicht!" (Erneute Zustimmung.)

„So kann es denn sein, daß es zu einer schmerzlichen Trennung mit alten Freunden kommt. Ich hoffe immer noch, daß das verhindert werden kann. Wenn aber

[33] „Internationale Information", 10. 6. 33, S. 283. Stampfer vermutet in diesem Artikel, daß Göring Löbe zu sich zitiert und ihm die Erklärung abgepreßt habe. „Auch ein Mann wie Paul Löbe kann, solange er im Deutschland Hitlers lebt, nicht die Wahrheit sagen. Um so mehr betrachte ich es als meine Pflicht, sie auszusprechen."

[34] Das hält Stampfer, der allerdings nach dem 17. 5. nicht nach Saarbrücken zurückgekehrt ist, für ein Gerücht; auch nach Ollenhauer unwahrscheinlich.

[35] Die „Deutsche Freiheit" erschien ab 20. 6. 33.

[36] In dem oben, Anm. 24, zitierten Rundschreiben wird die volle Adresse der Sopade angegeben.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine Einigung erfolgt, dann ist ein schwerer Konflikt wohl unvermeidlich. Wenn eine neue Parteiführung notwendig wird, dann bin ich selbst wohl nicht geeignet, denn ich bin zu demokratisch und zu pazifistisch. Ich war in den letzten Tagen geneigt, von meinen Ämtern zurückzutreten, bin aber zu der Auffassung gekommen, daß das der Sache nichts nützen wird. Es müssen alle noch vorhandenen Kräfte zusammenwirken, für die Partei, für den Sozialismus[37]." (Starker Beifall.)

*

Die Debatte

begann mit einer Frage des Abg. Schmidt-Köpenick (Landarb.)[38], ob der Genosse Hilferding an der Abfassung der Resolution mitgewirkt habe, die der Antifaschistische Kongreß am 18. und 19. Mai 1933[39] in Paris beschlossen hat.

Genosse Löbe antwortet sofort, daß der Gen. Hilferding erst in Paris eintraf, als der genannte Kongreß zu Ende ging und daß er auch an der Resolution nicht mitgewirkt habe. Dagegen sei es dem Gen. Hilferding gelungen, den Internationalen Gewerkschaftsbund wenigstens zunächst vom Warenboykott gegenüber Deutschland abzuhalten, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß sonst Hitler eine billige Ausrede habe, wenn er das Arbeitslosenproblem nicht zu lösen vermöge.

Lipinski-Leipzig erklärt, er habe nach der Beschlagnahme des Parteivermögens die Meinung gehabt, nun könne man nach solch diffamierenden Vorgängen nicht mehr in die Parlamente gehen (am 17. Mai war L. in Schutzhaft). Er habe in seinem Bezirk die Kassierung einstellen lassen. Jetzt erfolge sie wieder, aber in anderen Formen. Auch bringe die Partei wöchentlich ein Mitteilungsblatt heraus. Bezüglich der weiteren Taktik der Partei stelle er sich vollkommen auf den Standpunkt der im Inlande verbliebenen Genossen. Wir müssen den Parteikörper von innen am Leben erhalten und aufmerksam den weiteren Entwicklungsprozeß bei den Nazis verfolgen. Kennzeichnend für die Situation ist eine Äußerung des bürgerlichen Oberbürgermeisters von Leipzig[40], der einem Genossen[41] gesagt hat, es werde bestimmt der Tag kommen, wo man die Sozialdemokratie zur Aufräumung eines Schutthaufens benötige. Der Weg, der jetzt wirtschafts- und finanzpolitisch beschritten worden sei, führe zum Chaos. Das sei in den großen Kommunen am besten spürbar.

Gerlach-Düsseldorf spricht mit allem Nachdruck für eine eigene Politik im Gegensatz zu den Bemühungen von draußen. Er bezweifelt stark die Richtigkeit der Behauptung, daß die Grenzländer mit kommunistischem Material geradezu überschwemmt würden. Er habe trotz persönlichem Bemühen noch nichts davon erhalten können. Der Eindruck im Auslande über unsere Haltung sei nicht einheitlich. Er

---

[37] In Paul Löbes Erinnerungen, „Der Weg war lang", 2. Aufl., Berlin 1954, wird der Vorstandskonflikt ganz übergangen.

[38] Seit 1909 Vorsitzender des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes".

[39] Am 18. 5. 1933 tagte in Paris das Bureau der SAI; am 19. und 20. 5. fand eine gemeinsame Sitzung des IGB-Vorstandes und des Bureaus der SAI statt, an der Hilferding als Wirtschaftssachverständiger der SAI teilnahm; auch die gemeinsame Abrüstungskommission der SAI und des IGB trat in diesen Tagen zusammen, wieder unter Teilnahme Hilferdings, der als Vertreter für Breitscheid verzeichnet wird. Vgl. „Internationale Information", 27. 5. 1933, S. 237–241; hier auch der Text der Resolutionen.

[40] Dr. Goerdeler.

[41] Alfred Ziehm, damals Mitglied des Hauptbetriebsrats der Städtischen Werke, Leipzig (nach Auskunft von Rudolf Rothe, dem Ziehm über das Gespräch mit Goerdeler berichtet hat).

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wisse, daß sogar Friedrich Adler zugegeben habe, die Haltung unserer Reichstagsfraktion am 17. Mai sei richtig gewesen[42]. Bestimmte Zersetzungserscheinungen seien bei den Nazis wohl fast überall bemerkbar. Er wisse, daß es bei der Standarte 39 in Düsseldorf besonders stark gäre.

Schnabrich-Kassel verweist darauf, daß bei der Amtseinführung des Prinzen von Hessen durch Göring nur mehr ein Drittel der Leute zugegen waren, die sonst die Statisten für Nazifeste bildeten. Infolge Anordnung der Stadtverwaltung, die ganze Stadt zu schmücken und ferner wegen der großen Ausgaben für Essen usw. sei selbst unter der SA eine große Erregung entstanden, die sich in mehreren stürmisch verlaufenen Versammlungen entladen habe. Etwa 400 SA-Leute wurden dabei herausgeschmissen, und die SS mußte die Versammlungen abriegeln. Unsere sozialdemokratischen Genossen am Orte und im Bezirk halten durch. Sie werden nie die Politik der Genossen von draußen billigen. Wir haben bereits 5000 Abonnenten für das Wochenblatt, das wir herausgeben. Die Vorschläge der Genossen in Prag sind nicht nur abzulehnen, sondern wir haben uns möglichst rasch eine neue Leitung zu geben und zu handeln.

Schmidt-Köpenick erklärt, er habe den Genossen Stampfer immer sehr geschätzt. Wenn er sich aber schon in der letzten Fraktionssitzung über ihn gewundert habe, so müsse er heute sagen, Stampfer hat den Verstand verloren. Wir dürfen seinen Ratschlägen unter keinen Umständen folgen. Er spreche es ganz deutlich aus: die Emigrantenpolitik ist eine Politik der Feigheit. (Widerspruch, Mahnung Löbes.)

Dr. Schumacher-Stuttgart meint, es sei zu den grundsätzlichen Bemerkungen Löbes über die Emigrantenpolitik doch darauf hinzuweisen, daß es auch Beispiele in der Geschichte gäbe, die vom Erfolg der Emigrantenpolitik sprechen. Er brauche da nur an Lenin zu erinnern. (Zurufe: Nie ohne den Krieg und den deutschen Generalstab!) Im übrigen möchte er vermieden wissen, daß Kompetenzansprüche für die Führung nun moralisch zu untermauern versucht werden. Das gelte für beide Teile. Es werden für die innere Führung die verschiedensten Motive genannt. Dabei darf aber denn doch nicht vergessen werden, daß eigentlich die Partei – denn das ging aus dem Bericht von Westphal doch klar hervor – die drei Genossen vom Vorstand – nämlich Wels, Stampfer und Crummenerl – hinausgesandt hat. Ich habe den Eindruck, die Partei ist förmlich atomisiert. Eine Reihe von Funktionären schließen sich förmlich hermetisch gegen die Außenwelt ab. Aber auch bei den Mitgliedern nimmt man das wahr; es muß unbedingt noch mal der Versuch eines Ausgleichs mit den Genossen von draußen gemacht werden. Es muß doch möglich sein, umgehend den ganzen Vorstand zu einer Sitzung zusammentreten zu lassen. Die Berichte haben alle einen sehr persönlich gefärbten Standpunkt herausgekehrt. Prinzipiell bin ich der Auffassung, daß wir mit der Organisierung der illegalen Arbeit schon viel zuviel Zeit verloren haben. Wir dürfen nicht übersehen, daß der Faschisierungsprozeß, der beim Bürgertum seinen Höhepunkt bereits überschritten hat, beim Arbeiter erst beginnt. Man höre nur auf die Gespräche, die in Arbeiterkreisen geführt werden. Das herrschende System wird gerade dann, wenn es in größere Schwierigkeiten gerät, nur einen Ausweg haben: den Kampf gegen uns, und zwar mit größter Schärfe. Für uns gibt es aber keine Möglichkeit der Versöhnung mit dem Faschismus.

[42] Das ist völlig ausgeschlossen. Adler, der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, hat sich unzweideutig gegen die Stillhaltetaktik gewandt und spricht in der „Internationalen Information", 10. 6. 33, S. 277, von „der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 17. Mai, die so schmachvoll endete". Das Büro der SAI nahm bereits bei seiner Tagung in Paris am 18. 5. eine Entschließung an, in der die Haltung der Reichstagsfraktion verurteilt wurde. Vgl. „Internationale Information". 27. 5. 33, S. 237.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Baade-Charlottenburg wendet sich scharf gegen die Haltung Stampfers und verurteilt den im Prager sozialdemokratischen Organ erschienenen Artikel. Der Trennungsstrich müsse ganz klar und eindeutig zwischen uns und den anderen gezogen werden. Es könne nicht sein, daß man nur eine vorläufige neue Leitung wähle. Jetzt heiße es: mit frischen Kräften an die Front. Alle Funktionäre im Inland hätten die Pflicht, unermüdlich und mutig für die Partei zu wirken.

Stelling-Köpenick wünscht, daß alles versucht wird, um zu einer Einigung mit den Genossen in Prag zu gelangen. Erweist sich das jedoch als unmöglich, dann dürfe die Partei auch nicht davor zurückschrecken, in einer öffentlichen Erklärung die Politik von draußen als unvereinbar mit der Partei abzulehnen.

Genosse Löbe verweist darauf, daß die Delegation, die nochmals nach Prag gesandt worden sei, gemeldet habe, daß sie die Grenze soeben wieder überschritten habe und gegen Abend in Berlin eintreffen werde. Man werde dann ja hören, was erreicht worden sei und müsse dann dementsprechend im Vorstand die weiteren Schritte beschließen.

Raloff-Hannover wendet sich gegen die Ausführungen des Gen. Schumacher. Die illegale Arbeit sei nicht so einfach, wie sich das viele Genossen vorstellen würden. Er habe Beispiele dafür von der dänischen Grenze, wo in den letzten Tagen Versuche unternommen wurden, Material herüberzubringen. Die Genossen sind abgefangen und verhaftet worden. Interessant sei dabei, daß im Hamburger und schleswig-holsteinischen Gebiet ausgerechnet ein ehemaliges führendes Mitglied der „Antifa“ [43] Hamburg die Überwachungsmaßnahmen leite. Wie die Ankündigungen der Genossen von draußen auf die Nazis bereits gewirkt hätten, das sei aus einer Notiz des Hamburger Anzeigers zu entnehmen, der die Regierung aufforderte, nunmehr der SPD restlos den Garaus zu machen. Die Partei hat keine Veranlassung, diesem faschistischen System Wasser auf die Mühlen zu tragen. Die Emigrantenpolitik birgt immer eine gewisse Gefahr in sich. Wir müssen sie ablehnen.

Dill-Nürnberg findet die Art, wie die Genossen draußen taktisch vorgehen, für unbegreiflich. Er habe sich – so sehr er menschlich und kameradschaftlich sich mit manchem der Genossen verbunden fühle – in den letzten Tagen oft an den Kopf gegriffen und gefragt: ist das wirklich die Führung, die seit vielen Jahren richtungweisend in unserer Politik gewesen ist? Ist ihr Blick so eng, so begrenzt gewesen? Es sei doch wirklich nicht schwer, sich vom sicheren Hort aus als heldenhaften Kämpfer gegen den Faschismus aufzuspielen. Er bekenne ganz offen, daß die Äußerungen im Ältestenrat ihn bei der Entscheidung vor der letzten Reichstagssitzung beeinflußt hätten. Er sei kein Held und hätte sich immer vor dem Sterben gedrückt. Aber er mute auch dem kleinen Manne, dem einfachen Arbeiter, nie mehr zu, als er sich selber zumuten könne. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sei manches innerlich in ihm zerbrochen, als er die Parolen der Genossen in Prag vernahm. Man arbeite da ja mit einem taktischen Ungeschick ohne Beispiel. Er müsse schon sagen, die draußen hätten von einer illegalen Arbeit keine Ahnung. Wir müßten diese Politik unter allen Umständen ablehnen.

Dietrich-Erfurt erklärt, die ganzen Vorgänge unterstreichen nur die Auffassung, die bei den uns treu gebliebenen Arbeitern vorherrsche, nämlich, daß der Neuaufbau der Partei nur mit einem völlig neuen Gefüge vor sich gehen könne. Es sei einfach eine Illusion, wenn die Genossen, die in erster Linie für die Politik und die Haltung

[43] „Antifaschistische Aktion“. Nachdem Severing den „Roten Frontkämpferbund“ 1929 für ganz Preußen verboten hatte, schuf die KPD, obgleich der RFB illegal weiterbestand, für das Auftreten nach außen eine ganze Anzahl neuer Organisationen, die dann in der „Antifa“ zusammengeschlossen wurden. Vgl. Flechtheim, „Die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Weimarer Republik“, Offenbach 1948, S. 155 u. 178.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Partei verantwortlich waren, glauben, sie besäßen noch das gleiche Vertrauen, das sie einst besessen haben. Man solle nur hinhören, was die Arbeiter wirklich sagen. Nein, mit dem Vertrauen sei es zunächst vorbei, nur die sozialistische Überzeugung halte noch Anhänger zusammen. Das Vertrauen müsse neu erobert werden. Ohne einen großen personellen Wandel sei das undenkbar. Auch über grundsätzliche Fragen müsse man sich klar werden.

Künstler-Berlin unterstützt diese Ausführungen von Dietrich und wendet sich vor allem gegen die in vielen Fällen nicht gerechtfertigte Abreise von führenden Genossen ins Ausland. Diese Flucht hätte bei den Arbeitern eine Empörung ausgelöst, die nicht mehr zu überbrücken sei. Dazu komme die Politik der letzten Jahre, die die Note 5 verdiene. Trotzdem sehe das, was jetzt von außen gemacht werde, genau so aus, wie die Regie, nach der die Personalpolitik in der Partei gemacht und die Parteitage geführt worden seien. Er wolle, um nur ein Beispiel zu nennen, darauf verweisen, daß Gen. Hertz seinerzeit geradezu mit der Brechstange zum Fraktionssekretär gemacht worden sei[44]. Aber so ginge das jetzt alles nicht mehr, weil man sich das einfach nicht mehr gefallen lassen werde.

Saupe-Leipzig tritt für das Verbleiben des Parteivorstandes in Deutschland ein, fordert aber, daß man sich dann in der Partei und in der Fraktion auch über grundsätzliche Fragen unterhalte und zu einer Art neuem Aktionsprogramm gelange. Man müsse sich doch mit den Arbeitern auseinandersetzen können über die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge.

Krätzig-Petershagen äußert sich in ähnlichem Sinne.

Heinig-Berlin knüpft an die Darlegungen von Dietrich an und meint, auch er sei der Überzeugung, daß der allgemeine Umschmelzungsprozeß an der Partei nicht vorübergehen werde, ohne beträchtliche Veränderungen hervorzurufen. Wir müßten ganz nüchtern denken und uns auch von Hoffnungen auf einen allzu raschen Zusammenbruch des Systems frei halten. Die Situation sei so, daß gegenwärtig darüber entschieden werde, ob wir überhaupt zu einem Rechtsstaat zurückkehren oder ob das unmöglich erscheint. Soviel er orientiert sei, bemühe man sich gegenwärtig in Preußen mit aller Energie, die bolschewistischen Elemente aus der SA zu entfernen. Es wird mit Hochdruck rausgeschmissen. Es zeige sich bereits ein ähnliches inneres Kontrollsystem, wie es Italien aufweise. Die SA wird überwacht von der SS und die SS von der neugeschaffenen Feldgendarmerie. Die Zersetzungserscheinungen in den einzelnen Orten dürfen aber nicht überschätzt werden. Viel wichtiger ist, was allgemein außenpolitisch und was in engstem Zusammenhange damit innenpolitisch vorgeht. Und da steht absolut fest: die Rohstoffpreise ziehen dauernd an! Diese Tatsache wird spätestens im Herbst die Regierung vor das eminent wichtige und gefährliche Problem der Löhne und Gehälter stellen, denn die Privatwirtschaft, vor allem aber die Exportindustrie, die durch den rapid schrumpfenden Außenhandel ja jetzt schon schwer leidet, wird den Ausgleich auf dem Gebiet der Löhne suchen. Dann werden sich erst bedeutende Schwierigkeiten vor der Regierung auftürmen und sich für eine klug arbeitende Opposition Möglichkeiten zeigen. Wir dürfen deshalb durch ein Vorprellen von draußen die Entwicklung nicht stören. Eine Entwicklung, die nach den privatkapitalistischen Gesetzen verlaufen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

---

[44] Diese Äußerung Künstlers, des Groß-Berliner SPD-Vorsitzenden, ist als Ausdruck der latenten Spannungen zwischen Teilen der Organisation und der Fraktion zu interpretieren. Für Dr. Hertz selbst war die Behauptung, daß seine Berufung zum Fraktionssekretär auf Widerstand gestoßen sein soll, völlig neu. Sie läßt sich auch m. E. nicht ernstlich erhärten.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Hoegner-München wendet sich scharf gegen einen Artikel in der „Freiheit" (Prag), der genaue Details aus der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 16. Mai enthält und erklärt, daß das nur ein Mitglied der Fraktion geschrieben haben könne. (Löbe erwidert, es sei festgestellt, daß der betreffende Artikel von keinem Mitglied der Fraktion stamme.) Hoegner fordert ebenfalls die Ziehung eines klaren Trennungsstriches zu der Politik der Prager Genossen. Er berichtet dann noch über eine von ihm geführte Unterredung mit dem Reichsjustizminister Dr. Gürtner, der zugesagt habe, sich für die baldige Beendigung der Periode der Verhaftung von Abgeordneten einzusetzen. Eine Klage vor dem Staatsgerichtshof wegen Verletzung der Immunität sei aus allgemeinen und aus rechtlichen Gründen nicht durchführbar. Es bleibe nur die Möglichkeit einer Ministeranklage wegen Verletzung der Amtspflichten, aber dazu sei eine Reichstagsmehrheit notwendig. Dem Wunsch nach rechtlicher Verfolgung der Angelegenheit, den der Genosse Seger aus dem Gefängnis an die Fraktion gerichtet habe, könne also nicht Rechnung getragen werden[45].

Damit war die Debatte beendet. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

Die Fraktion beschließt einmütig: Der Sitz des Parteivorstandes ist Deutschland. Sollte sich mit den im Auslande weilenden Mitgliedern des Parteivorstandes eine Einigung nicht erzielen lassen, so haben die verantwortlichen Instanzen der Partei und der Fraktion rasch zusammenzutreten und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen[46]. Die Fraktion selbst soll am 1. Juli[47] wieder zusammentreten.

(Josef Felder)

Dokument 2[1]

Kopenhagen, am 8. 6. 1933

Herrn

Otto Wels

Lieber Genosse Wels!

Da mir der Genosse Hans Hansen[2] erklärte, daß Briefe, die von hier nach Prag gehen, unter keinen Umständen in Deutschland geöffnet werden können, möchte ich nachstehend einen etwas ausführlicheren Bericht erstatten.

Der Genosse Hans Hansen gab mir heute Kenntnis von dem Rundschreiben, in welchem Ihr mitteilt, daß der Parteivorstand bis auf weiteres in Prag bleibt und

---

[45] Laut „Frankfurter Zeitung", 11. 6. 33, faßte die Fraktion den Beschluß, bei der Regierung wegen der Freilassung der in Schutzhaft befindlichen Parteimitglieder vorstellig zu werden.

[46] Vgl. „Frankfurter Zeitung", a. a. O.

[47] Nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung", a. a. O., „im Laufe des Monats Juli".

[1] Original im Besitz des Parteiarchivs der SPD, Bonn; veröffentlicht mit Genehmigung Erich Ollenhauers. Die Namen der im Brief genannten sozialdemokratischen Emigranten in Dänemark wurden auf Wunsch des Briefschreibers, Richard Hansen, unterdrückt und durch die Anfangsbuchstaben ersetzt; wo Verwechslungsmöglichkeiten entstehen, ist der Herkunftsort in Klammern hinzugefügt. Der frühere Kieler Parteisekretär Hansen war von 1933 bis 1940 Vertreter des Prager SPD-Vorstandes in Kopenhagen. Otto Buchwitz (50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin [-Ost] 1949, S. 154 ff.) gibt in seinen auch sonst vielfach unzuverlässigen Memoiren ein tendenziöses, teils ins Verleumderische abgleitendes Bild der sozialdemokratischen Emigration in Kopenhagen und der Tätigkeit Hansens.

[2] Mitglied des Parteivorstandes der dänischen Sozialdemokratie; identisch mit Hans Hedtoft, dem verstorbenen dänischen Ministerpräsidenten.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß von dort aus der Vorwärts als Wochenzeitung erscheinen soll. Über die Art, wie der Vorwärts in Deutschland verbreitet werden soll, werdet Ihr ja Näheres mitteilen.

Hier oben in Dänemark befinden sich bis jetzt nur wenige deutsche Flüchtlinge, die sich, soweit sie in Kopenhagen sind, fast täglich beim Parteivorstand treffen. Darunter befinden sich der Genosse R., Braunschweig, P. aus Kiel, Lehrer P. aus Stralsund und der Genosse Anton P., ehemaliger Landarbeitersekretär in Schleswig-Holstein. Außerdem halten sich noch einige jüngere Genossen außerhalb Kopenhagens auf. Die Art, wie von hier aus die Arbeit gedacht ist, habe ich selbstverständlich bis heute nur mit dem dänischen Parteivorstand besprochen. Der Genosse R. hat außerdem einige Aufzeichnungen aus seinen Erfahrungen gemacht und einige kurze Stimmungsbilder geschrieben. Leider wird nicht nur von den Parteigenossen in Deutschland, sondern auch von den im Auslande befindlichen und auch von den ausländischen Genossen manches, was in der letzten Zeit in der deutschen SPD passiert ist, nicht verstanden. Unter anderem, weil führende Genossen, wie z. B. Löbe, in bezug auf die Haltung der Genossen im deutschen Reichstag eine so merkwürdige Ansicht vertreten. Mir wurde hier von vielen Parteifreunden erklärt, es sei doch merkwürdig, daß ausgerechnet Paul Löbe, der doch früher zum radikalen Flügel gehörte, jetzt solche Erklärung zu dem Artikel des Genossen Stampfer verbreiten läßt[3]. Es wird nicht verstanden, warum unsere Leute solche Erklärung abgeben, wenn nicht einmal die Regierung derartige Dementis losläßt. Außerdem wurde mir heute morgen nach meiner Rückkehr von Nordschleswig mitgeteilt, daß der Genosse R. aus Hannover Pfingsten hier in Kopenhagen war und sich bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Genossen R. (Braunschweig) und auch gegenüber dem Genossen Hans Hansen in sehr befremdlicher Weise geäußert hat, durch die das Zusammenarbeiten nicht erleichtert wird. Die Ursache hierzu war folgende: Der Genosse R. (Braunschweig) hatte für den hiesigen Sozialdemokraten[4] einen Artikel über die SA-Revolte in Hannover geschrieben und diesen mit R. gezeichnet. R. (Hannover) hat bei der hiesigen Redaktion sowie bei R. (Braunschweig) und Hans Hansen erklärt, sie sollten solche Sachen unterlassen. Sie sollten bei der Wahrheit bleiben; sie verbäten sich überhaupt, daß vom Auslande irgendwie in die innerdeutschen Angelegenheiten eingegriffen würde. Ende dieser Woche solle eine Sitzung der Reichstagsfraktion stattfinden, in welcher dem Gen. Wels ein Ultimatum gestellt werden würde, sofort nach Deutschland zurückzukehren. Sonst würde die Fraktion den Parteivorstand absetzen[5]. Ich hätte dieses natürlich nicht berichtet, wenn es sich hier um die Äußerung irgendeines beliebigen Genossen handelte. Da der Genosse R. (Hannover) aber nicht nur bei uns, sondern auch bei einigen dänischen Genossen bekannt ist, hat diese Äußerung hier sehr verstimmend gewirkt. Nicht ganz mit Unrecht fragte mich danach Hans Hansen, was denn nun eigentlich richtig sei, ob wir nun, wie der Genosse Krummenerl[6] uns mitteilte, von hier aus arbeiten sollen, oder ob die angeblich in Deutschland gewünschte Passivität angewandt werden solle. Ich habe dem Genossen Andersen[7] sowie dem Genossen Hans Hansen erklärt, daß bis zu einer eventuellen anderen Entscheidung durch den Genossen Wels es bei den Vereinbarungen bleiben wird und ich nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die einzige Stelle, die Anweisungen erteilen kann, unter Führung des Gen. Wels steht. Vielleicht ist es gut, wenn dies gelegentlich auch einmal in einem Rund-

[3] Vgl. Dokument 1.

[4] „Socialdemokraten", Parteiorgan der dänischen Sozialdemokratie.

[5] Vgl. den Verlauf der Fraktionssitzung vom 10. 6., Dokument 1.

[6] Richtig: Crummenerl.

[7] Alsing Andersen, Mitglied des Parteivortandes der dänischen Sozialdemokratie.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schreiben an die Organisationen der Internationale bekannt gemacht wird, denn sonst werden wir bald ein halbes Dutzend Parteileitungen haben. Nun zu der Arbeit selbst. Das beiliegende Flugblatt ist am Sonntag durch dänische Jugendgenossen an deutsche Ausflügler verteilt worden. Bei meiner Fahrt nach Nordschleswig habe ich weiter die Möglichkeit des Hinüberschaffens von Material nach Deutschland mit den in Frage kommenden Genossen besprochen und festgelegt. Leider ist eine von uns in Aussicht genommene Art nicht mehr durchführbar, da unsere drei in Kiel stationierten Segelboote von der SA gestohlen worden sind. Hier Ersatz zu schaffen, wird nicht ganz leicht sein, da wir wohl bis zur deutschen Hoheitsgrenze von hier aus mit Fischerbooten arbeiten können. Wegen der hohen Zölle laufen sie nämlich nicht mehr in die Häfen ein, und die deutschen Fischer sind in jeder Beziehung unzuverlässig. Der Genosse W. in Kiel bemüht sich, unsere Boote durch Gerichtsbeschluß wieder frei zu bekommen. Sollte das mißglücken, wäre eventuell zu erwägen, ein seetüchtiges Boot mit Motor zu erwerben, um zugleich auf diesem Boot unseren vorhandenen K.-W.-Sender[8] einrichten zu können. Allerdings würde die Beschaffung eines solchen Bootes mindestens 2500–3000 Mark kosten. Vorläufig werden wir andere Ausgangsmöglichkeiten ausnutzen. In Deutschland selbst werden dann neben der Materialverschickung an die großen Orte auch per Post Zustellungen erfolgen in der Form, daß diese Postsendungen hier von mir vollständig fertig gemacht über die Grenze gebracht und dort in den verschiedenen größeren Ortschaften zur Post gegeben werden. Zur Durchführung dieser Arbeit ist nur ein kleiner Apparat in Schleswig-Holstein und Hamburg notwendig. Es werden neben den Portoauslagen natürlich auch einige Fahrtkosten entstehen.

Zum Schluß hätte ich noch eine Bitte. Ich habe festgestellt, daß auch Bundesvorstandsmitglieder des Reichsbanners im Auslande arbeiten und sich auch hier mit der Parteileitung in Dänemark und Schweden in Verbindung gesetzt haben. Der hiesige Parteivorstand hätte nun gerne gewußt, ob diese Arbeiten des Reichsbanners im Einverständnis und nach Rücksprache mit dem Parteivorstand in Deutschland erfolgen. Ich bitte auch um Mitteilung, ob einer Bewegung, die scheinbar von einigen früheren Jungsozialisten in Deutschland ausgeht, die genügende Beachtung geschenkt wird, da auch hier aus dem Munde eines Anhängers dieser Gruppe den Genossen P. (Kiel) und R. (Braunschweig) erklärt wurde, daß die ganze Arbeit vom Auslande Unsinn sei; daß sie gar nichts gebrauchten, weder Zeitungen noch Flugschriften usw. Ihre neue Organisation stehe schon fix und fertig da[9]. Hauptsache sei, daß erst einmal Otto Wels beseitigt würde. P. und R. haben mir voller Empörung diese und noch ähnliche Äußerungen mitgeteilt. Vielleicht braucht man diese Dinge ja nicht tragisch zu nehmen. Es ist aber gut, wenn wir wissen, was für Gruppen und Richtungen unter Umständen versuchen, in der Partei Fuß zu fassen. Den Namen des in Frage kommenden Genossen will ich vorläufig nicht mitteilen, damit der ganze Bericht nicht etwa den Anschein einer Angeberei erweckt. Ich halte es aber im Interesse des Abwehrkampfes gegen den Faschismus für notwendig, volle Klarheit über die verschiedenen Strömungen in unseren eigenen Reihen zu schaffen.

Mit Parteigruß

Richard Hansen

---

[8] Zur Beschaffung von KW-Sendern durch den Parteivorstand der SPD vgl. Textteil, I; es handelt sich offenbar um einen Sender aus diesem Bestand.

[9] Vielleicht Vertreter der Gruppe „Neu Beginnen"; vgl. Textteil, VI. Dieser Annahme wird jedoch von Fritz Heine widersprochen, nach dessen Auffassung es sich um eine andere jungsozialistische Gruppe handelt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 3

Der Berliner Jugendkonflikt vom April 1933 und die Anfänge der illegalen Arbeit[1]

. . . Diese Serie der Anpassungsversuche wurde empfindlich durch das Verhalten der Berliner Jugendorganisation gestört. Die Berliner SAJ[2] hatte seit Jahren in Opposition zur politischen Grundlinie der Partei gestanden. Ursprünglich ein wesentlicher Bestandteil der Seydewitz-Opposition, war sie bei der Abspaltung der späteren SAP[3] unter dem Einfluß der Gruppierung „Neu Beginnen"[4] zum überwiegenden Teil in der Sozialdemokratie geblieben. Die leitenden Funktionäre der Jugend hatten es verstanden, eine fruchtbare Jugendarbeit aufzubauen und die Organisationen besonders politisch zu befestigen[5].

„Die Berliner Jugendorganisation traf im Juli 1932 die ersten Vorbereitungen für den Fall des Verbots. Durch ein Netz besonders ausgewählter Funktionäre entstand bereits vor dem 30. Januar 1933 ein System von „Fünfergruppen", das bis zum Juli 1933 die fast vollständige Weiterführung der Jugendarbeit ermöglichte . . . Es liegt auf der Hand, daß nach dem 30. Januar die Jugendleitung ihr Hauptaugenmerk auf die Sicherung der Zukunft der Organisation richtete. Darum wurden in allen Bezirken mehr die Regeln der Konspiration gedrillt, als die Belange der „normalen Jugendarbeit" beachtet. Im März wurde schließlich der alte Gruppenbetrieb in offiziellen Jugendheimen gänzlich eingestellt. Das Jugendsekretariat war nur noch eine Attrappe, alles wertvolle Material war sichergestellt, die der Jugend gehörenden Gelder in der Höhe von 13000 Mark waren unter

[1] Auszüge aus dem Manuskript eines unbekannten Verfassers: „Die deutsche Sozialdemokratie im Jahr der faschistischen Machtergreifung. Eine Materialsammlung", 62 Schreibmaschinenseiten, Durchschlag im Besitz des „Internationalen Instituts für Sozialgeschichte", Amsterdam. Die verarbeiteten Quellen und Publikationen lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß das Manuskript 1934 entstanden ist. Der Verfasser bemüht sich um einen unpolemischen Ton. Es ist daher nicht möglich, ihn eindeutig einer bestimmten Gruppe der Emigrationssozialdemokratie zuzurechnen, obgleich vermutet werden darf, daß er sich der Gruppe „Neu Beginnen" verbunden fühlte. Auf jeden Fall ist er im Kreise derer zu suchen, die dem Prager Parteivorstand stark kritisch gegenüberstanden. – Der erste Auszug ist dem Kapitel „Der Anpassungsversuch der Sozialdemokratie" entnommen (S. 9 bis 11 des Manuskripts), der zweite – „Der Beginn der illegalen Arbeit" – bildet ein selbständiges Kapitel (S. 15 bis 17 des Manuskripts).

[2] Sozialistische Arbeiter-Jugend. – Nach Heine war das Bild differenzierter. Es habe sich keineswegs um die ganze Berliner SAJ gehandelt.

[3] Sozialistische Arbeiter-Partei. Die SAP splitterte sich im Herbst 1931 unter Führung von Seydewitz, Dr. Rosenfeld und Dr. Eckstein von der SPD ab. Vgl.: Ludwig Bergsträsser, „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland", 7. Aufl., München 1952, S. 241 f.; Sigmund Neumann, „Die deutschen Parteien", Berlin 1932, S. 34 f.

[4] Für die Gruppe „Neu Beginnen" s. Textteil, VI.

[5] Das folgende lange Zitat ist anscheinend einem Memorandum entnommen, das im Kreis der führenden Vertreter der Berliner Jugendorganisation entstanden sein muß. Darauf läßt nicht nur die eingehende Kenntnis der Vorgänge, die der Verfasser besitzt, schließen, sondern es ist auch auffällig, daß alle übrigen Beteiligten namentlich genannt werden, während die Namen der Berliner SAJ-Führer fehlen. Die Möglichkeit, daß der letzte Berliner SAJ-Vorsitzende, Erich Schmidt, selbst der Verfasser des Memorandums sein könnte, ist nicht auszuschließen. – Die durch . . . gekennzeichneten Auslassungen sind aus dem Manuskript übernommen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Decknamen auf einer Staatsbank deponiert. Diese Maßnahmen führten zu einem Zusammenstoß mit der Reichsleitung der Jugend. Erich Ollenhauer verlangte die volle Wiederaufnahme der alten Arbeit, die Einstellung der illegalen „Mätzchen" und die Wiederherstellung des alten Betriebes im Jugendsekretariat. Der Vorsitzende der Berliner Jugend[6] erklärte seine Bereitschaft zu Zugeständnissen außer in der Frage des Aufbaues der illegalen Organisation. Ollenhauer drohte daraufhin mit organisatorischen Maßnahmen . . .[7] In der Sitzung der Jugendleitung am 3. April, an der vom Hauptvorstand der Jugend Ollenhauer, Weber und Liszt[7a] und von der Partei[8] Wendt und Lösche teilnahmen, kam es zu heftigen Zusammenstößen . . . Genosse Ollenhauer wurde (im Verlaufe dieser Sitzung) gefragt, was denn die SAJ in den Bezirken des Reiches tue, in denen sie bereits verboten sei? Ollenhauer erklärte: Im Verbotsfall ist eine Weiterführung der sozialistischen Jugendarbeit unmöglich, Beschlüsse sind noch nicht gefaßt, aber es wird etwa der folgende Weg beschritten: Die jüngeren Mitglieder werden in völlig legalen Jugendgruppen zusammengefaßt. Es soll der Versuch gemacht werden, auf diesem Wege [bis][9] etwa zu 20000 14–17jährige zu erfassen und sie indirekt sozialistisch zu beeinflussen[10]. Die älteren Mitglieder der SAJ können im Verbotsfall nicht weiter zusammengehalten werden. Diese Genossen müßten in die Partei, die ja sicher länger legal bleibe als die Jugend."

Demgegenüber bezweifelten die Jugendgenossen Fähigkeit und Möglichkeit der Partei, unter den gegebenen Umständen die älteren Jugendgenossen zu erfassen und der Bewegung zu erhalten. Sie erklärten den Gedanken, gerade die jüngeren Mitglieder getarnt zusammenhalten zu können, für illusionär. Sie erklärten schließlich, daß das Verlangen Ollenhauers, sie sollten sich nach seinen Anregungen unter allen Umständen richten, einem Verbot der Fortsetzung der politischen Jugendarbeit nach einem faschistischen Verbot der legalen Organisation gleichkomme. „Verlangt die Partei eine Anerkennung eines derartigen Beschlusses von uns, der unsere tatsächliche Auflösung bedeutet, dann bedeutet das Selbstaufgabe. Einem solchen Verlangen würden wir nicht nachkommen, denn uns steht höher als Parteidisziplin das Schicksal des Sozialismus."

Wendt erklärte für die Partei: In den Ausführungen der Jugendgenossen kommt Angstmeierei und Romantik zum Ausdruck . . . Die Weiterführung der SAJ-Arbeit im Falle des Verbots wird die Partei keinesfalls dulden . . . Wer sich den Beschlüssen der Partei in dieser Frage nicht füge, werde ausgeschlossen . . . Am 5. April ver-

[6] Erich Schmidt.

[7] Nach Ollenhauers Auskunft ging es der Parteileitung nicht darum, ernsthafte Ansätze junger Menschen zu illegaler Arbeit durch organisatorische Maßnahmen zu ersticken, sondern um die Verhinderung einer die Parteieinheit gefährdenden „Sonderorganisation", eines „illegalen Nebenapparates" in der Partei. Von der Verbindung der Berliner SAJ-Führer zur Gruppe „Neu Beginnen" war, wie auch Stampfer bestätigt, der Parteileitung zu diesem Zeitpunkt noch nichts zu Ohren gekommen.

[7a] Richtig: List.

[8] D. h. vom Berliner Bezirksvorstand.

[9] Vom Herausgeber eingefügt.

[10] Nach Ollenhauers Erinnerung fand im März eine Sitzung des Reichsausschusses der SAJ statt, in der dieser Plan erörtert wurde. Die Überführung der Arbeiterjugend in eine „Wanderorganisation ohne politischen Hintergrund" sollte unabhängig von der eigentlichen illegalen Arbeit geschehen. Man habe die Jugendlichen nicht dem nationalsozialistischen Einfluß ausliefern und auch möglichst viele der von der SAJ geschaffenen Einrichtungen retten wollen. In diesem Zusammenhang war auch die Schaffung einer neutralen Jugendzeitschrift vorgesehen, von der sogar noch eine Nummer erschienen sei.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

langte Wendt im Namen der Partei die Gelder, die von der Jugend sichergestellt worden waren, zurück. Er erklärte dem Vorsitzenden der Jugend: „Wenn du die Gelder nicht herausgibst, werden wir dich aus der Partei ausschließen und den Ausschlußgrund der Öffentlichkeit unterbreiten. Du bist nicht nur Vorsitzender der Jugend, sondern gleichzeitig Angestellter der Partei." Am gleichen Tage setzte der Bezirksvorstand den Jugendsekretär und Jugendvorsitzenden ab und legte einen Termin für die Ablieferung der Gelder an die Partei fest. Von Künstler wurde dem Jugendvorsitzenden einen Tag vor Ablauf dieses Termins bedeutet, daß das Schreiben für den Staatsanwalt bereits vorliege, also Strafanzeige erhoben würde im Falle der Nichtablieferung der Gelder[11]."

In einer gemeinsamen Sitzung vom Bezirksausschuß der SAJ, Vertretern der Partei (Litke[12], Lösche, Wendt, Mathilde Wurm) und des Hauptvorstandes der Jugend (Ollenhauer, Liszt,[13] Weber, Ohlig) erklärten sich die Vertreter der Jugend zur Herausgabe der vor dem Zugriff der Nationalsozialisten sichergestellten Gelder bereit, lehnten aber jedes Zugeständnis in der Frage des Aufbaues einer illegalen Organisation entschieden ab. Von 115 vorhandenen Jugendgruppen erklärten sich mit dieser Haltung 100 einverstanden. Am 11. April erfolgte dann der Ausschluß des Jugendvorsitzenden aus der Sozialdemokratie durch den Bezirksvorstand der Partei mit Zustimmung des Parteivorstandes in außerordentlichem Verfahren[14].

Dieser Konflikt zwischen Berliner Jugendorganisation und Partei zeigt nicht nur die Energie, mit der die Parteiführung versuchte, alles zu unterbinden, was auch nur um ein Weniges von der Linie, durch Zugeständnisse die legale Existenz der Partei zu erlangen, abwich, sondern auch das erste Auftreten von zum Widerstand gegen den Faschismus unter allen Umständen entschlossenen Kräften innerhalb der Parteiorganisationen.

Der Beginn der illegalen Arbeit

Jener Konflikt, der am Anfang April 1933 zwischen der Berliner SAJ und den Parteiinstanzen ausgetragen wurde, war nur zu einem Teil die Fortsetzung alter Richtungskämpfe in der Partei, er war vor allem der Ausdruck für einen der frühesten Versuche deutscher Sozialdemokraten, mit den neuen Bedingungen angemessenen Methoden den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland auch nach seiner Machtergreifung fortzusetzen. Die führenden Funktionäre der Berliner SAJ hatten bereits seit längerer Zeit, erheblich vor der faschistischen Machtergreifung, in engen Beziehungen zu einer Organisation gestanden, die sich darum bemühte, über die Schranken, die der Konkurrenzkampf zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterorganisationen gesetzt hatte, hinweg zu einer Kooperation fortgeschrittener Arbeiterfunktionäre im Interesse der gesamten Bewegung zu kommen.

[11] Die Persönlichkeit des Reichstagsabgeordneten und langjährigen 1. Vorsitzenden des Groß-Berliner Bezirksverbandes der SPD, Franz Künstler, läßt es ausgeschlossen erscheinen, daß er im Ernst an eine Anzeige gedacht hat. Bei dem Verhältnis zwischen den „erfahrenen" Alten in der SPD zu den Angehörigen der jungen Generation, die sich erst in langjährigen Bemühungen in der Parteihierarchie empordienen mußten, um einigermaßen für voll genommen zu werden, ist Künstlers Drohung eher als pädagogische Maßnahme zu verstehen. Der Gedankengang der „Alten" ist bei der in der SPD herrschenden Atmosphäre etwa der folgende gewesen: Wenn wir den unbedachten und voreiligen jungen Leuten das Geld wegnehmen, können sie keine parteischädigenden Dummheiten anstellen. Vgl. auch Dokument 5.

[12] Carl Litke, 2. Vorsitzender des Großberliner Bezirksvorstandes, Reichstagsabgeordneter.

[13] S. o. Anm. 7a.

[14] Nach Edinger, a. a. O., S. 354, der aber auf die Berliner Vorgänge nicht eingeht, sind damals mehrere Ausschlüsse erfolgt.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz vieler theoretischer Schwächen, trotz irriger Einschätzungen der zu erwartenden politischen Entwicklung in Deutschland – diese Organisation teilte die damals weitverbreitete Ansicht, zunächst, daß in Deutschland ein Faschismus gar nicht möglich sei, dann, nachdem dies durch die Wirklichkeit widerlegt war, daß es kein „Vollfaschismus" werden würde, um, als auch diese Perspektive nicht Realität geworden, schließlich doch die volle Bedeutung der faschistischen Machtergreifung in Deutschland zu erfassen. – Trotz dieser Irrtümer waren die organisatorischen Methoden der Gruppierung so weit entwickelt, daß die unbedingte Sicherung der politischen Arbeit unter den jedenfalls als neuartig erkannten Verhältnissen eine Selbstverständlichkeit war.

Aus der Verschmelzung der Funktionärskaders der Berliner SAJ mit dieser Organisation und anderen zur weiteren Arbeit entschlossenen Mitgliedern der bisherigen Arbeiterbewegung entstand in diesen Monaten die sozialdemokratische Gruppierung, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 mit der Schrift „Neu Beginnen"[15] hervortrat und nach ihr „Neu-Beginnen"-Gruppe oder „Milesgruppe" genannt wurde.

Die Sächsische Sozialdemokratie hatte von jeher innerhalb der Partei eine Sonderstellung eingenommen. Diese starken Parteibezirke waren der politische und organisatorische Rückhalt der Seydewitz-Opposition in der Partei gewesen und auch nach dem Ausscheiden dieser Opposition aus der Partei der politischen Linie des Parteivorstandes gegenüber kritisch geblieben. So war der Chemnitzer Bezirk der Partei trotz der mannigfachen Anpassungsversuche von Parteivorstand und Reichstagsfraktion entschlossen, auch gegen das Gesetz der faschistischen Diktatur die Tätigkeit der Partei fortzusetzen. Ein Teil besonders stark exponierter Funktionäre des Chemnitzer Bezirks waren bereits im März und April emigriert. Aber im Gegensatz zu anderen emigrierten Parteifunktionären blieben sie in weiterer enger Fühlung mit ihrer Bezirksorganisation, die sich inzwischen mit aller Energie, wenn auch oft mit mangelnder Erfahrung, dem Aufbau einer illegalen Parteiorganisation zugewandt hatte. Mitte Mai war diese vorbereitende Tätigkeit so weit fortgeschritten, daß man an die Sicherstellung der führenden und für die Stabilität der weiteren Arbeit unentbehrlich erscheinenden Funktionäre durch Übersiedlung nach Karlsbad gehen konnte. Etwa am 16. Mai 1933 trafen die Bezirksfunktionäre der Chemnitzer Parteiorganisation in Karlsbad ein. Sie beschlossen wenige Tage später, am 19. Mai 1933, die Fortsetzung der politischen Arbeit ihres Bezirks von außen, den Aufbau einer Auslandsorganisation für den Parteibezirk und die Einrichtung einer Grenzarbeit[16].

Wenn auch der Chemnitzer Parteibezirk der einzige Organisationsteil größeren Umfangs der Partei war, der vollkommen geschlossen und so frühzeitig an den Aufbau einer selbständigen illegalen Arbeit auch vom Ausland her heranging, gab es auch in den anderen Parteibezirken Sachsens wie Thüringens starke Kräfte, die die illegale Parteiarbeit aufzunehmen versuchten. So fand in den ersten 14 Tagen des Mai in Altenburg in Thüringen eine Konferenz statt, die aus den Parteibezirken Leipzig, Zwickau und Thüringen beschickt war. Die Teilnehmer dieser Konferenz beauftragten unter anderem die später kollektiv emigrierten sächsischen Genossen mit der Organisierung von Grenzsekretariaten im Ausland zur Unterstützung und Zusammenfassung der illegalen Organisationsteile.

[15] Als 2. Heft der vom Parteivorstand herausgegebenen Schriftenreihe „Probleme des Sozialismus" im Verlag „Graphia", Karlsbad, erschienen. Hinter dem Pseudonym „Miles" verbirgt sich nicht, wie in Emigrantenkreisen vielfach irrig angenommen wurde, Karl Frank, sondern Walter Löwenheim. Vgl. Matthias a. a. O., S. 292.

[16] Diese Schilderung vermittelt einen Eindruck von der Entstehung des Karlsbader Grenzsekretariats, dessen Leitung der bisherige Chemnitzer Bezirkssekretär Lange übernahm. Vgl. auch Dokument 4, Anm. 9, bes. den Hinweis Heines auf den Anteil des Parteivorstandes, der die Finanzierung übernahm, am Aufbau des Sekretariats.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 4

Konferenz mit den maßgebenden Funktionären des bisherigen Sopade-Arbeitskreises in Dresden, umfassend den bisherigen Parteibezirk Groß-Dresden[1]

Am 8. 9. 35.

Über die Arbeit in der Zeit seit 1933 geben die Genossen folgende Darstellung:

In den Monaten Juli und August 1933 wurden bereits von den im Lande verbliebenen SPD-Funktionären Versuche gemacht, einen ständigen Kontakt im Unterbezirk herzustellen. Zu jener Zeit herrschte starke Erbitterung gegen die ostsä.[2] Funktionäre, die mit den Geldmitteln ins Ausland gegangen waren und dort sich eine Existenz mit Parteimitteln gründeten. Diese Verbitterung wurde dann gemildert, als ein Teil des Geldes nach Dresden kam und dort etwa zehn Genossen eine Existenz als Händler schaffte. Bekanntlich war dieser legal arbeitende ill. Apparat bereits Ende Sept. erledigt und ca. 350 aktive Funktionäre, die mit diesem Apparat in Berührung gekommen waren, gingen in Haft. Soweit diese Genossen ihre Strafen bereits abgebüßt haben, stehen sie weiter unter Beobachtung und sind sehr verschüchtert, denn sie haben fast alle ihre Arbeitsplätze verloren. Diese ca. 300 Funktionäre waren meist Genossen über 40 Jahre. Nach dieser Zerstörung des alten SPD-Apparates ist es in Groß-Dresden nie mehr zu einer planmäßigen Arbeit gekommen. Was noch geschah, war eine Belieferung des Gebietes mit SA[3], veranstaltet durch das Büro Thiele in Bodenbach[4]. Aus allen Stadtteilen ist uns bekannt, daß diese SA in Hunderten von Exemplaren regelmäßig geschickt wurde, meist per Drucksache, oft auch im geschlossenen Brief und selten per Wurfpost, also durch Boten in Briefkasten gelegt wurde; die Methode der ill. Arbeit hat ständige Verhaftungen zur Folge gehabt und eine ungeheure Wut ausgelöst. Diejenigen Genossen, die früher Funktionen hatten, wurden immer wieder mit Vorwürfen überhäuft, warum sie nicht diese Belieferung unterbinden halfen. Für uns bestehen keine Zweifel, daß vom Büro Thiele aus, vermittels Adreßbüchern diese Belieferungen per Post betrieben worden sind, kamen wir aber zu Thiele, so bestritt er diese Arbeit. Dagegen hob er hervor, daß erst aus der Materialabgabe ein ständiger Kurierdienst erwachse. Diese Kuriere, die im Laufe der Zeit zu Thiele gefahren sind, stellen nur den Bericht einer Einzelperson dar, die sich aus früherer Zeit an Thiele geklammert. Weniger aus politischen Motiven, sondern aus persönlicher Anhänglichkeit, die bekanntlich von den Führern stark ausgenützt worden ist[5].

Was wir in Dresden jetzt tun wollen, ist eine Zusammenfassung kleiner Zirkel zu Diskussionsabenden und Vorbereitung einer Betriebszellenarbeit. Doch diese wird eine sehr schwierige Arbeit werden. Eure Meinung, daß die Betriebe bereits Widerstandszentren sind, können wir nicht unterstreichen. Im Großbetrieb ist es sogar noch ruhiger als in kleineren Betrieben, denn im Großbetriebe, der meist starke

---

[1] Original in den Handakten Hans Vogels, Parteiarchiv der SPD. Maschinenschriftliches Manuskript von sieben Seiten. Die Niederschrift wurde vermutlich von einem Vertrauensmann des Prager Vorstands angefertigt; der Vorstand selbst kann nicht an dieser Sitzung beteiligt gewesen sein; siehe unten Anm. 9.

[2] Ostsächsische.

[3] „Sozialistische Aktion", Organ der SPD für die illegale Verbreitung in Deutschland, löste im November 1933 die Kleinausgabe des „Neuen Vorwärts" ab.

[4] Grenzsekretariat. Für die Aufgaben der Grenzsekretariate vgl. Matthias, „Sozialdemokratie und Nation", a. a. O., S. 23.

[5] Soll heißen, daß die Berichte dieser Kuriere nicht repräsentativ für die illegal Arbeitenden sind.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fluktuation aufweist, kennen sich die Arbeiter weniger und sind deshalb mißtrauischer als im kleineren Betrieb.

Soweit wir unsere Genossen kennen, es sind für ganz Dresden gesprochen ca. 100 verläßliche jüngere Freunde, lehnen sie jetzt irgendein Parteibekenntnis ab, sie wollen nur Sozialisten sein. Auch dieser RS-Kreis[6] darf nicht die „neue Partei" sein wollen, da gehen wir nicht mit. Zeigt uns eure Wege, und wir werden mit euch gehen. Die Firma ist uns gleich. Tut aber alles, um die Gruppen auf eine einheitliche Aktionslinie zu bringen, auch mit SAP[7] und KP, soweit letztere nicht parteiegoistisch eingestellt ist . . .

Unser Wille ist, mit einer Emigration zusammenzuarbeiten, die ein Zentrum des revolutionären Wollens darstellt, die auch die nötige Klarheit über Weg und Ziel schafft, damit Anziehungskraft entfaltet werden kann und (wir)[8] meinen, daß sich um solche wegweisende Arbeit sicher die besten Kämpfer Deutschlands scharen werden. Gewiß wäre es schön, wenn wir eine Person als Schild herausstellen könnten, aber das ist nicht entscheidend, maßgebend bleiben die Handlungen in der Praxis. Das Wollen der RS-Leute müßte aber unbedingt weit sichtbar gemacht werden in der internationalen Diskussion sowie in dem Bekenntnis zur Einheitsfront mit KP und den brauchbaren Resten der Splitter. Arbeiten die RS-Leute und das Karlsbader Sekretariat[9] in diesem Sinne weiter, so werden wir Dresdener uns stets dazu bebekennen und werbend tätig sein. Wir bilden uns nicht ein, daß wir große Theoretiker in unserer vordersten Front aufweisen können, wir haben mehr Tatmenschen an uns, und diese suchen eine Stütze für die Tagesarbeit und brauchen einen freien Blick für die Gesamtaufgabe. Deshalb versprechen wir ständige Kurierverbindung zu halten und das RS-Material[10] zu verbreiten.

Dokument 5

Erfahrungen in der illegalen Arbeit[1]

I. Die Ereignisse des Jahres 1933[2]

Man kann die Bedeutung der Ereignisse des Jahres 1933 für die heutige Einstellung der aktiven Teile der Arbeiterschaft nicht hoch genug einschätzen. Es ist ein Fehler, so zu tun, als sei nichts geschehen, was uns veranlassen könnte, unsere An-

---

[6] „Revolutionäre Sozialisten", vgl. Matthias, a. a. O., S. 31 ff.

[7] „Sozialistische Arbeiterpartei", linksradikale Gruppe, die sich 1931 von der SPD abgespalten hatte.

[8] Vom Herausgeber hinzugefügt.

[9] Für die „Revolutionären Sozialisten" arbeitendes Grenzsekretariat, offensichtlich Veranstalter der Konferenz. In einem Rundschreiben vom 30. 1. 1935 gab der Prager Parteivorstand bekannt, daß er das Arbeitsverhältnis zu dem bisherigen Grenzsekretär „für das Gebiet Karlsbad-Teplitz und für die sächsischen Bezirke Chemnitz-Zwickau-Leipzig", Lange, mit sofortiger Wirkung gelöst habe, „da er sich geweigert hat, den Parteivorstand über seine gesamte politische und organisatorische Arbeit loyal zu informieren". – Nach Auskunft Heines begann der Konflikt mit dem Grenzsekretariat, das von der SOPADE geschaffen und unterhalten worden sei, Ende 1933 oder Anfang 1934. Für die selbständige Aktivität der Chemnitzer Funktionäre vgl. Dokument 3.

[10] In erster Linie die seit 1935 erscheinenden „RS-Briefe".

[1] Manuskript im Besitz des Verfassers, der mir persönlich bekannt ist; Gesamtumfang 96 Schreibmaschinenseiten. – Die vorausschauend im Sommer 1932 gebildete illegale Gruppe, aus der heraus die Niederschrift entstanden ist, begann ihre Arbeit mit etwa 250 Leuten, die

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schauungen mit rückhaltloser Offenheit einer Prüfung zu unterziehen. Der Zusammenbruch aller Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung war für die Genossen das Erlebnis, das eine politische Welt für sie zertrümmerte, das sie zu einer Kritik der deutschen Arbeiterbewegung veranlaßte und sie wichtige Fragen in einem neuen Lichte sehen ließ.

Es galt für die Genossen, welche die sozialistische Arbeit in der Zeit der Hitlerdiktatur nicht ruhen lassen wollten, „neu anzufangen", und zwar in dem Sinne, daß die Probleme, die eine ganz neue Situation der deutschen Arbeiterbewegung stellte, durchdacht werden mußten, um aus der Klärung der Ziele der Arbeiterbewegung Maßstäbe zur Beurteilung des Geschehenen und Klarheit über den einzuschlagenden Weg zu erlangen. Es gab ja keine sachliche Situation in der Vergangenheit, in der die jetzt aktuellen Fragen bereits einmal hätten durchdacht werden können. Aber es war keine Möglichkeit, in dem Sinne von vorne anzufangen, daß man sich etwa „den Marxismus neu erarbeitete", um dann politisch zu arbeiten, sondern die Genossen, die selbst im Zusammenbruch der Arbeiterbewegung nicht verzweifelten, wollten wissen, was nun werden solle und wie sie selbst wieder andere Genossen aufrichten könnten. Man hat nicht in dem Sinne neu anfangen wollen, als ob niemals vorher eine Arbeiterbewegung existiert habe, sondern man glaubte die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung fortzuführen, wenn man sich im Glauben an den Sozialismus um Klarheit über Ziel und Weg der Arbeiterbewegung bemühte und sich gelobte, trotz den Gefahren für den Sozialismus zu kämpfen. Man muß sich die Bedeutung des Zusammenbruchs der Bewegung für die Genossen vor Augen halten, um die richtige Stellung zur Beurteilung der heutigen Arbeit einzunehmen.

---

im Herbst 1932 intensiv auf die illegale Tätigkeit vorbereitet wurden, u. a. an Hand von kriminalistischen Lehrbüchern über die Methoden polizeilicher Beobachtungen, Verhöre usw., wie sie auf den Polizeischulen benutzt wurden. Die aus der SPD hervorgegangene Gruppe, die auch nach dem Verbot der Partei den Kontakt zur Emigrationssozialdemokratie aufrecht erhielt, nannte sich ab August 1933 „Sozialistische Front", um zu dokumentieren, daß sie sich nicht als Fortsetzung der zusammengebrochenen alten Parteiorganisation fühle. Sie konnte bis zum Sommer 1936 im wesentlichen ungestört arbeiten und wurde dann durch die Massenverhaftungen der Gestapo im Grundgefüge zerstört. Der Leiter der Gruppe, der nach Holland entkam und auch die ganze Besatzungszeit, illegal lebend, dort überstanden hat, ist auch Verfasser des unmittelbar darauf, im November 1936, entstandenen Memorandums „Erfahrungen in der illegalen Arbeit", das er dem Prager Vorstand zuleitete. Die hier wiedergegebenen Teile sind, obleich sich manches wiederholt, nur unwesentlich gekürzt. Wir sind sehr arm an Zeugnissen, die die Reaktion auf die Niederlage innerhalb der Arbeiterbewegung, die Erfahrung der Illegalität an der Basis einer relativ großen Organisation und die noch ungebrochene Stimmung des Kampfes gegen die Diktatur so unmittelbar widerspiegeln. Ich jedenfalls wüßte kein Pendant. Das nicht nachträglich überarbeitete Schreibmaschinenmanuskript zeigt stilistisch alle Spuren einer sehr eiligen Niederschrift. Der Verfasser, geborener Hannoveraner, sozialdemokratischer Akademiker und Redakteur, macht sich zum Dolmetsch der Auffassungen und Gefühle seiner Kampfgefährten, der illegalen Arbeiter und kleinen Funktionäre, er kennt die Organisation in all ihren Verzweigungen, und schließlich beweist er trotz aller Gefühlsbetontheit der Urteile bei der Schilderung der Lehren des Zusammenbruchs und bei der Charakterisierung der verschiedenen Formen illegaler Arbeit seine analytische Fähigkeit. – Für ergänzende Mitteilungen über die Gruppe, ihre Arbeitsweise und ihr Schicksal, die, wo keine besondere Quellenangabe erfolgt, auf mündliche Auskünfte des Verfassers zurückgehen, vgl. unten Anm. 20–23 und Textteil, VI; zur Interpretation des Dokuments s. Textteil, VII.

[2] S. 1–15 des Originals.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Erlebnis des Zusammenbruchs

... Die von bewunderungswürdiger Disziplin beherrschten Organisationen brachen zusammen, ohne daß sie im Kampfe von den Gegnern besiegt waren. Bis zum März war die Eiserne Front die Hoffnung der Arbeiter. Die Massendemonstrationen der Eisernen Front im Februar waren von überwältigender Wucht; niemals vorher marschierten diese Massen so sehr von einem Willen beseelt und mit solchem Ernst, den die damaligen Wochen auch dem letzten Genossen einhämmerten. Man darf sich darüber nicht täuschen lassen: es war wirklich so, daß die Massen der Eisernen Front an einen Widerstand der Arbeiterbewegung glaubten. Jetzt war die Zeit da, auf die wir seit dem 14. September 1930[3] hingewiesen hatten: in jeder Versammlung in Stadt und Dorf hatten wir gesagt, daß wir nicht nur mit dem Stimmzettel den Nationalsozialismus abwehren würden, sondern daß wir, wenn es nötig ist, auch von unseren hochgereckten Fäusten Gebrauch machen würden. Im Herbst 1932 wurde in den großen Kundgebungen der Eisernen Front von den Massen in feierlicher Form der Schwur abgelegt, bis zum Letzten für die Freiheit des Volkes zu kämpfen, und wenn es sein müsse, auch mit dem Leben dafür einzustehen. Ganz gewiß haben die Arbeiter es damit ernst gemeint, ganz gewiß haben sie unsere entschlossenen Aufrufe in jenen Kundgebungen so aufgefaßt, wie sie gesagt wurden. Nun mußte es also „losgehen", und es war nur natürlich, daß die Genossen, die über Schuß- oder einfache Stichwaffen verfügten, diese mit besonderer Sorgfalt in Ordnung brachten, und daß andere Genossen, die nicht über Waffen verfügten, ihre Freunde nach Suhl und anderen Orten schickten, um Waffen zu besorgen. Die Erwartung, von der Führung aufgerufen zu werden, wurde noch dadurch gestärkt, daß hohe Gewerkschaftsstellen zum Schutze der Häuser ebenfalls Waffen besorgten. Am 31. Januar 1933 soll der Vorsitzende des ADGB Delegationen, die aus verschiedenen Großbetrieben des Reiches in Berlin vorsprachen, um anzufragen, ob jetzt die Anweisungen für den Generalstreik in Kraft treten sollten, geantwortet haben: Noch nicht; aber bereitet alles bestens vor, wir werden euch rufen[4]. – Diese Darstellung wurde von führenden Gewerkschaftlern als verbürgt verbreitet. Es ist hier belanglos, ob der Generalstreik damals angewandt werden konnte, es ist auch belanglos, ob

---

[3] Tag der Reichstagswahlen, die das plötzliche Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen brachten.

[4] Für die Bundesausschußsitzung des ADGB am 31.1.33 vgl. Textteil, I u. III. In der Sitzung von Parteiausschuß, Parteivorstand und Reichstagsfraktion am gleichen Tag, an der auch Vertreter der Eisernen Front teilnahmen, soll, nach Buchwitz, a. a. O., S. 136 f., der zweite ADGB-Vorsitzende Graßmann in der Diskussion erklärt haben: „Wir haben alles vorbereitet und sind nicht gewillt, die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts preiszugeben." Auch Otto Wels habe geäußert: „Wir haben die ganze Nacht getagt mit den Genossen vom Reichsbanner und der Eisernen Front, es ist alles vorbereitet zum Handeln." Buchwitz, dessen Zeugnis man hier trotz seiner notorischen Unzuverlässigkeit als Bestätigung der allgemeinen Tendenz anführen kann, kommentiert: „Mit dieser Zusicherung fuhren damals viele von uns heim und organisierten den zu erwartenden Widerstand. Nichts erfolgte. Aber dann holte die braune Mordbande unsere Funktionäre einzeln in die braunen Häuser und in die KZ und schlug sie erbarmungslos nieder. Eine Welt brach in ihnen zusammen." Daß in dieser Sitzung die Generalstreikhoffnungen eindrucksvoll Ausdruck fanden, wird ferner von Josef Felder (mündliche Auskunft) bestätigt. Hans Vogel habe geäußert: „Es wird ein Signal gegeben werden." Besonders deutlich entsinne er, Felder, sich der Stellungnahme eines führenden Eisenbahngewerkschaftlers (vermutlich der Abg. Hans Scheffel, seit 1918 Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner), daß bei Ausrufung des Generalstreiks keine Lokomotive ausfahren werde. Vgl. auch Textteil I u. III.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jene Darstellung richtig ist; man muß sich vor Augen halten, daß die Genossen diese Darstellung hörten, daß sie sich sehr schnell verbreitete und daß später die Genossen sagten: Wir haben gewartet, aber man hat uns nicht gerufen. Um zu verstehen, mit welcher Wucht der Zusammenbruch auf die Genossen wirkte, darf man nicht sagen: „In Wirklichkeit waren die Dinge ja aber ganz anders", sondern man muß sich in die Lage der Genossen versetzen und sehen, wie sie auf Grund der Information, die sie von ihren Funktionären erhielten – im Betriebe von den Betriebsräten und in der Partei von den Bezirksführern –, den Verlauf der Dinge sehen mußten. Genau so verhält es sich mit folgender Darstellung, die von Mitgliedern des Bundesausschusses des ADGB, nämlich einem Bezirkssekretär des ADGB und zwei Hauptvorstandsmitgliedern eines großen Verbandes verbreitet wurde: In der ersten Bundesausschußsitzung des ADGB im Februar (am 12.?)[5] wurde von einem Bundesvorstandsmitglied auf die Anfrage eines Verbandsvorsitzenden geantwortet, daß die Anweisungen für den Generalstreik weiter Geltung hätten und daß für besondere Industrien, vor allem die chemische, noch besondere Anweisungen für Sabotageakte ergehen würden. In einer zweiten Bundesausschußsitzung Ende Februar[6] sei dann erklärt worden, die Entwicklung werde sich in Ruhe vollziehen und an den Generalstreik werde nicht mehr gedacht. Immer blieb noch die Hoffnung auf die politischen Organisationen der Eisernen Front, die Partei und das Reichsbanner, von deren Waffenbesorgungen ebenfalls bestimmte Zahlen angegeben wurden.

Aber es regte sich kein Widerstand. Die Zeitungen wurden „bis auf weiteres" verboten, die Gewerkschafts- und Volkshäuser wurden besetzt, und als am 2. Mai die Gewerkschaften von der NSBO „übernommen" wurden, begruben die Arbeiter den letzten Rest Hoffnung auf eine Abwehr des Faschismus. Selbst in nationalsozialistischen Darstellungen dieser Aktion gegen die Gewerkschaften wird hervorgehoben, daß immer noch die Furcht vor einer Erhebung der Massen bestand, solange die Arbeiter in den Millionenorganisationen der Gewerkschaften vereinigt waren. Und auch jeder organisierte Arbeiter wußte, daß die Organisation die Voraussetzung für jede Aktion ist. Mit der „Übernahme" der Gewerkschaften schwand auch die letzte Hoffnung.

Was nach dieser Zeit noch öffentlich getan wurde, erschien dem weitaus größten Teil der Genossen als sinnlos. Ein großer Teil der unteren Funktionäre verlangte damals von der Partei, daß sie nicht auf ihr Verbot warte, sondern freiwillig in die Illegalität gehe, wodurch sie das Vermögen der Parteigeschäfte retten und die illegale Arbeit in Deutschland noch wirkungsvoll selbst vorbereiten könne. Man sollte nicht das Verbot, das ruhmlose Ende abwarten; denn politisch sei die Partei bereits tot, weil es für eine sozialdemokratische Partei im nationalsozialistischen Staat ja keine Möglichkeit freier Betätigung mehr gebe. Wenn man auch den persönlichen Mut einiger Genossen im Reichstag und Landtag bewunderte, so hatte man doch kein Verständnis mehr dafür, daß die Partei sich noch in den Parlamenten betätigte. Selbst von Reichstagsabgeordneten wurde auf Grund von gegen Abgeordnete ausgestoßenen Drohungen der Reichstag als Räuberhöhle bezeichnet; die Genossen mußten sich also sagen: Unser demokratischer Stolz und unsere politische Ehre sollten es uns verbieten, in eine Räuberhöhle hineinzugehen. Also es bestand in weite-

[5] In der „Gewerkschaftszeitung", die sonst regelmäßig die Bundesausschußsitzungen registriert, wird über eine Sitzung in diesen Tagen nichts berichtet, was jedoch gerade in dieser Situation nicht ausschließt, daß trotzdem eine stattgefunden haben könnte.

[6] Am 28. 2., dem Tag nach dem Reichstagsbrand, fand – laut „Gewerkschaftszeitung", 4. 3. 1933 – eine Sitzung statt. Ob der Bundesausschuß auch in den Tagen vor dem Brand, der eine neue Situation schuf, getagt hatte, war nicht festzustellen.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sten Kreisen die Ansicht, daß die Partei selbst, da sie legal nicht mehr arbeiten könne, die illegale Arbeit vorbereiten solle. Besonders war die Ansicht in den wenigen Großstädten weit verbreitet, in denen schon im Sommer 1932 die Anregung des Parteivorstandes befolgt war, illegale Gruppen aus den zuverlässigsten und aktivsten Funktionären zu bilden, welche die Parteiarbeit leisten sollten, wenn der legale Parteiapparat nicht mehr werde arbeiten können; die Bildung dieser illegalen Gruppen, welche die parteitreuesten Genossen umfassen mußten, wurde damit begründet, daß die Regierung Papen nach den Ereignissen in Preußen vielleicht auch einmal die Partei verbieten könne. Jetzt war das Ende wirklich da, und man sah es nicht, obwohl wir über die italienische Entwicklung sehr genau unterrichtet waren und den Arbeitern stets gesagt hatten, daß die italienischen Zustände auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse sein würden, wenn Hitler an die Regierung komme. Wir waren uns früher auch immer über den Ernst dieser Gefahr klar gewesen; denn die kommunistische Ansicht, man solle Hitler, damit er sich schnell abwirtschafte, nur an die Regierung lassen, bekämpften wir mit dem richtigen Argument, daß Hitler wohl auf demokratischem Wege an die Regierung kommen könne, daß man ihn aber bestimmt nicht auf dem demokratischen Wege aus der Regierung wieder entfernen könne. Es war, als seien diese oft geäußerten klaren und richtigen Einsichten vergessen und als beherrsche eine furchtbare Ratlosigkeit die verantwortlichen Genossen. Man hatte illegale Gruppen aufgestellt und ihnen den Ernst ihrer Verantwortung eingeprägt, aber jetzt, wo es Zeit zur Arbeit war, weil die Genossen irgend etwas von der Partei hören mußten, hatte die Führung der Partei Angst davor, daß etwas getan werden könne, ja man drohte den illegalen Genossen damit, daß sie der Polizei denunziert werden würden, wenn sie etwas tun würden.

Diese Genossen haben in jenen Monaten Tag für Tag die Genossen aufgesucht und mit ihnen gesprochen; sie wollten die Verbindung niemals abreißen lassen. Jetzt, schon vor dem Verbot der Partei, hatten diese Genossen die Verbindung herzustellen; denn, was niemals jemand für möglich gehalten hatte: die bewundernswürdigen Organisationen waren atomisiert; selbst in den unteren Gliederungen der Partei bestand keine Fühlung mehr. Der Zusammenhalt war dahin. Wie wahr war doch das Wort gewesen, daß der einzelne Arbeiter schwach und ohnmächtig ist und daß er nur durch die Organisation Stärke und Selbstbewußtsein bekommt! Die Menschen blieben, aber Hoffnungslosigkeit, tiefe Enttäuschung war das Gefühl, das die Massen beherrschte. Wie nachdrücklich wurde ihnen diese Hoffnungslosigkeit eingebläut durch das viehische Wüten der faschistischen Horden und der Gestapo, das die Auflösung der Arbeiterorganisationen begleitete! Kaum eine Funktionärfamilie, in der sich nicht Verhaftungen und Mißhandlungen ereigneten. In jeder Großstadt Morde an Arbeitern, Schändungen des Menschen. Wer sein ganzes Leben für die Arbeiterbewegung gekämpft hat und dann von entmenschten Banden, die nichts wissen von den Idealen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, mißhandelt wird, der hatte ein Erlebnis, das ihn sein ganzes weiteres Leben niemals verlassen wird. Wie oft haben wir von jungen Genossen gehört: „Und wenn ich ein Greis werde, das vergesse ich nicht!"

Alle politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Organisationen waren vernichtet; große Werte, die von den Arbeitern unter Entbehrung an Geld und Freizeit geschaffen waren, zerstört oder enteignet. Damit war die Hoffnung auf eine sinnvolle Gestaltung des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens vernichtet. Wir haben in jenen Monaten alte Genossen Tränen vergießen sehen und junge Funktionäre zornig und grimmig über das Versagen der Arbeiterorganisationen sprechen hören, über „geistige Waffen" und „Ruhe und Besonnenheit" usw. Das war keine Freude. Es zeigte sich, daß die bewunderungswürdige Disziplin und das blinde Vertrauen der

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Genossen eine sehr, sehr weit verbreitete Schwäche verdeckte: Die Massen unserer Genossen waren nicht an eigenes Denken gewöhnt worden; aus Disziplin waren sie zu eigenem Denken und selbständigem Handeln unfähig. Es ist kein Wunder, daß das Vertrauen zu den Organisationen dahin war. Aber es wurde in der Folge festgestellt, daß alte und junge Genossen, die diese Erschütterung erlebt hatten und nach einer sehr kritischen Prüfung sich wieder zur Mitarbeit einfanden, die eifrigsten und zähesten wurden.

Es muß besonders unterstrichen werden, daß in allen Richtungen die Enttäuschung allgemein war. Es war kein Verständnis da für die Feststellung, daß die Arbeiterklasse „den ungeheuren Aufgaben der Zeit noch nicht gewachsen" gewesen sei[7], nachdem doch auf früheren Parteitagen das Selbstbewußtsein der Partei so starken Widerhall gefunden hatte. Denkende Kommunisten höhnten über die Feststellung des Exekutivkomitees der Komintern, daß die Politik der KPD bis zum Ende „richtig" gewesen sei[8]. Mancher von ihnen gab sogar zu, daß die Enttäuschung der besten Kommunisten über das Versagen ihrer Partei schlimmer sei als die Enttäuschung der Sozialdemokraten über das Versagen der SPD; denn die KP habe ja immer den bewaffneten Aufstand verherrlicht, als ultimo ratio, ja sogar als Notwendigkeit gepredigt. Daß in den Splitterrichtungen der Arbeiterbewegung die Enttäuschung ebenfalls allgemein war, versteht sich, und mancher junge Dogmatiker erntete mit seiner Feststellung, daß er recht behalten habe, den lebhaften Unwillen seiner Genossen, die der Ansicht sind, daß niemand von uns recht behalten habe, wenn die Arbeiterbewegung vernichtet wurde, sondern daß alle dann in gleicher Verdammnis seien. Jede der Richtungen bezeichnete sich als die berufene, richtige Führerin der Arbeiterklasse und neigte nur zu leicht dazu, alle anderen als „Verbrecher an der Arbeiterklasse" zu bezeichnen, ohne die tieferen Ursachen der Zerklüftung der Arbeiterbewegung zu betrachten. Jetzt hatten in den Augen der Arbeiter alle Richtungen sich gleichermaßen als unfähige Führung erwiesen, und man kann es nicht verstehen, daß heute noch die eine Richtung der anderen Vorwürfe machen und sie kritisieren kann, ohne auch die nötige Selbstkritik zu üben. Man sagt sich: nur der hat das Recht, andere zu kritisieren, wer selbst aufrichtigen Willens etwas hinzugelernt hat; denn das blinde Vertrauen der Arbeiterschaft ist fort, und man wird in Zukunft nichts unbesehen hinnehmen, was gesagt und getan wird.

Verlassen von der Führung, waren die Arbeiter auf sich selbst gestellt. Die kommunistischen Massen schwenkten leichter in die neuen faschistischen Organisationen ein, selbst zur Überraschung der Funktionäre. Schon im Herbst 1933 klagte die Bezirksleitung Niedersachsen darüber: Es sei entsetzlich, zu Tausenden wechselten die Kommunisten zu den Nationalsozialisten hinüber. Man darf auch diese Erscheinung nicht verallgemeinern; wir haben von kommunistischen Parteigängern leuchtende Beispiele der Aufopferung, der Aktivität und des echten Fanatismus gesehen. Viele Kommunisten schalteten sich selbst gleich, weil sie hofften, von Anfang an in den nationalsozialistischen Organisationen illegal arbeiten zu können. Das war zu jener Zeit wegen der Atmosphäre des Mißtrauens und der Wachsamkeit nicht möglich; andererseits kosteten diese Versuche infolge der untauglichen illegalen Arbeits-

[7] Otto Wels auf der Reichskonferenz Ende April (vgl. Textteil, III); die „Internationale Information", 6. 5. 33, S. 1997, gibt die Äußerung von Wels folgendermaßen wieder: „Es war die Arbeiterklasse selbst, die den ungeheuren Problemen der Zeit noch nicht gewachsen war und die sich spaltete, als Einheit mehr geboten war denn je."

[8] Resolution vom 1. 4. 1933, die gefaßt wurde, nachdem ein Bericht des KPD-Delegierten Heckert vorausgegangen war. Vgl. „Le Correspondance Internationale", 13. Jg., Nr. 29/30, 15. 4. 1933, S. 402 (französischer Text der Resolution), und Fritz Heckert, „Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie?", Basel 1933.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

methoden, die man anwandte, der KPD eine ungeheure Menge Opfer. Man nahm sich damit selber die Möglichkeit, in späterer Zeit die arbeitswilligen Kräfte einzusetzen, und Schuld an dieser falschen Beurteilung der Arbeitsmöglichkeit war zweifellos die Unterschätzung der Ereignisse des Jahres 1933 und ihrer Auswirkungen auf die Arbeiterklasse; wäre die Komintern nicht selbst auch dieser Täuschung erlegen, dann hätte sie unmöglich der KP Absolution für ihr Versagen erteilen können. Im Gegensatz zu dem leichten Abschwenken weiter kommunistischer Kreise ließen sich die sozialdemokratischen Massen nur widerwillig gleichschalten. Auch das darf natürlich nicht verallgemeinert werden, aber es zeigte sich doch, daß die politische Solidarität und die gesinnungsmäßige Widerstandskraft und Zuverlässigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter unvergleichlich größer war. Allerdings äußerte sich diese Widerstandskraft vorerst nur negativ in der Abneigung gegen das faschistische Regime, aber bald ergriffen die Genossen dankbar jeden Halt, der ihrer sozialistischen Gesinnung geboten wurde.

Was sollte man den Genossen sagen, um ihre Widerstandskraft gegen die raffinierten Propagandamethoden zu erhalten und zu stärken? Man mußte daran denken, daß das Regime nach dem Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen ungeheure Möglichkeiten der Kritik an der Arbeiterbewegung hatte und daß es den Arbeitern die Aussichtslosigkeit, auf eine neue deutsche Arbeiterbewegung zu hoffen, täglich mit einfachen und brutalen Mitteln demonstrieren konnte. Sollte man den Genossen sagen, daß die Grundgedanken des Marxismus doch richtig seien und durch die faschistische Diktatur wiederum eine Bestätigung ihrer Richtigkeit erfahren hätten? Sollte man sagen, daß unsere Analysen der faschistischen Bewegung richtig gewesen seien? Solche Fragen stellen, heißt sie verneinen. Wenn die Arbeiterbewegung zusammenbricht und mit ihr die Hoffnung auf einen sozialistischen Sieg, die sich seit über zwei Generationen an diese Organisationen knüpfte, dann müssen sowohl diese Organisationen als auch die von ihnen verfolgte Politik an Grundfehlern gelitten haben.

Der Widerstand mußte seine Kraft aus tieferen Quellen ziehen. Man dachte viel eher daran, daß zu allen Zeiten die Unterdrückten sich gegen ihre Unterdrücker erhoben; daß die Hoffnung auf den Sozialismus sich auf elementarere Tatsachen als auf Organisationen gründen müsse; daß diese Hoffnung lebe, solange sie in den besten Arbeitern einen unbeugsamen politischen Willen und Fanatismus wecken könne. Nicht alle konnten in ihrer Hoffnungslosigkeit durch den Glauben ihrer Genossen aufgerichtet werden; aber bei sehr vielen sah man ein Leuchten in den Augen und bekam man einen festen Händedruck. Und mit der Zeit waren es wirklich Ausnahmen, daß ältere Genossen sich nicht darüber freuten, daß jüngere da waren, die etwas taten; denn die Ansicht ist allgemein, daß von selbst nichts kommt, sondern daß man den Sieg des Sozialismus wollen und erkämpfen muß.

Die wichtigsten Lehren des Zusammenbruchs

Man wird niemals die Grundlagen der politischen Willensbildung in der heutigen Illegalität verstehen können, wenn man sich nicht der Wucht bewußt ist, mit welcher das Erlebnis des Zusammenbruchs der deutschen Arbeiterbewegung auf den denkenden Arbeiter wirkte. Es ist natürlich, daß sich jeder seine Gedanken machte über die Ursachen des Zusammenbruchs und daß er für sich die Lehren daraus zog. Bei einem Teil der Genossen erschöpfte sich das Nachdenken in einer Kritik der Politik der Arbeiterparteien, die zu dem Ergebnis führte: „So darf es nicht wieder werden!" Das war wohl der größte Teil der nachdenklichen Genossen. Andere, und das waren diejenigen, die sich bemühten, über die Kritik hinauszukommen und sich Gedanken über die Zukunft zu machen, gewannen nach und nach Widerhall in den

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Massen; denn gegenüber der täglichen Wucht des Regimes ist nicht lange mit der Negation – nicht einmal vor sich selbst – zu bestehen. In der ersten Zeit fanden die Parolen, welche die Arbeiterschaft auf baldige Kämpfe anderer Gruppen gegen den Faschismus vertrösteten, zweifellos Gehör. So wurde für den Oktober 1933 ein Stahlhelm-Putsch vorausgesagt, der Hitler stürzen und die politische Reaktion im Bunde mit der Reichswehr an die Macht bringen sollte. Später sollte der mißglückte Putsch Röhms das Ende des Regimes bedeuten[9], dann wurde die Hoffnung auf politische Aktionen kirchlicher Kreise gegründet. Solche Prognosen wurden von einem Teil der früheren Angestellten der Arbeiterbewegung mit Entschiedenheit vertreten; besonders Gewerkschaftsangestellte waren ihre Propagandisten. Aber schon im Sommer 1933 sagte der größte Teil der Arbeiter sich: „Ist es richtig, diesen Gruppen eine größere politische Aktivität zuzutrauen, als die gesamte organisierte Arbeiterschaft sie gehabt hat? Sind überhaupt alle diese Gruppen grundsätzlich antifaschistisch?" Je öfter solche kurzfristigen Zusammenbruchsprophezeiungen fehlgingen, desto mehr schwand das Vertrauen zu solchen Prognosen, und desto stärker wurde in immer weiteren Kreisen der Arbeiter das Vertrauen auf die eigene Kraft.

Welche Lehren zogen die Genossen aus den Ereignissen von 1933? Wie wirkte das Erlebnis des Zusammenbruchs auf die geistige Verfassung und das politische Denken der Arbeiter ein? Die Mentalität „des Arbeiters" ist nicht eine Größe, aus welcher der Theoretiker durch Addition mit der „sozialen Lage" oder durch eine andere logische Folgerung aus der „sozialen Lage" die Gedanken, den Willen oder die politische Einstellung des Arbeiters als feste Größe errechnen könnte[10]. Die Reaktionsfähigkeit des Arbeiters ist nicht auf eine gültige Formel zu bringen, und man muß sich hüten, aus den und den Verhältnissen folgern zu wollen, daß also „der Arbeiter" so oder so auf sie reagieren müsse. Man muß sich ebenso hüten, mit dem Begriff der „Klasse" als mit einer mythischen Größe zu operieren. Gegen eine mit solchen Methoden arbeitende Strategie des Klassenkampfes richtet sich der lebhafteste Unwille der illegal arbeitenden Genossen. Waren gegen eine allzu schematische Typisierung der Menschen schon stets starke Bedenken zu äußern, so erscheint sie heute völlig absurd, wenn „der deutsche Arbeiter" zu dem Objekt solcher Methoden gemacht wird. Jeder, der eine Zeitlang mit illegalen Genossen zusammengearbeitet hat, mußte empfinden, daß sich in den Arbeitern, die politisch denken, heute ein geistiger Umwandlungsprozeß vollzieht. Am stärksten fällt in die Augen, daß die heutige politische Tätigkeit die Genossen sämtlich zu einer starken Subjektivität führt und daß im politischen Denken alle subjektiven Momente viel stärker zum Ausdruck kommen als früher. Man mag das für gefährlich halten. Die Genossen halten es für berechtigt; denn schließlich, so sagt man, sind es die Menschen, die denken und handeln, und nicht Denkmaschinen oder empfindungslose Apparate. Wenn man will, kann man in der starken Betonung des Subjektiven einen typisch deutschen Zug sehen.

Nicht systematisch, sondern an einigen charakteristischen Punkten soll diese geistige Wandlung der politischen Arbeiter gezeigt werden, und zwar in derselben Weise, wie das Erlebnis des Zusammenbruchs geschildert wurde: nach der Beobachtung und vom Standpunkt der illegalen Genossen. Dabei wird die stärkere Betonung gewisser Grundfragen lediglich als eine Tatsache konstatiert, ohne deren Kenntnis ein Verständnis der in mancherlei Gruppen vorhandenen Strömungen, die

[9] Evelyn Anderson, „Hammer oder Amboß", Nürnberg 1948, S. 241, zitiert einen Artikel der in Deutschland illegal verbreiteten „Sozialistischen Aktion" vom 12. Juli 1934, der die Überschrift getragen habe: „Selbstmord der Diktatur". In der nächsten Nummer habe es geheißen, der 30. Juni sei der Beginn vom Ende des Nationalsozialismus.

[10] Zur Kritik am überkommenen aufklärerischen Menschenbild der Sozialdemokratie in der Emigration vgl. Matthias, a. a. O., S. 62 f. und S. 252 ff.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unseres Erachtens jedoch weitgehend einförmig sind, nicht zu erlangen ist. Über die Berechtigung dieser Anschauungen wird wiederum nicht debattiert, da es darauf ankommt, Tatsachen und wirkliche Erfahrungen mitzuteilen.

Die Erfahrungen haben die Genossen sowohl in politischer als auch in persönlicher Hinsicht kritisch gemacht. Man sagt sich, daß in Zukunft keine blinde Disziplin geübt werden darf, sondern daß die Arbeiter sich letzten Endes selbst dafür verantwortlich fühlen müssen, daß eine sozialistische Politik mit Energie getrieben wird. Oft konnte man hören: hätten wir gewußt, daß es so kam, dann hätten wir unser Vertrauen nicht so rückhaltlos gegeben, sondern dann hätten wir früher aufgemuckt; aber wir haben vieles übersehen, weil wir uns sagten, daß die Bewegung im richtigen Augenblick doch ihre ganze Kraft einsetzen würde. Unangenehme persönliche Dinge, die führende Genossen sich bei dem Verbot der Partei zuschulden kommen ließen, haben nicht nur Empörung darüber geweckt, daß Genossen, denen man viel Vertrauen schenkte, solchen Schmutz zeigten, sondern auch den Willen, in Zukunft auch die Menschen, denen man Vertrauen schenkt, sich genau anzusehen. Weil man natürlich nicht vergessen hat, daß man selbst einst die fraglichen Genossen mit viel Vertrauen ausgestattet hat, gibt man zu, daß man sich selbst in ihnen geirrt hat, daß man zu leichtgläubig war. Aber man schließt auch daraus, daß die Methoden der Funktionärauslese falsch gewesen sind.

Alle solche Enttäuschungen haben die Genossen jedoch nicht in dem Glauben wankend gemacht, daß solche Vorkommnisse nicht notwendig mit jeder Organisation verbunden sein müssen. Man will zu Funktionären Menschen haben, die mit dem Herzen an der Sache hängen, die in der sozialistischen Betätigung einer inneren Notwendigkeit folgen, und nicht Genossen, die, wie man wohl hört, ihre achtstündige Bürozeit ableisten und dann die Arbeiterbewegung in der Schreibtischschublade einschließen. Kein Zweifel, daß man in jedem Ort einen Vertreter dieses Typs hatte. Die Genossen glauben, daß nur der als Funktionär seine Aufgabe erfüllen kann, der aus sozialistischem Willen arbeitet. Daß das möglich ist, sieht heute jeder Genosse in der Illegalität an seiner Umgebung. Man glaubt auch, daß die Illegalität eine der Bewährungen für die Funktionäre sein muß; denn man glaubt, daß die Auswahl der Funktionäre einmal nicht nach der Ansicht vorgenommen wird, die der oder jener von dem Verlauf der Dinge gehabt hat, sondern danach, was einer getan hat, um in diesen Jahren zum Siege des Sozialismus beizutragen.

Als allgemein muß heute[11] die Ansicht bezeichnet werden, daß im Jahre 1933 ein langes und wichtiges Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seinen Abschluß gefunden hat. Es wird unseres Erachtens auch nicht viele Genossen geben, die in einer Einstellung, die treffend als „passive Treue" bezeichnet wird, glauben, daß die SPD oder eine andere der Arbeiterparteien so wiederkommen wird, wie sie gewesen ist. Selbst bei diesen Genossen besteht also die Gewißheit, daß die SPD, wenn sie nach dem Hitlerregime wieder eine politische Rolle spielen sollte, doch in einer Wandlung sich befinden müßte. Eigene politische Aktivität kann dieser Gedanke in der genannten Gruppe von Genossen nicht entwickeln; die Erfahrung bestätigt immer, daß dieser Gedanke in kleinen Kreisen dort gehegt wird, wo nichts getan wird. Die Voraussetzung für illegale Arbeit ist das Vertrauen auf die eigene Kraft der Arbeiterklasse: man erwartet eine Änderung nur durch den Kampf der deutschen Arbeiter und wartet nicht auf eine Rettung von draußen, weder durch eine andere Macht noch durch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Man hat solche trügerischen Erwartungen aufgegeben; die vierzehnjährige Herrschaft Mussolinis hat solche Illusionen zerstören helfen. Wo aber ein Vertrauen auf die Kraft der Arbeiter geweckt ist, da glaubt man, daß weder die SPD noch die KPD

[11] Handschriftlich, wahrscheinlich durch einen Leser, im Manuskript eingefügt: 1936.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch eine der anderen früheren Organisationen der Arbeiterbewegung die Führung im Kampfe um die Staatsmacht und den sozialistischen Aufbau übernehmen kann, sondern daß die neue Bewegung, welche die Führung der Arbeiterklasse übernehmen wird, aus dem klaren Willen zum Sozialismus neu geschaffen und von sozialistischem Kampfgeist getragen sein muß. Nur eine solche Bewegung kann das Vertrauen der Massen gewinnen; in dieser Hinsicht ist es charakteristisch, daß sowohl die Gestapo und die NSDAP als auch die Gerichte die Tätigkeit der Gruppen, die sich als Vorläufer dieser neuen Bewegung betrachten, für besonders gefährlich halten. Man sagt sich, daß die Arbeit solcher Gruppen, mag man sie als „illegale SPD" oder summarisch vor der Öffentlichkeit als „kommunistisch" bezeichnen, darum besonders gefährlich ist, weil diese Gruppen, die als solche nicht mit den Enttäuschungen der Vergangenheit belastet sind, sondern bewußt aus ihnen Lehren gezogen haben, eher das Vertrauen der Arbeiter wiedergewinnen können als eine der früheren Parteien. Das haben die Genossen bei polizeilichen Verhören und in Gerichtsverhandlungen stets zu hören bekommen, und wir wissen es aus politischen Unterhaltungen mit vielen Amtswaltern der NSDAP.

Es besteht die Überzeugung, daß die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Kräfte nicht wieder in der Opposition wird entfalten können, daß also nicht eine parlamentarische Epoche auf die faschistische Diktatur folgen wird, sondern daß die Kämpfe um die Staatsmacht mit dem Siege der sozialistischen Bewegung enden werden und daß die sozialistische Arbeiterbewegung, abermals im Besitze der Macht, vor die positive Aufgabe des sozialistischen Aufbaues gestellt sein wird. Die Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung wird nach dem Sturz Hitlers nicht eine neue Entfaltung der Agitation für den Sozialismus sein, sondern die Aufgabe einer neuen deutschen Arbeiterbewegung wird die Verwirklichung des Sozialismus sein.

Aus der Geschichte der Nachkriegszeit, besonders aus den sich überstürzenden Ereignissen der letzten Jahre vor dem Zusammenbruch hat wohl jeder Genosse die Lehre gezogen, daß nichts „von selbst" kommt, sondern daß der politische Wille, der Wille zur Macht eine viel größere Rolle im politischen Geschehen spielt, als wir meinten. Die Jahre der faschistischen Diktatur haben gezeigt, daß der unbeugsame Wille sogar imstande ist, die Verhältnisse für eine Zeit zu vergewaltigen. Was müßte der sozialistische Wille vollbringen können, der nicht die Verhältnisse vergewaltigen will, sondern der, wie wir sagten, „im Bunde mit der Entwicklung" ist! Jeder Automatismus in der Betrachtung des Geschehenen wird mit allem Nachdruck abgelehnt. Man wehrt sich mit Entschiedenheit gegen eine Entstellung der materialistischen Geschichtsauffassung, die zum Fatalismus erzieht und die Rolle des Machtwillens in der Entwicklung nicht anerkennt; und man hat kein Verständnis dafür, daß solche Anschauungen heute noch, nach dem die Fundamente unserer bisherigen politischen Welt niederreißenden Erlebnis von 1933, geäußert werden können.

Weil man davon überzeugt ist, daß die von echtem Machtwillen erfüllte Bewegung viel vermag, hat man kein Verständnis dafür, daß man klaren politischen Stellungnahmen ausweicht mit Begründungen wie etwa der, daß man ja nicht wissen könne, in welcher Situation die Arbeiterklasse zur Macht komme, oder daß man Stellungnahmen zu den Aufgaben der Arbeiter im Kriege damit ausweicht, daß man sagt, die Aufgaben richteten sich nach den dann bestehenden Verhältnissen usw. Man will eine klare Stellungnahme hören, und man sagt sich mit Recht, daß einer, der den Willen zur Macht hat, eine klare Grundeinstellung haben muß. Diese Einstellung richtet sich aber nicht nach der Situation, sondern man sagt wiederum mit Recht, daß eine Bewegung mit klarer Grundeinstellung und mit politischem Machtwillen Situationen mitgestalten kann. Man tadelt besonders an unserer Politik der Nachkriegszeit, daß wir zu wenig die Kräfte der Arbeiterklasse in die Waagschale der Entscheidungen

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geworfen haben und daß wir zu sehr auf fertige Situationen warteten, nach denen wir dann unsere Einstellung wählten. Nicht sich mit fertigen Tatsachen abfinden, sondern die Kräfte der Arbeiterklasse einsetzen, um die Dinge zu beeinflussen, – das betrachtet man als die Aufgabe der neuen Arbeiterbewegung.

Man hört oft das Schlagwort, unser Sozialismus sei „zu wissenschaftlich gewesen"; damit meint man, daß die Fragen des Sozialismus in das Reich der Theorie verwiesen worden seien und damit die Politik die Verbindung mit der Theorie, die bewußte Verbindung mit den sozialistischen Zielen verloren hatte. Der Sozialismus soll eine Sache der Wissenschaft geworden sein, und es soll der Glaube an den Sozialismus, an die sozialistische Gesellschaft gefehlt haben, der vor dem Kriege die ganze Partei trotz der Anschauung von der Notwendigkeit der Reformarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft noch beherrscht habe. Man sagt, daß nur der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, die feste Überzeugung von der Überlegenheit und dem höheren Wert der sozialistischen gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft heute die Arbeiter zum Kampf um den Sozialismus und zu Opfern in diesem Kampf treiben kann. Nicht die wissenschaftliche Überzeugung, sondern der fanatische Glaube an den Sozialismus könne allein die Quelle des sozialistischen Willens sein. Obwohl wir die klügsten Theoretiker hatten, haben wir versagt. Mögen alle Analysen und Perspektiven richtig gewesen sein, – die Arbeiterbewegung gelangte schließlich auf einen unheilvollen politischen Weg, weil ihr insgesamt die sozialistische Orientierung, die revolutionäre Gesinnung und die kämpferische Leidenschaft fehlte. Nicht wissenschaftlich „richtige", sondern aktive sozialistische Politik muß eine kommende Arbeiterbewegung treiben.

Dieser Grundeinstellung entspricht es, daß nicht etwa die marxistische Einsicht, daß der Faschismus die politische Zuflucht der Bourgeoisie ist, die Triebkraft im Kampfe gegen den Faschismus ist, sondern daß dieser Kampf von den ungebrochenen elementaren menschlichen Kräften gespeist wird: Freiheitsdrang, Scham über die Schande der ständigen Entwürdigung des Menschen, Auflehnung gegen den Gesinnungsdruck und den Weltanschauungsterror, Zähneknirschen, Haß, Zorn, täglich neu genährt durch Mißhandlungen und himmelschreiende Ungerechtigkeit. Diese Kräfte sind stärker als wissenschaftliche Einsichten. Man schätzt den Wert der Theorie danach ein, ob sie den politischen Willen stärkt oder schwächt. Man hat das starke Bedürfnis, über die sozialistische Gestaltung des Staates, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens zu möglichst konkreten Vorstellungen zu kommen, und man sagt, daß illegale Arbeit nur dann einen Sinn hat, wenn man sich wirklich um diese konkreten Auffassungen bemüht, weil ja die Parole „Verwirklichung des Sozialismus" heute allein die Arbeiter begeistern kann. Man fragt, wofür man denn überhaupt in Zukunft noch politisch tätig sein kann, wenn nicht für die Verwirklichung des Sozialismus! Das Nachdenken über die Möglichkeiten der Verwirklichung bleibt keine theoretische Diskussion, sondern es setzt die Ergebnisse des Nachdenkens sogleich um in politische Kampfziele. Das Denken wächst nicht aus Büchern heraus und bewegt sich nicht im Kreise der Literatur, sondern das Nachdenken hat als Ursache das unmittelbare politische Bedürfnis. Es mischen sich in diesem Nachdenken Erinnerung, Tradition, Beobachtung, und es ist immer getragen von dem Bestreben, die Dinge zu vereinfachen, nachdem, wie man von jüngeren Genossen immer wieder hören kann, die sozialistischen Ziele durch eine Überhäufung mit theoretischer Problematik selbst problematisch geworden seien. Hiermit ist eine wichtige Frage berührt, die besonders die geschulten Genossen seinerzeit viel beschäftigte und die für viele wohl erst der Anstoß dafür geworden ist, daß sie sich wieder mit politischen Dingen beschäftigten. Es handelt sich um einen Überdruß hinsichtlich der theoretischen Beschäftigung, der durch das Erlebnis des Zusammenbruches der deutschen Arbeiter-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bewegung hervorgerufen wurde. Verursacht wurde dieser Überdruß wohl mit durch die Schulungsarbeit in Tinz[12], Frankfurt[13] usw., die den jungen Genossen an Probleme heranführte und ihn dann in dieser Problematik entließ, ohne ihn darüber hinauszuführen. Während früher die Folge dieser Schulungsarbeit eine Überschätzung der Theorie war, in deren komplizierte Fragen der Genosse eben eingeführt worden war, und während Hand in Hand mit dieser Überschätzung meist eine Unterschätzung der praktischen Arbeit in der Bewegung, ja eine Unterschätzung der nüchternen, realistischen Politik ging, sehen wir heute gerade bei diesen Genossen eine unvergleichlich höhere Bewertung der politischen Arbeit und eine starke Betonung des politischen Willens. Man sieht in diesen Kreisen klar, daß es die Aufgabe des politischen Willens ist, Probleme praktisch zu lösen, während es der Ruhm unserer Theoretiker war (unter dem Einfluß des ganzen heutigen ungeheuer spezialisierten Wissenschaftsbetriebes), aus vorhandenen Problemen immer neue zu finden, abzuleiten und aufzuzeigen. Theoretische Arbeit, sagt man, hat nur Sinn, wenn sie die Ziele wirklich klärt; diese Arbeit um ihrer selbst willen erfreut sich keiner großen Wertschätzung. Nach der Neuinterpretation der Welt durch die sozialistischen Theoretiker nunmehr die Veränderung der Welt!

Man hat keine Achtung vor den weltfremden Theoretikern, die der Ansicht sind, daß in Lenins oder Marx' Schriften das A und O der Welt enthalten ist, die nach Pastorenart den soundsovielten Vers der Bibel buchstabengetreu als Stütze ihrer wirklichkeitsfremden Meinung zitieren. Man hat keine Achtung vor dieser Marx- und Lenin-Philologie, die mit lebendigem Marxismus nichts mehr gemein hat. Man meint, daß Marx uns die Dinge in scharfer Analyse sehen lehrte, aber daß er uns keine politischen Rezepte gab. Gegenüber dem Marx-Philologen, der mit warnend erhobenem Zeigefinger vor jedem politischen Entschluß die Genossen wollte einhalten lassen, um zu prüfen, ob die oder die Zeile von Marx nicht mit diesem Entschluß in Widerspruch stehen könnte, worauf er bejahendenfalls raten würde, vom Entschluß überhaupt Abstand zu nehmen, – gegenüber einem solchen Philologen würde man meinen: Wir wagen es!

Der Nur-Theoretiker wird eine solche Einstellung „doch sehr bedenklich" finden. Aber man darf aus jener Einstellung nicht auf eine Geistfeindlichkeit schließen. Gewiß höhnt man über den Kampf ausschließlich mit geistigen Waffen und über die Meinung, daß die Idee oder das Gute schließlich doch siegt, gewiß meint man, daß die Idee und das Gute nur dann siegen, wenn die Kämpfer für das Gute mit größerer Leidenschaft und mit besseren Waffen kämpfen als die Gegner, – aber man weiß auch, daß die Gewalt nur dann positiv und produktiv sein kann, wenn sie für klare und gute Ziele eingesetzt wird. Mit anderen Worten: Der politische Wille ohne klare Einsicht in die Möglichkeiten und die Ziele des Kampfes ist blind und muß in ziellosen Aktionen verpuffen, während die klarste Einsicht, wenn sie nicht mit politischem Willen gepaart ist, überhaupt nicht praktisch wirksam wird. Der Hebel der politischen Entwicklung ist also der Wille. – Dieser Grundeinstellung entspricht es, daß die Massen auch heute keine theoretischen Abhandlungen oder Streitigkeiten zwischen Lehrmeinungen lesen wollen, sondern daß sie in ihrem Glauben an den Sozialismus bestärkt und in ihrem Willen zum Sozialismus gefestigt werden wollen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß andersartige Schriften nicht gern

[12] Sozialistische Heimvolkshochschule. Fritz Borinski („Der Weg zum Mitbürger", Düsseldorf und Köln 1954, S. 88) stellt fest, daß sich auch in Tinz „die Entwicklung zu einem stärkeren politischen Realismus ... auf Kosten der Marx-Orthodoxie und in Verbindung mit einer menschlichen Auflockerung, mit einer Verstärkung des humanen und emotional-gestaltenden Elements" angebahnt hatte.

[13] „Akademie der Arbeit", getragen von den freien Gewerkschaften.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verteilt werden, während sich die Genossen freuen, eine Schrift weiterbringen zu können, welche die ganze Subjektivität widerspiegelt, aus der heute das politische Denken und die politische Arbeit entspringt: leidenschaftliche Anklagen gegen den Faschismus, Selbstbewußtsein der Sozialisten, unbeugsamen Willen zur Abrechnung und zur Verwirklichung sozialistischer Ziele. Man liest keine wissenschaftlich-„objektiven" Darstellungen, sondern man will in Schriften, die illegal unter Gefahren verbreitet werden, Gesinnung und politische Leidenschaft spüren. Wer der Ansicht ist, daß eine kleine Gruppe ausgesuchter, vor allem theoretisch geschulter Köpfe einmal die weltgeschichtliche sozialistische Revolution in Deutschland durchführen werden, der mag diesen paar Leuten mit solcher Nahrung kommen. Wer aber der Ansicht ist, daß die Bereitschaft der Arbeiterklasse und die Führung der Klasse durch die großen Massen der bewußt sozialistischen Arbeiter zu diesem Kampf erforderlich ist, der muß auf die Massen wirken, und um das zu können, muß er in der Sprache zu ihnen reden, die heute in Deutschland von den Genossen verstanden wird.

Der Zusammenbruch der deutschen Arbeiterorganisationen und die Besinnung auf den Sozialismus hat jedem denkenden Arbeiter ein weites Bewußtsein von der sozialistischen Arbeiterbewegung und auch eine weniger engherzige Auffassung bezüglich der Organisationen gegeben. Nicht nur eine Richtung, nicht nur die Organisationen einer Richtung haben versagt, sondern die geschichtliche Schuld haben alle gleichmäßig zu tragen. Man empfindet es als absurd, über die Verteilung dieser Schuld zu streiten. Das ist „unzeitgemäß" im schlechten Sinne des Wortes. Wer etwa als alter Sozialdemokrat, ohne seine innere Wandlung deutlich zu erkennen zu geben, frühere oder heutige Fehler der KPD anprangern wollte, der würde wenig Verständnis bei den Genossen finden; und genau so ist es tatsächlich bei denkenden früheren KP-Mitgliedern. Daß diese Empfindung in den Anhängern beider Richtungen nicht gleich stark ist, geht daraus hervor, daß unseres Erachtens die denkenden Arbeiter auch heute in den Resten der KP noch nicht die Oberhand haben. Es wäre nach Ansicht unserer Genossen durchaus falsch, daraus etwa den Schluß ziehen zu wollen, daß wir uns um so fester an die Reste unserer Organisation zu klammern haben. Die richtige Folgerung daraus ist, daß die denkenden sozialistischen Arbeiter die Katastrophe von 1933 eher überwunden und die Aufgaben, die ihnen heute gestellt sind, eher erkannt haben als jene parteitreuen Reste der KPD, die heute genau wie früher in sklavischer Abhängigkeit und in Angst vor der eigenen Selbständigkeit verharren. Diese Tatsache gibt unseren Genossen und auch denkenden Arbeitern anderer Richtungen den offen bekannten Stolz darauf, daß die alte deutsche Arbeiterbewegung in sich die Kräfte hatte, die nach dem Zusammenbruch nicht untätig verharrten, sondern sich nach ernster Selbstbesinnung für die neuen Aufgaben rüsteten. Damit glauben unsere Genossen auch den geschichtlichen Ruf der deutschen Arbeiterbewegung besser zu wahren als dadurch, daß sie aus Tradition die früheren Organisationen weiterführen.

Das weite Bewußtsein von der sozialistischen Arbeiterbewegung prägt sich auch darin aus, daß mit großem Interesse die Geschichte der sozialen Bewegungen und Kämpfe studiert wird. Die Besinnung, daß der Kampf um den Sozialismus nicht mit der Gründung der Arbeiterorganisationen begann und nicht mit der Zerschlagung der Organisationen sein Ende findet, hat dieses Interesse verursacht. Aus der Geschichte der sozialen Kämpfe in alter und neuer Zeit schöpft man Zuversicht und die Gewißheit, daß, wenn die Arbeiterklasse es nur will, die Geschichte der Kämpfe um den Sozialismus in Deutschland nicht mit Hitler endet. Gleichzeitig hat man gesehen, daß der Kampf um den Sozialismus aus verschiedenen Motiven geführt worden ist, aus sozialethischen, aus naturrechtlichen usw. . . . Die neue Arbeiterbewegung muß allen diesen Motiven Raum geben, und es wäre nichts gefährlicher, als ein

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

marxistisches Lippenbekenntnis nach Art der Kirchen aller Religionen und Konfessionen zur Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung zu machen. Die Funktionäre, sagt man, müssen allerdings Marxisten sein, weil nur der Marxismus uns die Dinge klar erkennen lasse.

Aus diesen Andeutungen über die geistige Wandlung unserer Genossen mag hervorgehen, daß man sich weder einem nüchternen Rationalismus noch einer zwar gefühlvollen, doch dunklen Mystik ergeben hat, – jener würde zu einer abstrakten Revolutionsmathematik, diese zu einem traumhaften Utopismus führen, – sondern daß man die Notwendigkeit einer Regeneration der Arbeiterbewegung aus dem Geiste des Sozialismus, die Vereinigung der besten Traditionen der Arbeiterbewegung mit neuem Glauben und leidenschaftlichem Willen durchzuführen bestrebt ist. Man sagt, daß der Sozialismus nicht eine Sache nur des Verstandes ist, sondern daß alle menschlichen Kräfte für den Kampf um den Sozialismus eingesetzt werden müssen, wenn der Kampf zum Siege führen soll.

Sehr weit entfernt von dieser tiefgreifenden Wandlung liegen alle nahen Ziele. Haben früher die Gewerkschaften stets gegenüber ausgesprochen sozialistischen Tendenzen betont, daß man dem deutschen Arbeiter keine schweren Opfer oder gar Entbehrungen um der Verwirklichung sozialistischer Ziele willen zumuten dürfe, und mag man damit nicht ganz unrecht gehabt haben, heute ist dieses Argument für die „Gegenwartsarbeit" nicht mehr richtig. Nicht für ein paar Pfennig Lohnerhöhung tragen die Zehntausende Freiheitsstrafen und die Angehörigen Not und Entbehrung, nicht kleine Verbesserungen treiben die Genossen in den Kampf gegen ein unmenschliches Regime, ebensowenig wie die Tradition früherer Organisationszugehörigkeit, sondern ganz allein der Glaube an die Zukunft des Sozialismus, der Wille zum Siege der Arbeiterklasse. Nur dieses Ziel gibt dem Kampf gegen den Faschismus einen Sinn; verneint man dieses Ziel, dann sind die Opfer sinnlos gebracht, dann stempelt man den Kampf unserer Genossen in diesem Stadium zu einem Abenteuer, dann beweist man damit seinen Mangel an Verständnis für die zukünftigen Aufgaben der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Jawohl, es werden Lohnforderungen im Betriebe gestellt, aber keiner unserer Genossen verzweifelt an dem Erfolg unseres Kampfes, wenn diese Forderungen abgelehnt werden. Im Gegenteil: solche Forderungen sind lediglich ein Mittel des Kampfes, sie sollen die Arbeitskollegen des Betriebes aufrütteln. Man ist in Wirklichkeit froh, daß alle Forderungen abgelehnt werden, weil man davon ein weiteres Erwachen der Arbeiter erwarten kann. Nicht einige Male, sondern regelmäßig hört man von denkenden Arbeitern: „Die Teuerung, die Senkung des Reallohnes schadet nichts; im Gegenteil: es muß alles noch schlimmer werden! Wir wollen das alles gern mitmachen; denn desto eher wachen die Arbeiter auf!" Das ist die Einstellung der denkenden Arbeiter zu den Aufgaben des heutigen Kampfes in Deutschland, und nur diese Einstellung ist politisch. Wer heute sozialpolitische Gegenwartsarbeit in Deutschland leisten wollte, der würde von allen wirklich tätigen Genossen ausgelacht und abgeschüttelt werden.

Nicht höhere Löhne, nicht Pressefreiheit und Koalitionsrecht usw. sind die Ziele des heutigen sozialistischen Kampfes, sondern die Ziele sind: Eroberung der Staatsmacht, Beseitigung, Ausrottung des Faschismus, der konzentrierten politischen Kraft der Bourgeoisie, Verwirklichung des Sozialismus!

... Denkende kommunistische Arbeiter haben unseren Genossen gesagt, daß das die „richtige leninistische Linie" sei. Man kennt nun unsere Genossen nicht wieder, wenn man annehmen wollte, daß sie es mit der Angst bekommen und etwa gemeint hätten: Um des Himmels willen, dann dürfen wir ja eine solche Linie nicht haben! – An ein solches Entsetzen ist nicht zu denken – offen gestanden: wir haben es nur

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einmal erlebt –, sondern unsere Genossen antworten den kommunistischen Arbeitern: „Wir halten diese Linie für richtig, weil sie sich aus der heutigen Situation ergibt und weil wir uns eine andere Linie des sozialistischen Kampfes nicht denken können! Wenn ihr sie darum für richtig haltet, weil sie leninistisch ist, – uns soll es recht sein. Die Hauptsache ist, daß ihr sie für richtig haltet!" Es will uns scheinen, daß sich in solcher Haltung mehr politischer Instinkt zeigt als in der Furcht, etwas tun und wollen zu können, was andere Richtungen auch wollen, und aus dieser Furcht heraus die Scheuklappen nicht abzulegen. . . . Nicht einmal gegenüber dem Faschismus kann die sozialistische Freiheitsbewegung von der Negation leben, längst nicht gegenüber anderen Richtungen. Das, was allein heute der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung Anziehungskraft und ihrem Kampfe Berechtigung vor dem Volke geben kann, ist nicht die Verneinung des Faschismus, sondern die Bejahung des Sozialismus.

II. Über Fragen der Organisation[14]

Die Kräfte der Arbeiterklasse können nur durch die Organisation wirksam werden. Diese Erkenntnis, die sich in der Einsicht von der Notwendigkeit der Verbindung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung äußerte, hat jeder Arbeiter heute durch das eigene Erlebnis gewonnen. Der Arbeiter bekommt Selbstbewußtsein und Kraft erst durch die Organisation; durch die Organisation wird die Arbeiterklasse aus einer gesellschaftlichen Tatsache zu einem politischen Faktor. Heute hat die Organisation neben dieser grundsätzlichen noch eine besondere Bedeutung, die sich aus den Bedingungen des illegalen politischen Kampfes ergibt. Ist die Organisation schon die Voraussetzung für jede planmäßige, zielbewußte politische Arbeit, so ist es daneben notwendig, die vorhandenen Kräfte straff organisiert einzusetzen, um die Opfer zu verringern und durch genaue Beachtung der durch die Arbeit selbst als richtig erwiesenen festen Arbeitsmethoden das Risiko zu verringern und „unglückliche Zufälle" u. dgl. möglichst auszuschalten.

Verschiedene Arten der illegalen Arbeit

Entsprechend den verschiedenen Anschauungen von der Aufgabe der illegalen sozialistischen Arbeit und den Möglichkeiten eines Wirksamwerdens der neuerwachten Aktivität der Genossen äußert sich die illegale Tätigkeit in verschiedenen Formen. Wir haben besonders folgende Formen beobachtet:

Besonders in kleineren Orten glaubt man die politische Pflicht damit zu erfüllen, daß man sich in einem kleinen Kreise früherer leitender Funktionäre am Stammtisch oder gelegentlich im Laubengarten trifft. Auf diese Weise werden traditionelle Bindungen aufrechterhalten. Mag man bei solchen Treffen lediglich persönliche Gesichtspunkte verfolgen oder mag ihm die Ansicht zugrunde liegen, daß es genüge, die Fühlung unter den leitenden Funktionären zu behalten, die zu gegebener Zeit handelnd mit einem Aufruf oder sonstwie vor die Arbeiter zu treten hätten, – solcher Aufrechterhaltung der Verbindungen fehlt die Verbindung mit größeren Kreisen von Genossen, und die Kreise, die in solcher Weise ihre persönlichen Beziehungen pflegen, verzichten auf eine ständige Fühlung und politische Gemeinschaft mit weiteren Kreisen und die gesinnungsmäßige Beeinflussung weiterer Kreise. Die organisatorische Arbeit wird von diesen Kreisen abgelehnt, weil sie zu gefährlich

[14] Bis zum Ende des Abschnitts über die verschiedenen Arten der illegalen Arbeit S. 14–16 des Originals.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sei und die Opfer nach Ansicht dieser Genossen nicht den Erfolg solcher Arbeit rechtfertigen. Je länger, desto mehr werden diese Kreise dem Denken der Arbeiter entfremdet, weil die lebendige und stete Fühlung mit ihnen fehlt. Man hat, weil man sich abkapselte, die innere geistig-politische Wandlung der Massen unserer Genossen nicht mitgemacht, und wenn man heute mit früheren Genossen spricht und feststellen muß, daß die allgemeine Ansicht durch eine viel größere Entschiedenheit als jemals vorher vertreten wird, dann ist man geneigt, das für das „Abgleiten" eines einzelnen Genossen zu halten, statt sich Rechenschaft darüber zu geben, daß man seit einigen Jahren die enge Fühlung mit den Massen der Genossen verloren hat. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß in den Kreisen solcher persönliche Verbindung pflegenden Genossen eigene Wunschvorstellungen sich mit einer vom alten Schematismus unseres politischen Denkens getragenen Ansicht von der politischen Entwicklung zu einer „Linie" mischen, die in kurzfristigen Hoffnungen sich ausdrückt. Da man besonders frühere Gewerkschaftsangestellte in solchen Kreisen findet, versteht es sich, daß der Schlüssel zu der in den Kreisen herrschenden Auffassung das Wiederkommen der Gewerkschaften ist, ob unter Brüning oder der Reichswehr – das bleibt sich gleich; wenn nur die Gewerkschaften halb geduldet und legal wieder existieren können. Diese Genossen bezeichnen die politische Arbeit heute als Unsinn. Eine Änderung erwarten sie eher von der Reichswehr und den Kirchen als von der Arbeiterschaft, der sie, wenn es ungefährlich ist, wieder als Angestellte dienen wollen. Politische Bedeutung haben diese Traditionskreise nicht, weil sie bewußt auf eine Beeinflussung der Arbeiter verzichten.

Man darf die Zahl solcher Kreise wegen der Neigung der Nur-Gewerkschaftler, die „nächsten" und das sind heute die persönlichen Dinge zu sehen, nicht überschätzen. Doch ist, soweit Gaufunktionäre in Frage kommen, diese Art der Verbindung systematisch ausgebildet. Es gibt Hauptfunktionäre früherer Verbände, die Reisen zu ihren Gauleitern unternehmen, um, wie sie sagen, „Pfähle einzurammen". Es besteht also hier in größerem Maßstabe dieselbe Ansicht, daß es genüge, eine persönliche Verbindung zu halten; denn Fühlung mit den Massen haben diese mittleren Funktionäre nur in seltenen Fällen direkt haben können. Dabei wird vergessen, daß diese Funktionäre sich meist keines großen Ansehens auch bei den früheren Funktionären der Partei und bei ihren eigenen Kollegen erfreuen, einmal wegen der 1933 wohl allgemeinen Abneigung gegen die Angestellten und dann wegen ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen die heutige Arbeit. Weil die Tätigkeit solchen „Pfähle-Einrammens" sich wieder nur auf die Aufrechterhaltung der alten organisatorischen Bindungen bezieht und bewußt die politische organisatorische Arbeit ablehnt, ist ihre Bedeutung nicht höher einzuschätzen als die der Stammtisch-Kreise. Im Gegenteil: in den politischen Äußerungen solcher Pfähle einrammenden Genossen liegt die Gefahr, daß diese Äußerungen mehr eigene Wünsche als wirklich die Stimmung der Arbeiter widerspiegeln. Wir haben es öfter erlebt, daß solche Genossen Verbindung mit früheren Vertrauensleuten in den Betrieben suchten, aber daß diese Genossen aus den Betrieben regelmäßig auf die Fühlung mit den genannten Genossen verzichteten, wenn sie merkten, daß sie lediglich eine Informationsquelle für ihre früheren Funktionäre zur Aufrechterhaltung angenehmer auswärtiger Beziehungen sein sollten. In der Berichterstattung solcher Genossen liegt also die große Gefahr, daß einflußreiche, maßgebende Stellen sich auf Grund solcher Berichte ein Bild von der Stimmung der deutschen Arbeiter machen, das wegen des Mangels an lebendiger Fühlung mit der Arbeiterschaft nicht der Wirklichkeit entspricht. – Um keine falschen Vorstellungen über die Einstellung der Gewerkschaftsangestellten zu erwecken, ist zu betonen, daß mancher, insbesondere jüngere Gewerkschaftsangestellte sich in den Reihen der illegal arbeitenden Genossen befindet, daß sogar Spitzen-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

funktionäre mitarbeiten und daß bekannte Gewerkschaftler die Arbeit wie überhaupt alle Regungen des neuerwachten Selbstbewußtseins der Genossen mit lebhafter Freude verfolgen.

Andere Kreise besonders intellektuell orientierter Richtungen (z. B. ISK)[15] betrachten wie früher die Schulung enger Kreise von Funktionären als ihre Aufgabe. Funktionärschulung und Führerauslese, vor allem auch der charakterliche Ernst der Funktionäre sind Fragen von ganz besonders hoher Bedeutung, die von allen tätigen Genossen erkannt wird. Diese Arbeit ist sehr wichtig, aber ihren hohen politischen Wert bekommt sie erst dadurch, daß sie im größeren Rahmen einer Organisation geleistet wird. Eine Entfremdung dieser Kreise von der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung war früher bereits zu beobachten; heute ist diese Gefahr der Entwurzelung besonders groß. Darum muß heute besonders nicht nur eine Fühlung mit den Massen, sondern eine Verwurzelung der Funktionäre in den Massen, Bekanntschaft mit ihrem Denken, Fühlen und Wollen als wichtigste Voraussetzung für eine fruchtbare politische Arbeit bezeichnet werden.

Eine andere Art der illegalen Arbeit ist die Methode, Schriften zu verbreiten mit der Absicht, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Tatsache der Schriftenverbreitung zu lenken. So haben wir in einer Großstadt beobachtet, daß abwechselnd in einer Stadtgegend Schriften wahllos in die Briefkästen gesteckt wurden und daß bald darauf SA, Überfallkommando der Polizei und Feuerwehr auf dem Plane erschienen, um eine Jagd nach den Schriften zu unternehmen.

Zweifellos hatte die Stadt an jenem Tage solcher Schriftenverbreitung ihre Sensation gehabt. Aber ebenso zweifellos wurde die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem der gegnerischen Seite immer stärker, und als eine Folge davon mußte das Draufgängertum unserer Genossen und besonders die Wirkung der Schriftenverbreitung in den Kreisen, auf die es uns heute allein, in diesem Stadium der Arbeit, ankommen kann, geringer werden. Gewiß ist es schließlich die Aufgabe aller illegalen Arbeit, die „Massenbasis" des Faschismus zu „zersetzen", und daher muß es besonders wichtig sein, in die mittelständlerischen Schichten, in das Kleinbürgertum einzudringen, aber als die dringendste Aufgabe erscheint es uns, vorerst die Kräfte zu sammeln, die als Führung einer antifaschistischen Front allein in Frage kommen können, nämlich die sozialistischen Arbeiter. Sie zu sammeln, ist heute die Aufgabe der illegalen Arbeit; für diese Kreise werden die illegalen Schriften herausgegeben, nicht für die Polizei und nicht als Sensation für die Öffentlichkeit. Alle solche Arbeit in weiteren Kreisen sollte solange unterbleiben, wie nicht in der Arbeiterklasse eine Organisation vorhanden ist, welche die Gewähr für die Fortsetzung der Arbeit bietet, nachdem sie durch eine solche für die gesamte Öffentlichkeit berechnete Agitation unterbrochen worden ist. Daß diese Gefahr bei einer in breiter Öffentlichkeit sich entfaltenden Arbeit besonders groß ist, liegt auf der Hand. Vor allem ist unseres Erachtens zu beachten, daß im Stadium des Aufbaues der illegalen Organisation jeder Monat, den die Polizei später von den organisatorischen Regungen in der Arbeiterschaft hört, ein großer Gewinn für die Sache ist.

Alle illegale Arbeit, die Erfolg haben und von Dauer sein soll, setzt eine Organisation voraus, die den Erfor ernissen der Arbeit angepaßt ist. Nur organisiert ist eine planmäßige Arbeit möglich und eine richtige Verwertung der vorhandenen Kräfte sowie die erforderliche intensive Schulung der Funktionäre in allen Fragen der Technik der illegalen Arbeit; nur die Organisation kann hinreichend Gewähr für eine trotz aller Rückschläge niemals ganz abreißende Arbeit geben . . .

[15] „Internationaler Sozialistischer Kampfbund", begründet von dem Göttinger Philosophen Professor Leonard Nelson, oft auch als „Nelson-Bund" bezeichnet.

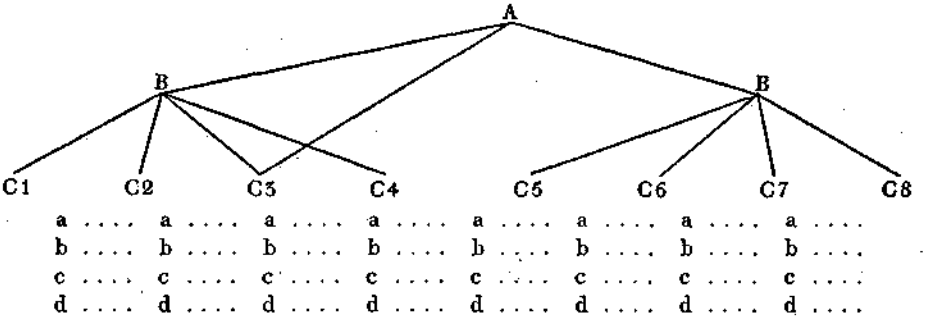
Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schema einer Gruppenorganisation[16]

Wir haben bereits im Sommer 1932 auf Anraten des Parteivorstandes eine Gruppenorganisation innerhalb unseres Ortsvereins gebildet, die imstande sein sollte, im Falle eines Verbotes der Partei die Parteiarbeit illegal zu leisten. Es ist oben bereits erwähnt, daß für diese Organisation die zuverlässigsten und aktivsten Genossen ausgesucht wurden, und zwar langsam und in Ruhe, da die Organisation ihren Aufgaben im Ernstfalle auch gewachsen sein sollte . . . Diese Gruppenorganisation wurde innerhalb des Rahmens des Ortsvereins der Partei aufgezogen; es wurden die aktivsten Parteifunktionäre sowie die besten Funktionäre der Schufo[17], des Reichsbanners, der Sportorganisationen, der Naturfreunde[18] usw. ausgewählt. Als äußerer Rahmen erwies sich die Organisation des Ortsvereins in acht Propagandakreisen und 40 Abteilungen ebenfalls als zweckmäßig. Bereits 1932 wurde diese Organisation nach illegalen Grundsätzen aufgebaut, d. h. von oben nach unten; die Leitung der Organisation war bis zum Frühjahr nur den Spitzenfunktionären bekannt, von da ab wurde auch die Verbindung zu ihnen durch Verbindungsleute hergestellt. Diese Gruppen haben bis jetzt die Schriftenherstellung und Schriftenverbreitung als wichtigste Aufgaben durchgeführt. Im Laufe der Jahre wurden geringe Änderungen in der räumlichen Abgrenzung der Bezirke vorgenommen, aber grundsätzlich haben wir uns an den als zweckmäßig empfundenen Rahmen gehalten. Schematisch ist der Aufbau dieser eigentlichen Aktivgruppen so darzustellen:



I. Schema des Aufbaues der Organisation der Aktivgruppen.

In dieser Skizze bedeutet A die Leitung der Organisation, B sind die beiden Verbindungsleute zwischen der Leitung und den Abteilungsleitern C 1 – C 8; a, b, c und d sind die Leiter der zu jeder Abteilung gehörenden vier Gruppen, und die Punkte stellen die Mitglieder der Gruppen dar. Nur der Leitung sind alle zu der Organisation gehörenden Genossen bekannt, direkte Fühlung hat sie jedoch zu ihnen nicht. Eine Verbindung besteht nur zwischen der Leitung und den beiden Verbindungsmännern, zwischen diesen und den Abteilungsleitern, zwischen den Abteilungsleitern und jedem seiner Gruppenleiter einzeln sowie zwischen dem Gruppenleiter und seinen Gruppenmitgliedern. Strenggenommen soll der Verbindungsmann nur vier Abteilungsleiter kennen, der Abteilungsleiter nur seine vier Gruppenleiter und der Gruppenleiter nur seine Genossen, mit denen er direkt zu tun hat. Die Abteilungsleiter und die Gruppenleiter kennen sich nicht, jede Abteilung und jede Gruppe bilden also ein streng abgeschlossenes Ganzes. Auf diese Abgeschlossen-

[16] S. 32 unten – S. 40 des Originals.

[17] „Schutz-Formationen", im Februar 1931 begründete Eliteformationen des Reichsbanners.

[18] Parteinahe Wanderorganisation.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heit ist streng zu achten, da jede Verletzung dieses Grundsatzes sich rächen muß. In den vier Jahren unserer Arbeit seit dem Sommer 1932 ist zweimal eine Gruppe hochgegangen, deren Zusammengehörigkeit auf Grund der Unvorsichtigkeit eines Genossen von der Polizei durch Beobachtung dieses Genossen festgestellt worden war; es wurde ferner durch Beobachtung der Abteilungsleiter festgestellt sowie der Verbindungsmann zur Leitung (die Fälle ereigneten sich im Februar 1935 und Juni 1936). In beiden Fällen wurden die anderen Gruppen der Abteilungen nicht durch die Verhaftungen berührt, weil zwischen den vier Gruppenleitern untereinander kein Verkehr besteht. Bei einem solchen übersichtlichen und strengen Aufbau der Organisation weiß die Leitung, wenn die Verhaftung oder Beobachtung irgendeines Genossen gemeldet wird, genau, welche anderen Genossen gefährdet sein können; es sind regelmäßig die anderen Genossen der Gruppe, der Gruppenleiter, der Abteilungsleiter und der Verbindungsmann. Wenn der Grundsatz der Abgeschlossenheit beachtet wird, dann können Genossen anderer Gruppen aus Anlaß einer solchen Verhaftung nicht von der Polizei ausfindig gemacht werden. In einem solchen Falle der Gefahr wird die Arbeit einer Gruppe vorübergehend stillgelegt; es muß in dem Gebiet dieser Gruppe absolute Stille herrschen, damit die Beobachtungen durch die Polizei ergebnislos verlaufen. Auch dieser Grundsatz muß streng beachtet werden. Der erste Fall der Verhaftung einer Gruppe mit dem Abteilungsleiter und dem Verbindungsmann im Februar 1935 ist darauf zurückzuführen, daß der Grundsatz nicht beachtet wurde und daß die durch einen Genossen gefährdete Gruppe trotz zweimaliger Ablehnung der Genehmigung zur Schriftenverteilung doch Schriften verteilte, die der Abteilungsleiter vom Verbindungsmann für die betreffende Gruppe zu beschaffen wußte. In jedem Falle kann die Leitung die Ursachen der Verhaftungen feststellen; in diesen beiden Fällen waren es Verstöße gegen die Grundsätze der Arbeit . . .

Anfangs war zwischen den Abteilungsleitern und ihren Gruppenleitern (also zwischen C 1 – C 8 und den dazugehörenden a – d) noch je ein Verbindungsmann in die Organisation eingegliedert, gewissermaßen als Isolierschicht, damit der Abteilungsleiter nicht von vier Gruppenleitern gekannt wurde. Der Abteilungsleiter konnte also[19] entdeckt werden, wenn einer der ihm unterstellten 26 Genossen von der Polizei verdächtigt und beobachtet wurde. Auch der Verbindungsmann konnte auf diese Weise festgestellt werden, aber bei ihm war die Gefahr nicht so groß, weil sich seine Tätigkeit nur auf die Übermittlung von Nachrichten und Anweisungen bezog, während der Abteilungsleiter natürlich zu seinen Gruppenleitern, wenn er schon mit ihnen in Verbindung tritt, ein engeres Verhältnis haben will. Diese Verbindungsmänner wurden mit der Zeit auf Wunsch der Genossen ausgeschaltet, weil der Verkehr dadurch etwas kompliziert wurde und weil nach einer gewissen Zeit der Übung in den illegalen Methoden die Genossen soviel Geschick darin bekommen hatten, daß man ruhig mit einigen Genossen Fühlung haben konnte. Für die Sicherheit der Abteilungsleiter, von denen immerhin vier Gruppen abhängen, war jedoch diese Einrichtung eine bessere Bürgschaft als der direkte Verkehr mit den Gruppenleitern.

Mehrere Jahre der illegalen Arbeit haben in einigen Fällen durch manchmal merkwürdige, in verwandtschaftlichen oder sonstigen näheren Beziehungen begründete Zufälle oder durch die Feststellung gemeinsamer sehr ähnlicher Anschauungen über gewisse Dinge dazu geführt, daß einige Funktionäre sich kennenlernten (als Funktionäre), die nicht direkt miteinander zu tun haben und die sich eigentlich nicht als Funktionäre kennen durften. Wir haben viele Fälle gehabt, in denen leitende Funktionäre den Umgang mit Bekannten mieden, mit denen sie sehr gern

[19] D. h.: beim Fehlen des Verbindungsmanns. Erst so erhält der Satz seinen Sinn.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Umgang gehabt hätten, weil sie wußten, daß die Fühlung mit dem gleichfalls politisch tätigen Bekannten ihn oder sie ohne Notwendigkeit der Gefahr hätte aussetzen können. Querverbindungen zwischen den einzelnen Gruppen und Abteilungen vervielfachen das Risiko und sind darum immer zu vermeiden. Jede solche Querverbindung rächt sich eines Tages sicher. Zu der der eigenen Gruppe oder Abteilung drohenden Gefahr übernimmt man damit noch die der anderen Formation drohende Gefahr. Ebenso selbstverständlich ist es, daß Verbindungen zu anderen arbeitenden Gruppen anderer Richtungen nicht unterhalten werden dürfen; es ist nicht notwendig, daß die Spur etwa eines verhafteten Kommunisten in unsere Reihen führt und zur Festnahme einer Reihe unserer Genossen führt. Es ist notwendig, auch das zu erwähnen, weil mancher illegal tätige Genosse dazu neigt, bei jedem illegalen Arbeiter denselben Ernst vorauszusetzen, mit dem er selbst arbeitet. Es ist erforderlich, auch die Schriften anderer Richtungen zu kennen; aber sie werden zweckmäßig von einem nicht in den Gruppen stehenden Genossen beschafft, der zu diesem Zweck die Fühlung mit einem Verteiler anderer Richtung aufnimmt. Alles, was das Risiko der Arbeit für den einzelnen Genossen vergrößern kann, ist zu vermeiden. Dazu gehört vor allem die Vermeidung von Querverbindungen. Im Frühjahr 1936 mußten wir einen mit besonderen Aufgaben betrauten Genossen überhaupt ausschließen, weil er, um sich über politische Fragen unterhalten zu können, nach anderen tätigen Genossen Ausschau hielt. Es genügte diesem Genossen nicht, nur den einen Funktionär zu kennen, mit dem er direkt zu arbeiten hatte. Heute ist dieser Genosse verhaftet. . . .

Eine besondere wichtige Rolle spielen die Verbindungsleute B. Es müssen Genossen sein, die in ganz besonderem Maße vertrauenswürdig sind und denen wirklich die politische Arbeit über alles andere geht. Zweimal ist ein solcher Verbindungsmann verhaftet worden, einmal sehr schwer bestraft worden. Aber in jedem Fall haben alle Genossen, die mit ihnen Fühlung hatten, auch nicht einen Augenblick die Befürchtung gehabt, daß die Verhafteten etwas verraten konnten. Zwischen diesen Genossen und der Leitung muß das Vertrauensverhältnis, das überhaupt die Voraussetzung für gemeinsame illegale Arbeit ist, ganz besonders eng sein, in persönlicher wie in politischer Beziehung. Die Verbindungsleute sind die wichtigsten Genossen der Organisation überhaupt. Sie müssen alle illegalen Methoden genau kennen und den Willen haben, aus den ihnen aus den Abteilungen zugehenden Erfahrungen zu lernen und die Methoden dementsprechend zu vervollkommnen. Sie müssen soviel Instinkt für diese Arbeit und für die Politik überhaupt haben, daß nicht jede Maßnahme, welche die Leitung für notwendig hält, uferlos diskutiert werden muß. Sie müssen soviel politische Erfahrung haben und Denkvermögen, daß sie sich mit den Abteilungsleitern über alle aus den Gruppen kommenden politischen und methodischen Fragen selbst unterhalten können. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Funktionäre der Gruppenorganisation Anordnungen, selbst wenn sie ihnen nicht ohne weiteres zustimmen konnten, durchführten; aber niemals sind nach militärischer Art Befehle gegeben worden (selbst in dieser straffen Organisation nicht), sondern es kam immer darauf an, daß die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von Maßnahmen eingesehen wurde. Vor besonderen Aktionen müssen die verantwortlichen Genossen längere Zeit Gelegenheit haben, die zweckmäßige Durchführung zu überlegen, und nach den eingeholten Gutachten wurden dann die betreffenden Maßnahmen angeordnet. Also obwohl bedingungslose Disziplin die Grundlage der Arbeit ist, – das weiß jeder Funktionär –, ist es doch falsch, diktatorisch zu bestimmen; es ist besser, wenn die Genossen Disziplin üben, weil sie Vertrauen dazu haben, daß die Organisation und die Arbeit sachlich und mit gutem Willen, vorsichtig und mit Rücksicht auf die tätigen Genossen geleitet wird. Wichtig ist da-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei, daß die Genossen die Überzeugung haben, daß die Leitung nicht nur Arbeit verlangt, sondern daß sie sich alle Mühe gibt, sichere Methoden für die Arbeit zu finden . . .

Da die Verbindungsmänner sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben und einen besonderen Einblick in die Organisation erhalten, ergibt es sich von selbst, daß sie der Leitung zugeordnet werden. Außer ihrer Tätigkeit als Verbindungsmann, die täglich Arbeit von ihnen verlangt, – Besuche der Abteilungsleiter zur Besprechung politischer und organisatorischer Fragen, besondere aktuelle Anlässe, Beseitigung von Hemmungen, Einholung von Berichten, Abrechnung usw. –, haben die Genossen noch andere Arbeit zu tun, entweder Überwachung der Schriftenherstellung und Organisierung des Technischen, Einkauf des Materials, Verteilung der Schriften, Regelung der finanziellen Fragen. Es darf keine Überlastung dieser Genossen eintreten, und doch dürfen nur möglichst wenige Genossen mit diesen Dingen befaßt werden. Es muß also dabei nach höchster organisatorischer Einfachheit und Zweckmäßigkeit gestrebt werden.

Dasselbe gilt für alle die anderen Aufgaben, die eine Organisation nach Art der unseren zu erfüllen hat: Heranziehung von Mitarbeitern für die Zeitung[20] oder eines Bearbeiters, der notfalls Artikel umschreibt, um stilistische Abwechslung (auch der Polizei wegen) hineinzubringen, – Herstellung der Schriften, bei der nur wenige und absolut verschwiegene Genossen beschäftigt werden dürfen, um den Herstellungsort nicht zu gefährden, – Transport der Schriften, der am besten durch Genossinnen bewerkstelligt wird, da sie mit Stadtkoffer oder großer Tasche selbst in einer Zeit stärkerer Beobachtung am unauffälligsten gehen oder in der Straßenbahn fahren können, vor allem abends nach Geschäftsschluß. Diese Methoden müssen ebenso wie die der Papiertransporte genau überlegt und dafür die richtigen Menschen gefunden werden.[21] – Ferner muß jemand da sein, der täglich Rundfunk hört und über wichtige Dinge berichtet; ebenfalls müssen, da nicht das Geld für das Abonnement mehrerer, besonders ausländischer Zeitungen vorhanden ist, Verbindungen zu Genossen gepflegt werden, die lesenswerte Blätter selber halten oder sie von draußen geschickt bekommen. – Da keine Mittel zur Erschließung von Informationsquellen vorhanden sind, müssen Informationen aus anderen Schichten sowie vor allem von draußen selbst, so gut es geht, beschafft werden. Eine besondere Stelle kann mehrere Genossen beschäftigen, die Verbindung zu Leuten aus anderen Schichten unterhalten in der Absicht, etwas zu erfahren. – Es ist ein großer Kreis von Genossen, der außerhalb der Gruppen noch mit Arbeiten anderer Art beschäftigt wird. Zu vielen von ihnen muß die Leitung die Verbindung unterhalten, weil es nicht notwendig ist, in jedem Falle Genossen einzuschalten; aber diese Verbindung kann so gehalten werden, daß die betreffenden Genossen nicht wissen, was für eine Funk-

[20] Die Gruppe verfügte über eine eigene periodische Publikation: „Sozialistische Blätter", Herausgeber: Sozialistische Front. In einem mir zugänglichen Exemplar dieser hektographierten illegalen Zeitschrift (August-Nummer 1935), die von August 1933 bis August 1936 erschien, wird aus Tarnungsgründen als Erscheinungsort Magdeburg (statt Hannover) angegeben. Die Auflagenhöhe schwankte und betrug bis zu 1500 Exemplaren; in einem Einzelfalle wurde eine Schrift der Gruppe sogar in über 2000 Exemplaren verbreitet. – Vgl. auch Günther Weisenborn, „Der lautlose Aufstand", 2. Aufl., Hbg. 1954, S. 194, der irrtümlich eine Durchschnittsauflage von monatlich etwa 1500 annimmt.

[21] Da die Schriften nicht nur innerhalb der Organisation und durch ihre Angehörigen verbreitet wurden, sondern z. B. auch durch Kommunisten, die in keinem direkten Kontakt zur „Sozialistischen Front" standen, war ein überaus großes Maß an Vorsicht erforderlich, um die Gruppe nicht zu gefährden.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion der Genosse aus der Leitung, mit dem sie in Verbindung stehen, in der Organisation ausübt.

Eine besondere sorgfältige Organisation ist für alle Verbindungen zu anderen Orten[22] und auch für den Versand von Schriften nach anderen Orten erforderlich. Da durch eine Gefährdung von außerhalb die örtliche Organisation nicht berührt werden darf, müssen die genannten Stellen vollständig von der örtlichen Gruppenorganisation getrennt sein, und jede Verbindung mit örtlichen Stellen muß sorgfältig vermieden werden. Wenn in einem anderen Orte oder auf der Post die Polizei auf die Arbeit aufmerksam geworden ist und wenn es ihr möglich ist, die Spur der Arbeit bis zum Versandort zu verfolgen, dann muß sie in diesem Orte auf einem toten Gleis landen. Da solche Gefährdung von vielen Seiten kommen kann, — entsprechend der Zahl der auswärtigen Verbindungen, — so ist es gut, den einzelnen Genossen nicht mit solchen Verbindungen zu überlasten. Es müssen also eine Reihe solcher Stellen eingerichtet werden, die die Aufgabe haben, immer dieselben Verbindungen nach auswärts zu pflegen oder immer nach denselben Orten die Post zum Versand zu bringen. Jede dieser Stellen muß mehrere Deckadressen haben; nur diese eine Stelle ist der auswärtigen Verbindung bekannt, und nur bei dieser Stelle kann der auswärtige Genosse zu Besuch kommen. Diese Stelle benachrichtigt dann einen Genossen der Leitung vom Besuch, so daß der Zweck des Besuches, die Besprechung politischer oder örtlicher organisatorischer Möglichkeiten, auch erfüllt wird. Wir haben viele solcher Besuche gehabt, weil wir von auswärtigen Genossen, die eine größere Anzahl Schriften erhielten, niemals Geld dafür genommen haben, sondern den Genossen nahelegten, das für die Schriften eingenommene Geld zu sparen, bis es zu einem Besuche bei uns reichte. Nur auf diese Weise ließ sich eine Fühlungnahme mit weiter entfernt liegenden Orten erreichen[23].

Neben dieser Organisation haben wir eine zweite Organisation geschaffen, die den größeren Kreis der Genossen erfassen soll. Während die eben geschilderte Organisation streng als Kaderorganisation aufgebaut ist, hat diese zweite Organisation, die ebenfalls aus kleinen Gruppen besteht, die Anlage zur Massenorganisation. Es ist

[22] Der Leiter der Gruppe nahm beispielsweise an der von der Sopade veranstalteten illegalen Konferenz in Antwerpen im Dezember 1934 (vgl. Textteil, VII) und an einer Konferenz illegaler Funktionäre aus dem Westen Deutschlands in Mannheim im März 1935 teil. Beide Sitzungen waren durch den in Antwerpen sitzenden Grenzsekretär Ernst Schumacher vorbereitet worden, der allerdings in Mannheim nicht selbst anwesend war.

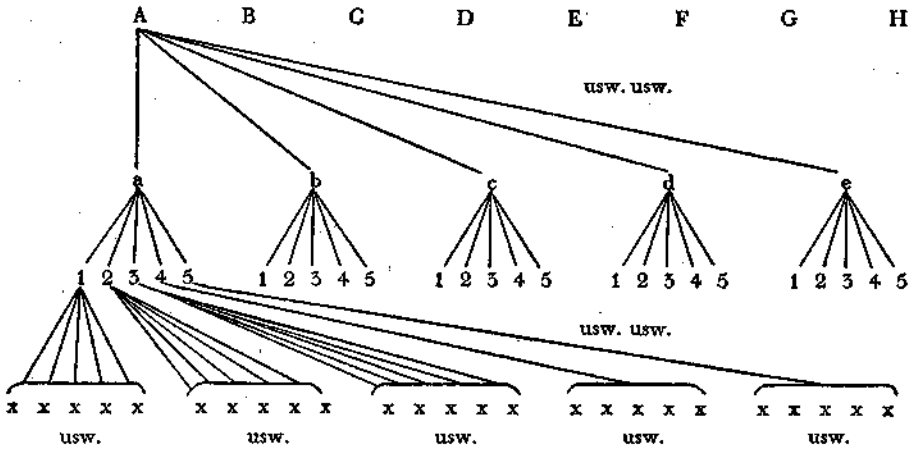
[23] Die Verbindungen nach auswärts wurden der Gruppe schließlich, im Sommer 1936, zum Verhängnis. Nachdem die Gestapo in einer Reihe von Orten auf die „Sozialistischen Blätter" gestoßen war, gelang es ihr, die Spuren nach Hannover zurückzuverfolgen, wo sie u. a. auch den Leiter der Organisation beobachten ließ. Der Kontakt zu ihm wurde durch einen Spitzel aus Berlin hergestellt, der sich als Sohn eines bekannten sozialdemokratischen Funktionärs einführte, mit Empfehlungen versehen war, verschiedene führende Persönlichkeiten des sozialistischen Widerstandes zu kennen vorgab und durch seine intime Kenntnis wichtiger Zusammenhänge über jeden Verdacht erhaben schien; es sollte angeblich überlegt werden, ob es nicht möglich sei, die Arbeit der wohlorganisierten und -abgesicherten „Sozialistischen Front" auch auf die Reichshauptstadt auszudehnen. Dank seiner guten persönlichen Verbindungen zur Polizei wurde der Leiter noch rechtzeitig gewarnt, so daß er am Vorabend seiner für den 17. August 1936 geplanten Verhaftung fliehen konnte. Da nur er allein mit dem Spitzel verkehrt hatte, wäre die Weiterführung der illegalen Arbeit an sich durch sein Ausfallen nicht gefährdet gewesen. Die Gestapo, die keine konkreten Anhaltspunkte besaß, führte jedoch eine Gitteraktion durch, in deren Verlauf über 1000 Verhaftungen vorgenommen wurden. Diese Aktion erstreckte sich hauptsächlich auf Leute, die als ehemalige Funktionäre bekannt waren oder seit 1933 schon mit der Polizei zu tun gehabt hatten. Während bisher wahllose Massenverhaf-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch bereits erwähnt worden, daß auf Wunsch der früheren Parteifunktionäre diese Organisierung der Genossen im Rahmen unserer Organisation vorgenommen wurde. Es ergab sich daraus, daß die Leitung beider Organisationen die gleiche ist; aber sowohl die Verbindung zur örtlichen Leitung dieser größeren Organisation wie besonders die unteren Gliederungen der Organisation weisen Verschiedenheiten gegenüber der ersten Form auf. Schematisch stellt sich der Aufbau dieser Organisation, der ebenfalls im Rahmen des früheren Ortsvereins der Partei erfolgte, so dar:



II. Schema einer Gruppenorganisation mit klarer Anlage zur Massenorganisation

---

tungen nie zu einem Ergebnis geführt hatten, gelang diesmal der Einbruch in die Organisation. Eine ganze Reihe von Verhafteten fiel auf gefälschte Vernehmungsprotokolle mit angeblichen Aussagen des Leiters herein, von dem es hieß, daß er ebenfalls gefaßt worden sei und im Nebenzimmer sitze. Hinzu kamen die furchtbaren Mißhandlungen, die die Widerstandskraft zermürbten. In einem ab Oktober 1937 in drei Abschnitten (eine Verhandlung vor dem Volksgericht in Berlin und zwei zehntägige Verhandlungen des Sondergerichts Hamm in Hannover) durchgeführten Massenprozeß wurden – nach dem Bericht des „Neuen Vorwärts", 31. 7. 1938 – insgesamt 231 Angeklagte zu Zuchthausstrafen verurteilt; das „Weißbuch der deutschen Opposition", hsgn. vom Vorstand der SPD, als Manuskript gedruckt, London 1946, S. 63, spricht von 240 Zuchthausurteilen. Vgl. auch Weisenborn, a. a. O., S. 194. Umfangreiches Material über die Organisation, das leider nicht zugänglich ist, befindet sich im Gestapo-Archiv in Ost-Berlin. Obgleich die Massenverhaftungen und der Prozeß, bei dem übrigens auch Angeklagte verurteilt wurden, die der Gruppe gar nicht zugehörten, die Kaderorganisation in ihren Grundfesten erschüttert hatten, setzten intakt gebliebene Teile der „Sozialistischen Front" ihre illegale Tätigkeit, wenn auch in eingeschränktem Maße, fort. Auffallend ist, daß aus einigen Stadtteilen überhaupt niemand verhaftet worden war. Der nach Holland geflohene Leiter erhielt bis zum Kriegsbeginn Berichte aus der Organisation und schickte aus holländischen Quellen stammendes Geld zur Unterstützung der Angehörigen der Verhafteten nach Hannover. Selbst im Kriege sind noch Reste illegaler Aktivität der Gruppe festzustellen. Man bemühte sich jetzt beispielsweise um Kontakte zu den ausländischen Arbeitern; und die zum Strafbataillon 999 eingezogenen Gruppenmitglieder bildeten oppositionelle Zirkel. Wenn auch die organisatorischen Verbindungen größtenteils zerstört worden waren, so blieb doch der in den ersten Jahren der illegalen Arbeit gewachsene geistige Zusammenhang der Gruppenmitglieder erhalten. Es ist bezeichnend, daß sie nach Kriegsende eine Versammlung einberiefen, bei der dem alten Leiter der Organisation das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese etwas verunglückte Zeichnung kann hoffentlich erkennen lassen, wie der Aufbau der Organisation gedacht ist. Aus Platzmangel ist nur die Gliederung von A durchgeführt, die der anderen (B, C, D usw.) ist in gleicher Weise zu denken; ebenfalls die Untergliederung von b, c, d und e, da aus demselben Grund nur die Untergliederung von a durchgeführt worden ist. In dieser Skizze bedeuten A — H die acht Kreise des Ortsvereins. Jeder Kreis umfaßt fünf Abteilungen (a — e) und jede Abteilung fünf Bezirke (1 — 5). Jeder Bezirksführer (früher Unterkassierer) hat eine Gruppe von fünf Genossen, die mit x bezeichnet sind. Die Kreisleiter A — H bilden die örtliche Leitung der Organisation, den Ortsvereinsvorstand. Direkte Fühlung besteht zwischen dem Kreisleiter und seinen Abteilungsleitern a — e, zwischen dem Abteilungsleiter und seinen Bezirksführern 1 — 5 sowie zwischen dem Bezirksführer und den Genossen seiner Gruppe (5 x). Die acht Kreisleiter haben regelmäßig Besprechungen abgehalten, nur ausnahmsweise wurden diese Besprechungen in zwei Gruppen zu je vier Kreisleitern abgehalten.

Die Gruppen der Bezirksführer bestehen jeweils nur aus einander persönlich bekannten Genossen einer Straße oder einer Stadtgegend. Gerade dieser Umstand hat viele Genossen veranlaßt, die Bedenken gegen die Organisationszugehörigkeit aufzugeben. Nachdem ihnen gesagt worden war, daß weder Mitgliederlisten noch eine Kartothek vorhanden seien, sondern daß sie nur mit dem ihnen bekannten Bezirksführer im kleinen Kreise zu tun haben würden, empfanden sie die Organisationszugehörigkeit nicht mehr als so gefährlich. Die Zahl fünf der Gruppenmitglieder sollte die Regel sein, weil der Bezirksführer mit den Genossen seiner Gruppe einen persönlichen Verkehr haben soll; wenn ein Bezirksführer sehr vorsichtig ist, dann beschränkt er sich auf drei oder vier Genossen als Mitglieder. Andererseits ist es aber auch nicht selten, daß ein Bezirksführer, der in einem größeren Bekanntenkreise Vertrauen genießt, eine größere Gruppe, zehn oder zwölf Genossen, hat. In solchen Fällen hängt es von der Geschicklichkeit und Rührigkeit, aber auch von der Stadtgegend und der Atmosphäre ab, ob die Größe der Gruppe keine besondere Gefahr bildet. Am besten ist es jedoch, wenn die Durchschnittsgröße beachtet wird, da einmal der Genosse nicht mit Arbeit überlastet werden darf und außerdem eine intensive Arbeit möglich ist, die für den Ausbau der Organisation günstig ist.

Auf der ersten Stufe umfaßt die Organisation 8 Funktionäre, auf der zweiten 40, auf der dritten Stufe 200, auf der vierten 1000 Genossen. In einer Großstadt, deren Ortsverein früher annähernd 20000 Mitglieder zählte, ist dieser Umfang auch heute zu erreichen, — vorausgesetzt allerdings, daß man sich in den letzten Jahren etwas um die Genossen gekümmert hat; sonst wird es sehr viel langsamer gehen, weil man nicht von jedem früheren Genossen wissen kann, unter welchen Einflüssen er in diesen Jahren gestanden hat.

Aber eine Organisation nach diesem Muster aufzubauen, das ist in keinem Falle unmöglich. Man muß nur den Aufbau von oben nach unten vornehmen; anders ist es überhaupt nicht einmal denkbar. Es kommt also (sagen wir: in einer mittleren Stadt) darauf an, einen Genossen zu finden, der mit einem oder zwei Freunden den Anfang macht, indem sie sich jeder drei, vier oder fünf Freunde als Abteilungsleiter (a — c bzw. e) suchen . . . Es ist notwendig, daß alle Funktionäre den Plan der Organisation genau kennen, d. h. den schematischen Aufbau ohne konkrete Details (Namen usw.). Jeder Funktionär weiß, zu welchem Kreise er gehört, zu welcher Abteilung und zu welchem Bezirk. Das ist sehr wichtig, daß jeder Genosse seine Stelle in der Organisation kennt. Er weiß, daß er ein Glied in einer großen Kette ist, und wir haben immer die Erfahrung gemacht, daß den Funktionären diese planmäßige Arbeit wirklich Freude machte. Es gibt keinen, der ohne Interesse ar-

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beitet, wenn er weiß, daß es von ihm abhängt, ob der Ausbau der Organisation an der Stelle, wo er steht, weiter durchgeführt werden soll.

Bis zu welcher Stufe der Ausbau der Organisation durchgeführt wird, das hängt von der allgemeinen Atmosphäre des Ortes, des Stadtteils sowie von dem Interesse ab, das die einzelnen Funktionäre haben. Der Ausbau wird niemals ganz gleichmäßig und schlagartig durchgeführt werden können. Die Ortsleitung muß aber davon unterrichtet sein, wie weit der Ausbau in den einzelnen Kreisen und Abteilungen gediehen ist, sie muß einen Gesamtüberblick haben und bei ihren Zusammenkünften oder in getrennter Zusammenkunft mit den betreffenden Funktionären lokale Schwierigkeiten besprechen und beheben. So stellt die Skizze das ideale Schema dar. Von allem Anfang an muß betont werden, daß die Organisierung nicht bei einer bestimmten Stufe stehen bleiben soll, sondern daß sie planmäßig nach unten erweitert werden soll. Nur diese Absicht kann die Funktionäre anspornen, da in dieser Absicht der politische Sinn liegt, der alle Gruppenbildungen über den Charakter von Freundschaftszirkeln hinaushebt. Die Ausbildung der Genossen auf der vierten Stufe (also der mit x bezeichneten) muß ebenfalls wieder in der ausgesprochenen Absicht geschehen, diese Genossen so weit zu bringen, daß jeder von ihnen zu günstiger Zeit imstande sein soll, selbst eine Gruppe zu bilden. Es ist deutlich, daß auf diese Weise — und unserer Ansicht nach ist es nur auf diese Weise möglich — eine Organisation entsteht, die wirklich in den Massen weitverzweigt ist. Für eine solche Organisation trifft es auch nicht mehr zu, daß sie nur einen ganz kleinen oder jedenfalls doch sehr beschränkten Kreis der sozialistischen Arbeiter umfassen und erfassen kann; denn jeder einzelne dieser organisierten und in den illegalen Methoden der Agitation und Stimmungsbeeinflussung geübten Genossen verbreitet um sich eine Atmosphäre, sei es im Betriebe, im Wohnviertel, in der Verwandtschaft, beim Militär oder wo sonst immer. . .

Da diese Gruppen der größeren Organisationen nicht in der Art arbeiten wie die oben geschilderten Aktivgruppen, ist bei aller Straffheit des Aufbaus der Organisation doch nicht die ausgesprochene Disziplin erforderlich wie in den anderen Gruppen. Vielmehr ist es hier der Grundsatz, die Genossen selbst zu möglichster Selbständigkeit anzuregen. Es versteht sich, daß die Abgeschlossenheit jeder Gruppe und die anderen Grundsätze der illegalen Arbeit beachtet werden müssen. Geistig-politisch aber findet die Selbständigkeit ihren Ausdruck in der innerhalb der Gruppen geübten Kritik an den Blättern und dem Inhalt der Funktionärschriften, am gelesenen Material anderer Richtungen, das wir nicht von den Genossen fernhalten, sondern dessen Lektüre und Diskussion uns erwünscht ist, an Wünschen und Anregungen, über die oder jene Frage etwas in den Blättern oder Funktionärschriften zu schreiben usw. Diese Kritik und diese Wünsche werden freimütig geäußert, und zwar (meist sogar schriftlich) an den übergeordneten Funktionär, der sie weiterleitet. Bei jeder Besprechung der Ortsleitung gibt es also eine große Fülle solcher Berichte. Es ist auch zu erwähnen, daß diese Kritik und diese Wünsche sehr rege geäußert werden; es gibt nicht mehr die Einstellung, daß man aus Organisationsdisziplin etwas billigen muß, was man nicht billigen kann. Es kommt natürlich oft vor, daß Genossen sagen: Wir sind von vornherein einer Meinung, das weiß ich. — Und hier gerade zeigt es sich, ob eine Organisation und ihre leitenden Funktionäre politisches Verantwortungsgefühl vor den Genossen haben; das ist nicht vorhanden, wenn sie jede sachliche Kritik verhindern, aber es ist vorhanden, wenn jede Anregung dankbar begrüßt und auch verarbeitet wird. Es versteht sich von selbst, daß alle Kritik, wie schon erwähnt wurde, positiv und anregend ist und aus dem Bemühen um ernsthafte Klärung entspringt. Menschen mit anderen Motiven arbeiten überhaupt nicht unter Gefahren politisch, sondern lassen höchstens andere für sich arbeiten. Organisationsdisziplin

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wird in allen organisatorischen und arbeitsmethodischen Fragen geübt, aber in politischen Fragen ist heute nur vollkommene Freiheit geboten, und es werden manchmal Fragen gestellt, die früher für einen Sozialdemokraten nicht diskutabel waren, aber auf die man heute doch eingehen muß, wenn man selbst zur Klarheit kommen und anderen Genossen dabei behilflich sein will, daß sie ebenfalls zur Klarheit kommen. Die durch die Illegalität vorgeschriebene Straffheit und Übersichtlichkeit der Organisation ist auf diese Weise mit der größtmöglichen Dezentralisation verbunden, welche die Grundlage des eigenen Lebens innerhalb der Gruppen ist.

Klarheit im Aufbau der illegalen Organisation ist notwendig; jede Überorganisation erleichtert nicht etwa die Arbeit, sondern erschwert sie und vergrößert das Risiko. Aus diesem Grunde haben wir seit Anfang dieses Jahres eine Vereinigung der beiden Gruppenorganisationen erwogen. Auch dabei waren wieder praktische Bedürfnisse die Ursache. Am wichtigsten ist, daß beide Organisationen bisher nicht dieselben Kreise erfaßten; die Leser der Schriften waren längst nicht alle Mitglied der Organisation, und die Organisierten bekamen nicht alle die Blätter. Das kommt daher, weil die Organisationen ja nicht die Namen der Leser bzw. Mitglieder austauschen konnten. Es war bisher so, daß nicht einmal die Funktionäre beider Organisationen einander kannten. Es hat gewiß auch Vorteile, daß die beiden Organisationen verschiedene Kreise von Genossen erfaßten; aber um der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Organisation willen haben wir uns entschlossen, wenigstens die Spitzenfunktionäre beider Organisationen miteinander Fühlung nehmen zu lassen, um die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit der Vereinigung der Organisationen zu beraten. Die Aktivgruppen können entweder vollständig in den anderen Gruppen aufgehen oder sie können auch im Rahmen der größeren Organisation ihre bisher geleistete Arbeit, von der sie etwas verstehen, weiterführen. Das erscheint aber erst dann ratsam, wenn tatsächlich die Leser der Schriften alle von der Organisation erfaßt sind, weil sonst die Verbindung zu vielen Nur-Lesern verlorengeht, und es war ja unsere Absicht, die bisherigen Leser nun auch fest zu organisieren. Es soll nicht verschwiegen werden, daß anfangs bei einigen Funktionären der Aktivgruppen sich Widerstände gegen eine Vereinigung mit der größeren Organisation meldeten, weil die Genossen der ersteren Gruppen die anderen Funktionäre, die zum weitaus größten Teile früher Partei- oder Verbandsfunktionäre waren, für „verkalkt" hielten. Die Genossen sagten, daß sie — die ja früher auch sämtlich Funktionäre waren — doch schon früher angefangen oder eigentlich niemals aufgehört hätten, sich mit den aktuellen Fragen zu beschäftigen, und daß sie also in manchem bereits etwas weiter seien als die anderen. Diese Widerstände konnten leicht damit beseitigt werden, daß die Funktionäre der größeren Organisation ja auf ausdrücklichen Wunsch innerhalb unserer Organisation arbeiten wollten und daß sie sich mit den in unseren Schriften geäußerten Absichten ganz und gar einverstanden erklärt hatten. Ferner überzeugten die oben erwähnten Argumente für die Massenorganisation die Genossen davon, daß es notwendig sei, nicht nur ständig die Blätter zu vertreiben, sondern möglichst weite Kreise der Funktionäre zu organisieren und auf diese Weise in den Massen eine feste Verbindung herauszustellen und ein Gerüst zu schaffen, das den Massen einen Halt geben kann.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hermann Hammer, cand. phil., Berlin-Neukölln, Planetenstr. 37.

Dr. Anton Hoch, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München, Möhlstr. 26.

Dr. Erich Matthias, Bad Godesberg, Rüngsdorferstr. 55.

Dr. Hans Meier-Welcker, Bonn, Argelanderstr. 105.

Jahrgang 4 (1956), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte